

Lichtstrahlen

Zeitschrift für Internationalen Kommunismus

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur
» Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde 3 »

Nr. 1 - 11

November 1918 - September 1919

4. Jahrg.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Redaktionelle Anmerkungen

Die Seitenzahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf den vorherigen Text der Originalausgabe.

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt oder fett gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkription: Privatarchiv und IISH (INTERNATIONAL INSTITUTE OF SOCIAL HISTORY, Amsterdam)

Impressum

Transkription und Herausgeber: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen
Umschlag: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Inhalt

4. Jahrgang	Nummer 1	November 1918	7
	Die Wiedergeburt der Lichtstrahlen.		7
	„Bolschewistenbanden.“		8
	Wiederaufbau der Internationale.		10
	Kommunismus in der Landwirtschaft.		13
	Die Aufgaben der Revolution.		15
	Die Bedeutung des Sozialismus		21
	Der Kommunismus.		22
4. Jahrgang	Nummer 2	Dezember 1918	24
	Um des Kaisers Kopf.		24
	Wie ist die Not zu lindern?		27
	Aussichten der Weltrevolution.		30
	Wie erhöhen wir die landwirtschaftliche Produktion ?		33
	Entweder Kommunismus oder indirekte Steuern.		34
	Aus alten Papieren.		38
	Die Tribünen!		38
	Lied der Armen.		39
4. Jahrgang	Nummer 3	Januar 1919	40
	Der Streit um die Nationalversammlung.		40
	„Phantastische Lohnforderungen.“		42
	Neuordnung der Landwirtschaft.		44
	Die Überleitung zur Friedensarbeit.		47
	Aus der Dänischen Sozialdemokratie.		49
	Das kommunistische Ideal.		50
	Chor der Proletarier.		54
4. Jahrgang	Nummer 4	Februar 1919	56
	Woran es lag.		56
	Die Wehrmacht der Bolschewiki.		58
	„Was die Sozialdemokratie will“.		61
	Die Wahrheit über den Balkankrieg.		66
	Aus meinen Kriegserinnerungen.		69
	Ein Dokument.		71
4. Jahrgang	Nummer 5	März 1919	72
	„Und das ist Sozialismus.“		72
	Die Diktatur des Proletariats.		74

Die Wahrheit über den Balkankrieg.....	79
Die Schuld am Weltkrieg.....	83
Aus alten Papieren.....	87
Heiliges Müssen.....	88
Mitteilung an unsere Leser.....	88
4. Jahrgang Nummer 6 April 1919	89
Altpreußische Regierungsmethoden.....	89
Herrn Schiffers Schiffbruch.....	91
Taten sind nötig! – Ein Wink für die Landwirtschaft.....	94
Die revolutionäre Idee.....	95
„Bolschewismus“ in England.....	97
Aus meinen Kriegserinnerungen. II.....	100
4. Jahrgang Nummer 7 Mai 1919	105
Die Kriegsentschädigung ein Phantom.....	105
Englisch-deutsche Wirtschaftsverflechtung.....	109
Ziele der Weltrevolution.....	113
Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.....	114
Das revolutionäre Prinzip des neunzehnten Jahrhunderts.....	118
Zugesandte Druckschriften.....	121
4. Jahrgang Nummer 8 Juni 1919.....	122
Wenn nicht Kriegsentschädigung was dann?.....	122
Was uns Marx über das Geld lehrt.....	123
Sozialistisches aus der Türkei.....	132
Aus meinen Kriegserinnerungen.....	133
Aus alten Papieren.....	137
4. Jahrgang Nummer 9 Juli 1919.....	138
Auswärtige Politik.....	138
Teuerung und Arbeitslöhne.....	140
Die Mutter des Rechts.....	146
Aus meinen Kriegserinnerungen.....	147
4. Jahrgang Nummer 10 August 1919	154
Das „Reichsnotopfer“.....	154
Der bolschewistische Staat.....	157
Die Reife zum Kommunismus.....	160
Das Proletariat der Türkei.....	163
Aus meinen Kriegserinnerungen.....	165
5. Um Lorettohöhe. (Schluss.).....	165

Aus alten Papieren.....	168
4. Jahrgang Nummer 11 September 1919	170
Beteiligung am Parlament?	170
Politik der Verzweiflung.	172
Scheidemann oder Lenin.	175
Teuerung und Arbeitslöhne.	177
Der Geldsack.	184
Mitteilung an unsere Leser.	185
Register zum 4. Jahrgang	186
November 1918 - September 1919.	187

Die Wiedergeburt der Lichtstrahlen.

Just 2½ Jahr ist es her, seit die Militärbehörden des ehemaligen kaiserlichen Deutschlands die Lichtstrahlen verboten haben. Das Oberkommando in den Marken war nicht willens, die Aufreizung zur Betätigung einer revolutionären Politik zu dulden. So hieß es in der Begründung des Verbots. Wenn unser Blatt heute seine Arbeit wieder aufnimmt, die für die Sache des Sozialismus so segensreich gewesen und in der langen Zwischenzeit von so vielen schmerzlich vermisst worden ist, so mag es uns vergönnt sein, zunächst mit ein paar Worten an die bisherige Lebensgeschichte der Lichtstrahlen zu erinnern. Denn aus ihr sind unsere neuen Aufgaben abzuleiten.

Als wir vor nunmehr 5 Jahren, im September 1913, unser Blatt gründeten, leitete uns dabei die intime Kenntnis der inneren Beschaffenheit der damaligen sozialdemokratischen Partei, so wie sie sich bald nachher, bei Ausbruch des Weltkriegs, vor aller Welt offenbart hat: Die Masse der Mitglieder bar jeder Selbständigkeit im Denken und Handeln und deshalb unfähig zum Sozialismus. Zu einem wesentlichen Teil lag dies an ihrem Mangel an Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge. Hier abzuhelfen war der Zweck, den die neue Zeitschrift verfolgte. Damals waren die Zeiten äußerlich ruhig, wenn auch unter der Oberfläche schon die Wetter sich zusammenbrauten, die ein Jahr darauf so schrecklich sich zu entladen begannen. Damit war die Aufgabe des Blattes gegeben. Sie bestand darin, durch klare, rein theoretische Abhandlungen dem Leser dasjenige Wissen zu vermitteln, das er zum Verständnis der Gegenwart braucht, ohne doch in die Kämpfe des Tages unmittelbar einzugreifen.

Dann aber kam der Krieg und die Zeiten änderten sich furchtbar. Mit ihnen musste sich unsere Methode ändern. Jetzt, wo alles dem Sozialismus untreu wurde, war vor allem ein [1] Blatt nötig, das die sozialistischen Grundsätze gerade im Zusammenhang mit den großen Weltgeschehnissen in voller rücksichtsloser Schärfe vertrat, das die „sozialdemokratischen“ Kriegshetzer bekämpfte und das Versagen der sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder geißelte. So erschien denn im Oktober 1914 die erste Kriegsnummer der Lichtstrahlen.

In dieser neuen Gestalt gewann das Blatt eine nicht unerhebliche politische Bedeutung, denn weil es das einzige Blatt war, das gegen die Kriegspolitik der Sozialdemokraten Opposition machte, so erfreute es sich bei den Führern der offiziellen Partei bald einer großen Aufmerksamkeit und wurde von dem größten Teil der Partei- und Gewerkschaftspresse auf das leidenschaftlichste bekämpft. So kam es, dass sein Inhalt den Sozialisten des In- und Auslandes stets bekannt war, und dass es einen Einfluss ausübte, der über die Zahl seiner unmittelbaren Leser weit hinausreichte.

Und wieder haben sich die Zeiten geändert, die Lichtstrahlen treten jetzt in ihre dritte Lebensperiode, und neue Aufgaben harren ihrer. Nicht nötig haben wir zu betonen, dass wir genau dieselben bleiben, die wir immer gewesen sind. Denselben Idealen dienen wir, doch erfordert ihr Dienst jetzt andere Formen, als zu jener Zeit, wo es auf bloße Bildung ankam, oder als unter der Militärdiktatur die Verräterei der Führer an den Pranger gestellt werden musste.

Heute nennen wir uns: „Zeitschrift für *Internationalen Kommunismus*.“ Denn das ist es, worauf es heute ankommt.

Die deutsche Revolution ist in diesem Augenblick noch voll mit dem Niederbruch der alten Staatsformen beschäftigt, und hierbei zeigt sich eine weitgehende Einigkeit. Denn schließlich war alle Welt, bis zu den reichsten Kommerzienräten, des Krieges und der Einschränkung der persönlichen Freiheit übersatt. Daher der überraschend schnelle Erfolg der Revolution. Aber dabei wird es nicht bleiben. Auf den Niederbruch folgt der Aufbau, und hierbei werden die Meinungen gar bald weit auseinandergehen, und menschlicher Voraussicht nach werden wir noch sehr schwere und harte Kämpfe zu bestehen haben, Kämpfe, die vielleicht sogar die Leiden der Kriegszeit noch hinter sich lassen werden.

In diesen Kämpfen gilt es aufs Neue, seinen Mann zu stehen. Ja, es gilt sogar heute schon, diese Kämpfe geistig vorzubereiten. Es gilt, mit einem Wort, das Denken und Fühlen der Massen für den *Kommunismus* zu gewinnen. Es gilt, ihnen zu zeigen, dass die alten, seit 70 Jahren von [2] Marx verkündeten Ideale noch ihre Kraft besitzen, dass allein das kommunistische Wirtschaftssystem, das heißt *das planmäßige, brüderliche Zusammenarbeiten Aller*, die Rettung aus den gegenwärtigen Nöten gewährleistet, während jedes Steckenbleiben in kapitalistischen Formen, wozu schon heute die liberalen Vertreter des Kapitals ihre Kräfte sammeln, neues Elend und neue grauenhafte Kriege über uns bringen muss.

Damit hängt aufs engste zusammen der Gedanke der *Internationalität*. In einem Lande allein kann der Kommunismus nicht Bestand haben, weil das Kapital der anderen Länder ihn nicht in Frieden lassen würde und weil er Zufuhren, Lebensmittel, Rohstoffe aus anderen Ländern braucht. Über den ganzen Erdball müssen Arbeit und Produktion planmäßig organisiert werden. Deshalb gilt es, vor allen Dingen die *Internationale der Arbeit* wieder aufzurichten, jene *Internationale der Kultur*, die gemeinsam in allen Ländern die Widersacher bekämpft, welche – sei es aus Eigennutz, sei es aus ehrlichen, aber irrigen Anschauungen heraus – dem Kapitalismus die weitere Existenz retten wollen. Aus der Internationale der Arbeit aber soll die *internationale Verbrüderung der ganzen Menschheit* hervorgehen. Diese Gedanken zu propagieren, die Hirne und Kräfte für sie empfänglich und tatbereit zu machen, das ist die Aufgabe unserer Zeitschrift.

Redaktion und Verlag.

„Bolschewistenbanden.“

Ein neuer Ekelname ist entstanden. Wie früher dem braven Spießier eine Gänsehaut über den Rücken lief, wenn er von Anarchisten hörte, wie er früher sich unter einem Anarchisten einen Kerl vorstellte, der mit dem Revolver im Hinterhalt lauert, um ehrlichen Leuten die Gurgel abzuschneiden und ihnen ihr Geld abzunehmen, so hat er diesen Begriff jetzt auf die „Bolschewisten“ übertragen. Und die staaterhaltende Presse der deutschen Revolution tut ihr Möglichstes, um ihm diese Vorstellung zu erhalten. Allen voran das neue Regierungsorgan, der Vorwärts. Alle Augenblick liest man da den Ausdruck „Bolschewistenbanden“, und wenn man näher zusieht, handelt sich's um Räuber und Mordbrenner. Oft wird übrigens die Nachricht von Gräueltaten der Bolschewisten am nächsten Tage widerrufen. Aber ihren Zweck hat sie doch erreicht, nämlich Abscheu vor unseren in Russland regierenden Genossen, den Vorkämpfern der Revolution, zu erwecken. [3]

Die neue, angeblich sozialdemokratische Regierung Deutschlands versäumt keine Gelegenheit zu betonen, dass sie mit dem Bolschewismus nichts zu tun haben will. Sie legt offenbar großen Wert darauf, sich hierdurch den Dank der bürgerlichen Parteien und der Ententeregierungen zu verdienen. So versichert *Ebert* immer wieder, dass wir nicht in „russische Zustände“ geraten dürften. In München hat *Eisner* dem Ausfrager einer

bürgerlichen Zeitung gesagt, dass er den Bolschewismus „verachtet“, und in Berlin hat *Eichhorn* die Schutzmänner – dieselben, die acht Tage zuvor noch die Versammlungen der Unabhängigen mit Revolvern auseinandergelassen hatten – durch die Beteuerung beruhigt, dass er nicht etwa in bolschewistische Bahnen einzulenken gedenke. Auch ist noch unvergessen, mit welcher Schärfe *Kautsky*, *Bernstein*, *Ströbel* vor kurzem erst gegen die Bolschewiki polemisiert haben.

Auf der anderen Seite aber erklären die neuen Regierungen – im Reich sowohl wie in Preußen – amtlich, dass sie die sozialistische Republik errichten, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführen wollen. Und wollen die Bolschewiki (oder wie sie sich längst nennen: die Kommunisten Russlands) denn etwas anderes? Was hat es mit den Bolschewiki auf sich.

Zweierlei ist zu unterscheiden: einmal die *Prinzipien*, aus denen sie handeln, das Ziel, dem sie zustreben; sodann die *Methoden*, die sie dabei anwenden. Was zunächst die Methode anlangt, so gebrauchen sie in ausgedehntem Maße Gewalt. Aber vergisst man denn ganz und gar, dass in Russland der *Bürgerkrieg* tobt? Und gibt es irgendeine Regierung, die den Bürgerkrieg anders als mit Gewalt zu führen vermag? Man brauchte in diesen Tagen nur über den Schloßplatz in Berlin zu gehen, da konnte man sich an den zahlreichen Schusslöchern im Marstall überzeugen, dass auch die friedliebende Regierung der *Haase* und *Scheidemann* „bolschewistische“ Methoden anwendet, um einen Aufruhr niederzuschlagen. Nur ist es bisher sehr wenig gewesen. Aber das lag doch nur daran, dass die Gegenrevolution bei uns bisher sehr wenig Macht besaß, weil eben fast die ganze Armee im Verlangen nach Frieden einig war und deshalb auf die Seite der Revolution trat. Ob es immer so bleiben wird, ob nicht mit der Zeit, bei den späteren Maßnahmen, lebhaftere Meinungsunterschiede zwischen großen Teilen des Volkes aufbrechen werden, die einer Gegenrevolution größere Kräfte zur Verfügung stellen, das steht noch dahin. Sollte es dahin kommen, dann wird man sehen, dass *jede* revolutionäre Regierung mit vollster Gewalt dreinfahren oder untergehen wird. In Russland aber war von Anfang an [4] eine weitverzweigte Gegenrevolution vorhanden, die sogar darauf abzielte, das Land wieder in den Krieg hineinzuzerren, und die sich nicht entblödete, zu diesem Zweck fremde Truppen ins Land zu rufen! Würde vielleicht die ehemalige deutsche Regierung sich auch nur einen Augenblick besonnen haben, gegen solche Verbrecher Gewalt anzuwenden?

Also nicht auf die Gewaltanwendung kommt es an – das ist eine nebensächliche Äußerlichkeit, die durch die Umstände erzwungen ist und die Bolschewisten in keiner Weise von jeder beliebigen anderen Regierung unterscheidet. Sondern das Wesentlichste sind ihre *Prinzipien* und ihre *Ziele*.

Was aber diese anbetrifft, so gibt schon allein der neue Name, welchen sie ihrer Partei seit einem Jahr beigelegt haben, darüber vollkommenen Aufschluss. Sie nennen sich Kommunisten. Das heißt, sie erstreben den *Kommunismus*¹. Das ist aber genau dasselbe, was die deutschen Sozialdemokraten seit mehr als 50 Jahren als ihr Ziel angegeben haben. Es sei nur an den Brief erinnert, worin *Karl Marx* am 5. Mai 1875 das damalige deutsche Parteiprogramm kritisierte (*Neue Zeit* 1890/91, I S. 562).

Wenn nun die Herren behaupten, sie wollten die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die sozialistische Republik, und zugleich immer wieder beteuern, sie seien keine

¹ Man lese hierüber die vorzügliche Broschüre des Genossen, N. Bucharin „Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki“, deutsch im Verlag Union, Zürich 1918. Preis 1 Mk.

„Bolschewisten“, so vermögen sie entweder die Tragweite ihres Tuns nicht zu ermessen, oder sie wollen ein verehrliches Publikum in Sicherheit wiegen. Hier nun sind wieder zwei Möglichkeiten denkbar. Entweder sie erstreben wirklich den Kommunismus und wollen durch ihre Erklärungen gegen die Bolschewisten die Bourgeoisie sicher machen. In diesem Falle wären sie die Opfer einer kläglichen Selbsttäuschung. Die Bourgeoisie lässt nicht in voller Heimlichkeit, gewissermaßen hinter ihrem Rücken, den Kapitalismus enteignen. Schon jetzt rücken Berliner Tageblatt, Deutsche Tageszeitung, Frankfurter Zeitung usw. den schüchternen Andeutungen der Regierung betr. Vergesellschaftung scharf zu Leibe und verlangen von ihr, sie solle sich klipp und klar für die „östliche“ oder die „westliche“ Orientierung entscheiden. Welch ein Widerstand würde erst losbrechen, wenn die Regierung positive Maßregeln zur Enteignung der Produktionsmittel ergriffe!

Bleibt also nur die andere Möglichkeit, und die dünkt uns auch viel wahrscheinlicher. Die Regierung der wieder vereinten Brüder *Haase* und *Scheidemann* meint es ernst mit der [5] Ablehnung des Bolschewismus, d.h. des Kommunismus, sie strebt in Wirklichkeit nur bürgerlich-demokratische Reformen an, und die wenigen Sätze von der Vergesellschaftung etc. laufen ihr in ihren Proklamationen nur deshalb mit unter, weil ihr Bruch mit der Vergangenheit sonst ihr selber gar zu krass erscheinen würde.

Hierfür spricht ihr ganzes bisheriges Verhalten, seit sie die Macht in Händen haben. Was die neue Regierung bisher durchgeführt hat, wie Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes, Versammlungsfreiheit usw. sind bürgerlich-demokratische Reformen. Nun darf ihr gewiss kein Vorwurf daraus gemacht werden, dass sie noch nichts Sozialistisches in Angriff genommen hat. Noch ist sie ja erst wenige Tage im Amte. Sehr bezeichnend ist aber die Tatsache, dass sie ausschlaggebendes Gewicht auf die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien legt. Die Fachminister sind im Amte geblieben, ebenso die Bürgermeister, die Präsidenten und Oberpräsidenten, soweit sie nicht selbst zurücktreten wollten. Ja sogar die Berliner Schutzleute sollen wieder bewaffnet werden.

Hält man dies alles zusammen mit den Auslassungen der während beiden Parteien – Abhängige wie Unabhängige – des Krieges und besonders im letzten Jahre, so ist man zu der Annahme berechtigt, dass ihnen als Ziel die Errichtung einer *bürgerlich-parlamentarischen Republik* nach dem Muster Frankreichs und Amerikas vorschwebt.

Wir glauben also, dass die Herren die Wahrheit sagen, wenn sie sich gegen den Bolschewismus verwahren. Die deutschen Arbeiter aber werden sich fragen müssen, was für ein Schicksal sie in einer kapitalistisch-parlamentarischen Republik erwartet.

Wiederaufbau der Internationale. 2

Von Karl Radek.

Am 9. Januar (1916) verkündete von der Tribüne des Parteitages der holländischen Opportunisten *Camille Huysmans*, der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, die Internationale sei nicht tot, sie lebe, beginne zu handeln. Unter dem Jubel des Kongresses erklärte er, „dass die Linien [6] der politischen Bewegung sich langsam zuspitzen in eine Richtung, die die proletarische Einheit über die ganze Welt wiederherstellen werde“.

² Dieser Artikel des Genossen Radek wurde uns in den ersten Monaten des Jahres 1916 zugestellt. Seine Veröffentlichung musste damals infolge des Verbots der Lichtstrahlen unterbleiben. Trotz der langen seither verstrichenen Zeit bringen wir ihn jetzt noch zum Abdruck, weil seine Gedankengänge nicht nur an sich interessant, sondern auch gerade für das Verhalten der sozialdemokratischen Parteien unmittelbar nach Friedensschluss bedeutsam sind.

Wenn eine Organisation und eine Idee so zu Boden geworfen ist, wie es mit der zweiten Internationale geschah, so muss ihr erstes Zeichen wiedererwachenden Lebens in dem Versuch bestehen, sich darüber klar zu werden, was sie zu Boden geworfen hat und welche Organe dabei zertrümmert wurden. Camille Huysmans und die Kreise, deren Sprachrohr er ist, bekunden das Wiedererwachen der Internationale, indem sie über die Wunden, aus denen sie blutet, einen Schleier breiten. Camille Huysmans und seine Hintermänner gehen jeder Untersuchung aus dem Wege, ob ein äußerer Schlag oder ein im Innern des Organismus entwickeltes Gift die Internationale niedergeworfen hat.

Die zweite Internationale hat die Pflicht der Verteidigung des Vaterlandes, wenn es unschuldig angegriffen wird, in vielen ihrer Resolutionen besonders ihrer älteren Kongresse verkündet. Auf ihren letzten drei Kongressen dagegen legte sie das Hauptgewicht auf die Forderung, das internationale Proletariat solle die zum Kriege führenden imperialistischen Tendenzen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen; falls trotzdem der Krieg ausbreche, solle es auf seine Abkürzung hinwirken und die durch ihn erzeugte politische und wirtschaftliche Krise zur Aufrüttelung der Volksmassen gegen die kapitalistische Herrschaft ausnützen.

Mit Ausnahme der russischen und serbischen Sozialdemokratie hat keine sozialdemokratische Partei der kriegführenden Länder bei Kriegsausbruch nach diesem Beschluss gehandelt. Sie begnügten sich mit schwachen Protesten. Dagegen stellten sich alle in den Dienst der Landesverteidigung, indem jede gerade ihr Land als das unschuldig angegriffene bezeichnete. Die Praxis der Vaterlandsverteidigung zeigte dann, dass sie jedes Wirken zwecks Abkürzung des Krieges, zwecks Aufrüttelung der Volksmassen gegen den Kapitalismus ausschließt. Überall führte diese Praxis zur Diktatur der Opportunisten, die nicht nur im Kriege die Solidarität der Klassen verfechten, sondern auch für die zukünftige Friedenszeit auf das Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie als den Weg zum Sozialismus hinweisen.

Das sind *Tatsachen*. Sie weisen eine tiefgehende Krisis des Sozialismus auf. Zu ihnen muss jeder Stellung nehmen, der verlangt, als ehrlicher Politiker vom Proletariat gehört zu werden. Nun sagen die *offenen Opportunisten*: Der Weltkrieg habe gezeigt, dass man die Klassenkampfdiee über- [7] spannt habe. Das Proletariat ringe zwar mit der Bourgeoisie um seinen Anteil am Produkt der gesellschaftlichen Arbeit. Aber es sei zusammen mit seiner Bourgeoisie daran interessiert, dass diese Arbeit unter möglichst günstigen Bedingungen vollzogen werde, dass der Wirtschaftskörper der Nation möglichst sichere Absatzmärkte für seine Produkte und Bezugsquellen für seine Rohstoffe habe. Sucht eine ausländische Bourgeoisie diese Lebensbedingungen der Nation zu bedrohen, dann müssen das Proletariat gemeinsam mit seiner Bourgeoisie gegen die fremde ins Feld ziehen. Stößt es dabei auf fremde Proletarier, die dasselbe tun zu müssen glauben, dann gilt es eben – wenn auch mit schweren Herzen – sie zu bekämpfen. Diese Lehren des Weltkrieges seien bei dem Neubau der Internationale zu berücksichtigen. Denn notwendig sei der Wiederaufbau: es gelte, im Frieden gemeinsam in allen Ländern für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung zu demonstrieren, gemeinsam die gewerkschaftlichen Unterstützungsinstitutionen auszubauen, gemeinsam die Regierungen zur friedlichen Erledigung ihrer Konflikte zu bewegen! Aber falls das letztere nicht gelänge, falls es von neuem zum Kriege käme, dann müsse sich das Proletariat jeder Nation von neuem in eine Reihe mit seiner Bourgeoisie stellen. Deswegen solle man alle die großen Worte lassen, die nur die spätere Enttäuschung erzeugen. Vielleicht in einer fernen Zukunft einmal werde die wirtschaftliche Entwicklung die Völker so sehr zu einem Ganzen verflechten, dass keine kriegerischen Konflikte mehr entstehen können. Jetzt dies durch das Proletariat erzwingen zu wollen, bedeute, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen.

Auf diese Ausführungen der offenen Opportunisten antworten ihre Gegner innerhalb der Sozialdemokratie: Der Krieg habe bewiesen, dass die Arbeiter eines Landes ihr Vaterland nicht verteidigen können, ohne ein fremdes zu zertrümmern. Wenn sie durch die Verteidigung ihres Vaterlandes die Bedingungen verteidigen, die zur Entwicklung des Sozialismus in ihrem Lande notwendig sind, so zerstören sie sie in einem anderen. Da der Sozialismus in einem Lande allein nicht siegen kann, so müsse hier ein offener Irrtum vorliegen, umso mehr, als die Vaterlandsverteidigung unentrinnbar zum Aufgeben des Klassenkampfes führe, ohne den doch kein Sozialismus möglich sei. Daraus schließt der linke Flügel der Internationale, dass das Proletariat durch Ausspielen seiner Rolle in der Produktion die imperialistische Ära in eine Ära grundlegender sozialer Änderungen umwandeln und dadurch ihren Gefahren begegnen müsse. Während die offenen Opportunisten die Internationale nur als [8] eine unschuldige Vereinigung während des Friedens gelten lassen wollen, sehen ihre Gegner umgekehrt die Lösung in dem bewussten Hinarbeiten darauf, die Internationale zu einer Organisation der vorwärtstreibenden Tat zu machen. Den Grund des Zusammenbruchs der Internationale, ihres Unvermögens, auch nur den Finger zu rühren, um die Worte von Basel zur Tat werden zu lassen, sehen sie eben im Vorherrschen des Opportunismus, dem sie den entschlossensten Kampf ansagen, weil sie in seiner Theorie den Verzicht, in seiner Praxis den Verrat des Sozialismus erblicken.

Mag man sich zu diesen beiden Auffassungen über den Zusammenbruch und die Zukunft der Internationale stellen, wie man will, man kann nicht an den Wiederaufbau der Internationale gehen, ohne zu ihnen sachlich Stellung genommen zu haben. Man muss zeigen, wie man die ideologische und politische Krise des internationalen Sozialismus zu überwinden gedenkt. Was macht aber Camille Huysmans? Er behauptet, dass die Internationale alles getan habe, um den Krieg zu vermeiden, was offenkundig falsch ist; er entschuldigt alle offiziellen Parteien, die sich doch selbst gegenseitig bezeugen, dass jede von ihnen den Sozialismus mit Füßen getreten hat. Nachdem er die offenen Opportunisten leise getadelt hat, greift er die Veranstalter der Zimmerwalder Konferenz um so heftiger an, weil sie die dem Sozialismus treu gebliebenen Teile der Internationale zum gemeinsamen Handeln zusammenzufassen suchten, was nur das Internationale Büro hätte tun dürfen. Er schilt die revolutionären Sozialdemokraten Quäker, die in einer Welt des Traumes leben, und prophezeit das Wiederaufstehen der Internationale, die Aussöhnung der kämpfenden Brüder. – Auferstehung, Wiederaufbau der Internationale? Wozu, auf welchem Boden? Nun, die Londoner Konferenz der Ententesozialisten wie die Wiener der Zentralmächtesozialisten haben fast gleichlautende Beschlüsse gefasst, in denen gegen Annexionen und geheime Diplomatie protestiert, das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert wird. Das soll die Grundlage der neuen Internationale sein. Aber all das hat die alte schon anerkannt und ist trotzdem zusammengebrochen, und wenn heute die deutsche und französische Partei tausendmal auf sie schwört, glaubt keine von beiden der andern, es sei ihr Ernst damit. Und beide haben Recht. Diese Grundsätze genügten nicht, um ihre Verkünder zusammenzubringen, und sollen zur Wiederherstellung der Internationale genügen?

Handelte es sich bei der Auferstehungsrede Huysmans um eine Gefühlsduselei oder Seichtbeutelei eines einzelnen Mannes, der dank seiner Stellung die „diplomatischen“ Eigenschaften be- [9] sonders stark in sich ausgebildet hat, so könnte man darüber zur Tagesordnung übergehen. Aber so ist es nicht. Es handelt sich hier um einen *internationalen Plan*. Camille Huysmans drückte nur die Gedanken aller jener Opportunisten aus, die sich sagen, eine ganz offene opportunistische Politik, ein offener Verzicht auf die Internationale müsse die Massen abstoßen. Er drückt die Gedanken jener Opportunisten aus, die nach dem Kriege die alten, die Massen irreführenden Phrasen weiterdreschen wollen. Die Rede Huysmans drückt aber zugleich auch die Gefühle all jener schwankenden Elemente aus, die

als „marxistisches Zentrum“ in allen Ländern zwischen Opportunismus und Radikalismus hin und her pendeln und, unfähig, mit den veralteten Traditionen der Internationale fertig zu werden, den alten Schein der Internationale retten wollen. Hat nicht *Kautsky* in der Polemik gegen *Cunow* zu beweisen gesucht, die Internationale müsse bleiben, wie sie war? Hat nicht *Bernstein* geschrieben, die Internationale werde bleiben, wie sie war, oder sie werde nicht mehr sein? Hat nicht *Vandervelde* gleichzeitig mit *Huysmans*, hat nicht *Adler*, hat nicht *Longuet* dieselben Ideen geäußert?

Das alles, was zum schändlichen Zusammenbruch geführt hat, das alles soll so bleiben wie es gewesen ist. Gegen diese Vertuschung und Verkleisterung in energischer Weise anzukämpfen, ist Pflicht jedes Anhängers einer wirklich proletarischen Politik. Denn *Rosa Luxemburg* hatte vollkommen Recht, als sie im April 1915 in dem Leitartikel der „Internationale“ schrieb, diese Vertuschungsversuche hätten nur eine Tendenz: „jene verhängnisvollen Selbsttäuschungen der sozialistischen Parteien, jene inneren Gebrechen der Bewegung die zum Zusammenbruch geführt haben, zu verewigen, zum bewussten Normalzustand zu erheben, die sozialistische Internationale auf die Dauer zur Fiktion, zur Heuchelei zu machen.“

Kommunismus in der Landwirtschaft.

Von E. L.

Das schwierigste Problem des Kommunismus ist bekanntlich seine Verwirklichung in der Landwirtschaft. Um einer Beleuchtung dieser wichtigen Frage nach allen Seiten hin die Wege zu eben, geben wir die nachfolgenden Ausführungen wieder, die uns ein Freund unserer Sache zusendet.

Der Krieg war uns ein Lehrmeister auf vielen Gebieten. Am meisten vielleicht auf dem der Volkswirtschaft. Breite Volksmassen, die sich niemals mit volkswirtschaftlichen Problemen befasst haben und auch nicht befassen konnten, weil sie von der Wissenschaft als komplizierte Dinge in gelehrten Abhandlungen [10] behandelt wurden, sind durch den steigenden Mangel am Nötigsten, durch das Sorgen um das tägliche Brot wider Willen praktische Volkswirtschaftler geworden. Die Entbehrungen haben das Volk feinempfindlich gemacht für die Wirkungen volkswirtschaftlicher Faktoren. Wenn die Massen anstehen mussten vor den Läden für Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgegenstände, wurden die Fragen erörtert, wie die gewaltigen Ereignisse der Weltpolitik und die Störungen der Volkswirtschaft auf die letzten Bedürfnisse des kleinsten Haushaltes zurückwirken.

Aber mit dieser Erkenntnis der Zusammenhänge, die uns so hart zu Gemüte geführt worden sind, ist erst ein kleiner Anfang gemacht worden in der volkswirtschaftlichen Bildung, die jeder Volksgenosse, Mann und Frau, schon vom 20. Jahre an haben muss. Denn von ihrem Urteil wird in Zukunft die Richtung abhängig, die wir in politischen und wirtschaftlichen Dingen im Reiche verfolgen. Dazu gehört vor allem, dass die Einzelpersonen die Gesamtinteressen des Volkes nicht mehr bloß nach den Interessen ihrer eigenen unmittelbaren kleinen Welt beurteilen, sondern die Verhältnisse der anderen objektiv mit in Rechnung stellen. Wie oft haben wir darüber Klagen gehört, dass die im alten Staatswesen so einflussreichen Agrarier ein zu geringes Verständnis hätten für die Bedürfnisse der Industriebevölkerung. Aber nicht geringer ist der Mangel an Verständnis der städtischen Bevölkerung für die Dinge auf dem Lande, insbesondere für die landwirtschaftliche Produktion. So wird vielfach gefordert: möglichst sofortige Aufteilung des Großgrundbesitzes oder dessen genossenschaftliche Bewirtschaftung. Das müsste natürlich schleunigst geschehen, sofern mit dieser Parzellierung unmittelbar eine

Produktionssteigerung unserer Lebensmittel Platz greifen würde; und viele Leute glauben auch, dass dies der Fall wäre, weil in vielen Gegenden auf einem Quadratkilometer Bauernland mehr geerntet wird als von einem Quadratkilometer des Großgrundbesitzes. Das kommt aber daher, weil die Gegenden mit bester Bodenbeschaffenheit Bauerngegenden sind, die großen Flächen mit leichtem Boden dagegen meist vom Großgrundbesitz bearbeitet werden. Das ist kein Zufall, sondern liegt an der organischen Entwicklung der Agrarverhältnisse. Schwere Böden eignen sich mehr für kleinere, leichtere mehr für Großwirtschaften. Würden wir heute durch Zerschlagung der Großwirtschaften oder plötzliche Einführung der genossenschaftlichen Bewirtschaftung einen so radikalen Eingriff in die bisherigen Wirtschaftsverhältnisse vornehmen, so würde mit voller Sicherheit eine sehr erhebliche Produktionsminderung eintreten. Eine solche könnte in normalen Zeiten [11] im Hinblick auf die gesicherte Belieferungsmöglichkeit vom Weltmarkte ohne Katastrophe ertragen werden, heute würde sie für unsere Ernährung vernichtend wirken.

Ein großes Gut von mehreren Tausend Morgen ist in der Regel ein organisch gewachsenes Ganzes. Die Gebäude, Wegeverhältnisse usw. sind darauf zugeschnitten, dass der ganze Landkomplex von der einen Stelle aus, wo die Wirtschaftsgebäude liegen, bewirtschaftet wird. Mit der einfachen Aufteilung sind noch nicht ebenso viele neue kleinere Wirtschaftszentren geschaffen; es bedürfte der Herstellung der Bauernhäuser mit ihren Scheunen und der Neuanlage von Wegen, während die Gebäude des Hauptgutes zum Teil überständig werden. Es liegen für diese Parzellierungen reichliche Erfahrungen vor: bei der Ansiedlungskommission für die Ostprovinzen und bei anderen Parzellierungsgesellschaften. Es dauert eine Reihe von Jahren, ehe die parzellierte Großwirtschaft wieder die alten Ernteüberschüsse abwirft. Die genossenschaftliche Bewirtschaftung von größeren Landgütern aber bedeutet einen Sprung ins Dunkle, den wir mit Rücksicht auf unsern Hungerzustand in größerem Maßstabe zurzeit ebenso wenig wagen dürfen. Denn zunächst würde mangels genügender Erfahrungen auf dem Gebiete der Genossenschaftsbewirtschaftung ebenfalls eine Produktionsverminderung Platz greifen. Hier müsste erst auf einer für die Ernährungswirtschaft nicht in Betracht kommenden Anzahl von Wirtschaften, z. B. Staatsdomänen, planmäßige Versuche gemacht werden, um die beste Methode der genossenschaftlichen Bewirtschaftung zu erproben. Da werden eine Reihe von Jahren hindurch Fehlschläge eintreten, bis man diejenige Form der genossenschaftlichen Bewirtschaftung herausgearbeitet haben wird, die keine Produktionsverminderung gegenüber der bisherigen Wirtschaftsform bedeutet.

Eine besondere Art von genossenschaftlicher Bewirtschaftung größerer Ackerflächen durch Kriegssiedler ist in der Bildung begriffen, andere Formen entstehen. Man wird guttun, vor allgemeiner zwangsweiser Einführung bestimmter Formen die praktischen Ergebnisse der Versuche abzuwarten, denn durch die beste und theoretisch richtigste Berechnung macht die menschliche Natur leicht einen dicken Strich.

Solange wir Lebensmittelnöte haben, wäre es auch nicht richtig, die gegenwärtigen Leiter der einzelnen Wirtschaften ohne weiteres von ihrem Platze zu verdrängen, denn jeder Wechsel bringt auch bei gleicher Tüchtigkeit des Nachfolgers zeitweise eine Produktionsminderung mit sich, der ausscheidende Leiter kann nicht seine örtlichen Erfahrungen, seine Personalkennntnis [12] und viele andere Dinge mit übergeben. Auch die Äcker haben ihre Eigentümlichkeiten, die nicht durch bloße chemische Untersuchungen festgestellt werden können, sondern nur durch jahrelange Erfahrungen erkannt werden. Sie beruhen auf der Wirkung der unteren Bodenschichten und anderer nicht ohne weiteres erkennbarer Momente.

Bei der Sozialisierung unserer Wirtschaft ist die Sozialisierung der Landwirtschaft das schwierigste von allen Problemen. Hier müssen Erfahrungswissenschaft und psychologische

Faktoren in ganz besonderem Maße berücksichtigt werden, damit nicht Experimente, die auf reiner Theorie beruhen, durch Fehlschläge in der Praxis den Kommunismus diskreditieren.

Die Aufgaben der Revolution.

Von Herold.

Bedeutsame Dinge haben sich ereignet, noch bedeutsamere werden wahrscheinlich folgen, ehe diese Zeilen dem Leser vor die Augen kommen. Zur ersten Jahresfeier der russischen Arbeiterrevolution, die auf den 7. November fiel, ist in Deutschland die Revolution ausgebrochen. Und sie vollzieht sich in ganz ähnlichen Formen, wie in Russland. Viele Monate lang sind die russischen Kommunisten (Bolschewiki) von den deutschen Sozialdemokraten beider Richtungen auf das heftigste angefeindet worden. Die Herren um Scheidemann zogen einen „dicken Trennungsstrich“ zwischen sich und den Kommunisten; noch am 5. und 6. November hatte die Regierung des Prinzen Max von Baden, in der die sozialdemokratischen Staatssekretäre den Ausschlag gaben, die Berliner Botschaft der Russischen Sowjetrepublik mit Gewalt aus Deutschland gejagt, offenbar um sich bei den Imperialisten Westeuropas und Amerikas als Polizeibüttel gegen die Kommunisten lieb Kind zu machen, und im Zusammenhang damit hatte der Scheidemann'sche Vorwärts die russischen Methoden als „sozialdilettantisch“ abgelehnt. Ebenso ist unvergessen, in welcher Weise die Kautsky, Bernstein, Ströbel etc. noch vor kurzem über die Bolschewiki hergezogen sind. Besonders war es die Verletzung der Demokratie, die Errichtung der proletarischen Diktatur, die man ihnen zum Vorwurf machte. Ist doch der oberste Grundsatz der russischen Kommunisten der, dass politische Rechte nur diejenigen haben sollen, die arbeiten, wogegen die deutschen Sozialdemokraten – die Unabhängigen so gut wie die Abhängigen – das „demokratische Prinzip“ ins Feld führten und vor allem das gleiche Wahlrecht und die Teilnahme der bürgerlichen Parteien an der Regierungsgewalt verlangten. Was aber sahen wir in den [13] ersten Tagen der Revolution? Überall bildeten sich – ganz nach russischem Muster – Arbeiter- und Soldatenräte, welche die ganze Gewalt in die Hände nahmen, ohne dass die Bourgeoisie im mindesten, weder direkt noch indirekt, daran beteiligt waren. Zum Beispiel meldeten die Berliner Zeitungen am 10. November, dass beschlossen sei: um 10 Uhr versammeln sich die Arbeiter in den Fabriken und wählen Arbeiterräte, die Soldaten zu gleicher Zeit in den Kasernen und wählen Soldatenräte; die Gewählten treten nachmittags 5 Uhr im Zirkus Busch zusammen und wählen die provisorische Regierung. Hier sind also nicht nur alle, die vom Profit leben, sondern sogar die Arbeiter der freien Berufe, Rechtsanwälte, Beamte, Künstler, Ärzte, Schriftsteller (soweit sie nicht Soldaten sind) vom Wahlrecht ausgeschlossen. Von „Demokratie“ im liberalen Sinne ist keine Rede. Und dennoch haben abhängige wie unabhängige Sozialdemokraten nichts Eiligeres zu tun gehabt, als ein Wettrennen um die Beteiligung an diesen Arbeiter- und Soldatenräten zu veranstalten. Verfliegen ist der ganze Spuk ihrer Bedenken, mit denen sie Monate lang den russischen Kommunisten die Arbeit erschwert haben.

Das alles wird ja nun wohl, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, längst wieder von anderen Ereignissen überholt sein. Die äußeren Formen der Regierungsgewalt werden in der nächsten Zeit vermutlich noch ziemlich oft wechseln, und nicht minder oft werden die Personen wechseln, die als Träger der Regierungsgewalt auftreten. Man wird annehmen dürfen, dass wir jetzt in jenen Zustand eintreten, den *Karl Marx* als die „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“ bezeichnet hat, „wie sie eben aus der kapitalistischen

Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist.“³ Es ist das eine Zeit des Übergangs, die noch keine dauernden Einrichtungen schaffen kann, sondern nach der neuen, endgültigen Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens erst hindrängt.

Man soll sich keinen Täuschungen darüber hingeben, dass hier ein Widerspruch der Anschauungen klafft zwischen den bürgerlichen Parteien und den Anhängern der kommunistischen Lehren; ein Widerspruch, der nicht überbrückt werden kann und der die Idee eines politischen Zusammenarbeitens zwischen beiden zu einer aussichtslosen Utopie macht. Die Bourgeoisie will die jetzt, in diesem Augenblick erreichte politische Neugestaltung fest verankern und dauernd beibehalten. Denn ihr kommt es darauf an, die kapitalistische Wirtschaft zu sichern und aus dem Zusammenbruch des Krieges so viel von ihrem Besitz zu retten, [14] wie nur irgend zu retten ist. Vier Jahre lang ist die liberale, angeblich „demokratische“ Bourgeoisie Deutschlands durch dick und dünn mit der Kriegspolitik der konservativen Regierung gegangen, weil sie dadurch am besten den Interessen des Kapitals zu nützen glaubte. Sie arbeitete auf den deutschen Sieg hin, um als dessen Frucht eine gewaltige Erweiterung der Profitmöglichkeiten für das deutsche Kapital einzuheimen und den anderen Völkern diejenigen Opfer aufzuerlegen, die jetzt die englischen und französischen Imperialisten dem deutschen Volk aufzuerlegen trachten. Sobald aber klar wurde, dass es mit dem deutschen Siege nichts war, wechselte die Bourgeoisie das System, schob die konservativen Männer und Regierungsmethoden beiseite, ersetzte sie durch liberale und sogar durch angeblich sozialdemokratische - zu welchem Zweck? Alles zu dem einzigen Zweck, dem deutschen Kapital und dem deutschen Kapitalismus aus der Niederlage wenigstens die Existenz zu retten und ihm so viel Profitmöglichkeiten, wie nur irgend tunlich, zu bewahren. Darin besteht für die liberale Bourgeoisie die Aufgabe der deutschen Revolution: die Formen, die Männer, die Methoden der Regierungsgewalt sollen gewechselt werden, um so schnell wie möglich wieder zu Ruhe und Ordnung zu kommen, zu derselben „Ordnung“, die wir vor dem Kriege hatten, damit die Arbeiter im Lohnverhältnis festgehalten werden und in der alten Weise weitergewirtschaftet wird.

Ganz anders aber stellt sich die Aufgabe der Revolution vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Überdenkt man die einzelnen Geschehnisse der deutschen Revolution, soweit sie sich bis zum gegenwärtigen Augenblick (Mitte November 1918) übersehen lassen, so dürfte klar sein, dass es die Soldaten waren, welche die Revolution gemacht haben. Gewiss mag sie von der Arbeiterschaft vorbereitet und organisiert gewesen sein, aber niemals hätten sich die unbewaffneten Arbeiter auf einen Kampf mit den Soldaten einlassen können. Alles hing davon ab, ob die Soldaten mit dem Volk gehen würden. In Wahrheit jedoch waren es sogar die Soldaten, und zwar die Matrosen in Kiel, welche zuerst losschlügen. Was trieb die Soldaten dazu: Welche Beweggründe hatten sie? Sie waren ganz einfach des Krieges müde. Nach weit über 4 Jahren hatten sie genug davon. Sie wollten unter keinen Umständen noch einmal ins Feld, sie wollten *Frieden* haben.

Aber wenn auch der Friede geschlossen wird, so sind doch damit die Aufgaben, welche eine revolutionäre Regierung zu lösen hat, noch lange nicht erfüllt. Schon der erste Aufruf (vom 9. November) der Regierung Ebert-Scheidemann-Landsberg nennt daneben noch zwei andere Aufgaben, nämlich: [15]

die Volksernährung zu sichern und den Volksgenossen in Waffen den raschesten, geordneten Weg zu ihrer Familie und zu lohnendem Erwerb zu öffnen (was man kurz die „Demobilmachung“ nennt).

³ Neue Zeit 1890/91, I S. 567.

Betrachten wir, um ganz methodisch zu verfahren, nur die erste dieser beiden Aufgaben näher. Was kann eine Regierung tun, um die Volksernährung zu sichern?

Die heute (Mitte November) bestehende Regierung nennt sich eine „rein sozialistische“. Denn zu den drei Mitgliedern der Scheidemannpartei haben sich drei „Unabhängige“ gesellt, und Vertreter der bürgerlichen Parteien sollen nur als Fachminister teilnehmen, das heißt so zu sagen als technische Beamte, welche die Anordnungen jener 6 Führer auszuführen haben. Nehmen wir deshalb an, dass zur Sicherung der Volksernährung diejenigen Maßnahmen ergriffen werden, welche dem Willen der „radikaleren“ Mitglieder des Kabinetts, nämlich der Unabhängigen entsprechen. Was sind das für Maßnahmen?

Das kann man leicht feststellen, wenn man vergleicht, was die Presse der Unabhängigen, z. B. die Leipziger Volkszeitung, während des ganzen Krieges in Sachen der Ernährungspolitik geschrieben und verlangt hat. Den früheren kaiserlichen Regierungen hat die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie unablässig zum Vorwurf gemacht, dass sie in der *Beschlagnahme der vorhandenen Nahrungsmittel* nicht weit genug gegangen seien. Ob der Vorwurf berechtigt war, lässt sich sehr schwer nachprüfen. Etwas scheint jedenfalls daran zu sein. Die Ernährungspolitik der früheren Regierungen war ja im Wesentlichen nichts anderes als die Rationierung der vorhandenen Nahrungsmittel. Es wurde festgestellt, wieviel Getreide, wieviel Fleisch, wieviel Eier, Butter etc. im laufenden Jahr zur Verfügung standen; das wurde dann zu gleichen Teilen auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, und nun bekam jeder eine Karte, die ihn berechtigte, nur den auf ihn entfallenden Anteil und nicht mehr zu kaufen. Das war das Prinzip der Nahrungsmittelpolitik aller kaiserlichen Regierungen während des Krieges. Was sie daneben noch taten, waren gelegentliche und belanglose Einzelheiten.

Nun waren aber die Portionen, die hiernach auf den Einzelnen entfielen, viel zu klein. Kein Mensch konnte davon leben. Hat doch der Reichstagspräsident Fehrenbach, der als Abgeordneter all die hierauf bezüglichen Gesetze mit geschaffen und diese Politik mit vertreten hat, als Rechtsanwalt in einem Strafprozess es als gerichtsnotorische Tatsache bezeichnet, dass die amt- [16] lich zugewiesenen Lebensmittelrationen zur Ernährung eines Menschen nicht ausreichen und dass jedermann im Deutschen Reich auf den Schleichhandel schlechterdings angewiesen sei. Und die Tatsache steht fest, dass im Schleichhandel jede beliebige Quantität jederzeit zu haben war, wenn man exorbitante Preise dafür zu zahlen bereit war. Weiter steht aber auch die Tatsache fest, dass nicht etwa nur einige Bourgeois und Kriegsgewinner, sondern auch die große Masse der Munitionsarbeiter und letzten Endes wohl so ziemlich die ganze Bevölkerung auf dem Wege des Schleichhandels ihre Rationen erhöhte. Und das ging Jahre lang. Danach müssen allerdings ungeheure Quantitäten den Augen der Behörden entgangen und in den Schleichhandel geflossen sein. Demgegenüber forderten die Unabhängigen eine sorgfältige Beschlagnahme *sämtlicher* Lebensmittel und deren gleichmäßige Verteilung unter die Bevölkerung.

Setzen wir also den Fall, dass die neue Regierung, in der die Unabhängigen so stark vertreten sind, diese Forderung verwirklichen wird. Dass es ihnen gelingen werde, wirklich *alle* Lebensmittel restlos zu erfassen, werden sich die Unabhängigen wohl selbst nicht einbilden. Aber das wäre auch nicht schlimm. Wenn schon hier und da einzelne Bauern oder Händler Restbestände verheimlichen und unter der Hand verkaufen, so könnte doch eine schärfere und zuverlässige Kontrolle den bisherigen Zustand fühlbar verbessern. Freilich soll man sich nicht zu viel davon versprechen, denn die Verwaltungsschwierigkeiten sind sehr groß; man kann schließlich nicht neben jeden Kuhstall einen Schutzmännchen stellen, der jeden Morgen um 4 Uhr genau kontrolliert, wie viel Milch die Kühe geben. Doch immerhin, eine Erhöhung der

Rationen und vielleicht auch eine gewisse Verbilligung der Preise lässt sich auf diesem Wege erreichen.

Aber doch nur bis zu einer gewissen Grenze. Denn beschlagnahmen und zuteilen kann man doch schließlich immer nur das, was vorhanden ist. Wo aber nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, da hat auch eine sozialistische Regierung ihr Recht verloren. Nun muss man sich aber darüber klar sein, dass der Krieg ein arges Missverhältnis zwischen Produktion und Bedarf geschaffen hat. Unmittelbar mit Ausbruch des Krieges ist der Bedarf in kolossalem Umfange gewachsen. Mehrere Millionen Männer zogen den Soldatenrock an und konsumierten alles, was sie z. B. an Lebensmitteln brauchten, mindestens in demselben Maße wie zuvor, an Kleidung zweifellos mehr, da die Kleider bei den Strapazen des Feldzugs viel schneller aufgebraucht werden. Und dazu kam nun der ganze eigentliche Heeresbedarf noch hinzu: die Waffen, die Munition, das Lederzeug usw. usw. [17]

Gegenüber diesem gewaltig angeschwollenen Konsum hat aber gleichzeitig die Produktion abgenommen. Denn eben diese mehreren Millionen Männer im arbeitskräftigsten Alter wurden urplötzlich der Arbeit entzogen; bald begann es auch an Rohstoffen zu fehlen, und mindestens vom zweiten Kriegsjahr an zeigten sich die Folgen der schlechteren Bearbeitung des Bodens, der Vernachlässigung der Reparaturen an Transportmitteln und Maschinen und dergleichen mehr. All dies musste die Produktion verringern. Hoffentlich werden jetzt bald die Ergebnisse der Produktionsstatistik der Kriegsjahre, die bisher verheimlicht worden sind, veröffentlicht. Heute sind wir noch auf Schätzungen angewiesen. Wir begnügen uns deshalb mit der Angabe, dass z. B. der schwedische Professor Gustaf Cassel, der im Frühjahr 1916 Deutschland bereist hat, schon damals zu dem Ergebnis kam, dass in Deutschland nur noch knapp $\frac{4}{5}$ von dem produziert wurde, was im Frieden geschaffen worden war.⁴ Darin war aber schon die ganze Produktion für den Heeresbedarf mit einbegriffen. Danach kann man sich eine Vorstellung machen, in welchem erschreckendem Maße die Produktion dessen, was die Zivilbevölkerung braucht, abgenommen hatte. Und das ist nun bald drei Jahre her, in welcher Zeit die Produktion entsprechend weiter gesunken ist. Es ist das eine selbstverständliche Wirkung des Krieges, der unter keinen Umständen zu entgehen war. Zweifellos ist sie noch verstärkt worden durch das Drängen der kapitalistischen Produzenten nach Heereslieferungen, die von vornherein besonders gut bezahlt wurden und besonders hohe Profite erbrachten. Dadurch musste die Produktion des Zivilbedarfs noch mehr vernachlässigt werden.

Hier ist der Kern des Übels. *Es wird zu wenig produziert.* Beschlagnahme und Verteilung reichen da nicht aus, sondern das einzige Mittel, das helfen kann, heißt *Steigerung der Produktion*. Und das ist der Punkt, an dem sämtliche bisherige Regierungen gescheitert sind. Man braucht nicht anzunehmen, dass sie blind an dem Problem vorübergegangen sind, wenn sie es auch in seiner vollen Größe nicht erkannt zu haben scheinen. Versuche zur Steigerung der Produktion haben sie gemacht. Sie sind aber nicht in genügendem Maße gelungen, und das ist der Grund, weshalb trotz aller Strafandrohungen wider den Schleichhandel und wider den Wucher die Lebensmittelnot immer bedrohlicher geworden ist und die Preise immer schwindelhafter gestiegen sind.

Fragt man, warum alle bisherigen Regierungen an diesem entscheidenden Punkt solchen Misserfolg hatten, so ist die Antwort [18] nicht eben schwer zu finden. Liest man die vielen

⁴ Gustaf Cassel, Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft. Berlin, Ullstein 1916.

Dokumente, die darüber veröffentlicht worden sind⁵, so zeigt sich immer dasselbe Bild. Die kapitalistischen Produzenten sind auf keine andere Weise zur Steigerung der Produktion zu bewegen als durch hohe Preise, die ihnen hohe Profite versprechen. Und selbst dann wurden die Absichten der Behörden andauernd durch die Privatinteressen der kapitalistischen Unternehmer durchkreuzt. An ein paar Beispielen sei das veranschaulicht.

Zuckerrüben kosteten vor dem Kriege ungefähr 1 Mark der Zentner, und der Rohzucker hatte selbst nach Ablauf des ersten Kriegsjahres erst einen Preis von 9 Mark pro Zentner erreicht. Bis Dezember 1916 waren die Rüben auf 1,50 M., der Rohzucker auf 15 M. gestiegen. In diesem Monat ordnete die Regierung eine weitere Erhöhung der Preise auf 2 M. bzw. 18 M. an. Das war nicht so viel, wie die landwirtschaftlichen Unternehmer haben wollten, denn diese hatten 3 M. pro Zentner Rüben verlangt. Darauf führte die „Deutsche Tageszeitung“ die bekanntlich das Organ der Landwirtschaftskapitalisten ist, aus, dass dies wohl eine Einschränkung der Rübenproduktion zur Folge haben würde, weil mit dem Anbau anderer Gewächse mehr Geld zu verdienen sei. Beim Bau von Zuckerrüben bringe der Hektar nur 330 M., bei Futterrüben 540–600 M., bei Weißkohl 1200 M. und bei Rotkohl sogar 3000 M. Allerdings hatte das Kriegsernährungsamt dagegen Vorsorge zu treffen versucht, indem es anordnete, dass jeder Landwirt von den Zuckerfabriken, an die er bisher geliefert hatte, gezwungen werden könne, dieselbe Fläche mit Rüben anzubauen wie im Vorjahr. Das aber wurde allgemein als ein „Schlag ins Wasser“ bezeichnet; denn, so schrieb ein Landwirt an die Deutsche Tageszeitung:

„Die Garantie, dass eine gewisse Fläche mit Rüben bebaut wird, steigert noch nicht die Rüben- und Zuckerproduktion... Wenn ein Landwirt nicht mit Lust und aus freiem Willen und unter angemessenen Bedingungen, wozu in erster Linie auch ein ausreichender Preis gehört, arbeiten kann, dann kann es ihm niemand verdenken, wenn es ihm nicht gelingt, ausreichende Ernten zu produzieren. Gerade beim Rübenanbau werden sich durch *Mangel an Produktionsfreudigkeit* bei der Bearbeitung und Pflege Mängel zeigen, die das Ernteergebnis herabmindern ... Allein durch eine gesunde Preispolitik kann die Produktionsfreudigkeit genügend angeregt werden, um die sehr notwendige Zuckerproduktion zu steigern.“

Mit anderen Worten: die kapitalistischen Unternehmer der Landwirtschaft kündigten die passive Resistenz an, wenn ihnen die Einnahmen nicht noch weit mehr erhöht würden. [19] Was sie aber damals nur erst androhten, das hatten andere Kapitalistengruppen inzwischen schon getan. Zum 19. Dezember 1916 musste eine außerordentliche Versammlung des Stahlwerksverbandes einberufen werden, weil die Lieferung solcher Produkte des Verbandes, die sehr nötig gebraucht wurden, nicht mehr gesichert erschien. Auch hier hatte nämlich die Regierung angeordnet, dass der Verband seine Verkaufspreise nicht weiter als bis zu einem bestimmten Betrage erhöhen dürfe. „Die Folge davon ist,“ schrieb eine Handelszeitung, „dass die Werke sich durchaus nicht mehr nach solchen Aufträgen drängen, sondern viel lieber Halbzeug weiterverarbeiten“. Daraus entsprangen zwei schwere Nachteile. Einmal fehlten die Produkte des Stahlwerksverbandes, und außerdem begann es den Fabriken, die Spezialartikel herstellen, an Halbzeug zu mangeln.

In diesem Dilemma steckten sämtliche wirtschaftlichen Maßnahmen der früheren Regierungen. Wollten sie die Produktion steigern, so mussten sie für höhere Preise sorgen. Dadurch aber ist nicht nur die furchtbare Teuerung über uns gekommen, unter der wir alle so unsäglich leiden, sondern infolge der sich tausendfach kreuzenden Privatinteressen der

⁵ Z. B. die sehr reichhaltigen „Beiträge zur Kriegswirtschaft, herausgegeben von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes“, Berlin, Reimar Hobbing.

Unternehmer wurde das beabsichtigte Resultat meist nicht einmal erreicht, sondern es kam ganz etwas anderes zu Stande, als was bezweckt war.

Unsere Betrachtungen lassen keinen Zweifel darüber, wo der Fehler liegt. Wenn wir die Kriegsgewinner ausnehmen, deren Zahl an sich erheblich sein mag, aber neben der Masse des gesamten Volkes nicht ins Gewicht fällt, so leiden wir *alle* furchtbar unter dem bisherigen, immer noch geltenden System. Die Landbevölkerung nicht minder als die Städter. Wer erinnert sich nicht der vielen Klagen, die wir vom Lande während der Kriegszeit gehört haben. Den Bauern, zumal den kleineren, war es noch viel schwerer, Kohlen zu bekommen, Petroleum, Spiritus und nun gar Kleidung. Kam es doch so weit, dass vom Lande verbotene Fleisch- und Kartoffellieferungen angeboten wurden für eine Rolle Nähgarn!

Uns *allen*, den Bauern wie den Städtern, den Großen wie den Kleinen, den Wohlhabenden wie den Armen würde geholfen sein durch eine vernünftige *planmäßige* Ordnung des Wirtschaftswesens, die nicht danach fragt, was der Einzelne *bezahlen* kann, sondern was er *braucht*, und ihm alles Nötige liefert, gegen die Verpflichtung, auch seinerseits nach seinen Kräften und Fähigkeiten zu arbeiten und die Produkte seiner Arbeit zur Verfügung zu stellen. Auch der Bewohner des flachen Landes (immer die wenigen sehr Reichen ausgenommen, die sich ohne Rücksicht auf die horrendesten Preise alle erlesenen [20] Genüsse leisten können; aber das ist ja nur eine Handvoll Menschen) würde sich weit besser stehen, wenn er sicher wäre, dass ihm alle Gegenstände seines Bedarfs rechtzeitig geliefert werden, die Kohlen und die Kleider und die Beleuchtung und alles andere. Dann brauchte er sich nicht mehr den Kopf zu zerbrechen, ob er bei Futterrüben mehr verdient als bei Zuckerrüben, bei Rotkohl mehr als bei Weißkohl. Dann läuft er nicht mehr Gefahr, infolge falscher Voraussicht, weil vielleicht bis zur Ernte die Preise sich schon geändert haben, ruiniert zu werden. Sondern dann baut er das an, was gebraucht wird, gerade so wie jeder andere Volksgenosse seine Arbeit nach dem vorhandenen Bedarf richtet.

Mit einem Wort: was uns retten kann, was allein die so notwendige Produktionssteigerung herbeiführen kann, was allein die Ernährung und die Existenz der Menschheit sichert, ist der *Kommunismus*. Jenem Zustande müssen wir zusteuern, den Karl Marx als die „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft“ bezeichnet, die auf ihre Fahne schreibt:

„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Das ist die Aufgabe der Revolution vom proletarischen Standpunkt aus. Darin liegt aber die Aufhebung der Lohnarbeit, die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und natürlich auch die Beseitigung der kapitalistischen Verdienstmöglichkeiten. Wir bezweifeln nicht, dass im Verlauf der furchtbar harten Zeiten, denen wir entgegengehen, auch diejenigen die Wahrheit dieser Lehren einsehen werden, die heute in ihrem Denken und Fühlen noch Bourgeois sind, d.h. die heute noch von der Überzeugung ausgehen, dass nur die Aussicht auf eigenen privaten Vorteil die Menschen zur Arbeit anregt. Wenn alle wirtschaftlichen Maßnahmen, die auf Grund dieser bürgerlichen Anschauung ergriffen werden, scheitern und namenloses Elend anrichten, dann werden sie unter dem Zwang der Tatsachen zuletzt wohl merken, dass wir Recht haben. Aber noch sind sie nicht so weit. Und deshalb – wir wiederholen es – ist es eine Utopie, sich einzubilden, dass an irgendein erträgliches Zusammenarbeiten mit Vertretern der bürgerlichen Anschauung zu denken sei. Bei Maßnahmen, welche darauf abzielen, den Kommunismus herbeizuführen, werden sie uns nicht nur nicht helfen, sondern sie werden uns den erbittertsten Widerstand entgegensetzen. Denn ihr Zweck ist ja eben, diejenige Ruhe und „Ordnung“ wiederherzustellen, die wir vor dem Kriege hatten.

Die Frage ist nun: welche Maßnahmen kann und muss eine sozialistische Regierung ergreifen, um entgegen diesem Wider- [21] stande und unter Berücksichtigung des noch allgemein bürgerlichen Denkens und Empfindens der Volksmassen diese selben Volksmassen zum Kommunismus zu führen?

Diese Frage gedenken wir im nächsten Heft zu behandeln.

Die Bedeutung des Sozialismus

Zum siebenzigsten Geburtstag des Kommunistischen Manifestes hat *Max Adler* eine Broschüre mit obigem Titel erscheinen lassen. Wir geben hier einen Abschnitt aus jener Broschüre wieder, um die Leser auf diese Schrift aufmerksam zu machen.

Max Adler schreibt: „Der Sozialismus ist keine bloß politische Bewegung um Erringung der vollen Demokratie der Völker, um Erkämpfung der politischen Rechte und Freiheiten für das Proletariat, um Verteidigung der verbrieften Verfassungsrechte im Staate. Der Sozialismus ist auch keine bloße Arbeiterbewegung um Erlangung größerer ökonomischer Freiheit der Arbeiterschaft, Verbesserung ihrer Lage und Vervollkommnung der Organisation des Proletariats. Der Sozialismus ist endlich auch nicht bloß der leidenschaftliche Protest gegen all das Elend und die Not in der kapitalistischen Gesellschaft, gegen alle Ungerechtigkeiten und Unterdrückung in ihr, die Empörung über die Brutalitäten ihrer „friedlichen“ Konkurrenz und über den Wahnsinn ihrer kriegerischen Entzweigungen. Der Sozialismus ist dies alles zusammen, aber noch mehr, nämlich vor *allem die Erkenntnis von der Ursache alles dieses Übels in dem Bestande der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des darauf aufgebauten Klassenstaates*. Er ist demzufolge der klare und unbeugsame Wille, dieses Übel mit der Wurzel auszutilgen, das heißt mit der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des sie ausdrückenden und vertretenden Klassenstaates. Der Sozialismus ist diese Erkenntnis und dieser Wille, aber nicht etwa als ein Gedanke bloßer akademischer Kritik, bestimmt, in den Bibliotheken und Gelehrtenstuben Epoche zu machen, sondern als eine im geschichtlichen Leben unmittelbar wirkende Kraft, als eine die Massen bei jeder politischen und ökonomischen Aktion nie verlassendes Bewusstsein, als eine ihr ganzes Denken und Fühlen durchtränkende Gesinnung. So war es in den ersten Zeiten des Sozialismus und so wird es wieder werden, nachdem die Proletarier aller Länder in diesem Kriege nun die bürgerliche Gesellschaft buchstäblich sich an ihren eigenen Leibern haben austoben lassen müssen. So war es und so wird es wieder werden, dass das sozialistische Proletariat gegenüber dem Klassenstaat der kapitalistischen Gesellschaft dasselbe fühlen wird, was das Urchristentum gegenüber dem irdischen Treiben überhaupt fühlte: Unser Reich ist nicht von dieser Welt, nicht von der Welt der Kriegsgewinne und Kriegstriumphe, nicht von der Welt, in der Erfolge im Frieden und Siege im Kriege nur erfochten werden auf dem Grunde namenloser Hinopferung der Massen, Erfolge und Siege, die zudem keineswegs ebenso Gewinne der Massen selbst waren und sind. Unser Reich ist die solidarische Völkergesellschaft, zu welcher aus der heutigen imperialistischen Staatenwelt keine anderen Brücken führen als die, welche diese Welt der Völkerentzweigung und Vergewaltigung überwinden: die Kräfte und Ziele des Sozialismus. Wer immer daher bei noch so großem Eifer für Demokratie und Verbesserung des Loses der Arbeiterschaft, bei noch so glühender Begeisterung für Gerechtigkeit, Vernunft und Menschlichkeit, seinen Standpunkt wählt auf dem Boden des Klassenstaates, sei es auch mit dem inneren Vorbehalt, ihn zu bessern und zu bekehren, *der raubt dem Sozialismus seinen eigentlichen geschichtlichen Sinn und alle seine Überwinderkraft*. Er gleicht einem umgekehrten Archimedes, der den Punkt, von dem aus allein die bürgerliche Welt aus den Angeln gehoben werden kann, ein aus ihr herausfallendes und ihr entgegenstehendes Bewusstsein, wieder in sie zurückverlegt und dadurch ausgibt. So muss die Klasse des Proletariats bei aller

Gebundenheit an den Staat und bei aller Wirksamkeit in dem Staat diesem doch in ihrem Bewusstsein entfremdet sein als einer Ordnung, die nicht ihre Ordnung ist und es nie werden kann. Und nur wenn der Sozialismus diese Gesinnung im Proletariate wieder erweckt und wach erhält, die von alters her im Kommunistischen Manifest in Worten ausgedrückt ist, die in diesem Kriege furchtbare Wahrheit geworden sind: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganz Bourgeoisie verwaltet“, - nur wenn der Sozialismus den Geist, den diese Worte atmen, aus sich heraus wieder lebendig werden lässt, dann wird er auch die Klarheit und geschichtliche Kraft gewinnen, die ihn nicht mehr in der Stunde der Gefahr in Gefahr bringen wird, sich selbst im Stiche zu lassen.

Der Kommunismus.

Von Werner Möller.

Nun ist er da, nun pocht er dröhnend an:
Ich, Menschheit, bins, - die Pforte aufgetan;
Den du verstoßen einst, er kehrt zu dir zurück
Und bringt die Freiheit, bringt dir Frohsinn, Glück. - [23]
Ich war es, der in altersgrauer Zeit
Von deinem Herde bannte Not und Leid;
Als noch Gemeinbesitz war Wald und Feld,
Gemeinsam wurd' das Ackerland bestellt,
Da wusst man nichts vom heiligen Eigentum,
Von Gier nach Schätzen, Habsucht, eitlem Ruhm.
Nicht saß der Götze Gold auf seinem Thron,
Frei warst du, Mensch, nicht Herrschsucht gabs noch Frohn.
Kein darben kanntest du, Gier nach Gewinnst
Erfüllt dich nicht mit niedrem Hirngespinst,
In Freud und Lust konnt'st du den Tag genießen,
Doch du verließest mich und musstest büßen.

Dein Weg hat dich geführt durch Tränen, Blut,
Zerfleischt hast du dich selbst in blinder Wut.
Von tier'schen Leidenschaften, Zwietracht, Hass,
Durchwühlt, zerrissen ohne Unterlass,
So suchtest du, doch fandest nie zurück
Den Weg zu jenem längst versunken Glück.
Jahrhunderte verfolgte dich ein Fluch
Und immer war's des Leidens nicht genug.
Der Moloch wachte auf, das Kapital,
Und unterjochte dich, schuf neue Qual.
Wild über Leichenhaufen stapft sein plumper Tritt,
Und sein Geheul durchtobt die Welt: Profit, Profit!
Da wurd' das Leben erst zur Höllenpein,
Brutal die Jagd nach Gold, der Kampf ums Sein.
Und immer grässlicher ließ sein Geheul erschallen
Das Kapital, schlug dir ins Fleisch die Krallen.

Nun bin ich da; - nun klopfe ich dröhnend an:
Menschheit herbei, die Pforte aufgetan.
O zögere nicht, misstrauend meinem Ruf,
Ich heil die Wunden, die der Wahnwitz schuf,

Ich bring das Glück nicht wenigen allein,
Vom tiefsten Leid will ich die Welt befrein.
O zaudre nicht, bedenk nicht her und hin,
Erkenne, dass ich dein Befreier bin.
Empfange neue Kraft aus meiner Hand,
Zieh an ein neues, prächtiges Gewand:
Schönheit soll dich umgeben, goldenes Licht,
Aus tausend Quellen neues Leben bricht.
Es ruht das Schwert, es stampft kein Krieg durchs Land,
Die Völker reichen sich die Bruderhand;
Dann erst herrscht wahres Menschentum auf Erden,
Die Welt ist schön, das Leben wird es werden. [24]

Druck: Buchdruckerei „Silesia“ Berlin NO 55, Winsstr. 59.

Um des Kaisers Kopf.

Seit der ehemalige deutsche Kaiser auf Thron und Macht verzichtet und sich nach Holland geflüchtet hat, ist es bei gewissen Leuten innerhalb der deutschen Grenzen Mode geworden, kräftig auf ihn zu schimpfen. Ausdrücke wie neurasthenische Haltlosigkeit, schnoddrige Geschwätzigkeit, Feigling, Verbrecher, Massenmörder sind unter den auf ihn angewandten Bezeichnungen noch die mildereren. Die so ihrem Herzen Luft machen – jetzt, nachdem es nicht mehr gefährlich ist – sind zum Teil Leute, die früher eine auffallende Kaiserstreue zur Schau trugen, zum anderen Teil solche, die sich offenbar schon viele Jahre lang über den Kaiser geärgert haben, aber im Hinblick auf den drohenden Majestätsbeleidigungs-Paragraphen ihren Gefühlen nicht Luft zu machen wagten, und die sich dafür jetzt durch möglichst ausgiebigen Gebrauch dieses Zweiges der neuen „Freiheit“ rächen wollen.

Erhebend ist dieses Schauspiel gerade nicht, und man könnte fragen, woher diejenigen, die so viele Jahre lang nicht mucksten, solange der Kaiser im Besitz der Macht war, die Berechtigung nehmen, einen andern der Feigheit zu zeihen. Zu den erbärmlichsten Kapiteln der deutschen Geschichte aber wird für alle Zeiten die Treulosigkeit gehören, mit der alle, aber auch alle, die ehemals nicht genug mit ihrer Kaiserstreue zu prunken wussten, den Kaiser gerade in dem Augenblick im Stich ließen, wo er in Not geriet und ihre Hilfe brauchte. Da warfen sie sich schleunigst auf die andere, die stärkere Seite, von der jetzt vielleicht nicht Orden und Ehrenzeichen, aber doch Ämter, Gehälter und Versorgung abzuhängen schienen.

Indessen, schimpfen tut weiter nicht weh, und man könnte sich mit einer Gebärde des Ekels von dem jämmerlichen Schauspiel abwenden, wenn nicht ganz deutlich eine ziemlich unsaubere [25] politische Intrige dahintersteckte, eine Intrige, die das deutsche Volk abermals irreführen und von dem Wege ablenken will, auf dem allein es zur Freiheit gelangen kann. Des Kaisers Kopf will man ihm darbringen als Sühne für das im Kriege vergossene Blut, damit das arme betörte Volk glauben soll, jetzt sei es gerächt, damit es all die anderen Schuldigen vergessen und ihnen die fernere Leitung seiner Geschicke anvertrauen soll. Die lautesten Schreier gegen den Kaiser sind gerade die, die sehr viel vor der eigenen Tür zu kehren hätten.

Zunächst ein paar Worte über die angebliche Schuld Wilhelm II. Uns wird niemand im Verdacht haben, dass wir uns irgendwie schützend vor den ehemaligen Kaiser stellen wollen. Wir haben, wie jeder aufrechte Sozialdemokrat, unsere Stimme gegen ihn erhoben, als er noch in der Fülle seiner Macht dastand, und haben dafür lange Monate hinter Kerkermauern verbringen müssen. Auch ist sein jetziges Verhalten gewiss nicht dazu angetan, Sympathien zu erwecken. Dass er ins Ausland floh, anstatt, als er keine Rettung mehr sah, das wahr zu machen, was er immer gesagt hatte, und an der Spitze der von ihm in Tod und Verderben gesandten Truppen den Tod zu suchen – dass er gar jetzt mit Herrn Bethmann-Hollweg sich nach Schuljungen-Art herumzankt, wobei jeder dem andern die Schuld zuzuschieben sucht, das alles ist gewiss kläglich. Aber das alles hat nichts zu tun mit der Frage *der Schuld am Kriege*. Diese Frage ist für jeden politisch Einsichtigen völlig geklärt seit den ersten Augusttagen des Jahres 1914, nämlich seit den ersten Kriegsreden Bethmann-Hollwegs und seit Erscheinen des amtlichen Weißbuchs der deutschen Regierung. So dankenswert die Aktenveröffentlichungen der jetzigen bayrischen Regierung sind und so sehr jede revolutionäre Regierung verpflichtet wäre, das gleiche zu tun, so haben sie doch dem, der sehen *wollte*, nichts Neues gesagt. Die damalige deutsche Regierung war es, die zum Kriege trieb, die unter allen Umständen den sofortigen Ausbruch des Krieges erzwingen wollte. Und

das ist vom Standpunkt eines Sozialdemokraten, d.h. eines Kommunisten allerdings ein furchtbares Verbrechen. Sofern irgendeiner von denen, die sich Sozialdemokraten nannten, dabei geholfen hat, so wäre in der Tat keine Sühne groß genug für solche Untat. Aber Herr von Bethmann-Hollweg und Wilhelm II. haben sich, soviel wir wissen, niemals für Sozialdemokraten ausgegeben. Will man von einer persönlichen Schuld reden, so muss man sich auch in ihren Gedankengang versetzen und die Dinge von ihrem persönlichen Standpunkt aus beurteilen. Und dann liegen sie klar genug. Die beiden Angeschuldigten [26] würden ihre Position wesentlich verbessern, wenn sie, anstatt zu flennen und sich gegenseitig zu bezichtigen, der Wahrheit gemäß erklären würden: „wir (d.h. die damalige deutsche Regierung, waren überzeugt, dass der Krieg auf alle Fälle unvermeidlich sei; wir waren überzeugt, dass längstens ein bis zwei Jahre später die anderen uns angreifen würden; da kam es darauf an ihnen zuvorzukommen, den Zeitpunkt herauszufinden, an dem wir besser gerüstet waren als sie; so haben wir getan, was Amt und Pflicht uns gebot.“⁶ Vor jedem bürgerlichen Gerichtshof wäre diese Verteidigung durchschlagend, zumal der seitherige Verlauf der Dinge der deutschen Regierung und dem deutschen Generalstab Recht gegeben hat. Mit seinen Verbündeten an Zahl viel schwächer hat das deutsche Heer über 4 Jahre lang Stand gehalten, und ohne den kolossalen Fehler, der ihm auch noch Amerika auf den Hals lud, hätte es wahrscheinlich für die deutschen Kapitalisten einen Vergleichsfrieden erzwungen und die Niederlage abgewendet. Da nun Wilhelm II. und Bethmann-Hollweg einzig und allein zu dem Zweck angestellt waren, die Interessen der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Kapitals, des deutschen Imperialismus wahrzunehmen, so kann ihnen kein unparteiisches Gericht das Zeugnis versagen, dass sie mit der Entfesselung des Krieges einfach die Pflichten ihres Amtes im Sinne ihrer Auftraggeber erfüllt haben. Will man ihnen jetzt dafür den Kopf abschlagen, so begeht man einen politischen Mord, viel schlimmer und gemeiner als irgendein Attentat. Denn der Attentäter setzt allemal sein eigenes Leben ein, während die als „Richter“ verkleideten Mörder in voller Sicherheit in gut geheizter Stube sitzen. Hätten diejenigen, denen die Interessen des internationalen Proletariats anvertraut waren, ihre Schuldigkeit nur halb so getan, wie jene Vertrauensleute des deutschen Kapitals, so stände es heute besser um die Welt.

Damit kommen wir zu diesen Rittern von der traurigen Gestalt, die heute mit am lautesten nach des Kaisers Kopf schreien.

Wie ist uns denn? Ein furchtbares, unsühnbares Verbrechen soll es sein, dass Wilhelm II. den Krieg entfesselte und 4 Jahre lang durchhielt. Aber das hätte er doch nie tun können, wenn ihm nicht andere dabei geholfen hätten. Wenn das deutsche Volk das, was es im November 1918 tat, schon im August 1914 getan hätte, wenn es seinem [27] damaligen Kaiser kaltblütig erklärt hätte, er möge seinen Krieg gefälligst in höchst eigener Person führen, ja, wenn nur die deutsche Arbeiterklasse erklärt hätte, sie gäbe sich nicht als Blutopfer für kapitalistische Interessen her, so stand Wilhelm II. ohne Soldaten da und konnte den Krieg nicht führen. Warum taten die deutschen Arbeiter das nicht? Weil sie belogen und betrogen wurden *von ihren Führern*. Da kam die einstimmige Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratischen Abgeordneten, eigens zu dem Zweck, einhellige Kriegsbegeisterung unter den Arbeitermassen zu entfachen; (denn das Geld hätte die Regierung auch ohne die Sozialdemokraten bewilligt erhalten); da kam die berüchtigte Erklärung des Abgeordneten *Haase*, dass es gelte, „die Kultur und die Unabhängigkeit des eigenen Landes sicherzustellen“, und dass die Sozialdemokraten nur „wahr machten, was sie immer betont hätten; da kam fast

⁶ Vergleiche die ausführliche Darstellung dieser Frage in „Vor und nach dem 4. August 1914. Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt?“ Von Julian Borchardt. Berlin-Lichterfelde 1915. Verlag der Lichtstrahlen. Preis 30 Pf.

unmittelbar darauf jener Artikel *Scheidemanns* in der „New-Yorker Volkszeitung“, dass „in Deutschland niemand den Krieg gewollt habe“⁷, dass wir in Deutschland die Pflicht hatten, uns gegen den Zarismus zu wehren, dass es eine Heuchelei von wahrhaft gigantischer Schamlosigkeit sei, wenn Frankreich und England an der Seite des russischen Absolutismus gegen Deutschland kämpfen, dass Japan „das wirklich widerwärtigste und verlogenste Volk der Welt“ sei; da kamen Ermahnungen *Ledeboers*, der Soldat im Felde müsse selbstverständlich seine „Pflicht“ tun, wobei unter „Pflicht“ verstanden war: er müsse möglichst viele Proletarier der anderen Länder ums Leben bringen; da kamen die unaufhörlichen Durchhaltereden der sozialdemokratischen Führer all die Jahre über. Alles zu dem Zweck, das Volk für den Krieg zu begeistern und Wilhelm nebst Bethmann die Ausführung ihres Verbrechens zu ermöglichen. Ist nicht der Hehler schlimmer als der Stehler? Wenn es einmal ans Köpfe abschlagen gehen soll, dann dürfen auch die Helfershelfer nicht geschont werden. Stattdessen sehen wir die Helfershelfer heute an der Spitze der deutschen Republik, und ihre Organe sind es, die am lautesten die – anderen vor den Staatsgerichtshof fordern!

Aber die Herren haben ihre Ausreden. Die deutsche Sozialdemokratie, sagt die Breslauer Volkswacht, habe in jener verhängnisvollen Zeit „den schweren vergeblichen Kampf um die [28] Erhaltung des Weltfriedens gekämpft.“ – Ei der tausend! Wie hat denn dieser „Kampf“ ausgesehen? Es hätte genügt, der Regierung unzweideutig zu erklären, dass die deutsche Sozialdemokratie nicht mitmacht, dass sie die Arbeiter zum Generalstreik, die Soldaten zur Verweigerung des Gehorsams aufrufen werde, und nie hätte Herr von Bethmann-Hollweg (der jetzt überall als „ängstlich“ verschrien wird) sein auf den Krieg abzielendes Spiel zu treiben gewagt. Auch haben sie Zeit genug dazu gehabt. Es ist nicht wahr, dass sie durch den Ausbruch des Krieges überrascht worden seien. Hat doch der Reichstagsabgeordnete Rauch im März 1915 in Hannover mitgeteilt:

„In einer vertraulichen Sitzung hat uns die Regierung einen Krieg für allerspätstens 1917 vorhergesagt.“

Die Herren kannten also die Auffassung Bethmann-Hollwegs und durchschauten folglich seine zum Kriege treibende Politik. Wie das auf sie wirkte, zeigt der weitere Ausspruch *Rauchs* in einer Versammlung in einem kleinen Orte der Provinz Hannover:

„Wenn die deutsche Regierung heute etwas ähnliches getan hat wie 1870, (Fälschung der Emser Depesche), dann müssen wir ihr dankbar sein, denn der Zeitpunkt war der günstigste für uns.“

Und nun die praktische Nutzenanwendung aus dem allen. Mit dem Kopfe Wilhelms II. ist dem deutschen Volke nichts genützt. Geschehenes ist nicht zu ändern, und ein Blutopfer mehr nach so viel Millionen kann am Stand der Dinge nichts bessern. Sehr viel geschadet ist aber dem deutschen Volke, wenn die Männer, die ihm, entgegen der sozialdemokratischen Lehre und Überzeugung, bei der Anstiftung und Durchhaltung des Krieges geholfen haben, sich heute anmaßen, deutsche Regierung zu spielen, und die deutsche Arbeiterklasse vollends in den Abgrund stoßen.

⁷ Heute aber, nämlich am 28. November 1918, schreibt z. B. die Volkswacht in Breslau (Kulör Scheidemann), die Veröffentlichung der bayrischen Akten sei „nicht für alle eine Überraschung, am allerwenigsten für die Sozialdemokraten“. Die Herren haben also Bescheid gewusst.

Wie ist die Not zu lindern?

Von Hans Berliner.

Der Regierung Ebert-Haase ist es bis jetzt, einen vollen Monat nach der Revolution, nicht gelungen, die wirtschaftliche Wirrnis zu beseitigen und der furchtbaren Not des Landes zu steuern, die im Gegenteil mit jedem Tage schlimmer wird. Was sie in dieser Richtung bisher getan hat, beschränkt sich darauf, dass sie die Sozialisierung großer Wirtschaftsbetriebe in Aussicht gestellt hat, jedoch mit dem vorsichtigen Zusatz, dass die Durchführung dieser Maßnahme nicht durch „plumpe“ Eingriffe in die Wirtschaft erfolgen dürfe, sondern schrittweise unter ange- [29] messener Entschädigung der bisherigen Besitzer. Welchen Zuständen inzwischen das deutsche Wirtschaftsleben entgegengeht, hat mit furchtbarer Deutlichkeit der Notschrei des Ernährungsministers *Wurm* gelehrt. Er prophezeit die Hungersnot in kürzester Frist, und zugleich nimmt die Arbeitslosigkeit einen nie gekannten Umfang an, so dass Tausende auch nicht einmal die wenigen Lebensmittel kaufen können, die zur Verteilung kommen. – Wie ist da zu helfen?

Unter der Gewalt des Novemberumsturzes traten die Arbeiter den Kapitalisten vielfach geschlossen entgegen, so dass es nur einer zielklaren Parole bedurft hätte, um zur Besitzergreifung der großen Produktionsstätten durch die Arbeiter zu gelangen. Die von der Regierung Ebert-Haase ausgegebene Parole vereitelte diesen Schritt und lenkte die Arbeiter von der eigentlichen Entscheidung ab. Die Folge war, dass die Arbeiter, anstatt den Kampf großzügig um die Besitzergreifung der Produktionsmittel weiterzuführen, ihn auf Lohnforderungen beschränkten und außerdem nur noch besondere Zuwendungen aus den angesammelten Profiten beanspruchten. Solche Zuwendungen wurden ihnen vielfach gewährt. Sie standen aber in gar keinem Vergleich zu den riesigen Profiten der Kriegszeit, und überdies kamen sie nur einem kleinen Teil der Arbeiter zugute, wie sie ebenfalls nur einer kleinen Anzahl Kapitalisten zu Lasten fielen. Nur solche Arbeiter hatten Nutzen davon, die zufällig in Unternehmen arbeiteten, welche Profite gemacht hatten; und nur solche Kapitalisten wurden betroffen, welche Arbeiter beschäftigten. Die große Zahl derjenigen Kapitalisten jedoch, welche ihre Profite ohne direkte Anwendung von Arbeitern einheimsten, kann nach diesem Rezept nicht gefasst werden. Aber auch für die begünstigten Arbeiter, welche an der Verteilung des Profites teilgenommen haben, ist die Herrlichkeit nur von kurzer Dauer. Bei dem Mangel an Aufträgen und Rohmaterial werden die Kapitalisten sehr bald den größten Teil der bisher für sie tätigen Arbeiter nicht weiter beschäftigen können. Oft wird ihnen daran auch nichts liegen, weil es für sie weit bequemer ist, den während des Krieges erbeuteten Segen in Ruhe zu verzehren, anstatt sich fürs eigene Geld eine Kontrolle der Arbeiter in die Fabrik zu nehmen. Wenn ihnen aber das letztere nur seltener möglich sein wird, so werden sie die höheren Löhne in der gleichen Weise zahlen wie bisher: durch sich immer weiter steigende Warenpreise. Ihre Befürchtungen sind denn auch von Tag zu Tag geringer geworden, im Gegenteil, die kapitalistische Presse hat Vertrauen zur Regierung Haase-Ebert. Aber die Kapitalisten werden sich solchen günstigeren Hoffnungen [30] nicht lange hingeben können, denn die Not des Tages fordert gebieterisch eine andere Lösung.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit und mit ihm das des nackten Hungers geht um. Die riesigen Kriegsbetriebe haben auch nicht im entferntesten Arbeit genug für die große Zahl der von ihnen bisher Beschäftigten. Hat sich doch die Arbeiterzahl in den Rüstungsbetrieben während des Krieges vervielfacht. Wenn nun auch ein Teil der zur Kriegsindustrie gezogenen Arbeiter und der entlassenen Soldaten wieder zu ihrer früheren Arbeit zurückkehren können, so trifft dies doch in größerem Umfange nur für die Landwirtschaft und bedingt für die Kohlen-, Eisen-, Maschinen- und Transportmittelindustrie zu, während die Inbetriebsetzung fast aller anderen wichtigen Industrien, insbesondere der Textil- und Lederindustrie, wegen

Mangels an Materialien nur in aller kleinstem Umfange möglich ist. Die so lange erwartete Bautätigkeit z. B. wird, selbst wenn man Kohle und Eisen in genügender Menge zur Verfügung hat, nur sehr langsam vorankommen, weil die riesigen Preise und besonders die Furcht vor deren Sinken die Kapitalisten von größeren Unternehmungen abhalten müssen. Doch auch die Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie wird nur langsam wieder in Gang kommen, weil die verarbeitenden Industrien, besonders Textil und Leder, stillliegen und nur geringen Bedarf an Maschinen und Geräten haben.

Nun ist ja in der Entente-Prese der Vorschlag aufgetaucht, Deutschland zum Zwecke der Herausholung von Entschädigungen, die wenigstens eine Höhe von mehreren hundert Milliarden Mark erreichen sollen, als Lohnarbeiter zu beschäftigen. Das Bild würde sich dann so gestalten, dass die Entente Deutschland Rohmaterialien zur Verarbeitung gibt und die daraus hergestellten Produkte wieder übernimmt. Dieser Plan würde bedeuten, dass der größte Teil dieser Arbeit umsonst geleistet wird, dass Gegenlieferungen nur in sehr kleinem Umfange erfolgen würden. Die Durchführung dieser Absicht muss auch rasch auf Widerstand in den Ententeländern selbst stoßen, weil, abgesehen von der ersten Zeit, Arbeitslosigkeit auch in diesen Ländern und damit Profitlosigkeit die Folge des Krieges sein wird, zumal sie auch durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Mittelmächte und Russlands der Absatzmöglichkeit nach diesen Ländern verlustig gegangen sind. Aber selbst, wenn man den genannten Ausweg gelten lassen will, so käme er doch nur erst nach längerer Frist in Frage. Die Hilfe muss aber *sofort* kommen.

Die bisher von der Regierung Ebert-Haase bekanntgegebenen Maßnahmen zur Abhilfe sind sehr kümmerlich. Das Einzige, [31] was uns in dieser Beziehung zu Gesicht gekommen ist, sind die Vorschläge und Maßnahmen zur Errichtung einer Erwerbslosenunterstützung, die jedoch in ihrem Aufbau und bezüglich der Höhe der Unterstützungssumme unzulänglich ist. Was kann denn auch die Regierung Ebert-Haase nach der von ihr bisher befolgten Methode tun, wenn sie ernstlich um die Wiederingangsetzung der Wirtschaft, die einzige Möglichkeit, die Not zu lindern, bemüht ist? Sie kann die Versorgung mit Rohmaterialien organisieren, soweit solche in ihrer Hand sind. Es kommen dabei vor allem in Frage Lebensmittel, Kohle und Eisen. Wie wenig aber die bisherige kapitalistische Methode geeignet ist, die Produktion zu heben, ist in der vorigen Nummer der Lichtstrahlen gezeigt worden. Auch hier kann nur *allerschnellste Kommunisierung* helfen. Davor hüten sich aber Ebert-Haase in der ängstlichsten Weise. Doch selbst wenn sie diesen Weg gehen und Kohle, Eisen und Verkehr in die Verwaltung der Allgemeinheit nehmen würden, so reicht dies allein noch lange nicht aus, um die Not zu beheben. Vielmehr würden immer noch die eingangs dargelegten Gründe weiter bestehen, durch welche vor allem Arbeitslosigkeit in weiten Industriekreisen besteht. Es ist eben nur von sehr geringem Erfolg, sich einzelnen Wirtschaftszweigen zuzuwenden. Geholfen werden kann nur, wenn dem Grundübel selbst zu Leibe gegangen wird, nämlich dem Privateigentum und dem Kapitalismus, und an Stelle dessen die Wirtschaft planmäßig unter Ausschaltung des Profites zum Nutzen aller organisiert wird. Denn während die Regierung einzelne Produktionszweige erfasst, nämlich jene, die nach ihrer Ansicht zur Vergesellschaftung „reif“ sind, sitzen doch die meisten bisherigen Wirtschaftskapitäne, die Kapitalisten, nicht still, sondern bemühen sich auf ihre Weise, die Wirtschaft in Gang zu bringen, indem jeder für sich und vor allem zu seinem unmittelbaren Vorteil dasjenige fabriziert, von dem er sich den größten Profit verspricht. Ihm ist es gleich gültig, ob die von ihm hergestellten Waren im Interesse der Allgemeinheit nötig sind oder nicht, die Hauptsache ist, dass ihm die Produktion Profit bringt. Äußerlich wird dadurch der Anschein erweckt, als würde die Wirtschaft wieder aufgebaut während tatsächlich das Gegenteil geschieht. Es bedarf keines besonderen Beweises, dass nach dieser fürchterlichen, wahrhaft gründlichen vierjährigen Zertrümmerung der Wirtschaft das wenige noch vorhandene

Rohmaterial so schonend als irgend möglich verbraucht werden muss. Abgesehen von den zur Anwendung kommenden Arbeitskräften ist es jetzt eine Verschwendung, wenn für Luxus- und andere nicht zur Erhaltung der Wirtschaft und somit der Gesundheit und Arbeitskraft nötigen Gegenstände [32] Materialien zur Verwendung kommen. Schon allein der Zustand unserer Transportverhältnisse muss uns zwingen, deren Arbeitskraft nur in den Dienst des unbedingt Erforderlichen zu stellen, und erst wenn dieser Bedarf gedeckt ist, kann wieder an weitere Bedürfnisse gedacht werden. Eine Ausnahme würde in Frage kommen, wenn es sich um Luxuswaren handelt, die uns im Auslande notwendige Materialien eintauschen sollen. Der erste Schritt wäre also die *Verhinderung aller nicht unbedingt notwendigen Produktion*.

Sicher wird man hierauf verwundert einwenden, dass durch solche Stilllegung zahlreicher Betriebe die Zahl der Arbeitslosen und damit die Not vergrößert wird. Es liegt aber auf der Hand, dass durch die Beschäftigung von Arbeitern mit nicht unbedingt zur Erhaltung der Menschen und der Produktion nötiger Arbeit die Zahl der notwendigen Produkte nicht größer wird. Die für solche unnötigen Waren ausgegebenen Gelder bedeuten Anweisungen auf einen Teil der insgesamt vorhandenen Menge notwendiger Produkte, ohne dass notwendige Arbeit geleistet wurde. Die Gesamtwirtschaft würde demnach besser fortkommen, wenn sie den so beschäftigten Personen ihren Unterhalt umsonst gäbe, ohne dass sie arbeiten. Sie bekämen dann nicht mehr als jetzt und würden das wertvolle Rohmaterial, das für den unmittelbaren Lebensunterhalt der Gesellschaft unersetzbar ist, nicht nutzlos verschwenden. Viele wichtige Produkte, die in Luxuswarenfabrikation eingehen, Kohle, Eisen usw. könnten dann mit zur allgemeinen Verteilung kommen. Man sieht also auch hier deutlich, dass durchgreifende und erfolgreiche Maßnahmen möglich sind, wenn man die Wirtschaft nicht durch vorsichtiges Tasten zur Besserung bringen will, sondern wenn man daran geht, sie planmäßig für die Interessen der Allgemeinheit zu organisieren.

Wenn man aber die Stilllegung unwichtiger Produktionszweige vornehmen will und wenn man die Sorge für die Arbeitslosen übernimmt, so muss man vor allem *jedem, ob er Arbeit hat oder nicht, seinen Anteil am Gesamtprodukt garantieren*. Jeder muss durch diese Maßnahme wirklich das Gefühl erhalten, dass er in die große gesellschaftliche Familie hineingehört, dass sie für sich und somit für jeden einzelnen sorgt. Wenn aber dieser erste Schritt gegangen wird, und ihn könnte man für einige Zeit vielleicht auch noch unter der Geldwirtschaft gehen, so reiht sich daran als notwendiger *zweiter Schritt die planmäßige Verteilung der Arbeitskräfte sowie der vorhandenen Rohstoffe und Arbeitsmittel auf diejenigen Betriebe, welche das [33] produzieren, was die Gesellschaft zu ihrer Existenz braucht*. Daraus ergibt sich von selbst, dass diese Betriebe dann nicht mehr dem Privatinteresse ihrer mehr oder minder zufälligen Besitzer überlassen bleiben dürfen, und damit wäre die Bahn der endgültigen Sozialisierung, das heißt Kommunisierung des Wirtschaftslebens unwiderruflich beschritten. Das System Ebert-Haase dagegen, das im Wesentlichen darin besteht, die Dinge laufen zu lassen, muss versagen, selbst wenn es von noch so guten Motiven diktiert wäre.

Wir wissen, dass es nicht angeht, mit einem Schlage das Privateigentum bis zum letzten Barbierladen aufzuheben, aber wir wissen auch, dass vor allem die großen Wirtschaftseinrichtungen, Fabriken, Banken, Transportmittel und landwirtschaftlichen Betriebe ohne Zögern in die Hand der Allgemeinheit übergehen müssen und dass sofort die Einrichtung der planmäßigen Wirtschaft vor sich zu gehen hat, der die kleineren Unternehmungen unter Beseitigung des Kapitalprofites einzugliedern sind. Mit jeder Vergesellschaftung der Produktionsmittel geht aber eine weitere Ausschaltung unnötiger Arbeit für den Apparat des Kapitalismus Hand in Hand. Mit der Beseitigung seiner komplizierten Verrechnungsmethoden würde auch bald die Beseitigung des Geldes kommen und damit würde die Schwierigkeit aller Geldwirtschaft und so nebenbei auch aller

Geldherstellung behoben sein, die ja heute bereits so umfangreich ist, dass sie kaum bewältigt werden kann.

Aussichten der Weltrevolution.

Von Ernst Sucher.

In einem Lande allein kann der Kommunismus nicht bestehen, zumal wenn es sich um ein Land wie Deutschland handelt, das eine hochentwickelte Industrie besitzt und für die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen wie für den Absatz seiner Fabrikate auf die engste Geschäftsverbindung mit dem Auslande angewiesen ist. Das ist der stille Trost unserer Bourgeoisie, das ist der Grund, weshalb sie ihren vielgerühmten Patriotismus beiseite setzt und nach dem Anschluss deutscher Provinzen an Frankreich strebt. Denn dass in Frankreich wie überhaupt in den Ländern der Entente an keine Revolution zu denken sei, das steht für unsere Bourgeoisie fest. Wann wäre je in einem siegreichen Lande eine Revolution ausgebrochen!

Es dürfte interessieren, einmal auf nüchternem, streng wissenschaftlichem Wege die Frage etwas näher zu prüfen, wie es wohl mit den Aussichten der Weltrevolution steht, speziell ob [34] Frankreich so über allen Zweifel gegen die revolutionäre Ansteckung gesichert sei, wie es unsere Bourgeois wünschen und deshalb behaupten.

In welchem Zustande geht der französische Staat und das französische Volk aus dem Kriege hervor? – Leider ist eine nach jeder Richtung hin genaue wissenschaftliche Beantwortung dieser Frage heute noch nicht möglich, weil die französische Regierung – gleich den Regierungen aller kriegführenden Staaten – die wirtschaftlichen Zustände ihres Landes während des Krieges sorgsam geheim gehalten hat. Sie hat es natürlich nicht verhindern können, dass trotzdem eine ganze Menge Angaben in die Öffentlichkeit gedrungen sind, aber diese reichen, soweit sie zuverlässig sind, nur bis zum Ende des Jahres 1917. Wie sich die Dinge in dem jetzt ablaufenden letzten Kriegsjahre weiter entwickelt haben, das kann man nur vermuten. Wir wollen deshalb unsere Frage auf den 31. Dezember 1917 umstellen. Sie lautet dann so: wie wäre die Lage Frankreichs gewesen, wenn der Krieg am 31. Dezember 1917 geendet hätte? Die Antwort, die wir so erhalten, kann zwar notwendigerweise den heutigen Zustand nicht richtig wiedergeben. Aber wir sind sicher, nicht zu übertreiben. Denn selbstverständlich haben die weiteren 10½ Kriegsmomente die Lage nicht verbessert, sondern verschlimmert, und diese Verschlimmerungen bleiben bei unserer Darstellung außer Betracht. Die Verbesserungen aber, die Frankreich aus dem Siege erhoffen mag, (der sich ja vor einem Jahre noch nicht voraussehen ließ) können am Schluss hinzugefügt werden.

Vor dem Kriege hatte die französische Republik alljährlich Ausgaben in Höhe von 4500 bis 5000 Millionen Franken. So betragen z. B. die *gesamten Staatsausgaben*:

im Jahre 1910 rund 4300 Mill. Franken

im Jahre 1911 rund 4500 Mill. Franken

im Jahre 1913 rund 4700 Mill. Franken

Wie man sieht, haben auch im Frieden schon die Ausgaben aus der Staatskasse von Jahr zu Jahr zugenommen. Das entspricht durchaus den regelmäßigen Fortschritten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Demnach würden, selbst wenn inzwischen kein Krieg gekommen wäre, im Jahre 1918 ein paar hundert Millionen mehr erforderlich gewesen sein. Da nun in den 3 Jahren von 1910 bis 1913 das Staatsbudget um 400 Mill. Fr. gestiegen ist, so ist es offenbar mäßig, wenn wir für die 5 Jahre von 1915 bis 1918 eine weitere Steigerung um nur 300 Millionen annehmen und für die *regelmäßigen Ausgaben*, die 1918 auf alle Fälle, auch ohne Krieg, zu leisten gewesen wären, 5000 Mill. Fr. ansetzen. [35]

Hierzu kommen die als Folgen des Krieges bleibenden Jahresausgaben, nämlich:

1. Zinsen und Amortisation der Kriegsanleihen;
2. Renten für Invaliden und Hinterbliebene;
3. Ersatz und Wiederaufbau der Zerstörungen.

In der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1917 hat der französische Staat ausschließlich für den Krieg rund 86 Milliarden Franken Anleihen aufgenommen, die er mit effektiv $5\frac{3}{4}$ % verzinsen muss. Das ist eine Ausgabe von jährlich 4900 Millionen Fr. (Allein die Zinsen für die Kriegsschuld machen also schon so viel aus, wie vor dem Kriege die gesamten Staatsausgaben!) In der Tat hat der französische Staat schon 1917 fast 4600 Mill. Fr. *Zinsen* bezahlt gegen 1300 Mill. im Jahr 1915. – Für die *Amortisation* wollen wir ganz mäßig nur $1\frac{1}{2}$ = 500 Mill. ansetzen, weil es doch sehr zweifelhaft erscheint, ob an eine Rückzahlung der Schuld in absehbarer Zeit gedacht werden kann.

Über die Höhe der *Renten* tappen wir noch vollkommen im Dunkeln, weil die Zahlen der Toten, Verwundeten und Invaliden in Frankreich nie amtlich bekanntgegeben worden sind. Erst in den letzten Wochen hieß es, Frankreich habe ebenso viel Tote wie Deutschland, nämlich rund 600 000. Aber das ist eine ganz unverbindliche Angabe, man weiß nicht mal, woher sie stammt, und sie besagt ja auch nichts über die Invaliden. Auffällig ist jedoch, dass sie für Frankreich dieselbe Zahl gibt wie für Deutschland. Darin stimmt sie nämlich mit den Schätzungen der Kopenhagener Studiengesellschaft⁸ überein, welche auf Grund des bis dahin vorliegenden Materials die deutschen und französischen Menschenverluste der ersten zwei Kriegsjahre gleichmäßig auf je rund 1 500 000 berechnete (Tote und Invaliden zusammen). Und ebenso stimmen auch die zu viel späterer Zeit vorgenommenen Schätzungen der zu zahlenden Renten für beide Länder überein. Sie sind in Frankreich wie in Deutschland gegen Ende des Jahres 1917 auf 2000 Mill. Mark, also 2500 Mill. Franken berechnet worden.⁹

Wie hoch sollen wir nun die *Kosten des Wiederaufbaus* der verwüsteten Gegenden, den Ersatz privaten Eigentums etc. rechnen? – Für die Provinz Ostpreußen, die einem feindlichen Einfall von 7 bis 8 Monaten ausgesetzt war, hat die [36] preußische Regierung den dadurch verursachten Verwüstungsschaden auf $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark angegeben.¹⁰ Da Ostpreußen wenig über 2 Millionen Einwohner hatte, so ist dies ein Schaden von rund 750 Mark pro Einwohner. In den 11 französischen Departements¹¹, welche dem Kriege als Schauplatz gedient haben, müssen wir den Schaden schon deshalb höher rechnen, weil dort die Menschen viel dichter wohnten als in Ostpreußen (10 Einwohner auf dem Qkm. in Frankreich, 56 in Ostpreußen). Das ergäbe 1393 M. Schaden pro Einwohner in 8 Monaten. Für die 4 Monate bis Ende Dezember 1917 können wir allerdings nicht 5-mal so viel rechnen, weil das, was nach einmaligem Kampfe zerstört war, nicht immer von neuem zerstört werden kann. Aber intensiver wird die Verwüstung durch die ständige Wiederholung der Kämpfe doch. Nehmen wir deshalb $2\frac{1}{2}$ mal so viel, d.h. 3470 M. pro Einwohner, was bei einer Bevölkerung von 6,6 Millionen einen gesamten Verwüstungsschaden von 23 Milliarden Mark = fast 29 Milliarden Franken ausmacht. Wenn man bedenkt, dass in Frankreich durchweg hoch

⁸ Selskabet for Social Forsken af Krigens Fizer, Kopenhagen. Bulletin No. 2 S. 2. August 1916.

⁹ z. B. Kucynski, Unsere Finanzen nach dem Kriege, Berlin, Springer 1917 S. 12 Anm. 5 und die anderen dort angegebenen Schriften.

¹⁰ Drucksache des preuß. Abgeordnetenhauses 1916, Nr. 225 A.

¹¹ Es sind die Departements Aisne, Ardennes, Belfort, Marne Meurthe-et-Moselle, Meuse, Nord, Oise, Pas-de-Calais, Somme und Vosges.

kultivierte Gegenden vom Kriege betroffen wurden und dass in diesen der Krieg damals schon 3½ Jahr lang ununterbrochen hinüber und herüber raste, so wird diese Zahl wohl auch stimmen. Es wird also zum Wiederaufbau eine neue Schuld von 30 Milliarden Frank nötig sein, die mit 3½ % verzinst werden muss, was eine weitere jährliche Belastung von 1700 Millionen Fr. ergibt.

Endlich darf als selbstverständlich angenommen werden, dass die Männer, die in Frankreich infolge des Sieges das Heft in der Hand haben, vor allen Dingen eine starke *Vermehrung der Militärrüstungen* betreiben werden. Im letzten Jahre vor dem Kriege gab Frankreich 985 Millionen Fr. für militärische Zwecke aus. Wenn man aber bedenkt, dass der Krieg die Gesamt-Ausgaben des französischen Staates schon im Jahre 1915 auf nicht weniger als 31 600 Mill. Fr. gesteigert hat, wenn man weiter bedenkt, dass die französische Regierung sich 1917 veranlasst gesehen hat, die Rüstungsangelegenheiten in einem besonderen Ressort von der Verwaltung des Kriegsministeriums abzutrennen und dass dieses neue Ressort in dem einen Jahre 9200 Mill. Fr. ausgegeben hat, dann wird die Annahme sicher nicht übertrieben sein, dass die Rüstungsausgaben nach dem Kriege dreimal so hoch sein werden wie vor ihm, was eine Vermehrung der Ausgaben um 2000 Mill. Fr. bedeutet.

Damit kämen wir zu folgendem Gesamt-Jahresbudget:

Normale Ausgaben wie vor dem Kriege	5000 Mill. Fr.
Zinsen für Kriegsanleihen	4900 Mill. Fr.
Amortisation Kriegsanleihen	500 Mill. Fr.
Renten für Invaliden u. Hinterbliebene	2500 Mill. Fr.
Zinsen der Anleihe für Wiederaufbau	1700 Mill. Fr.
Vergrößerung der Rüstungsausgaben	2000 Mill. Fr.
	16 600 Mill. Fr.

Diese Zahlen bleiben zweifellos hinter der Wirklichkeit zurück, nicht nur aus den bereits genannten Gründen, sondern auch deshalb, weil wir die *Geldentwertung* ganz außer Betracht gelassen haben. Unsere Rechnung besagt, dass der französische Staat nach dem Kriege mindestens so viel Waren und Arbeiten alljährlich benötigen wird, wie man vor dem Kriege für 16,6 Milliarden Frank kaufen konnte. Um sie wirklich zu kaufen, wird er vermutlich noch 7 bis 8 Milliarden heutigen Geldes drauflegen müssen.

Man mag nun einwenden, das alles sei geändert durch die Tatsache des französischen Sieges; die Franzosen könnten nun alle ihre Mehrausgaben den Deutschen als Kriegsentschädigung auferlegen. – Es würde sich dann um jährlich Milliarden Frank handeln, was, bei nur 5%, einer Kriegsentschädigung von 220 Milliarden Fr. oder rund 175 Milliarden Mark gleichkommt. Wir bezweifeln stark die Möglichkeit, aus dem total verelendeten Deutschland eine solche oder überhaupt eine nennenswerte Kriegsentschädigung herauszuholen. Aber es ist nicht nötig, sich mit langen Berechnungen darüber aufzuhalten. Niemand wird wohl dem widersprechen, dass alles, was etwa an Kriegsentschädigung wirklich aufgebracht werden sollte, durch die Schäden der weiteren 10½ Kriegsmonate zum mindesten ausgeglichen wird, sodass unsere Rechnung, wenn nicht für den 31. Dezember 1917, doch sicher für den 31. Dezember 1918 zutrifft.

Es bleibt also nichts anderes übrig: die Franzosen werden nach Schluss des Krieges ein Jahresbudget von mindestens 17 Milliarden Fr. selbst aufbringen müssen. Ihre gesamte

jährliche Einnahme wurde aber für 1914 nur auf 28 Milliarden Fr. geschätzt.¹² Diese verteilten sich damals auf insgesamt 21300000 Erwerbstätige.¹³ Deren Zahl wird durch den Krieg um mehrere Millionen zusammengeschrumpft sein, wodurch die Last für jeden Einzelnen sich erhöht. Aber lassen wir auch dies unberücksichtigt, um sicher zu sein, dass wir nicht übertreiben, so stellt sich die Rechnung wie folgt: jeder Erwerbstätige in Frankreich hat im Durchschnitt 1510 Franken Jahreseinkommen und soll davon 780 Franken abgeben. Bleiben ihm also zum Leben ganze 530 Franken (= 430 Mark) pro Jahr! Da aber in diesem Durchschnitt auch die Wohlhabenden und Reichen einbegriffen sind, so ist für die große Masse des Volkes die wirkliche Zahl noch kleiner. Und auch das ist noch zu günstig gerechnet, weil wir auch hier die Geldentwertung außer Betracht gelassen haben. Bekanntlich folgen aber Gehälter und Löhne lange nicht mit der gleichen Geschwindigkeit den steigenden Preisen.

Diese kalten, nüchternen Zahlen besagen alles. Sie besagen, dass auch Frankreich die Neuordnung und den Wiederaufbau nicht anderes vornehmen kann als durch den Kommunismus. Sie besagen, dass im tiefsten Innern *die Interessen der Volksmassen in Frankreich wie in Deutschland die gleichen* sind. Hält man dazu die schwere politische Bedrückung, die noch jedes siegreiche Volk von seinen Machthabern hat erdulden müssen – in Frankreich ist die Zensur bis heute noch nicht aufgehoben! – so kann über die Aussichten der Weltrevolution kein Zweifel sein.

Wie erhöhen wir die landwirtschaftliche Produktion ?

Von E. L.

Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, dass in Russland die radikale Landverteilung anscheinend ganz gute Erfolge erziele, dass allerdings die Hungerkrise zunächst akuter wurde, aber nunmehr im Abflauen sei. Dieser Hinweis könnte zu dem gleichen Versuch in Deutschland ermutigen. Weil wir aber auf allen anderen Gebieten eher Experimente wagen dürfen als auf dem Ernährungsgebiet, so ist eine eingehende Prüfung der Frage erforderlich, ob und wieweit wir uns nach dem russischen Beispiel richten dürfen.

Russland ist, durch die Natur seiner Verhältnisse bedingt, ein landwirtschaftliches Exportland erster Ordnung, und da durch [39] die Schließung der Dardanellen dieser Export seit fünf Ernten nicht stattgefunden hat, so könnte ein Defizit in der Produktion des Landes nicht verhängnisvoll werden. Es ginge einfach auf Kosten des Exports, nicht aber auf den heimischen Konsum. Es brauchte also auch dann, wenn eine Produktionsverringering, etwa um die Hälfte der sonstigen Exportmenge stattgefunden hätte, die Bevölkerung Russlands nicht nur keine Not zu leiden, sondern es müsste sogar ein Lebensmittelüberschuss übrigbleiben. Dies jedoch sind vorübergehende Momente, denn Russland muss, um seine Kaufkraft nach außen wieder herzustellen, auch wieder Getreide exportieren.

Das wesentliche ist, ob durch die radikale Parzellierung in Russland eine Gesamtsteigerung der Produktion an Lebensmitteln stattfinden wird. Diese Frage ist noch nicht bejaht. Eigentlich hätte sie sehr bald eintreten müssen, denn in Russland waren ungeheure Gebiete, die sich in Händen des Großgrundbesitzes und in Händen des Staates befanden, in sehr mangelhafter oder gar keiner Bewirtschaftung. Eine intensive Bodenausnutzung, wie wir sie in Deutschland haben, wurde nur auf seiner sehr kleinen Fläche betrieben. Wenn nun so große

¹² Julius Wolf, der französische Nationalreichtum vor dem Kriege. Stuttgart. Enke 1917. S. 20.

¹³ Statistique générale de la France. Recensement de la population 4. III. 1906 (veröffentl. 1911) Bd. I. Teil 2 S. 55 und 143.

extensiv oder gar nicht bearbeitete Bodenflächen in die Hände landhungriger Bauern gelangen, so müsste eigentlich eine erhebliche Steigerung der Gesamtproduktion und des Produktionsüberschusses stattfinden. Wenn dies bisher nicht der Fall gewesen ist, und wenn es in den nächsten Jahren auch nicht in die Erscheinung treten sollte, so dürfte das daraus zu erklären sein, dass der russische Bauer und Landarbeiter bisher zum großen Teil ein Hungerdasein geführt hat und zunächst einmal einen erheblichen Betrag der gesteigerten Produktion selbst konsumiert und nicht auf den Markt bringt. Ferner ist es auch nicht unwahrscheinlich, dass die Bedürfnislosigkeit des russischen Bauern ihn dazu führt, eine Mehrarbeit über seine einfachen Bedürfnisse hinaus zunächst nicht zu leisten. Erst die Steigerung der Kulturbedürfnisse der russischen Bauern und Landarbeiters oder aber Abgabezwang würden eine stärkere, der Gesamtheit zugutekommende Produktionssteigerung herbeiführen.

Wie die Dinge sich aber in Russland auch entwickeln mögen, ein Exempel für Deutschland können sie nicht abgeben, denn die Quelle der möglicherweise eintretenden russischen Produktionssteigerung ist eben das, was wir in Deutschland nicht haben: die ungeheuren Mengen noch nicht intensiv betriebenen Ackergeländes. In Deutschland liegt das Problem völlig anders.

Bei uns ist auch der leichteste und schlechteste Boden, wenn er nur irgendeinen Ertrag bieten kann, schon in Kultur ge- [40] nommen. Auf den Hektar erzielen wir in Deutschland durchschnittlich sogar höhere Erträge als Frankreich mit seinem besseren Boden und günstigeren Klima. Die einzige Landreserve, die wir noch besitzen, sind die bisher noch unkultivierten Moorgelände. Auf diesem Gebiete der Landwirtschaft ist in den letzten Jahren Hervorragendes geleistet worden, aber die Umwandlung der Moore in Ackergebiet bedarf Zeit und Arbeit. So kann bei uns nicht wie in Russland durch einfache Landzuteilung oder radikale Parzellierung eine Produktionssteigerung eintreten, die in den vor uns stehenden Hungerzeiten eine Erleichterung bringen könnte. Helfen kann uns einzig und allein höchste Steigerung der Intensität der Leistung aller einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe, wie sie heute stehen und liegen. Jeder radikale Eingriff aber müsste unbedingt eine Abschwächung dieser notwendigen Leistung herbeiführen. (Es versteht sich, dass dies nur für Eingriffe in die *Wirtschaftsführung* gilt, nicht aber für Eingriffe in den *Besitz* und in die Verwendung der erzielten Erträge.) Deshalb ist es ein von der Notlage diktiertes Erfordernis, dass, unbeschadet aller künftig in Angriff zu nehmenden Pläne in der Sozialisierung der Landwirtschaft, für die nächste Gegenwart lediglich die direkte Produktionssteigerung der gesamten Landwirtschaft alle zu ergreifenden Maßregeln diktieren darf. Hierzu gehört:

Arbeitskräfte und Gespanne aufs Land, Bereitstellung von künstlichem Dünger, Erleichterung des Transports, schleunigste Herstellung der abgenutzten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, reichlich Motorpflüge und Lastautomobile kreisweise zur Verfügung gestellt, Organisation der Einwirkung landwirtschaftlicher Sachverständiger auf zurückgebliebenen Wirtschaften, bezirksweise solidarische Haftung aller landwirtschaftlichen Betriebe für Mindestleistung an Ablieferung, Einräumung des Rechts an diese Genossenschaften zur Übernahme solcher Betriebe, die durch Misswirtschaft ungenügend produzieren.

Entweder Kommunismus oder indirekte Steuern.

Von Herold

Am 9. Dezember 1918, gerade einen vollen Monat nach der Berliner Revolution, hat zum ersten Mal die sogenannte „Sozialisierungskommission“ etwas von sich hören lassen.

Bekanntlich ist die Einsetzung dieser Kommission das einzige, was die Regierung *Ebert-Haase* bisher für die Verwirklichung [41] der sozialistischen Republik getan hat. Umso gespannter musste man auf die Resultate ihrer Arbeiten sein und auch auf das Tempo, in welchem sie voranschreitet. Man weiß, dass das deutsche Volk nicht in der Lage ist, lange zu warten, wenn es nicht an Hunger und wirtschaftlicher Unordnung zu Grunde gehen soll. In dieser Hinsicht eröffnet die Kommission jedoch die betrüblichsten Aussichten, denn das, womit sie an die Öffentlichkeit tritt und was sie am 9. Dezember beschlossen hat, ist nicht mehr als ein – Arbeitsplan! Nicht etwa ein Plan, nach welchem die Arbeit des deutschen Volks organisiert werden soll, sondern ein Plan, wie die Kommission selbst zu arbeiten gedenkt. Weiter ist sie noch nicht gekommen, nachdem das Proletariat einen vollen Monat im Besitz der politischen Macht sich befindet, die doch, wie man uns 50 Jahre lang versprochen hat, nur zu dem Zweck erobert werden sollte, um sie zur Einführung der sozialistischen Wirtschaft zu benutzen.

Aber auch inhaltlich erwecken die Richtlinien der Kommission schwere Bedenken. Ihr Ausgangspunkt ist jener Gedanke, den *Emil Barth* und andere populär und drastisch mit den Worten ausdrückten: „Wir können erst sozialisieren, wenn wir dazu etwas haben. In der Redeweise der Kommission klingt es etwas gelehrter, nämlich so:

„Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederbelebung der Produktion.“

Das soll heißen: an den Beginn sozialistischer Maßnahmen ist nicht eher zu denken, als bis die Produktion gesteigert und das Wirtschaftsleben wieder in vollem Gange ist; dazu ist die Mitwirkung des Privatkapitals unentbehrlich, deshalb darf ihm vorläufig kein Härlein gekrümmt werden.

Wir erlauben uns, der gerade entgegengesetzten Ansicht zu sein. Man muss den obigen Satz direkt umkehren, wenn er richtig sein soll: „Erste Voraussetzung der Wiederbelebung Produktion ist die wirtschaftliche Reorganisation“, nämlich Kommunismus. So muss er heißen, dann stimmt er nicht nur zu dem, was uns die Lehrer des Sozialismus 50 Jahre lang gesagt haben, sondern dann entspricht er auch den Tatsachen. In das jetzige Elend sind wir hineingeraten, weil der Kapitalismus zwar die Produktion auf das kolossalste gesteigert hat, aber nicht im Stande war, die produzierten Güter auch dem Konsum der Menschen zuzuführen. Der Krieg war die schauerlichste jener vielen Krisen, welche die kapitalistische „Überproduktion“ durch Massenvernichtung von Gütern und Produktionskräften zum Ausgleich brachten. Er hat diese Vernichtung so gründlich besorgt, dass wir – in Deutschland wenigstens – augenblicklich vor dem [42] fast völligen Nichts stehen. Nun gilt es, vor allen Dingen die Produktion wieder zu steigern, und die Kommission erwartet das von den Kapitalisten und will sie zu diesem Zweck ungeschoren lassen. – Wie besorgen das wohl die Kapitalisten?

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlichte am 11. Dezember eine Zuschrift, worin wörtlich behauptet wird:

„Wenn man weiß, wie groß der Mangel an Kohle ist, dann versteht man nicht, wie, lediglich um Arbeiter zu beschäftigen, Munition hergestellt und wieder zertrümmert wird und ebenso Geschoßteile in einem Raum einer Fabrik angefertigt und in einem andern nebenan wieder zerschlagen werden, wie es in Berlin und wohl auch anderwärts tatsächlich geschieht.“

Wir wollen annehmen, dass die Deutsche Tageszeitung, um die Revolutionsregierung zu schädigen, einige Einzelfälle ungebührlich aufgebauscht hat. Aber wenn man auch von solchen etwa vorgekommenen Exzessen absieht, so ist doch die große Masse der Kapitalisten und Privatunternehmer gar nicht in der Lage, wesentlich anders zu verfahren, als hier

geschildert wird. Die Regierung *Ebert-Haase* und ihre Kommission wollen, dass die Kapitalisten die Produktion wieder in Gang bringen. Damit ist natürlich gemeint, dass jeder einzelne Kapitalist möglichst schnell wieder dieselbe Fabrikation aufnimmt, die er vor dem Kriege betrieben hat, und hierzu Arbeitskräfte einstellt und Maschinen und Rohstoffe verbraucht. Etwas anderes können ja die Privatunternehmer gar nicht tun.

Nun liegt doch aber auf der Hand, dass darunter eine Menge von Fabrikationen sich befinden, die unter heutigen Umständen überflüssig und deshalb jetzt schädlich sind. Man braucht gar nicht so weit zu gehen, dass unnütze Waren hergestellt und wieder zertrümmert werden. Es gibt viele Produkte, die an und für sich ganz nützlich und in normalen Zeiten sogar notwendig sein mögen. Man denke an Spielzeug, an Schmuckgegenstände, an Luxus aller Art. Ja sogar solche Waren gehören hierher, die an und für sich auch heute nötig sind, die aber von der Privatindustrie in zu großem Ausmaß hergestellt werden, wie z. B. Uhren. Kein Zweifel, dass wir Uhren brauchen, aber doch nur in bestimmter Anzahl. Überlässt man es den Privatunternehmern, die Uhrenproduktion zu steigern, dann wird jeder einzelne von ihnen so viel Uhren wie nur irgend möglich herzustellen suchen und wird dazu Arbeitskräfte, Materialien, Beleuchtung, Heizung von Arbeitsräumen etc. verbrauchen, und zuletzt werden wir mehr Uhren haben als nötig sind, und an anderer Stelle werden die Arbeitskräfte und verbrauchten Stoffe fehlen. [43]

Diese wenigen Beispiele dürften genügen, um zu zeigen, wie total verkehrt es ist, die Steigerung der Produktion den Privatunternehmern zu überlassen. Gerade weil wir in einer so bedrängten Lage uns befinden, musste vom ersten Tage an die ordnende Hand einer sozialistischen Regierung in das Wirtschaftsgetriebe eingreifen. Mochte man immerhin eine Kommission zum Studium der weiteren Sozialisierung einsetzen, das hinderte nicht, dass eine Regierung, die den Namen „sozialistisch“, mit Recht tragen will, am ersten Tage ihres Bestehens eine andere Kommission hätte einsetzen müssen mit dem Auftrage, so schnell wie nur irgend möglich festzustellen, wie groß der Bedarf an Kleidung, Schuhwerk, Unterkunft, Nahrung, Heizung und den dazu nötigen Maschinen, Transportmitteln, Rohstoffen, Kohlen, kurz an *unentbehrlichen* Gebrauchsgegenständen ist, d.h. an solchen, die zunächst einmal zur Erhaltung unserer nackten Existenz erforderlich sind. In dieser Richtung hätte in vier Wochen schon sehr viel geschehen können, *diese* Kommission hätte jetzt schon mit einem ganz anderen „Arbeitsplan“, hervortreten können, nämlich mit einem Plan für die Organisierung der Arbeit unseres ganzen Volkes: Unterlassung aller nicht absolut notwendigen Arbeit, Zusammenfassung aller Arbeitskräfte und noch vorhandenen Rohstoffe auf die Produktion des Notwendigen planmäßige Verteilung der Arbeitsmittel und Arbeitskräfte auf diese Betriebe usw. Das ist eine Aufgabe, welche die Privatunternehmer niemals lösen können, und deshalb mussten sie schleunigst ausgeschaltet werden, wenn das deutsche Volk nicht zu Grunde gehen soll.

Stattdessen hat die Regierung *Ebert-Haase* die Dinge laufen lassen, wie sie wollen. Ganz offenbar deshalb, weil sie bei dem Privatunternehmertum, bei der kapitalistischen Bourgeoisie keinen Anstoß erregen will, weil sie deren Widerstand fürchtet. Denn was wir da ausgeführt haben, ist keineswegs himmelstürmend neu. Wenig genug hat ja die deutsche Sozialdemokratie früher die Frage erörtert, was sie nach Übernahme der politischen Macht praktisch zu tun habe. Unsere russischen Freunde haben da ganz anders vorgearbeitet. Aber gerade die wenigen Punkte, die wir hier andeuten, waren ganz selbstverständlich. Nur freilich, beschreitet man diese Bahn, so kommt man logisch zum Kommunismus. Denn es liegt doch auf der Hand: eine Zentralgewalt, die dem einen Unternehmen Arbeitskräfte und Rohstoffe wegnimmt, um sie dem andern zuzuteilen, die kann nicht dulden, dass die begünstigten Unternehmen im Privatbesitz bleiben und ihren zufälligen Besitzern märchenhafte Profite zuschanzen. Gerade deswegen würden die Umstände auch die Ent- [44]

eignung außerordentlich erleichtern. Denn sie würden Interessengegensätze und Zwietracht in die Reihen der Kapitalisten tragen. Würde die Regierung mit voller Tatkraft die Ordnung der Produktion in die Hand nehmen, um dem Volk das nackte Leben zu retten, so könnte sich dem niemand widersetzen. Die Fabrikanten von Poesie-Albums und Putzfedern *müssten* es dulden, dass man ihre Betriebe stilllegt, um die Herstellung von Kleidern und Brot zu sichern. Der Zorn des ganzen Volkes würde sich sonst gegen sie kehren.¹⁴ Dann aber würden die so benachteiligten Kapitalisten – und diesmal mit vollem Recht – verlangen, dass ihre Brüder aus den begünstigten Branchen nicht auf ihre Kosten durch die Staatsgewalt mühelos zu Millionären gemacht werden, und es würde dann nicht schwer sein, die Notwendigkeit der Enteignung nachzuweisen und diese durchzuführen.

Von all dem, wie gesagt, hat die Regierung Ebert-Haase bisher nichts getan, und auch ihre „Sozialisierungskommission“ scheint den Anfang des Werkes auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verlegen. Inzwischen aber schreiten die Bedürfnisse fort und heischen Befriedigung. Und da auch eine Regierung, die sich „sozialistisch“ nennt, nicht von der Luft leben kann, so bleibt ihr, wenn sie den kommunistischen Weg nicht beschreiten will, weiter nichts übrig, als den alten wohlbekanntem *kapitalistischen* Weg zu gehen, wie es alle Regierungen Wilhelm II. vor ihr getan haben. Sie ist auch schon dabei. Der preußische Ministerpräsident, ehemals „Genosse“ *Paul Hirsch*, hat verkündet, dass die Eisenbahntarife um das nette Sümmchen von 60% erhöht werden sollen. Erstaunt fragt man sich, wozu wir uns die Mühe gemacht haben, eine sozialistische Regierung einzusetzen, wenn durchaus in der alten Weise fortgewurstelt werden soll! Sogar das Berliner Tageblatt, ein rein kapitalistisches Organ, greift zur Feder und macht den Herrn Minister *Hirsch* darauf aufmerksam, dass eine so kolossale Tariferhöhung notwendigerweise lähmend auf den Verkehr und damit auf Handel und Wandel wirken muss, während wir doch gerade deren Belebung brauchen. Und *Hirschs* Kollege in der Ministerpräsidentschaft, der „Unabhängige“ *Heinrich Ströbel*, widmet (in der „Freiheit“ vom 12. Dezember) einen langen Artikel dem Nachweis, dass solche Tariferhöhung, die überdies „das Defizit der Eisenbahnen noch bei weitem nicht decken würde, nichts anderes wäre als eine *indirekte Steuer*, und zwar von ungeheuerlichem Ausmaß. Das ist, wie man weiß, ein schwerer Verstoß gegen das Erfurter [45] Programm der Sozialdemokratie, eine Belastung der arbeitenden Massen zu Gunsten der Besitzenden. Das alles weist *Ströbel* fürtrefflich nach, aber – *einen anderen Ausweg weiß er auch nicht!* „Dagegen, dass Einnahmen und Ausgaben miteinander ins Gleichgewicht zu bringen sind, lässt sich grundsätzlich nichts einwenden, schreibt *Ströbel*, und weiter:

„Ob es ohne Tariferhöhungen auf die Dauer gehen wird, erscheint auch uns fraglich.“

Ja, weshalb denn dann das Zetern gegen *Hirsch*, wenn auch *Ströbel* selbst nicht ohne indirekte Steuern auskommt? Er tröstet sich nur damit, dass die Sache „nicht so eilig“ sei, erst solle man einmal die Besitzenden mit direkten Steuern ordentlich heranziehen, dann würde der Rest, der durch indirekte Steuern, darunter auch Tariferhöhungen zu decken sei, nicht mehr erheblich sein.

Jetzt, wo der Augenblick der Tat gekommen, wo sie vor die unmittelbare Aufgabe gestellt sind, zeigt sich, wie wenig doch all diese Herren je vom Sozialismus begriffen haben, wie fremd er ihrem Innenleben geblieben ist. Vor einem halben Jahr hat Herr *Ströbel* viel Schweiß und Mühe darauf verwandt, um die Bolschewiki theoretisch totzuschlagen. Nun er selbst die praktische Aufgabe lösen soll, bleibt auch ihm nur die Wahl: entweder im dicksten Kapitalismus mit seinen indirekten Steuern stecken zu bleiben oder „*russische Methoden*“

¹⁴ Natürlich müsste die Regierung auch für eine geeignete Aufklärung der Volksmassen sorgen und es zu verhindern wissen, dass das Volk von Privatinteressenten in der Presse belogen wird.

anzuwenden, d.h. zum Kommunismus überzugehen. Ein kommunistisches Gemeinwesen nämlich, das mag sich Herr Ströbel gesagt sein lassen, braucht keine Steuern, weder direkte noch indirekte, und braucht auch keine Eisenbahntarife, weil es alle notwendige Arbeit durch planmäßige Organisation der vorhandenen Arbeitskräfte und Arbeitsmittel deckt.

Aus alten Papieren.

Man weiß, dass der Wortlaut jener berühmten Erklärung, welche am 4. August 1914 von *Haase* im Reichstag verlesen wurde, vorher dem Reichskanzler von *Bethmann-Hollweg* unterbreitet worden war. Aber was man noch nicht weiß, ist dies, dass Herr von *Bethmann-Hollweg* verlangt hatte, es solle aus der Erklärung ein Satz gestrichen werden, der vom sozialistischen Standpunkt aus eine große Bedeutung hatte. Dieser Satz lautete:

„Sobald der Krieg zu einem Eroberungskrieg werden sollte, werden wir uns mit den kräftigsten Mitteln dagegen wenden.“

Der Satz, über welchen die zur Abfassung der Erklärung ernannte Kommission so lange diskutiert hatte – der Satz, der alsdann von der Fraktion einstimmig beschlossen worden war der Satz, der ein Programm bildete, einen letzten Aufschrei des sozialistischen Gewissens der Fraktion – er war verschwunden! *Bethmann-Hollweg* hatte ihn ohne allzu viel Mühe beseitigt.

Humanité, 24. Dez. 1915.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen.

Karl Marx am 5. Mai 1875. (Neue Zeit 1891/92. Bd. 1. S. 567.)

Die Tribunen!

Von Werner Möller.

Durchs heilige Rom schritt ein Gespenst!
Zwar schwelgten die Reichen in den Palästen,
Reichbesetzte Tafeln winkten den Gästen,
Reichbesetzt mit Speise und Trank.
Schlanke Sklaven füllten mit Wein die Pokale,
Üppige Weiber schlürften aus goldener Schale
Berausenden, köstlichen Saft.

Prassen und Sinnesgetaumel
Doch während schlemmten die Herren der Erde,
Hockt vor den Toren die Bettlerherde
Und flehte um Bissen vom Mahl.
Und hungernde Haufen durchzogen die Gassen,
Krieger, die Blut und Gesundheit gelassen
Für das weltbeherrschende Rom;

Sie spürten des Hungers nagenden Schmerz.
Und Bauern, von der Scholle vertrieben
Deren Hab und Gut durch Lasten zerrieben,
Durchzogen die Straßen zu Hauf.
„Freie Römer sind wir, doch ärmer wie Knechte,
Gebt Fleisch uns und Brot, gebt Land uns und Rechte;“
So scholl ihr drohend Geschrei.

Da sprachen die Reichen voll Angst:
„Das niedre Volk bringt Gefahren dem Staate,
Gebt schnell ihm Stimmen und Sitz im Senate,
Und gebt seinen Wünschen Gehör.
Und also geschah's. – Erwählt und erkoren,
Zogen ein zu den Senatoren,
Die Tribunen und stritten für's Volk.

Und was geschah nun in Rom?
O rechtloses römisches Volk triumphiere,
Es gab gar prächtige Rednerturniere,
Manch Wort klang verweger und wild.
Mit Worten konnt man den Ärmsten beglücken,
Das Volk, es lauschte stets mit Entzücken,
Es hoffte und – hungerte weiter.

Lied der Armen.

Es kommt einmal die Stunde
Da flammt die ganze Welt!
Wir sind dann nimmer Hunde,
Denn unser ist das Feld.

Es fallen Qual und Schande,
Der Ketten schweres Blei,
Hell geht durch alle Lande
Der Freiheit Jubelschrei!

Kein Bruder wird dann lauern,
Die Faust voll Blut und Not,
Und nimmer Weiber trauern
Um ihres Liebsten Tod!

Es kommt einmal die Stunde,
So will's das Rad der Zeit!
Dann gibt es nimmer Hunde,
Und nirgends Not und Leid

Carl Happ

Der Streit um die Nationalversammlung.

Der Monat Januar steht im Zeichen der Kämpfe um die Nationalversammlung. Schon in den ersten Tagen des neuen Jahres haben in Berlin und anderwärts riesenhafte Demonstrationen stattgefunden, welche die Gewissheit geben, dass mindestens ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft, und zwar ein entschlossener und tatbereiter Teil, nicht willens ist, den Wahlen ruhig zuzuschauen. Was weiter werden wird, ob die Wahlen am 19. Januar überhaupt zu Stande kommen, ob die Nationalversammlung, falls sie gewählt werden sollte, wird zusammentreten können, ob sie nach ihrem Zusammentritt zu irgendwelcher Arbeit fähig ist – das alles ruht zur Stunde, da wir dies schreiben, noch in der Zukunft Schoße. Da ist es an der Zeit, die Gründe für und wider die Nationalversammlung einer ernsten und unverzerrten Prüfung zu unterziehen.

Das wichtigste und entscheidende Argument, womit die verflossene Regierung *Ebert-Haase* die Ausschreibung der Wahl rechtfertigte, war bekanntlich die Berufung auf die Demokratie. Das ganze Volk soll in freier Wahl entscheiden – hier stock' ich schon: was soll das ganze Volk am 19. Januar entscheiden? Es kann ja, gerade wie bei jeder früheren Wahl, nur Vertreter wählen, und diesen ist dann alles weitere überlassen. Oder vielmehr doch nicht alles. Die sehr wichtige Frage z. B., ob Republik oder Monarchie, die ist doch wohl schon entschieden. Oder stellt man sich vor, wenn es der Nationalversammlung beikommen sollte, wieder einen Kaiser an die Spitze Deutschlands zu stellen, so würde es dabei sein Bewenden haben? Man sieht also, über manche sehr wichtigen Dinge soll nicht erst die [49] Nationalversammlung entscheiden, sondern darüber ist schon entschieden durch die Tatsache der Revolution selbst.

Welche Dinge sind das? – Fahren wir zunächst einmal in dem erwähnten, angeblich demokratischen Gedankengang fort. Am deutlichsten hat ihn wohl der ehemalige Sozialdemokrat Heymann zum Ausdruck gebracht, der jetzt in Württemberg Minister ist. Er sagte schon im November 1918, dass er sich bis zur Nationalversammlung nur als Platzhalter fühle, er habe nur dafür zu sorgen, dass die Staatsgeschäfte ihren ungestörten Fortgang nehmen, bis die vom ganzen Volk gewählte Nationalversammlung endgültig über die neue Staatsform und die neue Gestaltung der Staatseinrichtungen entschieden haben werde.

Wie ruhig, wie vernünftig, wie demokratisch das alles klingt. Aber auch wie – *staatserhaltend*. Dass nur ja die Staatsmaschine nicht ins Stocken gerät! Das ist die vornehmste Sorge des Ministers Heymann und derer, die ebenso denken wie er. Nur klingen solche staatserhaltenden Bekenntnisse im Munde eines Sozialdemokraten immer höchst verdächtig. Und in der Tat, wenn man die Sache näher betrachtet, so zeigt sich, dass diese famose Platzhalter-Theorie nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als die *Eskamotage sämtlicher Errungenschaften der Revolution!*

Wie liegen denn die Dinge? Alles soll in der alten Weise weiter funktionieren, sagen die Heymann, die Haase und Ebert. Dass nur ja dem Staat kein Schade geschieht Änderungen daran vorzunehmen, sind sie nicht befugt; nur alles getreu zu verwalten haben sie, um es unbeschädigt und unverkümmert der Nationalversammlung auszuliefern. – Aber das stimmt ja nicht! Sie haben ja schon eine ganze Reihe Änderungen vorgenommen. Durch die bloße Abdankung des Kaisers ist Deutschland nicht zur Republik geworden. Es existieren genaue Bestimmungen über eine Regentschaft, wenn der König von Preußen dauernd verhindert ist, selbst zu regieren; es existieren ebensolche Bestimmungen darüber, welche Behörden den Belagerungszustand aufheben, eine Amnestie erlassen, neue Verfügungen mit Gesetzeskraft

herausgeben dürfen usw. Über all das haben sich die *Ebert und Haase* hinweggesetzt. Sie haben nach eigenem Ermessen *einen Teil* der bisherigen rechtlichen Zustände abgeändert, den anderen Teil erklären sie für unantastbar, bis die Nationalversammlung gesprochen hat. Wer ermächtigte sie dazu, eine solche Auswahl zu treffen: Nach welchem Maßstab erfolgte die Auswahl!

Ihre Eingriffe und Abänderungen beschränken sich ausschließlich auf das *politische* Gebiet: sie haben die Zensur [50] aufgehoben, Versammlungs- und Redefreiheit eingeführt, sogar für die Soldaten, und dergleichen mehr. Dagegen halten sie sich vom *sozialen* und *wirtschaftlichen* Gebiet sorgsam fern: die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung und des Wirtschaftslebens im sozialistischen Sinne weisen sie ganz und gar der Nationalversammlung zu.

So war es aber am 9. November keineswegs gemeint. Wie man weiß, hat die Richtung *Scheidemann* an der Revolution in keiner Weise teilgenommen, vielmehr mit allen Mitteln dagegen angekämpft. Als dann die Revolution siegreich war, als deren Träger die tatsächliche Macht in die Hände genommen hatten, bestanden sie gleichwohl darauf, dass in die neu zu bildende Regierung alle drei vorhandenen Richtungen der ehemaligen Sozialdemokratie eintraten, nicht nur die Unabhängigen und die Richtung *Liebknicht* – als deren Vertreter damals noch Barth angesehen wurde – sondern auch die Richtung *Scheidemann*. Das kann doch nur den ganz eindeutigen Sinn haben, dass die neue Regierung beauftragt wurde, das auszuführen, was die alte Sozialdemokratie früher, ehe sie durch den Krieg in drei Teile auseinanderfiel, versprochen hat. Und das ist in der *Hauptsache gerade die Umbildung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung*, die Herbeiführung des Kommunismus. Jetzt aber kommt Herr Hermann mit seiner Platzhalter-Theorie, die das gerade Gegenteil besagt. Die Revolution sollte eine *sozialistische* sein. Unzählige Male in den 50 Jahren seit ihrem Bestehen hat die deutsche Sozialdemokratie gesagt, die Arbeiterschaft müsse die politische Macht erobern, um *durch sie den Sozialismus herbeizuführen*. Nun wurde ihr, vertreten durch alle ihre Richtungen, die Macht übergeben. Damit übernahm sie die Verpflichtung, das wahrzumachen, was sie immer versprochen hatte. Es handelte sich gerade darum, die Bourgeoisie, die Vertreter des Kapitals von der Macht auszuschalten. Wäre es anders gemeint gewesen, dann hätte man die Regierung nicht *ausschließlich* aus den sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzt.

Gerade diesen eigentlichen und wesentlichen Teil der Aufgabe haben die sogenannten „Volksbeauftragten bei Seite geschoben. Sogar ihre famose Sozialisierungskommission hat nach abermals 4 Wochen noch nichts wieder von sich hören lassen und damit ihre Impotenz wohl endgültig bewiesen. Statt dessen haben sie mit Eifer die Einberufung der Nationalversammlung betrieben und sich nur darum gestritten, ob sie ein paar Wochen früher oder später gewählt werden soll. Ihr eifriges Bemühen ging also dahin, durch die Nationalversammlung dem mit- [51] wählenden kapitalistischen Bürgertum einen Teil derjenigen Macht wiederzuzuwenden, die ihm die Revolution genommen hatte; einen Sammelpunkt der Kräfte zu schaffen, welche den Kommunismus hemmen und womöglich verhindern wollen. Statt dass die antisozialistischen Kräfte, wie es das revolutionäre Volk am 9. November wollte, ausgeschaltet werden, werden sie in der Nationalversammlung, wenn sie zu Stande kommt, ein Bollwerk gegen die soziale Revolution finden, und die „Volksbeauftragten ein Feigenblatt, um dahinter die Erfüllung des am 9. November übernommenen Auftrags zu vereiteln.

Das ist der Sinn des Streites um die Nationalversammlung. Es verbirgt sich dahinter die Frage, ob Deutschland eine kapitalistisch-parlamentarische oder eine sozialistische Republik werden soll.

„Phantastische Lohnforderungen.“

Im Sommer des Jahres 1914, als zum ersten Mal die große Gefahr, die der Krieg unserer Ernährung brachte, in drohender Nähe rückte, konnte man allorts große Plakate lesen, worin die Behörden der kaiserlichen und königlichen Regierungen die Bevölkerung aufforderten, aufs Land zu gehen, um bei der Ernte zu helfen; in dieser Zeit gemeinsamer Not dürfe niemand an sich selbst denken, ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes müsse da gearbeitet werden, sonst müssten wir alle verhungern.

Der geschulte Sozialdemokrat (d.h. Kommunist) konnte die Plakate nur mit gemischten Gefühlen lesen. Natürlich ist es ganz richtig: wenn die Ernte auf den Feldern verfault, müssen wir alle zu Grunde gehen, nicht nur die besitzenden Klassen, sondern auch die Proletarier. Aber auf der anderen Seite ist nicht weniger richtig, dass die Privatbesitzer des Grund und Bodens noch ein anderes, ein ganz persönliches, ein *Profit*interesse an der Einbringung der Ernte haben. Verkamen die Früchte des Feldes, so erlitten sie einen Vermögensschaden. Indem also die Behörden auf ihre Weise für das öffentliche Wohl zu sorgen meinten, sorgten sie zugleich für das Privatinteresse der landwirtschaftlichen Kapitalisten.

Und das war noch nicht einmal alles. Auch ohne das Eingreifen der Behörden und der Gewerkschaften hätten die Landwirte schließlich die nötigen Arbeitskräfte bekommen. Sie hätten dann eben ihre Gegenleistungen an Lohn etc. so lange steigern müssen, bis sich genug Arbeiter bereitfanden. Und sie hätten das wohl auch getan, wenn ihnen nicht durch die Vermittlung der Behörden und der Gewerkschaften genügend billige, zum Teil sogar [52] unentgeltliche Arbeitskräfte verschafft worden wären. Diese benutzten sie, um die Löhne überhaupt niedrig zu halten. Das während des ganzen Krieges so patriotisch gebliebene „*Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*“ schrieb am 12. Sept. 1914 (Nr. 37, S. 530):

„Noch täglich wiederholen sich die üblen Erfahrungen, die die Arbeiter bei der Einbringung der Ernte machen mussten, dass man unbezahlte Hilfskräfte in Anspruch nimmt, um die paar Mark Arbeitslohn zu sparen.“

Und ein Jahr später, am 9. Oktober 1915 (Nr. 41, S. 447) stellte der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes *Georg Schmidt* fest, dass trotz der erhöhten Einnahmen der landwirtschaftlichen Unternehmer die Löhne der Landarbeiter ebenso niedrig geblieben waren wie früher. Der Erfolg der wohlgemeinten Bemühungen der Behörden war also, dass den Kapitalisten ein besonderer Vorteil zugewendet und die Arbeiter geschädigt wurden.

Inzwischen sind Männer aus den ehemals sozialdemokratischen Parteien an die Spitze der Regierung getreten. Was aber müssen wir erleben? – Der ganze Monat Dezember 1918 hallte wider von Klagen über die angeblich übertriebenen Lohnforderungen der Arbeiter! Diese Klagen, die ursprünglich von den Kapitalisten ausgingen, wurden alsbald von den Regierungsstellen aufgenommen. Der Ausdruck „phantastische Lohnforderungen“ stammt aus dem Munde eines der Volksbeauftragten. Irren wir nicht, so war es der Radikalste aus diesem heiligen Synod, *Emil Barth*. Jedenfalls stammt von ihm die Mahnung, man solle die Revolution nicht „zu einer Lohnbewegung herabwürdigen.“ Am 14. Dezember erließ der Rat der 6 Männer einen Aufruf, worin es hieß: „Arbeiter! Bleibt nicht in den Großstädten, geht hinaus aufs Land. Die Kräfte, die in den Großstädten brach liegen, werden dort dringend gebraucht!“ Unter diesem Aufruf fehlten nicht die Namen *Haase, Dittmann* und *Barth*. Am 21. Dezember verbreitete das Wolff'sche Telegraphen-Büro im amtlichen Auftrag eine Auslassung gegen „die außerordentlich hohen Lohnsteigerungen, die gegenwärtig an der Tagesordnung sind,“ und welche die Produktionskosten ohne Berücksichtigung des wirtschaftlich Möglichen“ in die Höhe treiben. Am 20. Dezember erschien in der „*Freiheit*“

(dem Berliner Blatt der Unabhängigen) ein Artikel, worin behauptet wurde, es sei zuweilen zu Lohnforderungen gekommen, die in der gegenwärtigen Krise „nicht ohne Schädigung der Gesamtheit“ hätten durchgeführt werden können. Und um allem die Krone aufzusetzen, gab die preußische Regierung am [53] 2. Januar 1919, unmittelbar vor dem Austritt der Unabhängigen, einen Erlass heraus, der sich in schärfster Weise gegen die Lohnerhöhungen wendet. Die Lohnbewegung, heißt es da, habe nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, „die die schwersten Befürchtungen erwecken und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muss.“ Die Regierung erklärt es deshalb als „gebieterische Pflicht, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten“, und weist die Fachminister an, nötigenfalls die Lohnforderungen zurückzuweisen. - Dieser Erlass trägt nicht nur die Unterschriften der Regierungssozialisten, sondern auch die von *Ströbel*, *Adolf Hoffmann* und *Rosenfeld*, und der Vorwärts sprach diesen Herren besonderen Dank dafür aus, dass sie noch unmittelbar vor Niederlegung ihrer Ämter ihn unterzeichnet haben.

Wir fragen: was ist denn nun eigentlich an dem früheren Zustand geändert! Ungefähr sagte das der Landrat der wilhelminischen Zeit auch, und nicht einmal mit viel anderen Worten. Wer sich die Mühe nimmt, die Sitzungsberichte des preußischen Abgeordnetenhauses nachzuschlagen, wird finden, dass z. B. der ehemalige Eisenbahnminister *Breitenbach*, ein in seinem Fach tüchtiger Mann, aber ein rücksichtsloser und gehässiger Bekämpfer der Sozialdemokratie, sich in Lohnfragen fast genau so auszudrücken pflegte, wie es jetzt die „sozialdemokratischen“ Minister Preußens tun.

Prüfen wir indes das Argument näher, so zeigt sich wieder einmal, dass in allem, was Sozialismus heißt das heißt in alle dem, worauf es ankommt - zwischen den „Abhängigen und den „Unabhängigen“ auch nicht die Spur eines Unterschiedes besteht, und dass sie sich deshalb die gegenseitige Bekämpfung in der Öffentlichkeit wirklich sparen könnten.

Es klingt ja sehr bestechend, dass Lohnforderungen, wenn sie über ein gewisses Maß hinausgehen, entweder zu Preissteigerungen führen oder den Betrieb unrentabel machen und ihn dadurch zum Stillstand bringen. Nichts einleuchtender für den naiven Verstand als das. So klagte kürzlich ein Berliner Arbeiter in heller Empörung über die Müllkutscher: „Sie haben höheren Lohn herausgedrückt, und jetzt kommt der Hauswirt und steigert uns die Miete; wir müssen's also bezahlen!“

In früheren Zeiten war es in derartigen Fällen aber nicht Sitte, dass „Sozialdemokraten“ solchem Aberglauben noch Unterschrift und Siegel bedrückten. Sondern soweit sie zu denen gehörten, welche die Lehren des Sozialismus begriffen hatten - und es gibt deren sowohl unter den heute „Abhängigen“, wie [54] „Unabhängigen“ - bemühten sie sich, den Mann aufzuklären und den Irrglauben zu berichtigen. Und wenn sie in der Regierung sitzen und alle Machtmittel des Staates in der Hand haben, dann müssten sie das erst recht tun. Dann müssten sie die ungeheure ihnen anvertraute Macht dazu benutzen, um das Volk über wirtschaftliche Zusammenhänge aufzuklären. Denn die wirtschaftlichen Neuerungen des Sozialismus sind nur möglich, wenn die großen Volksmassen mithelfen, und das werden sie nur tun, wenn sie deren Vorzüge einsehen. Deshalb hätte eine großzügige Propaganda von Staatswegen eine der ersten Aufgaben einer sozialistischen Regierung sein müssen. Die Russen haben das getan, und wenn die deutschen „Sozialdemokraten“ auf Ministersesseln es unterlassen, so beweisen sie damit, dass sie entweder den Sozialismus nie begriffen haben, oder dass sie das, was sie früher dem Volke verkündet haben, selbst nicht glauben.

„Wirtschaftlich unmöglich“ soll es sein, die Löhne über ein gewisses Maß hinaus zu erhöhen? - Ei warum denn? Praktisch liegt doch die Sache so, dass der Kapitalist, wenn er nach Berechnung aller seiner Kosten einschließlich der Löhne die Ware verkauft, einen Gewinn

übrigbehält. Steigen die Löhne, so sind seine Kosten größer, und da der Aufschlag auf die Kosten prozentual der gleiche bleibt, so *wird der Profit noch größer*. Das ist es, was der Kapitalist schlechthin von jeder Steigerung seiner Kosten erwartet. Das scheint ihm das Natürliche, Selbstverständliche. Der Gewinn muss einen bestimmten Prozentsatz des angelegten Kapitals ausmachen. Erreicht er den nicht, dann jammert der Kapitalist über schlechte Geschäfte und sieht sich nach anderen Anlagemöglichkeiten für sein Kapital um, droht also mit Stilllegung seines Betriebes.

Aber das alles hat doch für den, der nicht durch die kapitalistische Brille sieht – und von „sozialdemokratischen“, Ministern sollte man das eigentlich verlangen – bei Leibe nichts mit dem „Interesse der Gesamtheit zu tun. Zwischen der Erhöhung der Warenpreise und der Senkung der Löhne gibt es noch eine dritte „wirtschaftliche Möglichkeit.“ Sie heißt: *Ermäßigung der Profite!* Es ist recht bezeichnend, dass die „sozialdemokratischen“ Minister beider Richtungen an diese Möglichkeit überhaupt nicht gedacht haben.

Aber – werden sie uns vielleicht entgegnen – das ist ja eben die Gefahr, die dann droht: wenn die Kapitalisten nicht genug verdienen, werden sie die Produktion aufgeben.

Darauf antworten wir, was jeder Sozialdemokrat (d.h. Kommunist) antworten muss, nämlich: *Umso besser!* Wir [55] wollen ja gerade die Kapitalisten, die Profitschlucker (wohlgemerkt, nicht die Betriebsleiter) aus der Produktion heraushaben. Umso schneller würde dann jede Regierung, auch wenn sie nicht aus angeblichen „Sozialdemokraten“, sondern nur aus klarblickenden Nationalökonomien besteht, gezwungen sein, in die Bahnen der kommunistischen Produktion einzulenken.

Wahrlich, durch ihre Warnung vor „phantastischen Lohnforderungen“ haben die Wortführer beider sozialdemokratischen Parteien mit nicht mehr zu überbietender Schärfe bewiesen, dass sie nie in ihrem Leben auch nur ein Jota vom Sozialismus verstanden haben und dass sie die Bahn zum Kommunismus niemals zu finden und einzuschlagen vermögen.

Neuordnung der Landwirtschaft.

Ein Vorschlag von E. L.

Der ungeheure Wirrwarr, der schon vor dem Kriege in den meisten Köpfen über sozialistische Programme spukte, ist durch den Weltkrieg noch verschärft worden, sodass wir heute einem Chaos von Meinungen, Befürchtungen, Hoffnungen und Plänen gegenüberstehen, durch dessen Dunkel einmal Lichtstrahlen hindurchgeleitet werden müssen.

Vor allem muss jeder über Programme Nachdenkende scharf unterscheiden zwischen freiem Endziel-Programm und Übergangsprogramm für die Zwangslage der Gegenwart. Auch *Marx* hat bekanntlich (in dem in diesen Heften schon wiederholt erwähnten Brief vom 5. Mai 1875 über das Gothaer Parteiprogramm, *Neue Zeit* 1890/91 Bd. I S. 566 und 567), sorgsam unterschieden zwischen der niederen Phase „einer kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, und einer „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“, die erst das kommunistische Endziel verwirklichen kann. Offenbar sind wir gegenwärtig im Begriff, in die erste, die niedere Phase einzutreten, die nach *Marx* „in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt, und die uns in die zweite, die höhere Phase hinüberleiten soll. Dann müssen wir uns aber darüber klar sein, dass trotz aller Revolutionen und Revolutionsbewegungen wir heute weniger freie Fahrt haben als jemals, denn der gewaltige Sturm des Wirtschaftskrieges hat über unseren Weg schwere Hindernisse gefegt, die erst mühsam überwunden werden müssen, oft durch [56] Mittel, die mit den Tendenzen des Endzieles nicht in Harmonie zu stehen scheinen.

Das Endziel erstrebt einen internationalen Zustand, in dem alle Schätze der Erde allen Bewohnern unseres Planeten gleichermaßen zugänglich und verwertbar sind, in dem keine imperialistischen und kapitalistischen Schranken die höchste Produktionsleistung der Menschheit behindern, und in dem der höchsten Kulturentwicklung freie Bahn geschaffen ist. Ein solcher Zustand, der radikal die Quellen aller Kriege verstopft, macht zugleich die ungeheuren Kräfte frei, die in dem gegenwärtigen Zustand verschwendet werden durch Heere, Flotten und solche Staats-Organisationen, die berufen sein sollen, das sogenannte Gleichgewicht der Mächte wieder aufrechtzuerhalten. Jenes Gleichgewicht, das doch nichts anderes ist als eine fortgesetzte Spannung, der immer von Zeit zu Zeit die Explosion folgen muss.

Die Menschheit hat in ihrer Mehrheit bisher geglaubt, diese Zustände als unvermeidliche Schicksalsfaktoren in Kauf nehmen zu müssen; sie hat sich dieser Fiktion gebeugt, ihr gedient; sie ist ihr gegenüber bisher passiv gewesen. Das ungeheure Erleben dieses Krieges, das unerhörte Menschenopfer, das dieser Fiktion gebracht worden ist, fängt an, die Menschheit zur Besinnung und zur Erkenntnis zu bringen, und neben dieser Fiktion her geht etwas Stärkeres, das ist der aus Seelenstimmung erwachsene Wille der Menschheit. Bisher hat es diesen Menschheitswillen nicht gegeben. Bisher gab es Hoffnungen, Ziele, ideale Bestrebungen, aber es gab noch keinen Willen. Dieser *Wille* aber ist der neue Faktor, der in die Menschheitsgeschichte eingereiht werden soll, der, zurzeit noch latent und unorganisiert, sich aber zur stärksten Wirkungsmöglichkeit auswachsen und das Endziel erzwingen wird.

Aber, wie gesagt, auf den Weg zu diesem Endziel hat der Sturm gewaltige Hindernisse geworfen, sie zwingen uns zum Verweilen und zu harter Tagesarbeit. Infolgedessen müssen wir unserer Phantasie und unseren Wünschen Zügel anlegen und zunächst ein nüchternes, praktisches *Tagesprogramm*, ein *Übergangsprogramm*, aufstellen.

Dieses Übergangsprogramm wird von nichts, aber auch von gar nichts anderem geleitet als von der harten Notwendigkeit des Tages. Kein Partei-Programm, keine Parteiwünsche keine Parteiinteressen dürfen hierbei bestimmend sein, sondern einzig und allein die bittere Not des Tages.

Das deutsche Volk steht vor der Existenz-Katastrophe. Es hat die einzige Frage sich zu beantworten: wie kann ich mein Leben erhalten? [57]

Die Grundlagen sind sehr einfach: wir haben nicht genug zu essen, wir sind am Ende unserer Bekleidungsmöglichkeiten, und wir haben Wohnungsmangel. Mit dem Wohnungsmangel können wir uns zur Not behelfen, mit den Bekleidungsmöglichkeiten schon weniger, aber entsetzliche Perspektiven eröffnet unser Mangel an Lebensmitteln. Wir haben keine Aussicht von der Entente mehr als Almosen gegen Wucherpreise zu erlangen, und wir müssen uns darüber klar sein, dass wir angesichts unserer erschütterten Kaufkraft in der Hauptsache nur mit dem rechnen können, was wir auf unserem Boden mit unserer Hände Arbeit hervorbringen werden. Wir müssen an uns die Frage stellen: welche Maßregeln sind dringendst erforderlich, damit wir in den nächsten Jahren auf unserem Boden lebend und arbeitend bestehen können? Diese Frage geht allen anderen voran.

Wenn heute also eine radikale sozialistische Regierung in ihr Tagesprogramm die Forderung aufnehmen würde: *sofortige Enteignung des gesamten Grund und Bodens*, so bedarf dieser Programmpunkt der gleichzeitigen Ergänzung durch diejenigen Maßregeln, die die Tagesforderungen unserer Existenznotwendigkeit bedingen. Unsere Lebensmittel-Produktion darf auch nicht um wenige Prozent zurückgeschraubt werden. Gegenteil, es müssen Maßregeln getroffen werden, und zwar mit größter Beschleunigung, die schon für die nächste Ernte eine ins Gewicht fallende Lebensmittelsteigerung herbeiführen.

Wie wir schon in den beiden vorausgehenden Heften der Lichtstrahlen ausgeführt haben, kann dies weder durch sofortige Parzellierung der größeren landwirtschaftlichen Betriebe noch durch sofortige Übernahme dieser Betriebe in genossenschaftliche Bewirtschaftung geschehen. Durch beide Maßregeln würde im Gegenteil eine sehr erhebliche Produktionsminderung für die nächsten Jahre eintreten.

Infolgedessen müsste jedes sozialistische Programm, dass die Enteignung des Grund und Bodens verfügt, sofort folgende Ergänzung finden:

Die bisherigen Betriebsleiter bleiben auf ihren Plätzen als kommissarische Verwalter des der Gesamtheit gehörenden Bodens. Ihre Bezüge und Interessen werden allgemein durch besondere Kommissionen geregelt. Dem Eigeninteresse der bisherigen Betriebsleiter muss hierbei so weit Rechnung getragen werden, dass sie selbst zur intensivsten Arbeit zu einer möglichst hohen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion angeregt werden.

Zur praktischen Durchführung dieser und der weiter folgenden Maßregeln werden *landwirtschaftliche Betriebsbezirke* gebildet; die Gesamtheit der zu diesen Bezirken gehörigen [58] Landwirte wählt einen Ausschuss, der die Geschäfte führt. Jeder Bezirk haftet genossenschaftlich solidarisch für eine bestimmte Mindestproduktion zu Gunsten der Allgemeinheit; der Überschuss über diese Mindestproduktion wird von der Genossenschaft im Interesse der Genossenschafter verwertet. Die Genossenschaft hat also ein Interesse daran, diesen Überschuss nach Möglichkeit zu steigern. Zu diesem Zwecke werden die Genossenschaften mit weitgehenden Rechten ausgestattet. Hinter ihnen steht die gesamte Kapitalkraft des Staates. Sie haben für ihren Bezirk den nötigen künstlichen Dünger, die erforderlichen Maschinen, Dampfpflüge, Lastwagen anzufordern und sicher zu stellen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um den landwirtschaftlichen Betrieb auf die höchste Intensität zu bringen. Sie erhalten aber auch die Macht, ihre Mitglieder zur höchsten persönlichen Leistung zu verpflichten. Da die Genossenschaft als solche einen Nachteil erleidet, wenn ihre Mitglieder schlecht wirtschaften, so erhält sie das Recht, die Durchführung unzweifelhaft ergiebiger Meliorationen von Mitgliedern zu fordern und durchzuführen. Die Ausstattung mit Machtbefugnissen wird es den Genossenschaften leicht machen, auf ihre Mitglieder den Einfluss auszuüben, dass sie allseitig zur höchsten intensiven Betriebsleitung übergehen.

Diese Genossenschaften werden mit den schon bestehenden und zu errichtenden Arbeitsvermittlungs-Organisationen in engste Verbindung gesetzt, sodass sie in der Lage sind, auf das große entstehende Angebot an Arbeitskräften zurückzugreifen. Sie müssen aber zugleich mit dem Recht, Arbeitskräfte anzufordern, auch die Pflicht übernehmen, eine bestimmte Zahl Arbeitskräfte unterzubringen, auch solche Arbeitskräfte, die nicht ohne Weiteres für landwirtschaftliche Arbeiten geeignet sind. Aufgabe der Genossenschaftsleitung wird es sein, die Arbeitskräfte unter Umständen erst heranzubilden, oder allmählich heranbilden zu lassen. Sie werden in den größeren Betrieben zunächst als Hilfskräfte für leichtere Arbeit Verwendung finden müssen, um hierdurch volle Arbeitleistende für die schwerere Arbeit freizumachen. Der Überschuss an Arbeitslosen, die sich in unseren großen Städten und Industriezentren bilden wird, findet immer noch wirtschaftlicher, auch bei halber Arbeitsleistung, auf dem Lande Verwendung, als wenn sie in den Großstädten Staatsunterstützung erhalten. Denn auch die nicht landwirtschaftlich geschulten Arbeiter können bei geeigneter Anleitung und einer ihren Kräften entsprechenden Verwendung auf dem Lande immer wenigstens so viel leisten, dass sie durch ihre Arbeit ihre eigene Ernährung erzeugen. Der städtische Arbeiter wird von den Landwirten bisher deshalb abgelehnt, weil er ihnen keinen oder nur geringen *Nutzen* bringt; [59] seine Leistung ist zu gering. Der private Landwirt hatte kein Interesse, einen Arbeiter zu beschäftigen, der nur sein eigenes Essen erarbeitet, nicht aber einen nennenswerten Überschuss. Heute liegt eine Zwangslage vor.

Hunderttausende Arbeitslose müssen ernährt werden. Das Pflaster der Stadt gibt nichts her, es geht nur auf dem Lande. Deshalb muss das Problem angefasst und gelöst werden, wie städtische Arbeiter auf dem Lande produktiv zu verwenden sind. Das kann geschehen durch jene mit großer Machtvollkommenheit ausgestatteten landwirtschaftlichen Organisationen.

Gelingt es hierdurch die Produktionssteigerung unseres heimischen Bodens um einige Prozent sicher zu stellen, so kommen wir zur Lösung des zweiten und dritten Problems: der Beschaffung von Textil-Rohstoffen und der Wohnungsfrage. Wir werden durch die Steigerung der Lebensmittelerzeugung so viel landwirtschaftlichen Boden gewinnen, dass wir die heimischen Faserstoff-Pflanzen in stetig steigendem Umfange anbauen können, wenigstens so weit, dass wir durch den Mangel oder die Teuerung der fremden Einfuhr nicht mehr in unserer Existenz bedroht sind.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird aber immer mehr Arbeiter aufs Land führen, die Großstädte und Industriezentren entlasten und hierdurch die Wohnungsnot mildern.

Von größter Bedeutung für die gesamte landwirtschaftliche Produktionssteigerung sind natürlich die sowohl von staatlicher wie von privater Seite projektierten Landmeliorationen. Es würde auf diesem Gebiete schon mehr geleistet worden sein, wenn nicht die private Tätigkeit in den letzten Jahren durch unvernünftiges Steigen der Preise der zu meliorierenden Böden gehemmt worden wäre. Die demnächst einsetzende praktische Sozialisierung des Grund und Bodens wird hierin sehr schnell Wandel schaffen, und die meliorationsreifen Gebiete werden zu einem Preise vom Staate enteignet werden, der den Hauptgewinn aus der Bodenverbesserung nicht dem bisherigen Besitzer lässt, der zur Melioration nichts beiträgt, sondern ihn der Gesamtheit zuführt. Es handelt sich hier nicht nur um die großen Mooregebiete, um saure Wiesen und Sümpfe, sondern auch um größere Sandgebiete, die durch Bewässerung oder Beschlickung ergiebiger gestaltet werden können.

Hier liegt für die neue Zeit eine große fruchtbare Aufgabe. Wer Staaten bauen will, muss mit dem Boden beginnen. [60]

Die Überleitung zur Friedensarbeit.

Von Hans Berliner.

Dass eine sozialistische Regierung, sobald sie am 9. November 1918 die Macht übernahm, sofort die Umstellung der Kriegswirtschaft auf den Friedensbedarf in Angriff nehmen musste, war ohne weiteres klar. Wie haben die bisherigen Revolutionsregierungen sich dieser Aufgabe zu entledigen versucht? Statt mit positiven Maßnahmen, begann das Kabinett *Ebert-Haase* seine wirtschaftliche Tätigkeit mit der Aufhebung wichtiger Bestimmungen der zentralen Bewirtschaftung des vorhandenen Materials, so z. B. bei den Metallen Kupfer, Messing usw. Die Annullierung der Kriegs- und Munitionsaufträge geschah zunächst recht zögernd. Die Folge war, dass wochenlang weiter Munition und sonstiger Kriegsbedarf produziert wurde, was die nutzlose Verschwendung großer Mengen Rohmaterial wie Eisen, Stahl, Kupfer, Holz, Leder, Textilstoffe und vor allem auch Kohlen, Öl etc. zur Folge hatte. Angeblich geschah dies zu dem Zweck, die Arbeiter nicht brotlos zu machen. Eine kindliche und ganz gewiss nicht sozialistische Methode. Erst allmählich wurden die Kriegsaufträge gestrichen, aber auch dann noch ohne eine weitere Direktive. Nichts geschah, um die noch für Munition und dergleichen vorhandenen Materialien nützlicher Verwendung zuzuführen. Stattdessen gab man dem Drängen der industriellen Kapitalisten nach, und hob die Beschlagnahme wichtiger Materialien auf. Anstelle der für Kriegszwecke eingeführten zentralen Wirtschaft bemühte sich die Regierung, schnell die „Freiheit der Produktion“ zu

setzen. Zugleich forderte sie die Aufrechnung der noch in den Kriegsbetrieben für Kriegszwecke lagernden Materialien an, um mit den Kriegslieferanten wegen Übernahme des übriggebliebenen Materials gegen Entschädigung zu verhandeln. Selbstverständlich stellten nun die Industriellen alle nur in Frage kommenden Materialien dem Reich in Rechnung, um sie dann womöglich als Altmaterial zurückzukaufen und so einen Extragewinn zu machen.

Soweit für die Industrie und den Handel die Kriegsfesseln gefallen sind, haben sich diese in ihrer Weise bemüht, die Zeit zu benutzen, allerdings weniger, um die Produktion in Gang zu bringen, sondern um durch Handelsgeschäfte zu verdienen. So kaufen jetzt die Interessenten die frei gewordenen Metalle auf und zahlen dafür, in der Hoffnung auf weitere Steigerung der Preise, weit mehr als bisher. Hierbei zeigt sich auch, dass erhebliche Metallmengen der Beschlagnahme verborgen geblieben waren. Da den Kapitalisten nur am Profit liegt, ist es ihnen [61] weit lieber, große Gewinne ohne Anwendung von Arbeitern durch geschicktes Kaufen und Verkaufen zu erzielen, als durch Produktion. Die Verhältnisse sind dem Kapital für die Produktion zu unsicher, und die Regierung *Scheidemann-Ebert* gibt sich mit dieser Entschuldigung genau so zufrieden wie es die Regierung *Ebert-Haase* tat, während doch für die Allgemeinheit alles darauf ankommt, die Produktion schnell wieder in Gang zu bringen.

Der einzige Weg, der am 9. November 1918 von der Regierung eingeschlagen werden musste, war die Beibehaltung und Ausgestaltung der zentralen Bewirtschaftung, wie sie der Krieg mit sich gebracht hatte, nur eben nicht mehr für den Krieg, sondern für die Zwecke des friedlichen Aufbaus. Deshalb hätte die Regierung sofort einen zentralen Wirtschaftsrat einsetzen müssen, der zu ermitteln hatte, welche Materialien noch im Lande vorhanden sind, um dann für Rechnung des Staates diejenigen Produkte sofort in Auftrag zu geben, unter deren Mangel wir von Tag zu Tag mehr leiden. Welch ein großes Arbeitsgebiet bietet z. B. die Instandsetzung der Verkehrsmittel. Den Einwand, dass es an Material fehle, können wir nicht gelten lassen, da wir aus praktischer Kenntnis der deutschen Großindustrie wissen, dass die Materialvorräte erheblich größer sind, als die Öffentlichkeit weiß. Darüber hinaus ist, um nur auf eins hinzuweisen, die Vermehrung unserer brauchbaren Waggons leicht durch die Auswechslung der Bestandteile der Wagen untereinander möglich, das heißt, aus zwei unbrauchbaren Wagen wird nach Möglichkeit zunächst ein brauchbarer hergestellt, um dann später nach Heranschaffung der neuen Ersatzteile auch den andern Wagen wieder in Ordnung zu bringen. Geht man aber den Weg einer zentralen Regelung der Produktion, den einzig möglichen, der uns aus der jetzigen Misere retten kann, so muss schon etwas mehr als bisher *in die Geheimküchen des Kapitals hineingeleuchtet* werden. Man wird sich bei der Aufstellung der Inventuren und bei der Aufrechnung der für Kriegszwecke vorhandenen Materialien der Hilfe der Arbeiter bedienen müssen; denn dass die Kriegsindustrie bemüht ist, bei solcher Abrechnung mit möglichst großem Profit abzuschneiden, bedarf keines Beweises. Alle in Frage kommenden Tatsachen müssen möglichst schnell der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, denn sie fördern den Sinn breiter Kreise für das Verstehen unserer schwer kranken Wirtschaft, und wecken neue Kräfte zum Aufbau.

Und noch auf eins möchten wir mit Nachdruck hinweisen, ein gewaltiges Vermögen steckt heute in Maschinen, welche für [62] die besonderen Zwecke der Kriegsindustrie hergestellt bzw. hergerichtet worden sind. Tausende Drehbänke, Pressen und andere Maschinen, die zum Teil aus den besetzten Gebieten geraubt wurden, stehen heute still und die sie besitzenden Fabriken werden sie, sofern sie voraussichtlich keine Verwendung mehr dafür haben, als altes Eisen verkaufen. Der Althändler wird nur selten dazu kommen, die große Anzahl dieser während des Krieges für Spezialzwecke eingerichteten Maschinen wieder für allgemeine Zwecke herzurichten, da ihm fast immer die Einrichtungen dazu fehlen, und er vor allem bequemer und schneller Geld verdient, wenn er sie der Eisenhütte zum Einschmelzen verkauft. So werden voraussichtlich große Werte vernichtet, die bei richtiger

Behandlung, wofür doch Arbeitskräfte reichlich zur Verfügung stehen, sehr schnell besseren Zwecken zugänglich gemacht werden könnten. Uns scheint, dass die Regierungen Ebert-Scheidemann-Haase noch nicht einmal daran gedacht haben, auf diese Weise mit dem von ihnen übernommenen Aufbau der verwüsteten Gebiete zu beginnen. Dass die Unternehmer aus sich heraus solche Arbeiten nicht vornehmen lassen, erscheint uns nicht verwunderlich, um so mehr aber müsste die Regierung sie mit Nachdruck in Angriff nehmen. Es kommt heute in des Wortes wahrster Bedeutung alles darauf an, an Stelle der freien planlosen Wirtschaft die *planmäßige* zu setzen. Und jeder Tag des Zögerns wird die uns bevorstehende wirtschaftliche Katastrophe noch schlimmer gestalten. Es gilt deshalb in den Kämpfen des Tages die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Fragen der Wirtschaft zu lenken, und zu zeigen, dass der Wert einer Regierung erkannt wird an den Maßnahmen, die sie in Bezug auf die Wirtschaft trifft.

Aus der Dänischen Sozialdemokratie.

Von Frederik Esbjerg-Kopenhagen.

Vor einiger Zeit ist die vierte sozialistische Partei Dänemarks gebildet worden. Es existieren damit 1) Sozialdemokratische Partei Dänemarks. 2) Unabhängige sozialdemokratische Partei. 3) Dänemarks sozialistische Arbeiterpartei. 4) Syndikalistische Arbeiterbewegung. Ein wirklich revolutionäres Programm vertreten nur die beiden letzteren. Die sozialistische Arbeiterpartei und die Syndikalisten sind sich völlig einig in der Wahl der Methoden zur Bekämpfung des Kapitalismus. Beide erkennen an: die Sabotage, die unbedingte Militärdienstverweigerung, die Verwerfung des Parlamentarismus, und die Eroberung der wirtschaftlichen Macht durch Massenstreiks. Doch bestehen zwischen [63] ihnen auch wichtige Unterschiede. Die Syndikalisten unter Führung von *Christian Christensen*, *Niels Johnsen* und *Johann Sperling* verwerfen jeden Zentralismus; sie treten für restlose und absolute Freiheit ein und sind scharfe Gegner der zentralistischen Methoden des Bolschewismus. Die Sozialistische Arbeiterpartei unter Führung von *Thøger Thøgersen* und der Kommunelehrerin *Marie Nielsen* enthält zum größten Teil ehemalige Syndikalisten, die später zum Zentralismus und zur Diktatur des Proletariats umgeschwenkt sind. Speziell die Führer der Syndikalisten sitzen fast alle hinter Schloss und Riegel, zumeist auf Denunziationen der alten Sozialdemokratie. Als Christensen und seine Freunde im Oktober Demonstrationen in Kopenhagen veranstalteten und zu Streiks aufforderten, verlangte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete *Borghjerg*, man solle die „Spektakelstifter“ doch einfach hinter Schloss und Riegel setzen, was die Kopenhagener Polizei mehr als gerne tat. Die Kopenhagener Schutzleute waren früher unbewaffnet. Die Sozialdemokratie - welche die Mehrheit im dänischen Reichstag ausmacht - fühlte sich berufen, dem Antrage, die Polizisten mit Stahlhelmen und Gummiknüppeln zu versehen, zuzustimmen, und jetzt lassen die Schutzleute ihre Gummiknüppel auf die Köpfe der demonstrierenden Kopenhagener Arbeiter niedersausen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Dänemark unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der alten Sozialdemokratie. Ihre Gegensätze sind nur diese: Die alte Sozialdemokratie sympathisierte mit Deutschland und die Unabhängigen sympathisieren mit der Entente. In ihrem Tageblatt „Dagens Ekko“ verherrlichen sie Tag für Tag die Entente und pöbeln die Bolschewiki an. Den Glanzpunkt leisteten sie sich aber vor kurzem, indem sie in ihrem Blatt die dänische Regierung aufforderten, Russland (also ihren eigenen Klassenkameraden) *keine Lebensmittel zu geben*, denn Dänemark habe diese ja von der Entente erhalten und diese wiederum liege im Krieg mit Russland!

Die alte Sozialdemokratie hat bei den letzten Reichstagswahlen in diesem Jahre die Dreiviertel-Mehrheit errungen. Deswegen geht es aber dem dänischen Arbeiter nicht weniger miserabel. Herr *Borgbjerg* spielt in Dänemark etwa dieselbe Rolle wie hierzulande die Scheidemann und Ebert. Er und seine Partei verlieren aber immer mehr von ihrem Anhang, und die Zahl der Militärdienstverweigerer steigt immer höher. Um den Gummiknüppeln der Kopenhagener Schutzleute zu begegnen, hatte sich ein Teil der demonstrierenden Arbeiterschaft vorher [64] bewaffnet. Auf Drängen der alten sozialdemokratischen Presse hat nun der Justizminister jedes Tragen von Waffen streng verboten – das heißt den Arbeitern, den Schutzleuten nicht.

Das kommunistische Ideal.

Von Herold.

Mitte Dezember hat der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte den Rat der Volksbeauftragten ersucht, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere im Bergbau, unverzüglich zu beginnen“. Erinnern wir uns recht, so ist in dem seither verflossenen zweiten Monat der Revolution in dieser Richtung immer noch nichts geschehen; der Rat der Volksbeauftragten hat vielmehr erklärt, er sehe dieses Ersuchen nicht als einen bindenden Beschluss an, sondern nur als eine Aufforderung, eine Ermahnung, einen Wunsch. Die bürgerliche Presse, welche die kapitalistischen Interessen vertritt, war im ersten Augenblick jedenfalls anderer Meinung. In den ersten Tagen nach dem Kongress erwartete sie, dass mit der Sozialisierung nun sofort Ernst gemacht werde. Schon am 21. Dezember erschien z. B. im Berliner Tageblatt ein Aufsatz über die Sozialisierung des Bergbaus, worin ausgeführt wurde, dass die Sache gar nicht so schlimm sei. Habe ja doch auch der alte Staat schon eine erhebliche Anzahl von Bergwerken im fiskalischen Besitz gehabt und diese hätten Erträge abgeworfen, die denen der Privatindustrie nicht wesentlich nachstanden. Allerdings „große finanzielle Mehrerträge“ werde man von der Sozialisierung des Bergbaus für den Staat zunächst nicht erwarten dürfen. – Andere bürgerliche Stimmen haben sich seitdem in dem gleichen Sinne geäußert. In der Zeitschrift „*Staatsbedarf*“ hat der Charlottenburger Syndikus Dr. Emil Wolff eine Untersuchung über die „wichtigsten zur Zeit bestehenden Vergesellschaftungen“ bei Eisenbahnen, Wasserwerken, Gas- und Elektrizitätswerken veröffentlicht und kommt dabei zu dem Resultat, „dass die Annahme, als ob die Vergesellschaftung einen außerordentlichen Geldstrom in die Kassen des Staates oder der Kommune führe, durchaus unrichtig ist.“ Und ebenso beweist die gut geleitete Finanzzeitschrift „*Die Bank*“ in ihrem Dezemberheft an einem bestimmten Beispiel, „wie wenig die Vergesellschaftung der Produktionsmittel genügt, um Gewinne zu erzielen“.

Die Vorstellung, welche die Urheber all dieser Einwände von der Vergesellschaftung oder Sozialisierung haben, ist demnach die, dass der Staat an Stelle der bisherigen Privatbesitzer [65] das Eigentum der Werke übernimmt und sie in der alten Weise weiterbetreibt mit dem Ziel, Profit herauszuwirtschaften. Aber selbst bei der ganz gewöhnlichen kapitalistischen Verstaatlichung, wie sie seit Jahrzehnten vielfach besteht, trifft es gar nicht zu, dass der verstaatlichte Betrieb ausschließlich auf Erwerb und Profit ausgeht. Für ihn kommt von jeher auch ganz wesentlich das *öffentliche Interesse* in Betracht. Die Staatseisenbahn z. B. muss auch solche Strecken bauen und betreiben, die Zuschüsse erfordern, wenn sie im Interesse der dort wohnenden Bevölkerung notwendig sind. Noch deutlicher vielleicht tritt das bei Straßenbahnen, bei Wasserwerken, bei der Post in die Erscheinung. Eine private Straßenbahngesellschaft wird immer nur solche Strecken anlegen, die sich mindestens in absehbarer Zeit bezahlt machen und Gewinn abwerfen. Liegt aber das Unternehmen in Händen der Gemeinde, so sprechen daneben ganz andere Rücksichten mit. Wohl in allen

Großstädten gibt es sogenannte „Wüstenbahnen“, die nach noch fast un bebauten Gegenden fahren zu dem Zweck, deren Bebauung erst zu ermöglichen und dadurch die Wohndichtigkeit in der Innenstadt zu vermindern und die gesundheitlichen Zustände zu verbessern. Die Post bringt dem entlegensten Dorfbewohner seinen Brief für 10 oder 15 Pf., obgleich schon der Landbriefträger auf dem Gange mehr als das kostet.

Selbst in dem bescheidenen Anfang von Kommunisierung (Sozialisierung), der in der Verstaatlichung von Betrieben liegt, herrscht also doch nicht mehr allein und ausschließlich das Profitinteresse. Manche wichtigen Kulturarbeiten, wie ausgedehnte Forstwirtschaft, Kanalbau und manches andere haben sogar von jeher von den öffentlichen Gewalten unternommen werden müssen, weil die riesigen dazu nötigen Kapitalien erst nach mehreren Menschenaltern Aussicht auf Gewinn haben. Hier zeigte sich schon immer die Schranke der kapitalistischen Wirtschaft, die eben doch nur bis zu einer gewissen Grenze die Produktion zu steigern vermag, darüber hinaus aber die Produktion hemmt. Gäbe es *nur* privatkapitalistische Betriebe, so könnten solche unbedingt notwendigen Arbeiten überhaupt nicht unternommen werden.¹⁵

Hier haben wir den Punkt, an dem der Unterschied zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung einsetzt. Vergesellschaftung heißt nicht bloßer Übergang der Werke in Staatsbesitz und Fortsetzung ihres Betriebes auf kapitalistische Art, ihr Zweck ist [66] *nicht* die Auffüllung der öffentlichen Kassen, sondern Vergesellschaftung bedeutet *Aufhebung des Profits*, Aufhebung der kapitalistischen Betriebsform, Einrichtung der Produktion einzig und allein nach Rücksichten der *Bedarfsdeckung*.

Aber ist denn so etwas möglich? Kann denn überhaupt produziert werden, wenn kein Profit herauspringt? Hat nicht selbst *Bebel* gesagt: ohne Profit raucht kein Schornstein?

Es ist vielleicht ganz gut, bei dieser Gelegenheit den Missbrauch aufzudecken, der mit *Bebels* Wort getrieben wird. Allerdings hat *Bebel* das gesagt, aber es bedeutete nicht, dass ohne Profit keine Produktion möglich sei, sondern es bedeutet, dass die *Kapitalisten* nicht produzieren, wenn sie keinen Profit dabei haben, dass *für sie* der Profit alles, die Produktion und Bedarfsdeckung nichts ist und dass sich deshalb der Kapitalismus als ein Hemmnis der Produktion erweist. In Wahrheit *kann* nicht nur ohne Profit produziert werden, sondern wir sind heute so weit, dass ohne Profit produziert werden *muss*, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen.

Nur die Beseitigung des Profits, die Beseitigung der kapitalistischen Betriebsform ist heute noch im Stande, diejenige Steigerung der Produktionskräfte herbeizuführen, die wir zur Erhaltung unserer Existenz brauchen. Das wird ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die Tatsachen der Vergangenheit sofort klar machen.

Beschränken wir uns auf die kurze Periode seit Beginn des Maschinenzeitalters und des Großkapitalismus, die nur erst wenig über 100 Jahre umfasst. Von vornherein ist da die Tatsache bekannt, dass die größere Fabrik stets produktiver ist und deshalb billiger arbeiten kann als die kleinere. Warum das? Wo steckt die Ursache ihrer Überlegenheit? Weil sie den Betrieb *planmäßiger* organisieren kann als der kleinere Konkurrent. In einer modernen Fabrik müssen ja die verschiedenen Abteilungen mit der Präzision eines Uhrwerks ineinander greifen. Der innere Betrieb eines solchen Unternehmens unterscheidet sich sehr wesentlich von dem Treiben draußen auf dem kapitalistischen Warenmarkt. Nach außen hin stellt jeder Kapitalist so viel Waren wie möglich fertig und sucht sie dann an den Mann zu bringen.

¹⁵ Der Suezkanal und der Panamakanal sind zwar nominell von privaten Aktiengesellschaften erbaut, aber doch nur durch sehr umfangreiche Mithilfe der betreffenden Regierungen zu Stande gekommen.

Innerhalb eines Werkes aber arbeitet jede Abteilung nach dem genau festgestellten Bedürfnis der anderen, für die ihre Erzeugnisse bestimmt sind. In einer Waggonfabrik z. B. wird es nicht irgendeiner Abteilung einfallen, aufs Geratewohl beliebig viel Räder herzustellen, sondern sie macht genau so viel Räder von genau der Größe und Qualität, wie gebraucht werden. Je größer nun eine Fabrik, [67] desto mehr Arbeiter stehen ihr zur Verfügung, desto planmäßiger kann sie sie verteilen, desto besser und intensiver die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen ausnutzen, und so wird *unverhältnismäßig* mehr fertig als in der kleineren Fabrik: die Produktivität ist größer.

Das Prinzip der Planmäßigkeit, der Zusammenfassung immer größerer Arbeitermassen zu planvoll gemeinschaftlichen Tätigkeit ist vom Großkapitalismus immer mehr ausgebaut und in immer wachsendem Umfange angewandt worden, und hierin liegt das Geheimnis seines Erfolges, der Grund jener kolossalen Steigerung der Produktionskraft, die wir an ihm bewundern. Im Jahre 1895 gab es z. B. in Preußen erst 208 sogenannter Riesenbetriebe mit zusammen etwa 400 000 beschäftigten Personen. Nur 12 Jahre später, 1907, war ihre Zahl auf 385 mit rund 990 000 Angestellten und Arbeitern angewachsen. Darunter gab es Betriebe mit vielen tausenden, ja zehntausenden Beschäftigten, wie denn die Firma Krupp vor dem Kriege über 73 000 Menschen beschäftigte. Darüber hinaus jedoch fing man im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts an, auch getrennte Betriebe zu planmäßig gemeinsamer Tätigkeit zu vereinen. In den *Kartellen* verständigten sich die Unternehmer über das Quantum ihrer Produktion. In den *Syndikaten* ging man dazu über, die einlaufenden Bestellungen der Kundschaft ganz planmäßig nach Quantität und Qualität auf die beteiligten Firmen zu verteilen, so dass die einzelnen Werke sich auf bestimmte Spezialitäten einarbeiteten und das ganze Syndikat, das manchmal Dutzende von Werken umfasst, zu einem zusammenhängenden Produktionskörper wird. Endlich zeigt der sog. *gemischte Betrieb* die planmäßige Produktion auf der höchsten bisher erreichten Stufe. Ein solches gemischtes Unternehmen umfasst in einer Hand alle oder doch möglichst viele Betriebe, welche zur Herstellung der Fertigfabrikate erforderlich sind. Am besten wird man sich das an einem Beispiel klar machen.

Die *Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft* (Kapital vor dem Kriege 180 Millionen Mark) war bis 1903 eine „reine Kohlenzeche, d.h. sie betrieb nur Steinkohlenbergbau. Im Jahre 1904 leitete sie die Verschmelzung mit dem Schalker Gruben- und Hüttenverein und dem Aachener Hüttenverein Rote Erde in die Wege, die 1907 beendet war. Dadurch gliederte sich Gelsenkirchen umfangreiche Erzbergwerke, Hochöfen, Stahl- und Walzwerke an. 1905 erwarb das Unternehmen die Schiffahrtsgesellschaft Raab, Karcher & Co., 1906 die Eschweiler A.-G. für Drahtseilfabrikation. Dazu kamen noch im selben Jahre zwei Röhrenfabriken. 1909 wurden in Luxem- [68] burg eigene neue Hochofen- und Stahlwerkanlagen gebaut sowie die Kontrolle über ein französisches Hüttenwerk mit Erzfelderbesitz erworben.

Alles in allem besaß also dieses gemischte Unternehmen unmittelbar vor Ausbruch des Krieges umfangreiche Kohlenzechen, Erzgruben, Hüttenwerke, Stahlwerke, Walzwerk, Drahtseilfabriken, Röhrenfabriken und eigene Schiffahrt. Genau dasselbe gilt für eine Reihe anderer Unternehmungen wie Phönix, Krupp, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-A.-G. und andere.

Durch diese Vereinigung der verschiedenen Fabrikationen in einer Hand wird es möglich, sie miteinander in Übereinstimmung zu bringen, dergestalt, dass die eine immer genau das produziert, was die andere braucht. Dadurch wird ungemein viel Arbeit erspart, oder, was dasselbe bedeutet, die Produktivität der Arbeit wird ungemein erhöht. Was wird z. B. allein an Kohle gespart, wenn man das rohe Eisen in noch heißem, flüssigem Zustand vom

Hochofen auf das Walzwerk bringen kann! Schon im Jahre 1904 wurden die Ersparnisse eines gemischten Stahlwerks auf nicht weniger als 15 M. pro Tonne fertigen Stahls berechnet. Da konnte es natürlich nicht fehlen, dass die großen Stahlwerke auch die Weiterverarbeitung ihrer Produkte mehr und mehr selbst in die Hand nahmen. Bei der amtlichen Untersuchung über die deutschen Kartelle, die im Jahre 1903 begann, wurde ausgesagt¹⁶: „Die großen Stahlwerke machen nicht nur fertige Eisenbahnwaggons, sondern, alles, was dazu gehört, Puffer, Kreuze, Kuppelungen, kurzum alle Teile selber. Die Königs- und Laurahütte macht für ihre Waggons alles, von den Rädern bis zum letzten Stück, vielleicht ausgenommen Federn, Schrauben und Nieten. Auch die Dortmunder Union verfertigt fast sämtliche Beschlagteile für ihre Waggonfabrik und auch andere Artikel der Kleineisenindustrie, z. B. Schrauben für Eisenbahnoberbau.“

Die *Planmäßigkeit der Produktion* ist bereits eine wesentliche Grundlage des Kommunismus. Sie ist, wie man sieht, durch den Großkapitalismus stark gefördert worden. Aber doch noch nicht weit genug. Die Forderung der Gegenwart muss lauten: Ausdehnung dieser Planmäßigkeit auf die gesamte Produktion, möglichst auf die gesamte Produktion der ganzen Menschheit, mindestens aber zunächst einmal auf die gesamte Produktion unseres Landes. Das ist das grundlegende Streben des Kommunismus, aus dem sich alles andere ergibt. Sie hat zur Voraussetzung erstens die *Enteignung der [69] Produktionsmittel*, zweitens die regelmäßige *Ermittlung des Bedarfs*. Wo wir hinwollen, das ist ein Zustand, in welchem die gesamte in unserem Lande geleistete Arbeit (letzten Endes die gesamte in allen Ländern geleistete Arbeit) so sorgsam und planmäßig ineinander greift, wie heutzutage die Arbeit in den verschiedenen Teilen einer Fabrik. Dem steht der Privatbesitz an Produktionsmitteln im Wege, also müssen sie enteignet werden.

Die Enteignung ist aber auch noch aus einem anderen Grunde geboten. Wie unsere kurze Betrachtung gezeigt hat, sind es die Großkapitalisten selbst, welche die Planmäßigkeit der Produktion immer weitertreiben. Solange sie es aber nur in ihrem Privatinteresse, zur Erhöhung des Profits tun, sind die sozialen Folgen grauenhaft. Zunächst wird die Zahl der Kapitalisten, die diese ungeheuren Unternehmungen besitzen, immer kleiner, weil die kleineren im Konkurrenzkampf zu Grunde gehen, und nur die größten übrigbleiben. Der amerikanische Petroleumtrust, der schon vor Jahren die gesamte Petroleumproduktion der Vereinigten Staaten umfasste, gehört eigentlich nur noch drei Personen. Eine Gruppe von nicht mehr als ungefähr 90 Kapitalisten besitzt drei Viertel des riesigen Eisenbahnnetzes der nordamerikanischen Union. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet waren vor dem Kriege 295 000 Arbeiter in nur 11 Betrieben beschäftigt. Es bleiben also immer weniger Besitzer dieser gigantisch anschwellenden Unternehmungen. Und in deren Händen sammeln sich *märchenhafte Reichtümer*. Der amerikanische „Petroleumkönig“ Rockefeller hatte schon 1906 ein Einkommen von mehr als 240 Millionen Mark. Das heißt jeden Tag eine Einnahme von 660 000 Mark! Und das ist seither noch gestiegen. Da erklärt es sich denn, dass auf die große Masse des Volks nicht allzu viel mehr kommt. Noch bedenklicher aber als der Reichtum der Kapitalherrn ist die ungeheure Macht, die die Beherrschung der Produktion in ihre Hände legt und die den Staat wie die ganze Nation in Abhängigkeit von ihnen bringt. Für die Arbeiter aber bringt diese Entwicklung, wenn sie weiterhin den Privaten überlassen bleibt, maßlose *Arbeitslosigkeit*. Denn für den Kapitalisten kommt es natürlich nur darauf an, billiger zu produzieren. Jede Steigerung der Produktivität setzt ihn in Stand, mit weniger Arbeitern

¹⁶ Von Handelskammersekretär Gerstein-Hagen.

auszukommen, also Arbeiter zu entlassen. So gab es z. B. im Herbst 1912, mitten im flottesten Geschäftsgang der Industrie, in Deutschland rund 150 000 Arbeitslose.

Der kapitalistische Zukunftsstaat, dem wir entgegengehen, wenn nicht beizeiten das Nötige dagegen geschieht, würde [70] demnach folgendermaßen aussehen: an der Spitze eine Hand voll unheimlich reicher Kapitalmagnaten, die alle wirtschaftliche Macht in Händen haben und damit über Leben und Tod jedes Einzelnen entscheiden; dann eine verhältnismäßig kleine Mittelschicht, die wirtschaftlich eine gewisse Wohlhabenheit genießt, aber nicht die leiseste Spur persönlicher Freiheit besitzt; und darunter die große Masse des Volks im Elend, zum Teil durch Arbeitslosigkeit total verkommen.

Was dagegen wird uns ein kommunistisches Gemeinwesen bieten? Die Tatsachen der Vergangenheit lehren, dass jeder Fortschritt im planmäßigen Zusammenarbeiten die Produktivität steigert. Nun stelle man sich vor, dass die gesamte Arbeit eines Volkes so planmäßig organisiert ist, dass alles genau ineinandergreift. Die an einer Stelle überflüssig gewordenen Arbeiter werden alsbald an anderer Stelle zu nützlicher Tätigkeit verwendet. Nichts geht verloren, keine Arbeitskraft und auch keine Materialien, weil von aller Art Produkten nur so viel hergestellt wird, wie dem Bedarf entspricht. Dann wird ohne allen Zweifel die Produktivität noch sehr viel größer sein als heute. Sind schon die Reichtümer, die wir heute produzieren können, unvergleichlich groß gegenüber dem, was vor zwei, drei Menschenaltern herstellbar war, so wird das, was uns dann erreichbar ist, alles weit übersteigen, was wir uns heute auch nur vorstellen können.

Damit ist erst die Vorbedingung für wirklich freies Menschtum gegeben!

Dann wird die wichtige Forderung des Kommunismus erfüllt werden können: *Jedem nach seinen Bedürfnissen*. Wie eine große Familie sollen dann die Menschen beieinander leben, lauter Schwestern und Brüder, die jeder dem andern neidlos die volle Befriedigung seiner Bedürfnisse gönnen, weil es ja für alle reicht. Und wenn auf diese Weise zum ersten Mal in der Geschichte die wirkliche *Freiheit des Einzelmenschen, die freie Entwicklung der Persönlichkeit* gewährleistet ist, wenn es jedem, unbehindert durch Nahrungssorgen, freistehen wird, sich sein Arbeitsfeld zu suchen, so wie es seinen Anlagen und Fähigkeiten, seiner Persönlichkeit entspricht, dann wird auch das andere Erfordernis des Kommunismus zur Wahrheit werden: *Jeder nach seinen Fähigkeiten*.

Das ist das hohe Ideal, dem der Kommunismus zustrebt. [71]

Chor der Proletarier.

Wir kommen aus den Tiefen,
In harter Not und Nacht
Gar allzulang wir schliefen,
Nun sind wir aufgewacht!

Nun recken sich die Nacken:
Der Ketten ists genug!
Und Schwielenfäuste packen
Der Arbeit harten Fluch!

Vorbei ist alles zagen,
Das dumpfe Harren fällt!
Auf unsern Schultern tragen
Wir eine neue Welt!

Euch alle die da fronen
In Arbeitsjoch und Zwang
Ihr, Arbeitsmillionen,
Ruft neuer Freiheit Sang!

Heut kann uns nichts mehr zwingen
Ihr Mächt'gen dieser Welt!
Ein Lied auf Riesenschwingen
Euch in die Ohren gellt!

Wir kommen aus den Tiefen
Und schreiten kühn ans Licht!
Gar allzu lang wir schliefen,
Weicht nur! Ihr hemmt uns nicht!

Carl Happ. [72]

Woran es lag.

Der Streit um die Nationalversammlung – so haben wir im Januarheft der Lichtstrahlen ausgeführt – ist ein Streit um die Frage, ob Deutschland eine kapitalistisch-parlamentarische oder eine sozialistische Republik werden soll. Scheinbar ist der Streit in diesem Augenblick bereits entschieden. Denn am 6. Februar ist die Nationalversammlung in Weimar zusammengetreten, und die Parlamentsmühle klappert wieder lustig. Selbst die „Freiheit“, das Berliner Organ der „Unabhängigen“, ist sich nicht mehr darüber im Zweifel, dass dies nur dahin führen kann, „die Macht einer Regierung auszuliefern, in der die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Herren sind. Aber, meint die „Freiheit“, es hätte so nicht zu kommen brauchen. Schuld an diesem traurigen Verlauf sei nur das Verhalten der sozialistischen Regierungen. Hätten diese seit dem 9. November eine energische, zielklare sozialistische Politik betrieben, so wäre das deutsche Proletariat längst geeint und hätte dann – die *Mehrheit in der Nationalversammlung* gehabt!

Wäre die Sache nicht so furchtbar ernst und traurig, wäre der Weg, den die deutsche Revolution bisher genommen hat, nicht leider schon mit so viel Blut und Tränen gezeichnet, man müsste wahrlich lachen über eine solche Unsumme von parlamentarischem Kretinismus. Die Mehrheit in der Nationalversammlung zu haben, das also ist das Ziel, dem die „Freiheit“ und damit die Partei der Unabhängigen den Schweiß der Edlen widmet. „Ihr habt euch nicht die richtigen Vormünder gewählt,“ sagt sie zu den deutschen Arbeitern; „es sind zu viel bürgerliche Vertreter darunter; hättet ihr stattdessen mehr Unabhängige oder wenigstens Scheidemänner gewählt, dann hättet ihr einmal sehen sollen, was wir alles für euch getan hätten, dann wäre euch der Sozialismus, das Paradies auf Erden gesichert gewesen.“ [73]

Aber mit Verlaub, nach diesem Rezept sind die deutschen Arbeiter bereits einmal verfahren, in dem wichtigsten Moment ihrer Geschichte, am 9. und 10. November 1918. Damals hatte das deutsche Proletariat die volle Macht in seinen Händen, damals entschied es *allein*, was werden sollte – und da hat es *ausschließlich* Unabhängige und Scheidemänner zu seiner Vertretung berufen. Kein einziger Bürgerlicher kam in die Regierung, die das Proletariat damals einsetzte. Dennoch ist jene Regierung nicht im Stande gewesen, gegenüber der in jenem Augenblick total überraschten und ohnmächtigen Bourgeoisie die volle Macht zu behaupten. Schritt für Schritt hat sie ihr wieder Machtpositionen eingeräumt. Und nun will man sich einreden, vor einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung würde die Bourgeoisie kapitulieren, würde sie der Verwirklichung des Sozialismus ruhig zuschauen! Fast möchte man wünschen, das Experiment wäre gemacht worden. Gäbe es heute wirklich eine sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung, so würde die Welt staunen, wie jene wortreichen Verfechter der „Demokratie“ auf alle Demokratie pfeifen, sobald der Versuch gemacht würde, durch Mehrheitsbeschluss den Sozialismus einzuführen. Trotz allen Geredes über die „Souveränität des Volkswillens“, das sie in den letzten Monaten so reichlich gegen die Kommunisten aufgewandt haben, würden sie sich dann auf ihre wirklichen Machtpositionen zurückziehen und diese mit Nägeln und Zähnen, oder vielmehr mit Bomben und Minenwerfern verteidigen.

Nicht durch parlamentarische Schwatzbuden wird das kommunistische Proletariat seine Ziele erreichen. Woran es lag, dass die deutsche Revolution bisher so unfruchtbar verlaufen ist, ist gar nicht schwer zu sehen. Sie ist demselben tragischen Schicksal verfallen, das noch fast alle Revolutionen der Weltgeschichte betroffen hat: die geknechtete Klasse, ziemlich

plötzlich in den Besitz der Macht gelangt, *wusste nicht, was sie zu tun hatte*, um ihre dauernde Freiheit zu schmieden.

Wie war es denn an jenem 9. November? Der Zusammenhalt zwischen Soldaten und Arbeitern, das Übermaß von Erbitterung, das der lange Krieg erzeugt hatte, verschaffte dem Proletariat einen so schnellen und leichten Sieg, wie ihn kein Mensch erwartet hatte. In jenem Moment war tatsächlich alles gewonnen. Die Bourgeoisie erwartete gar nichts anderes, als dass jetzt unverzüglich die Enteignung beginnen würde. Die Direktoren der großen Betriebe saßen am Montag in ihren Büros und warteten auf die Arbeiterdeputationen, die ihnen die Verfügungsgewalt aus der Hand nehmen würden. Und sie [74] hätten in jenem Augenblick keinen Widerstand geleistet. Gegenteil, genau wie es die Behörden getan, hätten auch sie sich der neuen revolutionären Gewalt untergeordnet und in deren Auftrag weitergearbeitet. Daran zweifelten auch damals die Arbeiter nicht. In vielen Betrieben haben sie es ja so gemacht. Aber was nun weiter zu tun sei, um die Betriebe sozialistisch umzustellen und fortzusetzen, das wussten sie nicht. An den meisten Stellen hatten sie überhaupt nur die unklare Vorstellung, dass es ihnen durch die Revolution besser gehen müsse; dort setzte sich ihr Verlangen einfach in die Forderung nach mehr Geld und weniger Arbeit [um].

So ist der große Augenblick verpasst worden. Das so plötzlich unverhofft siegreiche Proletariat stützte, schwankte und wusste nichts Besseres, als sich in der Person der Herren *Scheidemann* und *Haase* nebst Gefolge einige neue Vormünder einzusetzen. Dass es bei der Auswahl der Personen so fürchterlich daneben gegriffen hat, und Leute nahm, die schon während des Krieges den Sozialismus verlassen haben, ist ja freilich ein besonderes Missgeschick. Aber viel mehr hätten auch andere Personen an ihrer Stelle vermutlich nicht erreicht. Denn der Fehler lag darin, dass die Revolution *geistig nicht genügend vorbereitet* war, dass die Masse, anstatt Organe zur Ausführung ihres Willens, überhaupt noch Vormünder brauchte.

Das ist aber kein Grund zum Verzweifeln. Einmal ist der Moment verpasst, *aber er wird wiederkommen!* Und das in gar nicht langer Zeit. Keine Macht der Erde, weder eine bürgerliche noch eine sozialistische Regierung vermag den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bannen, wenn sie nicht entschlossen die Bahn zum Kommunismus beschreitet. Schon wächst die Arbeitslosigkeit und mit ihr die Not in dieser Winterkälte ins Riesengroße. Sie ist die natürliche Folge der totalen Unordnung der den Privatunternehmern überlassenen Produktion, die Folge der Sabotage der Kapitalisten. Schon hat eine Reihe von großen Unternehmungen ihre Betriebe ganz oder zum Teil eingestellt, entweder weil bei der Unklarheit aller Verhältnisse sie ihr Kapital nicht riskieren können oder weil sie zeigen wollen, dass die Revolution ins Elend führt. Helfen könnte da nur der rücksichtslose Eingriff einer ordnenden Gewalt. Das kann aber keine Regierung tun, die von der Nationalversammlung abhängig ist. Kein kapitalistisch-parlamentarisches Regime in Deutschland kann den Arbeitern Brot schaffen.

Deshalb lässt sich mit mathematischer Sicherheit voraussagen, dass aufs Neue der Moment der Erhebung kommen [75] wird, der Moment, wo die Vertreter der sogenannten „Ordnung“ nicht einen Mann mehr finden werden, der für sie zur Flinte greift.

Diesen Moment geistig vorbereiten, dafür sorgen, dass das Proletariat ihn nicht wieder verpasst, sondern im Stande ist, die Herrschaft, die es dann aufs Neue ergreift, dauernd festzuhalten und durch sie den Kommunismus zu verwirklichen – das ist die wichtige Aufgabe der Gegenwart. Nicht aber ein Jammern über die nicht erreichte Mehrheit im Parlament.

Die Wehrmacht der Bolschewiki.

Von Hans Berliner.

Für den Fortgang der Revolution spielt die Frage der Organisierung der sozialistischen Gewalt eine erhebliche Rolle. Es ist deshalb von Wichtigkeit, wie die Exekutive der russischen Sowjet-Republik von vornherein daraufhin gearbeitet hat, die Macht des Bürgertums zu beseitigen und stattdessen planmäßig die Macht der sozialistischen Republik in die Hände der Arbeiterschaft zu legen.

Die ersten militärischen Verordnungen nach Errichtung der Sowjet-Regierung beschäftigten sich mit der Beseitigung des Offizierstandes der zarischen Armee und bestimmen, dass von nun an alle Kommandostellen durch Wahlen besetzt werden. Ein Dekret vom 14. November 1917 hebt mit diesem Tage die Beförderung zu Offizieren auf, gestattet aber, dass die Junker, sofern sie nicht gegen die Sowjets aufgetreten sind, zur Wahl für eine Kommandostelle vorgeschlagen werden können. Eine am 15. Dezember 1917 veröffentlichte Bestimmung verfügt die Wählbarkeit der Personen des Kommandobestandes. Es heißt da: „Die Wahlen werden in den einzelnen Bataillonen von Regimentern in direkter Abstimmung mit Stimmenmehrheit vorgenommen. Als Kommandobestand in den Regimentern wird folgendes festgesetzt: ein Regimentskommandör, ein oder zwei Gehilfen desselben, an der Spitze jedes Bataillons 1 Bataillonskommandör und nach Ermessen des Regimentskomitees ein Gehilfe desselben; die entsprechende Zahl von Rotten-, Hunderter- und Eskadronskommandören, je 2 Halbrotenkommandöre in der Rotte und die nötige Zahl Kompanie- und Abteilungskommandöre. Die Ämter des Adjutanten, der Feldwebel und Wachtmeister werden aufgehoben. In der gleichen Verordnung wird auch verfügt, „dass vom 3. Dezember 1917 ab alle Rangunterschiede und Titel aufgehoben werden, nur der Rang nach dem bekleideten Amte wird beibehalten. Die äußeren Abzeichen (Tressen, Achselstücke, [76] Orden, Medaillen, Kreuze) werden für alle Militärpersonen ohne Ausnahme abgeschafft.“ Die Gerichtsbarkeit wird durch Errichtung öffentlicher Kameradengerichte in die Hände der Soldaten gelegt. Eine Verordnung vom 16. Dezember 1917 verfügt, dass in allen Formationen öffentliche Kameradengerichte für leichtere Vergehen eingesetzt werden, während über ernstere Vergehen im Dienste oder gegen die Revolution das Revolutionsgericht zu entscheiden hat. Ebenso wie bei der Armee wird durch eine Verfügung vom 21. Dezember 1917 die gesamte Flottenverwaltung aus den Händen der bisherigen Machthaber in die Hände der Zentralkomitees der Flotten gelegt. Auch für die Flotten werden alle Kommandostellen durch Wahl besetzt.

Dass trotz der Wählbarkeit der Kommandöre die russische Sowjetregierung selbstverständlich für die Durchführung von Heeres- und Flottenoperationen die Befehlsgewalt und somit die Unterordnung des einzelnen unter die Befehle der Leitung vorsieht, zeigt die gleiche Verfügung mit den Worten: „Alle Befehle, Beschlüsse und Verfügungen, die den kriegsoperativen Teil der Flotte betreffen, werden von der Kriegsabteilung der Zentralkomitees erlassen. Alle diese Anordnungen sind ohne Widerspruch auszuführen. Wer die Verrichtung dienstlicher Obliegenheiten verweigert und Befehle nicht ausführt, wird dem Kriegsrevolutionsgericht als Feind der Volksherrschaft überantwortet. Eine besondere Verordnung vom 29. Dezember handelt vom Wahlsystem und der Organisation der Kommandogewalt in der Armee. In diesem Dekret heißt es: „Die Armee, die dem Willen des arbeitenden Volkes dient, ist dem obersten Vertreter dieses Willens, dem Rat der Volkskommissare unterstellt. Die gesamte Macht innerhalb der Grenzen jedes Heeresteils und ihrer Verbände gehört den entsprechenden Soldatenkomitees und Sowjets. Die Lebensweise und die Funktionen der Heere, die sich bereits unter der Verwaltung der Komitees befinden, unterstehen ihrer unmittelbaren Leitung. In diesem Dekret wird weiter,

wie schon eingangs dargelegt, die Wahl der einzelnen Kommandostellen vorgesehen, wobei von Interesse ist, dass die über dem Regimentskommandör stehenden Befehlshaber von dem nächst höheren Komitee zu bestätigen sind. Jedoch darf die stets zu begründende Verweigerung einer Bestätigung nicht wiederholt werden, wenn derselbe Vorgesetzte zum zweiten Mal gewählt wird. Die Befehlshaber der Armee werden von Armeekongressen, die Befehlshaber der Fronten von Frontkongressen gewählt. Für Ämter technischen Charakters, die eine Spezialbildung erfordern, werden von den zuständigen Komitees nur solche Personen ernannt, die entsprechende Spezialkenntnisse besitzen. Ebenso [77] können zu Stabsbefehlshabern von den Kongressen nur Personen mit Spezialbildung gewählt werden.

Ein weiteres Dekret vom 30. Dezember 1917 behandelt die rechtliche Gleichstellung aller im Militärdienst Stehenden. Da heißt es: „Alle Chargen und Titel im Heere, beginnend vom Gefreiten bis zum General, werden aufgehoben. Das Heer der russischen Republik besteht von nun an aus freien, untereinander gleichen Bürgern, die den ehrenvollen Namen Soldat der Revolutionsarmee führen.“ Alle mit den früheren Würden und Titeln verbundenen Vorrechte, wie auch alle äußeren Abzeichen werden abgeschafft. Ebenso alle Titelanreden und Orden und sonstigen Auszeichnungen.

Die Zertrümmerung der zarischen Armee und ihre Umwandlung reichten für die Herstellung der neuen Macht Sowjetrusslands nicht aus, sondern am 1. Januar 1918 erließ der Oberkommandierende der Sowjetstreitkräfte einen Aufruf zur Errichtung einer revolutionären volkssozialistischen Armee. Dieser Aufruf stellt die Lage Russlands Ausgangs 1917 dar und zeigt, dass die Leiden des russischen Volkes noch nicht zu Ende waren, sondern die Gefahr bestand, aufs Neue in einen Krieg mit Deutschland hineingezogen zu werden, da die deutschen Machthaber durchaus an dem Willen festhielten, große Länderstrecken von Russland loszureißen. Die Revolutionsarmee soll nach diesem Aufruf das russische Proletariat vor neuen Vergewaltigungen schützen. Diese Armee soll aus Freiwilligen gebildet werden. „Bei den Eintragungen in diese Regimenter soll kein Zwang stattfinden. Wer es nicht kann, wer nicht die Kraft in sich fühlt, in den Kampf zu treten, der mag nicht gehen.“

Waren die bisherigen Verfügungen über die Umwandlung der zarischen Armee in ein solche, die nicht mehr der Vergewaltigung der Besitzlosen dienen kann, teilweis von einzelnen Formationen, Armeen, Korps usw. erlassen, so regelt eine am 24. Januar 1918 veröffentlichte Verordnung die Demokratisierung der Flotte allgemein.

Abteilung 1 „Allgemeine Verordnung über das Personal der Flotte“ regelt in der gleichen, aber ausführlicheren Weise das Verhältnis der Flottenangehörigen zueinander. Es ist wieder das Prinzip der Gleichberechtigung, das in Einklang gebracht wird mit der Notwendigkeit der Unterordnung, die das Funktionieren einer gemeinsamen Tätigkeit der Soldaten erfordert. Jeder außerhalb der gemeinsamen Tätigkeit liegende Zwang wird restlos beseitigt und alle Angehörigen der Flotte werden zu wirklich freien Bürgern, ohne dass durch die Beseitigung des zwangsmäßigen Vorgesetztenverhältnisses die Aufgaben der Ver- [78] teidigung vernachlässigt werden. Wie das Kommandieren lediglich auf das sächlich notwendige Maß zurückgeführt wird, zeigt die Präzisierung der Tätigkeit des Kommandopersonals in dieser Verordnung. Es heißt da:

„Die Tätigkeit des Kommandopersonals besteht:

- a) im Kommandieren einer besonderen Abteilung in militärischer navigatorischer und technischer Beziehung, sowohl während der Schlacht als auch außerhalb derselben,
- b) im Kommandieren der kriegsmaritimen Ausbildung
- d) im Erlassen von Verfügungen unaufschiebbarer Arbeiten, die durch unvermeidliche Fälle hervorgerufen werden“.

Ausführlich handelt auch diese Verordnung vom „Modus der Wahl des Kommandopersonals der aktiven Flotte und der Kampfteile.“ In diesem Absatz wird ganz ausführlich auseinandergesetzt, welche Voraussetzungen für die Besetzung wichtiger Posten die Bewerber haben müssen. Die russische Sowjetregierung verwirklicht die Wahl der Vorgesetzten, ohne dabei die für bestimmte Tätigkeiten erforderlichen Kenntnisse außer Acht zu lassen, indem sie zur Wahl nur Bewerber zulässt, die solche besitzen. Es heißt ganz ausdrücklich: „Alle Personen, welche für die Bekleidung irgendeines Kommandopostens in Aussicht genommen sind, müssen eine entsprechende sowohl theoretische als auch praktische Vorbildung besitzen.“ Ein sorgfältig ausgearbeitetes System regelt die für die einzelnen Posten erforderliche Bildung und die Wege, wie die Kandidatenlisten aufgestellt und die Wahlen vorgenommen werden.

Aber nach erfolgter Wahl in eine Kommandostelle ist damit der Gewählte keineswegs zum Herrn geworden, sondern seine Ablehnung kann, wie in der allgemeinen Verordnung festgelegt ist, auf Antrag von wenigstens einem Drittel einer Formation mit Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung der Schiffsbesatzung beschlossen werden.

Ein Dekret des Rates der Volkskommissare vom 2. Febr. 1918 beschließt die Errichtung der Roten Armee. Die kurze Verordnung besagt im Wesentlichen, dass sich die Rote Armee aus den klassenbewusstesten und am besten organisierten Elementen der arbeitenden Klasse zusammensetzen soll, die wenigstens 18 Jahre alt sind und entweder durch eine auf Seiten der Sowjetregierung stehende Organisation empfohlen sind, oder von 2 Mitgliedern solcher Organisationen als zuverlässig für die Sache der Arbeit bezeichnet werden. Die Grundsätze in der Gliederung der Roten Armee sind die gleichen wie bei der Umwandlung der zarischen Armee und der Flotte. Die Dienstdauer der freiwillig eingetretenen Bürger der Roten Armee wird durch ein Dekret vom 26. April 1918 auf 6 Monate festgelegt. [79]

Eine Verordnung vom 26. April 1918 bestimmt die *obligatorische militärische Ausbildung für alle Arbeiter unter* Ausschluss der Bourgeoisie und derjenigen Bauern, welche Lohnarbeiter ausbeuten. Die Dauer der Ausbildung beträgt 8 Wochen, bei wenigstens 12 Stunden in der Woche, wobei eine Entschädigung für diese Zeit nicht gezahlt wird. Die Ausbildungszeit soll so gelegt werden, dass sie den Erwerb der Arbeiter möglichst wenig stört. Durch Verordnung vom 9. Juni 1918 wird infolge der schwierig gestalteten Lage des Landes die *zwangsweise Aushebung für die Rote Armee* verfügt.

Ein ausführlicher Beschluss des 5. Allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Bauerndeputiertensowjets sowie der Deputiertensowjets der Roten Armee und der Kosaken vom 10. Juli 1918 beschäftigt sich mit der Organisation der Roten Armee. Hier wird „feierlichst bestätigt, dass jedem ehrlichen und gesunden Bürger im Alter von 18 bis 40 Jahren die Pflicht obliegt, sich für die Verteidigung gegen den äußeren und inneren Feind zu erheben.“ Dieser Beschluss soll auch ein Ende machen mit den während der ersten Zeit der Räterepublik üblich gewesenen willkürlichen Truppenbildungen im Kleinen und veranlasst die Schaffung einer gut ausgebildeten und zentralisierten Armee, wobei auf die militärischen Fachkenntnisse der Offiziere der früheren Armee zurückgegriffen werden soll. Es heißt ausdrücklich, „dass jeder militärische Fachmann, der ehrlich und gewissenhaft am Ausbau und der Festigung der militärischen Macht der Sowjetrepublik mitarbeitet, Anspruch hat auf die Achtung der Arbeiter- und Bauernarmee und die Unterstützung der Sowjetregierung, wohingegen auf Verrat durch solche Personen die Todesstrafe gesetzt wird.“... „Die wichtigste Aufgabe bei der Schaffung der Armee besteht in der Erziehung eines neuen Kommandokörpers, der von den Ideen der Arbeiter- und Bauernrevolution völlig durchdrungen ist. Der Kongress macht es dem Volkskommissar für das Heerwesen zur Pflicht, seine diesbezüglichen Anstrengungen durch Ausbau eines weiten Netzes von

Instruktionskursen und Heranziehung begabter, energischer und tapferer Soldaten der Roten Armee zu denselben zu verdoppeln. Die Disziplin soll eisern revolutionär sein, Feiglinge und Deserteure sollen schonungslos bestraft werden.

Für Arbeiten hinter der Front werden durch eine weitere Verordnung vom 25. Juli 1918 alle Bürger vom 18. bis 45. Lebensjahre, die nicht der Einberufung zur Roten Armee unterliegen, einberufen, so dass auch alle nicht dem Arbeiterstande an- [80] gehörigen Personen verpflichtet sind, Heeresdienst für die Räterepublik zu leisten. Die Darstellung der hier wiedergegebenen Dekrete zeigt, welche Mittel die Sowjetregierung anwendet, um die Macht in die Hände der Arbeiter zu legen. Sicherlich sind noch wichtigere Bestimmungen das Heerwesen betreffend erlassen worden, die uns nicht zu Gesicht gekommen sind. Doch lässt auch die hier wieder gegebene Folge immerhin einen wichtigen Einblick in den Aufbau der jetzigen russischen Heeresmacht zu.

„Was die Sozialdemokratie will“.

Von E. L.

Unter diesem Titel veröffentlicht *Eduard Bernstein* eine Broschüre, welche die Notwendigkeiten des Tages und die Forderungen der Zukunft vom Standpunkt seiner Partei aus behandelt. Es werden darin fast alle nur irgendwie in unserem wirtschaftlichen Neubau zusammenhängenden Fragen angeschnitten; aber in dem ganzen Heft, in dem unsere Existenzfragen und Produktionsnotwendigkeiten behandelt werden, in dem ganzen Wirtschaftsgebäude, das hier vorgeführt wird, fehlt eine wenn auch noch so oberflächliche Behandlung unseres wichtigsten Produktionszweiges: der *Landwirtschaft!*

Das erste Erfordernis des wirtschaftlichen Neubaus, sein wichtigster Zweck ist doch zweifellos der, dem Volke Brot geben. Denn alle Fragen, die uns beschäftigen, mögen sie auch von noch so großer Bedeutung sein, treten doch weit zurück hinter der Urfrage allen menschlichen Lebens: „Wie werden wir uns ernähren“?

Was die Sozialdemokratie will, ist nach Eduard Bernstein Friede, Freiheit, Brot. Über Friede und Freiheit hat er manches gesagt. Aber das Brot hat er vergessen. In dem Kapitel „Der Weg zur sozialistischen Produktion“ hat er die industrielle Produktion eingehend behandelt. Aber die Worte Landwirtschaft oder Getreideerzeugung, Landwirt oder Bauer, Getreide oder Korn, kommen in der ganzen Schrift überhaupt nicht vor. Die einzigen Sätze, die eine lose Verbindung mit der Landwirtschaft darstellen, sind folgende: „Die Folge ist die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser großen Mehrheit von der Klasse der großen und mittleren Kapitalisten, sowie der Eigentümer des Groß- und großbäuerlichen Grundbesitzes“, und ferner: „Im Verein mit dem, was die Erde spendet, ist nach dem Satz des alten Gothaer Programms der geeinten Sozialdemokratie Deutschlands die Arbeit die alleinige Quelle allen Reichtums und aller Kultur“. [81]

Allein durch diese beiden Sätze wird der städtische Proletarier beim Lesen der Schrift daran erinnert, dass es außer Fabrikgebäuden und gepflasterten Straßen da draußen noch etwas gibt, das sich „Land“ nennt, von dessen kluger, fleißiger und wohlorganisierter Bearbeitung seine eigene Existenz in erster Linie abhängt.

Wie wir schon in unserer Novembernummer ausführten, ist es sehr bedauerlich, dass unsere Industriebevölkerung so wenig Kenntnis vom Wesen der Landwirtschaft hat, ebenso wie unseren Bauern meist das wünschenswerte Verständnis für die Interessen der Industriebevölkerung fehlt. Diese Fehler aber gilt es zu beseitigen.

Heute, wo die wirtschaftlichen Fragen nicht mehr durch eine Staatsorganisation entschieden werden, in der die landwirtschaftliche Bevölkerung durch die Art der Wahlkreiseinteilung über ihre Kopfbzahl hinaus zur Geltung kam, sondern da in Zukunft alle Fragen der Wirtschaft und also auch der Landwirtschaft von einer Volksvertretung geregelt werden sollen, in der die industrielle Bevölkerung bei weitem das Übergewicht hat, ist es umso dringender erforderlich, dass diese städtischen Bevölkerungsschichten sehr eingehend über landwirtschaftliche Verhältnisse und die Fragen der Lebensmittelerzeugung aufgeklärt werden. Die Sozialdemokratie aber, vertreten durch einen Führer, der in ihren Reihen ein solches Ansehen genießt, wie Eduard Bernstein, weiß darüber nichts zu sagen! Die großen uns auf den Nägeln brennenden landwirtschaftlichen Probleme werden von ihm entweder absichtlich ausgelassen, oder unabsichtlich vergessen! Ein Beweis, dass seine Partei diesen Problemen einfach hilflos gegenübersteht. Sie weiß mit ihnen nichts anzufangen. Das ist die Partei, die uns regieren will!

Dabei erfordert die Sicherheit unserer Zukunft eine innige Interessengemeinschaft zwischen Stadt und Land, sie beruht auf einer organischen Verbindung, auf einer Lebensgemeinschaft, auf einer Ehe zwischen Boden und Arbeit. Unsere inneren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse müssen so gestaltet werden, dass sie in einer vollen Harmonie zwischen Land und Stadt, zwischen Bauern und Arbeitern ausklingen. Diese Forderung ist nicht der Ausdruck eines unerfüllbaren Wunsches, sondern es ist eine reale Möglichkeit.

Notwendig ist allerdings, dass dieser Zustand auch ernstlich erstrebt und dass dieses Streben nicht mehr, wie bisher nur zu oft, durch parteipolitische Interessen vergiftet wird.

Wenn also die Sozialdemokratie nicht weiß, was eine regierende Partei betreffs unserer Landwirtschaft wollen muss - [82] wir wissen es und wollen es hier im Ausdruck bringen, auf die Gefahr hin, dass Eduard Bernstein bei einer etwaigen Neuauflage seiner Schrift unsere Vorschläge übernimmt.

Sie muss unter Anwendung aller gangbaren Mittel und unter Berücksichtigung aller bei der Landwirtschaft mitwirkenden psychologischen Faktoren die Erzeugungskraft unseres Bodens derart auf das höchste Maß steigern, dass wir nicht nur unsere Volksernährung in der Hauptsache vom eigenen Boden bestreiten können, sondern darüber hinaus noch Bodenflächen ersparen, die einen Teil unserer Faserstoffe liefern können. Diese Faserstoffe allein stellen nämlich einen Bedarfsposten von wenigstens 2 Milliarden jährlich dar, die wir an das Ausland zahlen müssen. Da nun einerseits die amerikanischen Kapitalisten im Verlauf des Krieges immer mehr die Hand auf die dortige Baumwollfabrikation gelegt haben, so dass wir in Zukunft kaum wieder so große Quantitäten von dort bekommen werden, wie wir brauchen; da es andernfalls zum mindesten zweifelhaft ist, wie sich der Außenhandel zwischen den kapitalistischen Staaten und einem sozialistischen Deutschland - und die Sozialdemokratie will doch ein sozialistisches Deutschland? - gestalten wird, so liegt es in unserem dringendsten Interesse, dass die heimische Landwirtschaft jene 2 Milliarden im Sonnenschein auf unseren eigenen Feldern erzeugt und so die sonst darauf verwandte Arbeit in Fabrik und Bergwerk für andere Bedürfnisse frei macht. Es werden hierdurch zwar die berauschend hohen Zahlen des Gesamtausfuhr- und Einfuhrhandels gemindert, aber es wird Blut und Kraft des Volkes gemehrt.

Die Welt hat sich wieder gedreht; nicht mehr zur Erzielung kapitalistischen Zahlentriumphes wird künftig dem Leben des Volkes Gewalt angetan werden, sondern umgekehrt: Blut und Leben werden Zahlen und Bilanzen beherrschen.

Unsere Zukunft liegt auf dem Lande.

„Revolutionäre“ Steuermethoden.

Von Ernst Sucher.

Im Grunde sind sich auch die bürgerlichen Finanzpolitiker und Wirtschaftstheoretiker darüber klar, dass die ungeheuerlichen Kosten, in die uns der Krieg gestürzt hat, mit den bisher üblichen Methoden staatlicher Finanzkunst nicht aufgebracht werden können. Das lehrt schon ein Blick auf die Zahlen. Vor dem Kriege beliefen sich die gesamten Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften Deutschlands – also die Budgets des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunen aller Art (Provinzen, Kreise, [83] Ortsgemeinden etc.) – auf 5000 Millionen Mark jährlich.¹⁷ Nach einer amtlichen Berechnung dagegen, die im Frühjahr 1918 vorgenommen wurde und von der Voraussetzung ausging, dass der Krieg im Herbst einen für den deutschen Militarismus glücklichen Ausgang nehmen würde – der Reichsfinanzminister *Schiffer* hat davon in einer Rede Anfang Dezember Mitteilung gemacht – würde sich der jetzige Jahresbedarf auf nicht weniger als 19000 Millionen Mark belaufen. Dabei sind natürlich die Verluste nicht mitgerechnet, die der unglückliche Ausgang des Krieges mit sich bringt. Heute ist also die Ziffer der Jahresausgaben wieder um ein bedeutendes höher anzusetzen. Wie verhalten sich gegenüber solchen Riesensummen die Finanzmethoden des kapitalistischen Staates

Die Quellen, aus denen die öffentlichen Einnahmen fließen, scheinen auf den ersten Blick sehr mannigfaltig zu sein. Jedermann hat schon gehört von direkten Steuern auf Vermögen und Einkommen und von den zahlreichen indirekten Steuern auf alle möglichen Konsumartikel wie Bier, Tabak, Branntwein, Zucker usw., daneben von Zöllen auf Getreide etc. Außerdem zieht der Staat Einkünfte aus eigenen Unternehmungen wie Eisenbahnen, Bergwerke, Post und Telegraph, und erhebt Steuern von manchen privaten Geschäftsvorgängen, wie Stempelabgaben, Warenumsatzsteuer u. dgl. Jede dieser verschiedenen Steuern erfordert eine eigene Verwaltung, meist eigenes Personal und übt ganz bestimmte eigenartige Wirkungen auf das Wirtschaftsleben der Bürger aus. Deshalb hat man sich gewöhnt, jede von ihnen als etwas Besonderes, von den anderen Steuern durchaus Verschiedenes zu betrachten, und hat ganz und gar vergessen, dass sie *letzten Endes alle aus derselben Quelle fließen*. Von ihrer Herkunft aus gesehen, sind sämtliche öffentlichen Einnahmen, in wie verschiedene Gestalten sie sich auch kleiden mögen, doch nur Einkommensteuern. Höchstens ein Teil des Unternehmergewinnes, den der Staat aus eigenen Gewerbebetrieben zieht, macht davon eine Ausnahme. Alle anderen Abgaben müssen letzten Endes aus dem Einkommen der Einwohner bezahlt werden.

Man nehme z. B. eine so auffallend „indirekte Steuer wie die Tür- und Fenstersteuer in Frankreich, die sich nach der Anzahl der in einem Hause befindlichen Türen und Fenster richtet und dem französischen Staat 1913 die immerhin nicht unbeträchtliche Summe von 72 Millionen Franken eingebracht [84] hat. Wer hat sie bezahlt? Natürlich die Besitzer der Häuser und die Mieter der Wohnungen. Diese aber haben sie ihren Einkünften entnommen. Oder die Einfuhrzölle auf Getreide, die die Händler beim Übertritt der Ware über die Grenze entrichten müssen. Sie werden auf die Preise aufgeschlagen und in dieser Form von den Konsumenten bezahlt, die sie ihrerseits aus ihrem Einkommen entnehmen. So lässt sich jede einzelne Staatseinnahme auf ihren Ursprung zurückverfolgen, und stets liegt ihre wirkliche Wurzel in dem Einkommen der Staatsbürger. Mithin sind sämtliche Maßnahmen der Finanzpolitik – soweit sie auf Einnahmen abzielen – weiter nichts als Methoden, um diejenigen Summen, die

¹⁷ W. Gerloff, Die steuerliche Belastung in Deutschland während der letzten Friedensjahre. Berlin, Hermann, 1916. S. 27.

der Staat (bzw. die Gemeinde haben soll, aus dem Einkommen der Bewohner herauszuholen. Und man sieht schon hier, dass die Frage, wenn man sie aller Verkleidungen entledigt, immer nur so steht, ob das Einkommen der Bürger groß genug ist, um solche Summen herzugeben.

Fast könnten wir unsere Betrachtung hier schließen. Denn nachdem wir die Frage so auf ihren eigentlichen Kern zurückgeführt haben, liegt die Antwort von selbst auf der Hand. Den Finanzkünstler möchten wir sehen, der aus dem jetzt total verarmten deutschen Volke jährlich 19 oder gar 22 und 25 Milliarden Mark herauszuholen vermöchte.

Es hat aber doch seinen guten Zweck, die Mittel und Wege etwas nachzuprüfen, welche die von der Revolution eingesetzten Instanzen bisher versucht bzw. vorgeschlagen haben. Da muss zunächst auffallen, dass noch kein Vorschlag gemacht, ja nicht einmal ein Gedanke aufgetaucht ist, der nicht schon zu Kaiser Wilhelms Zeiten, zum Teil sogar schon vor dem Kriege bekannt gewesen wäre. Denn wie gesagt: dass die früher üblichen Mittel *allein* nicht genügen, das wusste man schon lange. Schon 1913, also ein Jahr vor dem Kriege, sah sich die kaiserliche Regierung genötigt, in der Form des „Wehrbeitrags“ eine ganz außergewöhnliche Abgabe zu erheben. Und der Gedanke, den Vermögenszuwachs zu besteuern, stammt ja auch schon aus der Zeit vor dem Kriege. Während des Krieges kamen dann die Versuche hinzu, die Kriegsgewinne heranzuziehen.

Überblickt man nun die Vorschläge der „revolutionären“ Finanzminister und die inzwischen veröffentlichten Entwürfe der „revolutionären“ Regierung, so findet man nichts darin, als diese alten Bekannten aus der Wilhelminischen Zeit. Herr *Schiffer* redete von einer Reichseinkommensteuer, einer Kapitalrentensteuer, einer Erbschaftsteuer, daneben von Verbrauchssteuern auf Tabak und Zucker, von Monopolen, von Kriegsgewinnsteuern und von einer Vermögensabgabe. Die preußischen [85] Finanzminister *Südekum* und *Simon* kündigten eine sehr erhebliche Verteuerung der Eisenbahnfahrten an, und die am 31. Dezember veröffentlichten Entwürfe der Regierung¹⁸ wollen die Kriegsgewinne in ihren verschiedenen Formen besteuern (nämlich einmal das während des Krieges erhöhte Einkommen, sodann das während des Krieges erhöhte Vermögen).

Wieviel man durch diese Steuern einzunehmen hofft, darüber haben sich die amtlichen Stellen unseres Wissens bisher nicht geäußert. Es gibt auch wohl kaum eine Möglichkeit, das zu schätzen. Alle Steuern auf Gewinne und Vermögen haben nämlich die Eigentümlichkeit, dass die Besitzenden sich von ihnen leicht drücken können. Sehen wir uns z. B. die sogenannte Kriegsgewinnsteuer an. Sie geht diesmal sehr radikal vor, und dadurch wollten wohl ihre Urheber ihr revolutionäres Gewissen wahren. Diesmal sollen alle Kriegsgewinne über 200 000 Mark ganz und gar eingezogen, die übrigen sehr hoch, bis zu 80 %, besteuert werden. Ein sehr schöner Gedanke! Wenn es gelänge, ihn auszuführen, so müsste das einen hübschen Batzen Geld in die Reichskasse leiten. Aber es wird nicht gelingen! Beschließen kann man's, und vielleicht wird sogar die Nationalversammlung durch solche grimmigen Beschlüsse sich vor der Revolution zu legitimieren suchen. Aber die Ausführung scheidet schon an der Unmöglichkeit, den Begriff des Kriegsgewinns einwandfrei festzulegen. Was ist ein Kriegsgewinn? Der Entwurf hilft sich – ganz nach dem Muster der früheren kaiserlichen Regierungen – mit der rein mechanischen Bestimmung, dass er jeden zwischen dem 31. Dezember 1913 und dem 31. Dezember 1918 eingetretenen Vermögenszuwachs zum Kriegsgewinn erklärt. Aber das stimmt ja nicht. Gar mancher kleine Mann muss auf diese

¹⁸ Sie stammen also aus der Zeit, da die Unabhängigen noch bei der Regierung beteiligt waren, und die „Freiheit“ betonte ausdrücklich, dass sie von ihren Genossen mit beschlossen sind und auch die Unterschrift Haases tragen.

Weise Beträge versteuern, die gar keine Kriegsgewinne sind, sondern ihm während des Krieges aus anderen Quellen zuflossen. Den echten Kriegsgewinnern aber, den großen und ganz großen Kapitalisten stehen bekanntlich unzählige Mittel zur Verfügung, um erhebliche Beträge durch geeignete Bilanzaufstellung u. dgl. zu verbergen.

Viel also wird bei der Geschichte nicht herauskommen, im günstigsten Fall 2 bis 3 Milliarden, während auf der anderen Seite die Einkommensteuer, die Verbrauchssteuern, die Verkehrssteuern u. a. zweifellos Mindererträge aufweisen werden. Hier [86] aber handelt sich's um 20 und mehr Milliarden Mark. Wo sollen sie herkommen?

Da ist es denn kein Wunder, dass ein – auch keineswegs neuer – Gedanke sich einstellt, der ein stramm revolutionäres, ja fast sozialistisches Aussehen hat: die *Vermögensabgabe*. Kann es etwas geben, das entschiedener, rücksichtsloser, kapitalfeindlicher vorginge? Der Krieg hat uns, sagen wir, 200 Milliarden gekostet. Aber es ist ja in Deutschland Vermögen genug vorhanden. Hat man uns nicht vor dem Kriege wiederholt mit Berechnungen aufgewartet, die unsern „Nationalreichtum“ auf fast 400 Milliarden bezifferten und so den Nachweis erbrachten, wie gut es „uns“ ging und wie segensreich das alte System wirkte? Also greifen wir auf dieses „Volksvermögen“ zurück. Möge jeder, der etwas hat, die Hälfte davon hergeben, und die ganzen Kriegslasten sind bezahlt, noch dazu von den Besitzenden allein, unter gänzlicher Schonung der Besitzlosen.

Welch eine herrliche Aussicht! Indessen – sie ist zu schön, um wahr zu sein. Dieser Aufsatz ist zu kurz, um die ganze kindliche Utopie der auf die Vermögensabgabe gesetzten Hoffnungen aufzuzeigen. Es seien deshalb nur kurz die Hauptgesichtspunkte erwähnt.

Erstens: Die Berechnungen des sog. „Nationalvermögens“ sind äußerst luftig. Es figurieren darin z. B. der Grundbesitz, die Staatseisenbahn u. dgl. Wie will man aber das Vermögen einer Stadt, das in gepflasterten Straßen und Brücken, das Vermögen des Staates, das in Bahnhöfen besteht, zur Abgabe heranziehen? Ganz zu schweigen davon, dass ihr Wert ganz willkürlich bemessen ist und nur so die 400 Milliarden herauskommen. Übrigens rechnen bei dieser Summe auch alle Feuerversicherungen mit, sie allein machen sogar die Hälfte aus, nämlich 200 bis 220 Milliarden. Es müsste also auch der ärmste Arbeiter die Hälfte von dem, was er gegen Feuer versichert hat, herausgeben, wenn die Vermögensabgabe wirken soll.

Zweitens gilt vom Vermögen ebenso wie von den Kriegsgewinnen, dass gerade diejenigen, die viel haben und von denen deshalb der Ertrag der Steuer abhängt, am leichtesten große Beträge verheimlichen können.

Drittens täuscht man sich sehr über den Charakter einer Vermögensabgabe, wenn man glaubt, dass sie letzten Endes aus einer anderen Quelle fließt, als alle sonstigen Steuern. Man stelle sich einen schwer reichen Mann vor, etwa den Besitzer eines großen industriellen Werkes. Worin besteht sein Vermögen? In Grund und Boden, Gebäuden, Maschinen und Werkzeugen, Rohstoffen, fertigen Waren u. dgl. Wenn sich dieses [87] Vermögen nun auf 3 Millionen Mark beziffert, so dass er 1½ Millionen abgeben soll, glaubt man, dass er seine Maschinen und Werkzeuge, seine Gebäude und seinen Grundbesitz hergeben wird? Das könnte er gar nicht, selbst wenn er es wollte. Alle diese Dinge lassen sich nicht einfach zur Hälfte aufteilen und weggeben. Und wenn es einmal ausnahmsweise möglich wäre, so würde dadurch ihre Produktivität aufs empfindlichste leiden, ihr Ertrag, sowohl für den alten Besitzer der einen Hälfte wie für den Staat als neuen Besitzer der anderen Hälfte gewaltig vermindert werden. Nein, unser 3 Millionen-Mann wird sein Vermögen hübsch beieinander lassen da, wo es ist, und wird die 1½ Millionen, die man von ihm fordert, in angemessener Zeit aus seinem laufenden Einkommen bezahlen. Wenn es sich aber um Wertpapiere handelt, so ist ganz klar, dass der Staat, dem sie etwa abgetreten werden, damit nichts anderes bekommt, als den Anspruch auf gewisse Einkünfte.

Viertens. Da bleibt nun als letzter, scheinbar rettender Gedanke der, dass die Besitzer von Vermögen, das sie im Naturzustande dem Staat nicht geben können, es verkaufen sollen, um die Steuer dann von dem erlösten Gelde zu bezahlen. Aber man stelle sich nur einmal vor, dass alle, aber auch alle Besitzer von Fabriken, Bergwerken, Häusern, Grundstücken, Landgütern, Wertpapieren usw. ihren Besitz zu verkaufen anfangen. Wie müssten da die Preise purzeln! Von den erträumten 400 Milliarden würden sich 350 auf der Stelle in blauen Dunst auflösen. Außerdem würde ja niemand vorhanden sein, der kauft, und schon deshalb wäre solch ein allgemeiner Verkauf des Vermögens unmöglich.

Man verzichte deshalb auf solche kindlichen Hoffnungen. Wie man auch eine Steuer nennen mag, in was für künstliche Verkleidungen man sie auch verstecken mag, bezahlt werden muss sie immer aus dem laufenden Einkommen der Bevölkerung. Und die Frage steht immer nur so, ob dieses Einkommen groß genug ist.

Außerdem ist gegen alle derartigen Steuerprojekte noch ein anderer sehr ernster, geradezu tödlicher Einwand zu erheben. Wenn es möglich wäre, Ernst damit zu machen, also entweder den Kapitalisten die Hälfte ihres Vermögens wegzunehmen oder ihnen die gesamten Gewinne über 200 000 Mark zu konfiszieren, oder auch nur 50 bis 80% der Gewinne durch die Steuer zu beschlagnahmen, dann würde in der Tat das eintreten, was die Kapitalisten für diesen Fall androhen, nämlich *Lahmlegung der Produktion*. In der kapitalistischen Welt gibt nun einmal die Aussicht auf Gewinn den Ausschlag in der Produktion. [88] Nimmt man den Kapitalisten diese Aussicht oder schränkt sie zu stark ein, lässt aber zugleich die Produktion in ihrer Hand, dann werden sie naturgemäß entsprechend weniger produzieren. Überdies entzieht man ihnen durch so hohe Steuern die Betriebsmittel, ohne die sie ja auch nicht produzieren können.

Es geht eben nicht an, die kapitalistische Wirtschaft beizubehalten und ihr zugleich die Mittel, die sie braucht, zu entziehen. Revolutionär sehen solche Halbheiten nur für den aus, der sich um den inneren Zusammenhang der Dinge nicht kümmert. Hier heißt es *ganze Arbeit* machen: den gesamten Besitz enteignen und die kommunistische Wirtschaft einführen. Dann braucht man sich nicht den Kopf mit dem Suchen nach neuen Steuerformen zu zerbrechen. Denn ein kommunistisches Gemeinwesen deckt den öffentlichen Bedarf nicht durch Steuern, sondern wie jeden andern Bedarf, durch planmäßige Arbeit.

Die Wahrheit über den Balkankrieg.

Von K. Barbar, Sofia.

Vorbemerkung der Redaktion: Bekanntlich wurde der Weltkrieg eingeleitet und gewissermaßen vorbereitet durch den jetzt schon fast vergessenen Balkankrieg, den der Bund der kleineren Balkanstaaten im Jahre 1912 gegen die Türkei führte. Zum Verständnis der gesamten Weltlage, wie sie sich in diesen Jahren des Grauens herausgebildet hat, ist deshalb eine möglichst umfassende Information auch über jenen Vorläufer des Weltkrieges notwendig. Aus diesem Grunde geben wir die nachfolgenden Ausführungen wieder, wobei selbstverständlich für die Einzelheiten der Darstellung nur der Verfasser verantwortlich ist.

Seit der Befreiung Nordbulgariens vom Türkenjoch wurde die „Befreiung“ Mazedoniens das nationale Ideal der herrschenden bürgerlichen Parteien Bulgariens. Die Grenzen des neugeschaffenen Staates waren ganz unzureichend für eine kapitalistische Entwicklung der Produktionskräfte. Sie waren derart gezogen, dass das Land nur ein Werkzeug in der Hand der Großmächte sein konnte. Zugleich begann die russische Zarenmacht Bulgarien in eine russische Provinz zu verwandeln. Dem stellte sich das Streben der bulgarischen Bourgeoisie

nach Unabhängigkeit und zugleich nach Erweiterung der Landesgrenzen entgegen. Diesem Bestreben konnte nur durch eine Vereinigung aller Länder bulgarischer Zunge, durch Schaffung eines sog. Großbulgariens entsprochen werden. Man begann mit der Vereinigung Nord- und Südbulgariens im Jahre 1885 und richtete sein Augenmerk auf die „Befreiung“ Mazedoniens. Der Kampf, den das bulgarische Bürgertum in den achtziger [89] bis zur Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhundert führte, galt einer Abwehr gegenüber den russischen Ansprüchen auf das bulgarische Gebiet. Dieser Kampf gegen die Eroberungspolitik Russlands wurde von den interessierten westeuropäischen Mächten und von dem Monarchismus Bulgariens eifrig unterstützt. Der bulgarische Monarchismus wurde zum Agenten der westeuropäischen Mächte. In diesem Kampfe bildete sich das Bündnis zwischen Bourgeoisie und Monarchie in Bulgarien, in dem das Bürgertum seine nationalen Ideale den dynastischen Interessen opferte.

Während der Regierung Stambulows machte der Kapitalismus in Bulgarien seine ersten großen Eroberungen. Die erste bulgarische Ausstellung zu Philippopol im Jahre 1892 lieferte den Beweis, welche Erfolge der Kapitalismus in Bulgarien im Wege der Ausbeutung der kleinbürgerlichen Volksmassen, der Konzentrierung der Kapitalien und der Entwicklung der Industrie erreicht hatte. Der Bedarf neuer Absatzgebiete für die Waren der kapitalistischen Produktionsweise wurde immer fühlbarer. Das Gebiet Mazedoniens war das Land, auf das alle Wünsche und Sympathien des bulgarischen Bürgertums sich richteten. Mazedonien besitzt einen fruchtbaren Boden, gute Hafenstädte, Naturreichtümer, ein arbeitsames Volk, das die bulgarische Bourgeoisie vom Türkenjoch befreien wollte, um es unter die schwere Faust ihrer eigenen wirtschaftlichen Herrschaft zu stellen. Es sollte die zukünftigen Steuerzahler des bulgarischen Staates und die Abnehmer der Waren des bulgarischen Kapitalismus liefern. – Die gleichen Interessen drängten aber auch alle übrigen Herrscherhäuser des Balkans zur Eroberung Mazedoniens, und die kapitalistischen Großmächte stachelten sowohl Bulgarien wie die anderen Balkanstaaten zu diesem Streben auf. Denn sie hatten ein Interesse daran, die Gegensätze zwischen den Balkanstaaten zu verschärfen.

Inzwischen vollzog sich in der Türkei der Umschwung von 1908. Um das Jahr 1908 wurde ein Einverständnis zwischen den Großmächten erzielt, namentlich zwischen England und Russland in Reval, um eine europäische Kontrolle in Mazedonien einzusetzen, eine Kontrolle, die unbedingt dazu führen musste, der Türkei diese Provinzen zu entreißen. Die fortwährenden Aufstände und nationalen Kämpfe in der Türkei hemmten nicht nur die Entwicklung der landwirtschaftlichen Großbetriebe, die durch das Eisenbahnnetz mit europäischen Absatzgebieten verbunden wurden und einer Modernisierung bedurften, sondern sie erschwerten auch die regelmäßige Einhebung der Erträge der großen Meierhof- und Tschiflikgüter. Das Steuersystem des [90] Zehnten, das die Bauernschichten am meisten belastete, bedrohte auch die Interessen der agrarischen Großbetriebe. Dieses Steuersystem nährte eine neue Abart der kapitalistischen Klasse, die sog. Steuerpächter, die große Vermögen durch die Steuerpacht erworben haben, und zwar nicht nur durch eine grässliche Ausraubung der Landbevölkerung, sondern auch durch den Export von Getreide nach europäischen Absatzgebieten. Die Steuerpächter exportierten nicht nur den Naturalzehnt, sondern kauften auch die Produkte der Tschiflikgüter (Meierhofgüter) und das Getreide, das die Kleinbauern auf den heimischen Markt brachten. Dadurch entstand eine Unzufriedenheit der Großgrundbesitzer gegen die Steuerpächter, wozu sich die Unzufriedenheit der Offiziere des türkischen Heeres gesellte, an dessen Spitze die Söhne dieser landwirtschaftlichen Klasse standen.

Die in der Türkei herrschende Klasse war eine Feudalklasse und wollte diesen Zuständen ein Ende machen, weil sie ihrer Herrschaft von außen und innen Gefahr bringen konnten. Dieser

Zweck erforderte jedoch einen starken selbständigen Staat und dem stand die Person des Sultans Abdul Hamid im Wege, da dieser alle Staatseinnahmen zur Unterstützung seiner absolutistischen Macht und der ihm ergebenen Kamarilla in Anspruch nahm. Auch den unterworfenen Völkern war daran gelegen, das Regime Abdul Hamids zu stürzen, da sie in den konstitutionellen Freiheiten einen Schritt zur Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit erblickten. Jedoch war die Bourgeoisie dieser Völker noch zu schwach, um eine den Jungtürken gleichwertige Rolle im Umsturz spielen zu können. Dieser blieb ein Umsturz der Feudalklasse, die die Militärmacht in ihren Händen hielt und die Person des Sultans durch eine militärisch-feudale Oligarchie ersetzte. Andererseits war dies auch die Schwäche des jungtürkischen Regimes, dass es nur die Frucht einer Militärmacht gewesen ist und keine tiefe bürgerliche, soziale Revolution darstellte. Auch nach dem Umsturz blieb nämlich die herrschende Klasse in der Türkei die Klasse der Großgrundbesitzer, der Begs und der Paschas. Deswegen konnte das jungtürkische Regime weder die wachsende Abhängigkeit der Türkei von den kapitalistischen Großstaaten hemmen, noch die der Türkei unterworfenen Völker in einen modernen zentralistischen Staat vereinigen. Es wurden nun auch die Stämme, die zwar der Türkei unterworfen waren, aber sich einer halben Unabhängigkeit erfreuten, wie Albanesen und kleinasiatische Stämme, der Besteuerung unterzogen. Das gelang aber den Jungtürken nicht, und da diesem Regime keine wirtschaftlichen und Kulturmittel zu Gebote standen, so nahm es zu Militärexpeditionen Zuflucht, nämlich zu bar- [91] barischen Metzeleien und Verwüstungen. So entstanden in der Türkei Auflehnungen gegen die Jungtürken aus zweierlei Gründen: die wirtschaftlich zurückgebliebenen Völker lehnten sich gegen die Regierung der Jungtürken auf in Folge ihrer wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit und ihrer bisherigen Stammesabhängigkeit. Sie bekämpften die Militärdiktatur und die zentralistische jungtürkische Politik. Andere der Türkei unterworfenen Völker lehnten sich gegen dasselbe Regime auf in Folge ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Wege zum Kapitalismus. So die Griechen, Bulgaren, Armenier etc. Diese Völker wurden zu ihren nationalen Bestrebungen durch den aufstrebenden Kapitalismus in der Türkei selbst getrieben, d.h. dadurch, dass das jungtürkische Regime dem Kapitalismus Tür und Tor geöffnet hatte. Dabei verfolgten die Jungtürken den Zweck eines großosmanischen Reiches und einer zentralistischen Großstaatspolitik und stellten sich dadurch den nationalen Bestrebungen der entwickelteren Balkanvölker entgegen. Die Folge war nun wieder die Auflehnung dieser Balkanvölker gegen die jungtürkische Regierung. Diese Regierung brachte die Türkei in größere Abhängigkeit vom osteuropäischen Kapitalismus, da sie dem osteuropäischen Kapitalismus neue Eisenbahnkonzessionen und sonstige Vorteile brachte. Neue deutsche, österreichische, englische, französische etc. Banken und Industrieunternehmungen entstanden mit einem Schlage in der Türkei. Die türkische Staatsschuld wurde um einige hundert Millionen größer. Die europäischen Banken wurden unbeschränkte Herrn in der Türkei, deren Einnahmen jene Banken eintrieben, um die türkische Staatsschuld zu tilgen.

Die inneren Erschütterungen und die Zersetzung der Türkei wurde durch die großkapitalistischen europäischen Staaten beschleunigt, umso mehr, da diese die Türkei als ihre Absatzkolonie ansahen. Die europäischen Großmächte widersetzten sich der Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle. Dadurch hemmten sie die kapitalistische Entwicklung der Türkei und beraubten sie der nötigen Finanzmittel zur Kräftigung und Reorganisation des Staates. Außerdem war das Bürgertum der christlichen Völker des Türkenreiches im Wachsen begriffen, und jedes dieser Völker, wie Bulgarien, Griechen, Armenier etc. strebte unter dem Einfluss ihrer wirtschaftlich erstarkten Bourgeoisie seine nationale Selbständigkeit an. Folglich ist die kapitalistische Entwicklung der Türkei die Ursache ihres Zerfalles bis vor dem Balkankriege gewesen. (Schluss folgt.) [92]

Aus meinen Kriegserinnerungen.

Von Bruno Lieske.

1. In der Kaserne.

30. April 1915. „Krüppelige Gesellschaft, krumme Hunde und dergl. mehr! Ich sehe mit Stolz und mit einer gewissen Verachtung auf Euch, die ihr nicht so gesundheitlich veranlagt seid, des Königs Rock zu tragen!“ – Wenn jemand nach meiner Vergangenheit nicht glaubt, dass mich derartige Gefühle beherrschen können, der weiß eben nicht, dass ich „vereidigt“ worden bin. Denn Vorstehendes sagte dem Sinne nach der Pfarrer, der dabei die unvermeidliche Andachtsrede zu halten hatte. Aber nicht nur die Verachtung betonte er, sondern es wurde vom Herrn Pfarrer die Behauptung aufgestellt, wir hätten schon lange auf „Erfüllung unseres Wunsches“ gewartet und freuten uns, endlich eingezogen zu sein. Also, zweifelt noch jemand?

Gott gebe euch ein starkes Herz und eine glückliche Hand –; ich stimmte erstmalig in ein Hurra ein. Aber wie es im Leben geht, wer sich so sehr vordrängt, kommt oft nicht zum Ziel. Mein Hintermann brüllte so laut, dass meine auf derartige „Volkskundgebungen“ nicht eingefuchste Stimme gar nicht zur Geltung kam. Tiefbetäubt, im Übrigen aber völlig unbefriedigt über diesen „heiligen“ Eid, musste ich die Stätte rührender Verbrüderung zwischen Protestantismus und Katholizismus verlassen. In der Kaserne angekommen, bekam ich dann – o welche Wendung –, eine Typhusspritze – –!

„Die Sonne glüht im Osten!“ Langsam hebt sich Kopf um Kopf vom Strohsack. Zur energisch aufgerissenen Tür herein streckt sich ein auf einem betressten Hals befindlicher Kopf und schreit aus Leibeskräften: „aufstehen! alles gesund?“

Wie Tags zuvor erhebt, wäscht und „putzt“ man sich, dass es nur so seine Art hat. Kaum ist der „Kaffee“ geschlürft, gehts zum Dienst. Diese Sache ist wenig romantisch, höchstens sagt manch bedauernswertes Menschenkind auf dem Wege zum Kasernenhof: „Mit Zittern und mit bangem Zagen, betret' ich dieses Kabinett“.

Ganz besonders interessant ist für mich immer der Unterricht. Bis jetzt ist zwar wenig darüber zu sagen, weil Themata behandelt werden, über die unterrichtet zu werden mir als „Vaterlandsverteidiger“ noch Not tut. Überdies sehen sich die Lehrer vor, dass man nicht gezwungen ist, ihnen lächelnd zuzuhören. Es liegt viel daran, dass es meist alle „Reserve“ sind, die also schon einmal den Kasernenhof verlassen haben. Jetzt [93] sind sie dem Vaterlande zu Hilfe geeilt, unter Weiterzahlung ihres nicht gerade zum Verhungern bemessenen Gehalts und einer, mir in ihrer Höhe nicht bekannten Kriegslöhnung. Wie diese Hilfe wirkt, ist in der Äußerung eines nationalliberalen Abgeordneten gegenüber einem Stubenkameraden zu erkennen: „Als Konservative geben sie in die Kaserne, als Sozialdemokraten kommen sie wieder heraus.“

Im Großen und Ganzen kommt mir die Geschichte sehr zwiespältig vor. Erst die sehr wahr klingende Beteuerung, es mache den Herren wirklich keinen Spaß, uns zu quälen, dann auf dem Kasernenhof die wenig geschmackvollen und pädagogisch sehr unangebrachten „Anschauzer“: „Wenn Sie nicht stillstehen, schmeiß ich ihnen den Säbel in's Gesicht!“ Oder: „Wenn Sie nicht aufpassen, fahre ich mit ihnen gegen die Wand!“

Das Erziehungsergebnis ist denn auch frappierend. Wer noch mit einem gewissen Eifer und Interesse behaftet war, wird schließlich missmutig und gleichgiltig. Da meint unser neuer Ausbildungs-Feldwebel noch verwundert zum Hauptmann: „Die Leute machen alles widerwillig!“ Ja, wer Menschen zu einer bestimmten Sache erziehen will, muss das Talent besitzen, sie für diese Sache empfänglich zu machen. Es bestätigt sich auch hier, dass ein

System nur dann gute Resultate herbeiführen kann, wenn es Freude und *freiwilligen* Gehorsam hervorruft.

Eine seltene Erscheinung ist die Gleichheit alles dessen, was den Mannschaftsrock trägt. Wenigstens für den Eingeweihten. Hierüber ließe sich ein gesondertes Kapitel schreiben, aber die feingesponnenen Fäden, die eine augenfällige Bevorzugung nicht gewöhnlich Sterblicher kaum erkennen lassen, erhöhen die Gefahr für den Schreiber. Jene schon im Zivilleben auf den eigenen Vorteil eingefuchsten Angehörigen „des Volkes in Waffen“ verstehen es eben sehr gut auch hier, sich ihre Vorteile zu sichern. Der arme Teufel ist und bleibt nun mal ein solcher. Wenn aber jemand Coupons abschneiden muss, so ist das eine wichtige Geschäftsangelegenheit, auf die durch Dienstbefreiung Rücksicht genommen werden muss. Dem anderen aber wird solches abgeschlagen, weil es sich bloß um eine schwerkranke Frau handelt. Dabei erlaubte man sich in diesem Falle noch die höhnische Frage, ob er denn Arzt sei und helfen könne?

Soeben scheint man darin etwas ändern zu wollen. Es heißt, dass es nach Pfingsten keinen Nachturlaub mehr gibt. Damit nimmt man zwar den Berlinern den einzigen Urlaub, den sie erhalten können, doch wird diese augenscheinliche Härte zur Beruhigung derjenigen beitragen, die auch vordem schon Nichtempfänger waren. Und, was ich für sehr wertvoll halte, [94] es wird der ehrliche Charakter nicht weiter nach dem bekannten Sprichwort bewertet zu werden brauchen: „ehrlieh aber dumm!“

Nun habe ich mich schon sehr den Verhältnissen angepasst, aber meinen Stolz und meine Verachtung habe ich doch behalten. Die schon erwähnte Tatsache des Gleichgiltigwerdens setzt an die Stelle ehrlicher Manneswut das unterdrückte Lachen der Verachtung! Wahrlich, wenn das Kriegserziehung bedeutet, dann ist nach diesem Kriege aus dem Volke der Denker und Dichter ein solches von Rosstäuschern, Sabbermäulern und Markierungstalenten geworden! Möge der vielbeschäftigte liebe Gott seine Zeit, die er zur Bestrafung Englands herzugeben gebeten wird, lieber zur Abwendung dieses Nationalunglücks verwenden, das den deutschen Volkscharakter auf das tiefste Niveau herabzudrücken geeignet ist.

„Der Soldat markiert!“ Vom Frontmachen mit dem bekannten Zusammenklappen der „Hufeisen“, bis zur bekannten Melodie: „Soldatenleben, ja das heißt lustig sein,“ ist alles Markierung. Wer wie ein Ackergaul abgetrieben ist, singt sein – auf Befehl –?

Neulich gingen wir „schippen“. Die Sache ist jedenfalls verständlicher, als das öde „Gebimse“ in der „Marterkammer.“¹⁹ Man weiß hierbei schon einen Zweck zu finden. Aber das Herausschmeißen der Beine beim Parademarsch ist nicht nur dem dummen Bauern ein militärisches Rätsel.

Trotzdem ich dienstlich nicht der Schlechteste bin, will keine rechte Freudigkeit bei mir aufkommen. Diese Woche ging „Ersatz“ ab, als wir gerade auf dem Tempelhofer Felde übten. Wir winkten den Zügen Grüße nach, für manchen waren es die letzten. Fröhlich waren die Gesellen, Dächer und Trittbretter hatten sie besetzt. Mich aber beschlich dasselbe Gefühl, das ich in den ersten Mobilmachungstagen als Kriegsarbeitsloser zu bekämpfen hatte: mit Mühe unterdrückte ich Tränen. Nicht Tränen der Feigheit oder Flaumacher – wie sie manch gewissenloser Aucharbeiter nennen würde – waren es, sondern Tränen der ehrlichen und doch so ohnmächtigen Wut des freien Mannes würgte ich hinunter! Kennt Ihr das Gefühl? „Macht mich zum Herrn des Unterrichts und ich will euch die Welt umgestalten.“

¹⁹ Exerzierhaus in der Karlstraße.

So geht Tag um Tag, Woche um Woche. Von allen meinen Kameraden kann man sagen: sie haben die Nase voll! Die meisten brauchen gar nicht erst ins Feld, um sich eine „interessante Frage“ vorzulegen. Glaubt mir! Trotz dem auf Schlemmer- [95] leben hindeutenden Fettfleck im Briefe, sind die meisten einig mit mir und – Glasbrenner: „so lange vernagelt alle Kanonen nicht sind, wahrlich so lange sind wir’s!“

Ein Dokument.

Der in Stuttgart erscheinende „Sozialdemokrat“ veröffentlichte am 8. Januar 1919 folgende Zuschrift eines Genossen:

Es dürfte bekannt sein, dass anlässlich des letzten Generalstreikes in der Schweiz eine Anzahl Deutsche, Russen und Engländer ausgewiesen wurden. Ich bekam diese Nachricht in Berlin, und da ich ohnehin etwas mit *Haase* zu besprechen hatte, suchte ich ihn auf. Der Rätekongress beschäftigte ihn so, dass er während drei Tagen keine fünf Minuten Zeit finden konnte, um mich anzuhören, trotzdem er wusste, dass ich eigens deshalb aus der Schweiz hierhergekommen war. Endlich, als ich in der „Freiheit“ las, dass Gen. *Haase* am Sonntag in den Germaniasälen eine Programmrede halten werde, ging ich dorthin. Der Vortrag endete mit einem tüchtigen Appell an das internationale Proletariat und der heiligen Versicherung, international bis auf die Knochen zu sein! Und nun entspann sich folgender Dialog: „Gen. *Haase*, ich muss Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, dass trotz Amnestie und trotz ihrer schriftlichen Zusicherung noch Deserteure, die aus der Schweiz kommen, an der Grenze verhaftet werden.“ – *Haase*: „Ja, es tut mir leid, ich werde nochmals telegraphieren.“ – Ich: „Gen. *Haase*, ein Teil jener Leute, überzeugungstreue Genossen, sind ohne Mittel, die Regierung müsste etwas helfen.“ – *Haase*: „Ja, was fällt Ihnen ein, die Regierung hilft doch nicht jenen Leuten, die den Dienst verweigert haben oder gar desertiert sind! Wenden Sie sich an das deutsche Konsulat.“ – Ich: „Haben wir gemacht, aber ohne Erfolg.“ *Haase*: „Nun, ich werde schreiben.“ – Ich: „Können Sie nicht wenigstens den Genossen freie Fahrt, vielleicht Militärfahrkarten, geben bis an ihren Bestimmungsort?“ – *Haase*: „Nein, das geht nicht!“ – Ich: „Es sind ferner eine Anzahl Russen und Italiener ausgewiesen worden. Die Italiener gehen zum Teil jahrelangem Kerker entgegen, wenn man sie nach Italien schafft. Es wäre unbedingt nötig, ihnen die Einreise nach Deutschland zu gestatten.“ – *Haase*: „Das ist unmöglich, höchstens könnte man den Russen die Durchreise nach Russland gestatten!“

„Und das ist Sozialismus.“

Mit diesen etwas selbstzufrieden klingenden Worten schließt ein Flugblatt, das, vom „Reichsministerium“ unterzeichnet, in den ersten Tagen des Generalstreiks in Berlin und vermutlich im ganzen Reich verbreitet worden ist. Es beginnt mit den ebenso pompösen Worten: „Die Sozialisierung ist da!“ Anfang und Schluss sind also geeignet, die Erwartung aufs höchste zu spannen, und man wird dem Reichsministerium die Anerkennung nicht versagen dürfen, dass es ausgezeichnet versteht, Flugblätter abzufassen. Kaum dürfte es in ganz Deutschland einen Menschen geben, der dieses Flugblatt nicht gelesen hat.

Ob darum nun auch jeder Mensch in Deutschland weiß, was Sozialismus ist? Wir glauben kaum. Denn wenn man liest, was zwischen den pompösen Anfangs- und Schlussworten steht, so findet man nur ein paar recht unbestimmt gehaltene Sätze, bei denen man sich je nach Belieben sehr viel oder auch sehr wenig denken kann. Das Kohlensyndikat wird sozialisiert, die Sozialisierung des Kalibergbaus ist in Vorbereitung, ein allgemeines Sozialisierungsgesetz begründet die deutsche Gemeinwirtschaft. Das ist, fast wörtlich, der ganze Inhalt des Flugblattes. Dahinter folgt noch der Satz:

„Das Reich wird dafür sorgen, dass überall nach den Forderungen des Gemeininteresses, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird.“

Das ist alles. Ob sich daraus jemand ein Bild machen kann, wie das alles aussehen soll? Es wäre doch angebracht gewesen, wenigstens mit ein paar Worten anzudeuten, durch welches Mittel das alles verwirklicht werden soll und was sich das Reichsministerium überhaupt unter „Sozialisierung“ vorstellt. Stattdessen nur ein paar verschwommene Sätze. Wir fürchten, mancher Übelwollende wird daraus schließen, dass das Reichsministerium selbst über Sozialisierung und Sozialismus nicht [97] recht Bescheid weiß. Schon hat die konservative „Deutsche Tageszeitung“ (am 8. März) boshaft geschrieben:

„Von einer wirklich ernsthaften Sozialisierung, die in erster Linie sich gegen die Herrschaft des allmächtigen fließenden Kapitals richten müsste, haben die sozialdemokratischen Arbeitersekretäre im Weimarer Schloss, die sich laut Kabinettsbeschluss den Titel Exzellenz zugelegt haben, keine Ahnung.“

Aber vielleicht ist das Urteil zu voreilig. Von einem Flugblatt kann man schließlich nicht allzu viel verlangen. Vielleicht haben die sozialdemokratischen Exzellenzen in den beiden Gesetzentwürfen, die sie der Nationalversammlung vorlegten, die Quintessenz ihrer sozialistischen Weisheit niedergelegt.

Wie unsere Leser aus den Tageszeitungen wissen, handelt sich's da vorerst um zwei Gesetze. Das erste proklamiert die Pflicht jedes Deutschen, „seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert.“ Es stellt die Arbeitskraft unter den Schutz des Reiches und spricht jedem Deutschen das Recht auf Arbeit oder Unterhalt aus öffentlichen Mitteln zu. Es erklärt ferner die Errichtung der Gemeinwirtschaft als zur Kompetenz des Reiches gehörig; die Leitung der Gemeinwirtschaft soll dagegen Sache der Selbstverwaltung sein, die dabei vom Reich beaufsichtigt wird.

Sehr viel ist mit diesem Gesetz auch noch nicht anzufangen. Das einzige Konkrete, Bestimmte darin ist das Recht auf Unterhalt aus öffentlichen Mitteln für jeden, der keine

Arbeitsgelegenheit zu finden vermag. Alles andere sind auch wieder nur recht unbestimmte Redensarten, bei denen alles darauf ankommt, *wie* sie in die Tat umgesetzt werden. Und selbst das Recht auf Unterhalt wird den Arbeitslosen nur dann satt machen, wenn öffentliche Mittel da sind. Dies aber hängt ganz davon ab, ob es gelingt, die Produktion wieder in Gang zu bringen und zu steigern. Auch hier kommt also alles darauf an, wie sozialisiert wird. Und darüber sagt das Gesetz kein Wort, genau so wenig wie das pompöse Flugblatt.

Aber nun ist da noch das Gesetz „*über die Regelung der Kohlenwirtschaft*“. Hier tritt das Reichsministerium endlich an die konkrete Aufgabe heran, hier muss es sich doch bestimmter ausdrücken.

Dieses Gesetz besagt: für die Leitung der Kohlenwirtschaft wird ein „Reichskohlenrat“ gebildet; die Kohlenproduzenten treten bezirksweise zu Verbänden und über das ganze Reich zu einem Gesamtverband zusammen; die Verbände regeln Förderung, Selbstverbrauch und Absatz (unter Aufsicht der Regierung und des Reichskohlenrats); die Regierung regelt die Festsetzung der Preise und zieht bei all ihren Maßnahmen einen Sach- [98] verständigenrat von 45 Mitgliedern hinzu, in welchem die Arbeiter, die Kapitalisten²⁰, die technischen und kaufmännischen Angestellten, die Händler, die Konsumenten und die Sachverständigen für Kohlenbergbau ua.. vertreten sind.

So weit, so gut. Aber das alles sind doch nur vorbereitende Vorschriften. Die Hauptsache soll nun erst kommen. Jedermann spitzt die Ohren, um zu hören: was soll nun in der Praxis geschehen, um – wie es in dem obigen Flugblatt – „dem ganzen Volk maßgebenden Einfluss auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie“ zu verschaffen. Denn wohlverstanden: nach diesem Gesetz bleiben die Gruben *immer noch Privateigentum ihrer gegenwärtigen Besitzer*. Nur dreinzureden hat die Regierung und ihr Reichskohlenrat. Alles kommt also wieder darauf an, wie dieses Dreinreden in der Praxis aussehen soll. Und da werden wir mit dem einfachen Sätzchen abgespeist:

„Die Reichsregierung erlässt die näheren Vorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes.“

Mit anderen Worten: *sie weiß es selbst noch nicht!* Vor 4 Monaten schon hat sie ihre berühmte „Sozialisierungskommission“, eingesetzt und bis jetzt hat sie noch keine Richtschnur für die praktische Durchführung der Sozialisierung auch nur in der dafür so überreifen Kohlenindustrie. Wer aber glaubte, aus der Begründungsrede des Ministers Wissell näheres zu erfahren, der – beinahe hätten wir geschrieben: der ist arg enttäuscht worden. Aber das stimmt nicht. Herr Wissel hat wirklich alles gesagt, was er wusste. Der Kern seiner Weisheit liegt in dem Satz:

„Finanzpolitisch muss man *möglichst hohe Einnahmen des Reichs aus der Kohlenwirtschaft* erstreben.“

Es gehört wirklich eine ganze Portion Mut dazu, unter ein Gesetz, das solche Absichten birgt, zu schreiben: „Und das ist Sozialismus.“ Nein, verehrtes Reichsministerium, das ist das genaue Gegenteil von Sozialismus. Das ist weiter nichts als der Versuch, durch eine möglichst

²⁰ Es ist immerhin bezeichnend für die Regierung, die sich bei jedem zweiten Wort auf Marx beruft, dass sie sogar amtlich die scheußlichen und gänzlich irreführenden Ausdrücke „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ beibehält, wobei mit „Arbeitnehmer“ die Arbeiter gemeint sind, die, wie Marx bewiesen hat, den Kapitalisten ihre Arbeit geben. Es liegt natürlich im Interesse des Kapitals, wenn die Arbeiter in dem Wahn bestärkt werden, als ob sie von dem Kapital etwas bekämen.

ausgiebige *indirekte Steuer*, durch eine kolossale Kohlenverteuerung den Beutel des Reichs zu füllen. Der Versuch wird genauso scheitern, wie jeder Versuch, unser Wirtschaftsleben ohne Kommunismus in [99] Ordnung zu bringen. Aber dass man es wagen darf, solche durchaus kapitalistischen Finanzmanöver als Sozialismus auszugeben, das ist denn doch ein starkes Stück. Wer möglichst hohe Einnahmen will, der will nicht Sozialismus. Wäre es um Sozialismus zu tun, dann würde man nicht irgendein Gewerbe herausheben und für sich allein, losgelöst von allen anderen, zu organisieren versuchen. Gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus. Der erste Schritt zur Sozialisierung muss sein die möglichst genaue Feststellung des gesamten Bedarfs, und dann muss durch unnachsichtliche Eingriffe, vor allem durch *Aufhebung des Privateigentums*, die gesamte Produktion *aller* Gewerbszweige für diesen Bedarf umgestellt werden. Dass das bei den ungeheuren Machtmitteln, die einer Reichsregierung zur Verfügung stehen, ganz schnell geht, haben wir während des Krieges dutzendfach erlebt. In 4 Monaten hätte da schon viel geschehen können. Aber freilich setzt das eine Regierung voraus, die nicht ständig besorgt ist, dem Kapital seine Macht zu erhalten, eine wirklich revolutionäre Regierung, die in jedem einzelnen Betrieb ihre Organe hat, mit einem Wort; eine Regierung der *Arbeiterräte*.

Die Diktatur des Proletariats.

Um den Kommunismus zu verwirklichen, hat Karl Marx als unerlässliche Vorbedingung die Diktatur des Proletariats bezeichnet. Unsere russischen Genossen, die Bolschewiki, haben sie in die Tat umgesetzt, und wir deutsche Kommunisten bemühen uns, ihrem Beispiel zu folgen.

Worin besteht die Diktatur des Proletariats? Hört man auf jene, die sie verdammen, so wäre die Diktatur des Proletariats die scheußliche Ausgeburt eines wahnsinnigen Machtkitzels; die unerträgliche Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit über eine große Mehrheit, die zu blutigen Mitteln des Terrors greift, weil sie keine Aussicht hat, auf dem „legalen Wege der Demokratie sich durchzusetzen.

Nun ist freilich keine Frage, dass Marx wie alle wahren Revolutionäre die Gewalt als ein unentbehrliches Hilfsmittel jeder Revolution anerkannt haben. Es wäre ja auch eine gar zu weltfremde Träumerei, wollte man sich einbilden, dass irgendeine im Besitze der Staatshoheit befindliche Macht sich diese ohne Kampf entreißen ließe. Auch die ehemalige deutsche Sozialdemokratie hat 50 Jahre lang die Arbeiter zur „Eroberung der politischen Macht aufgerufen, und eine Eroberung bedeutet Kampf, bedeutet Gewalt. Auch die Umwälzung vom 9. Nov. [100] geschah durch Gewalt, und wenn dabei glücklicherweise nur wenig Blut floss, so ist das nur ein Beweis, dass sogar die Gewaltanwendung nicht unbedingt zu Blutvergießen führen muss, sondern dass sich dies ganz nach dem Maße des Widerstandes richtet.

Aber die Eroberung der politischen Macht ist noch nicht Diktatur des Proletariats. Sie schafft erst die Möglichkeit, sie zu errichten.

Was das Proletariat zu tun hat, wenn es in den Besitz der politischen Macht gelangt – was folglich in Deutschland nach dem 9. November hätte geschehen müssen, das wissen wir schon seit mehr denn 70 Jahren. Es steht im „*Kommunistischen Manifest*“, das im Jahre 1847 von *Marx* und *Engels* verfasst und früher als eine der wichtigsten Propagandaschriften von der deutschen Sozialdemokratie verbreitet worden ist. Dort liest man, (S. 37 der Ausgabe von 1906):

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu brauchen, *der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen*, alle Produktionsinstrumente in den Händen des

Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“

Es liegt ja auch auf der Hand, dass auf keine andere Weise an die Herbeiführung des Kommunismus, den die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre lang dem Proletariat versprochen hat, zu denken ist. Der erste Schritt ist, nach und nach der Bourgeoisie alles Kapital zu entreißen. Hier tritt übrigens auch klar zu Tage, wer mit dem Ausdruck „Bourgeoisie gemeint ist: die Besitzer des Kapitals, die Besitzer der Produktionsmittel, die aus der Arbeit der Proletarier Gewinn ziehen. Der Arzt, der Beamte, der Ingenieur, der Künstler, kurz alle, die von ihrer eigenen Arbeit leben, sind keine Bourgeois, keine Kapitalisten; ihnen kann man kein Kapital entziehen, gegen sie richtet sich nicht der Kampf der Kommunisten.

Wenn nun eine zur Macht gelangte proletarische Regierung daran gehen soll, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, so wird hoffentlich kein Mensch naiv genug sein zu glauben, dass die Bourgeoisie ihr dabei helfen würde. Mag sein, dass hier und da ein einzelner Bourgeois sich zu der Erkenntnis durchringt, dass es für alle und damit letzten Endes auch für ihn selbst am besten ist, den Kommunismus einzuführen es gibt einzelne solche Fälle – die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit, die Bourgeoisie *als Klasse* wird jeden Zipfel Macht, den sie besitzt, benutzen, um Widerstand zu leisten und das Werk der Kommunisierung zu hindern. [101]

Daraus folgt, dass *auch nicht der geringste Rest von Macht in den Händen der Bourgeoisie* (d.h. in den Händen der ausbeutenden Besitzer des Kapitals) verbleiben darf, dass vielmehr die Bourgeoisie von jedem Einfluss auf die Staatsgewalt ausgeschlossen sein muss. *Das ist die Diktatur des Proletariats.*

Das hat also an sich mit einer Schreckensherrschaft gar nichts zu tun. Es erfordert kein Blutvergießen. Es ist nur die einfache Umkehrung des bisherigen und in Deutschland jetzt noch gültigen Zustandes.

Nimmt man z. B. das neueste Statistische Jahrbuch für Preußen in die Hand, so hatten im Jahre 1917 von insgesamt rund 15½ Millionen erwachsenen Personen, die es im preußischen Staate gab, ein Einkommen von:

weniger als	900 M.	jährlich rund	8 260 000	=	ca. 53½%
	900–3000 M.	jährlich rund	<u>6 150 000</u>	=	ca. <u>40%</u>
		zusammen	14 410 000	=	ca. 93½%
	3000 – 9500 M.	jährlich rund	830 000	=	ca. 5½%
	9500 – 30 500 M.	jährlich rund	126 000	}	= ca. 1%
	30 500 – 100 000 M.	jährlich rund	32 600		
	Über 1 000 000 M.	jährlich rund	9000}		

Freilich ist die Höhe des für die Steuer veranlagten Einkommens nicht unbedingt beweiskräftig, weil dabei viel geschwindelt wird. Aber einen ungefähren Anhalt gibt diese Übersicht doch, und wir ersehen daraus, dass immer noch weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ein erbärmlich proletarisches Dasein führt – was konnte man sich wohl im Jahre 1917 für weniger als 900 Mk. das Jahr über kaufen! – und dass die Proletarier insgesamt 95 – 94% [?] der Bevölkerung ausmachen, während auf der anderen Seite nur ein einziges Prozent

aus eigentlichen Kapitalisten besteht²¹. Nun brauchen wir in einem für sozialistische Leser bestimmten Blatte nicht erst auseinanderzusetzen, dass diese Kapitalisten, also von 100 Mann immer einer, im alten Staate die *ganze* Macht in Händen hatten. Durch die Schaumschlägerei eines angeblich gleichen Wahlrechts lassen sich Leute, die durch die Schule der ehemaligen Sozialdemokratie gegangen sind, nicht blenden. Die Großkapitalisten, die Männer mit über 30 000 Mk. jährlichem Einkommen, haben [102] *allein* bestimmt, was im Staate geschehen soll, haben *allein* die Gesetze gemacht, und haben als selbstverständlich verlangt, dass sich die anderen 99% ihrem Willen fügten und die von ihnen gemachten Gesetze befolgten. Meist geschah das auch, viele Jahrzehnte lang. Wenn aber einmal ausnahmsweise die große Masse sich nicht gutwillig fügte, dann wurden Maschinengewehre aufgeföhren und es gab blaue Bohnen zu kosten. Im Namen der heiligen Ordnung! Als Schuldige an dem Blutvergießen aber wurden die Rebellen bezeichnet. Es galt also als selbstverständlich, dass die herrschende Staatsmacht das Recht habe, jede Auflehnung blutig zu unterdrücken.

Nichts anderes wird jetzt verlangt. Nur dass der Zustand einer tatsächlichen Diktatur, der auch bisher immer geherrscht hat, aller Heuchelei entkleidet werden soll. Die Staatsmacht war im November in die Hände der Proletarier übergegangen, d.h. der 94%, welche an keiner Ausbeutung, an keinem Profitgenuss teilhaben, sondern unter der Ausbeutung leiden. Nun soll kein heuchlerisches Wahlrecht und dergleichen zurechtgetüfelt werden, welches unter dem Schein völliger Gleichberechtigung einen Teil der Bevölkerung dennoch jeden tatsächlichen Einflusses entkleidet, (wie es z. B. im alten Reichstag der Fall war und wie es in den Bourgeoisrepubliken Frankreich, Amerika usw. heute noch ist ²²), sondern es soll offen und ehrlich erklärt werden: die ausbeutende Klasse darf auch nicht den allergeringsten Einfluss auf die Staatsgeschäfte behalten; sie hat kein Wahlrecht und es muss auch sonst dafür gesorgt sein, dass sie nicht etwa auf Schleichwegen ihren Willen, ihren Einfluss, ihre Interessen wieder geltend machen kann. Nur das Proletariat bestimmt, was im Staate geschehen soll; allein macht es die Gesetze, und das eine Prozent Kapitalisten muss sich ihnen genauso unterordnen, wie sich bisher die 99% den Gesetzen der wenigen Kapitalisten unterordnen mussten.

Das und nichts anderes ist die Diktatur des Proletariats. Sie hat an sich nichts mit Blutvergießen zu tun. Sie würde nur dann zu Blutvergießen föhren, wenn sich die Hand voll Kapitalisten mit Gewalt gegen den Grundsatz auflehnt, den sie selbst aufgestellt hat, dass nämlich die Minderheit sich der Mehrheit fügen soll. Aber bei ihrer verschwindend winzigen Minorität würden sie das wahrscheinlich gar nicht wagen, wenn nur einmal mit der Diktatur des Proletariats Ernst gemacht [103] würde. Und so wird diese vermutlich die friedlichste und unblutigste aller Regierungsformen sein. Zumal es ja jedem Ausbeuter in jedem Augenblick freisteht, Proletarier zu werden und sich von seiner eigenen Arbeit zu nähren, wodurch er sofort in den Genuss aller Staatsbürgerrechte tritt.

Dass es so und nicht anders mit der Diktatur des Proletariats gemeint ist, lehren die Dinge in Russland. Allerdings sind in *Russland* blutige Gewalttaten vorgekommen, allerdings hat sich die Staatshoheit des Proletariats dort durch rücksichtslose Strenge behaupten müssen. Aber wie kam das?

²¹ Oder vielmehr noch lange kein ganzes Prozent. Denn bei den Einkünften von 9500 – 30 000 Mark sind viele Beamte, Gelehrte, Künstler etc. dabei, die eigentlichen Kapitalisten beginnen sicherlich erst bei 30 000 Mark Einkommen.

²² Vgl. Demokratie und Freiheit, eine Untersuchung über das parlamentarische System in den westlichen Kulturstaaten. 3 Hefte, Amerika, England, Frankreich. Von *Julian Borchardt*. Berlin 1918 Verlag Georg Sturm.

In Russland hat es bekanntlich kurz hintereinander, im März und im November 1917, zwei Revolutionen gegeben. Und zwar wurden sie unmittelbar geboren aus der tiefen Friedenssehnsucht des russischen Volkes. Als es sah, dass Kerenski nicht Frieden schloss, vertraute es die öffentliche Gewalt solchen Männern an, zu denen es das Vertrauen hatte, dass sie dem Krieg unter allen Umständen ein Ende machen würden. Diese Männer, unsere bolschewistischen Genossen, haben das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt. Sie brachten den Frieden zu Stande und gingen an die kommunistische Neuordnung der Dinge, um allen, die arbeiten wollen, ein sicheres Dasein zu gewähren.

Hiermit war ein Teil der Bevölkerung nicht einverstanden. Nur ein kleiner Teil, aber ein mächtiger: die russische Bourgeoisie. Sie revoltierte gegen den Frieden und revoltiert heute noch gegen ihn, weil er die Einleitung war zum kommunistischen Neubau, der den Profit ausschaltet und der Bourgeoisie ihre Vorrechte, ihre Ausbeutungsmöglichkeit nimmt. Ihre Sondervorteile waren der russischen Bourgeoisie wichtiger, als das Interesse des ganzen Volkes. Sie zögerte keinen Augenblick, das Volk in einen neuen Krieg hineinzustoßen; sie ging darauf aus, neue hunderttausende von Leichen zu häufen, nur um die Interessen ihres Profits zu schützen.

Zu diesem Zweck hat die russische Bourgeoisie Taten begangen, die in jedem Lande und von jeder Gesetzgebung zu den schwersten Verbrechen gerechnet werden. Sie hat über das ganze Land ein weit verzweigtes Netz von Verschwörungen angezettelt; sie hat mit ihrem Geld Armeen bewaffnet und aufrührerische Generäle besoldet, um gegen die Regierung Krieg zu führen; sie hat sich sogar mit auswärtigen Regierungen in Verbindung gesetzt, um feindliche Truppen ins Land zu ziehen: die Engländer, die Franzosen, die Japaner.

Dem gegenüber hat dann allerdings die Sowjetregierung durchgreifen müssen, und so kam es zum Bürgerkrieg. Dass die [104] bolschewistische Regierung lange gezögert hat, dass sie lange versucht hat, mit Milde auszukommen, das beweisen sogar die Berichte der deutschen bürgerlichen Zeitungen, die in der gehässigsten Weise gegen die Bolschewiki hetzen. So meldete vor einigen Monaten (im September 1918) die Frankfurter Zeitung, dass die Sowjetregierung zuerst die verhafteten Führer des alten Systems, darunter sogar die Generäle Kornilow, Kaledin, Kraßnow freigelassen hat. Diese aber benutzten das nur dazu, um alsbald, mit dem Gelde der Bourgeoisie, Armeen zu sammeln und gegen die Regierung und die Freiheit des arbeitenden Volkes zu Felde zu ziehen. Dabei ist es dann freilich zu Blutvergießen gekommen. Aber dieses Blut ist verschuldet durch die Verbrechen der russischen Bourgeoisie, die vor Landesverrat und bewaffnetem Aufruhr nicht zurückschreckte. Übrigens sind in all diesen Kämpfen kaum so viel tausende an Opfern gefallen, wie im Weltkrieg Millionen. Und die Erneuerung des Krieges für Russland zu verhüten, war ja gerade der Zweck der Sowjetregierung.

Das alles hat also mit der Diktatur des Proletariats nichts zu tun. Die Bourgeoisie brauchte nur das zu tun, was sie selbst so viele Menschenalter lang vom Proletariat verlangt hat, nämlich sich der bestehenden Staatshoheit unterzuordnen – dann gab es keinen Bürgerkrieg und kein Blutvergießen. Da sie sich mit bewaffneter Hand auflehnte, hätte jede Regierung ebenso, nur wahrscheinlich mit viel mehr Grausamkeit gehandelt, wie unsere russischen Genossen.

Die Diktatur des Proletariats besteht vielmehr darin, dass *die ausbeutende Klasse vom Wahlrecht und von jedem Einfluss auf die Staatsgeschäfte ausgeschlossen* ist. Die russische Verfassung vom 10. Juli 1918 bestimmt (§ 64):

„Das aktive und passive Wahlrecht zu den Sowjets genießen unabhängig vom Glaubensbekenntnis, von der Nationalität, Ansässigkeit usw. folgende Bürger beiderlei Geschlechts, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr erreicht haben:

- a) alle Bürger, die die Mittel zu ihrem Unterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben ...
- b) Soldaten der Sowjet-Armee und Flotte;
- c) Bürger dieser beiden Kategorien, welche ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben.

Jeder der produktive oder gemeinnützige Arbeit leistet und davon lebt, hat hiernach das Wahlrecht. Nicht nur der Lohnarbeiter im engeren Sinne, sondern auch der Arzt, der Beamte, der Künstler usw. sofern er von gemeinnütziger Arbeit [105] lebt. Solchen Personen gebührt das Wahlrecht (laut § 20) auch dann, wenn sie Ausländer sind. Soweit geht heute die Demokratie in Russland.

Dass es sich eben nur darum handelt, die Ausbeuter von der Staatsmacht auszuschließen, zeigt vor allem auch § 65. Durch ihn werden des (aktiven und passiven) Wahlrechts verlustig erklärt:

- a) Personen, die Lohnarbeiter zum Zweck des Gewinns beschäftigen;
- b) Personen, die arbeitsloses Einkommen haben, wie Prozente vom Kapital, Gewinne von Unternehmungen, Einkünfte von Eigentum etc.
- c) Privathändler und Handelsvermittler
- d) Mönche und Geistliche der Kirchen und religiösen Kulte
- e) Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des besonderen Gendarmenkorps und der politischen Geheimabteilungen (Ochrana), ferner die Mitglieder des russischen Zarenhauses.

(Dazu noch Geisteskranke, Entmündigte und in gewissen Fällen auch Verurteilte.)

Aus all diesen Bestimmungen spricht deutlich, dass es sich einzig und allein darum handelt, dem Kapital und seinen Werkzeugen jeden Einfluss auf die Staatsgeschäfte zu entziehen. Wenn jedoch behauptet wird, dass dies gegen die Grundsätze der „Demokratie“ und „Gleichberechtigung“ verstoße, so muss gesagt werden, dass in keinem Lande der Welt die Demokratie so weit geht, wie im heutigen Russland mit seiner Diktatur des Proletariats. Worin besteht denn die „Demokratie“ selbst in Amerika, in Frankreich und England? Darin, dass der Staatsbürger alle paar Jahr einen Abgeordneten wählen darf. Dann aber muss er bis zum Ablauf der Wahlperiode ruhig zusehen, was dieser sein Vormund tut.

In Russland ist es ganz anders. In Russland wählt jeder, dem nach den erwähnten Verfassungsbestimmungen das Wahlrecht zusteht, zu den Sowjets. Das sind die Arbeiterräte (bezw. Soldaten- und Bauernräte) in den einzelnen Ortschaften. Ihre Wahl gilt (nach § 57) auf nicht länger als *drei Monate*.

Die Sowjets wählen Vertreter zum „Allrussischen Sowjet Kongress.“ Dieser Kongress (§ 24) ist die oberste Gewalt in der Russischen Republik. Er tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen, und daraus ergibt sich, dass all diese und die weiteren Wahlen immer nur auf höchstens 6 Monate gelten. Wo wäre in den „demokratischsten“ Staaten der Welt eine Bestimmung, die dieser gleichkommt und den Wähler zwingt, nach längstens 6 Monaten die Tätigkeit des Erwählten zu überprüfen, ob er ihm noch weiter das Vertrauen schenken darf? Selbst in ihren verwegenen Träumen gehen die „fortgeschrittensten“ Parteien [106] Deutschlands, Frankreichs usw., nur bis zur einjährigen Wahlperiode, die aber noch nirgends verwirklicht ist.

Gleichwohl ist dies noch nicht alles. Der Sowjetkongress wählt das „Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee“ (A. Z. E. K.), eine Körperschaft von höchstens 200 Personen, die dauernd

tagt. Sie ist aber kein bloßes Parlament, keine Schwatzbude, sondern (§ 31) „das oberste gesetzgebende, ausführende und kontrollierende Organ der Republik. Da es vom Kongress gewählt werden muss, reicht seine Vollmacht ebenfalls nur auf höchstens 6 Monate. Seine Funktionen bestimmt § 32 der Verfassung wie folgt:

„Das A. Z. E. K. stellt allgemeine Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernregierung und für alle Organe der Sowjetmacht im Lande auf, es umfasst und vereinheitlicht die gesetzgeberische und verwaltende Tätigkeit und überwacht die Durchführung der Sowjetverfassung, der Beschlüsse des Allrussischen Sowjetkongresses und der Zentralorgane der Sowjetmacht.“

Das A. Z. E. K. setzt den Rat der Volkskommissare ein, der aus 17 Mitgliedern besteht (je eines für die verschiedenen Ressorts) und die Verwaltungs- und Regierungsgeschäfte unmittelbar leitet. Auch die Volkskommissare müssen selbstverständlich alle 6 Monate von dem neuen A. Z. E. K. entweder in ihrem Amte bestätigt oder neu gewählt werden.

Außerdem aber – und dies ist von entscheidender Wichtigkeit – bestimmt § 78

„Die Wähler, die einen Abgeordneten in den Sowjet entsandt haben, haben das Recht, ihn *jederzeit wieder abzuberufen* und neue Wahlen zu veranstalten.“

Diese Bestimmung legt erst wirklich die Macht in die Hände der Volksmassen. Sie macht erst die Verfassung zu einer wirklich demokratischen. Sie gibt den Wählern die Möglichkeit, die Zusammensetzung der Regierung bis in die höchsten Ämter hinein zu beeinflussen.

In allen anderen Ländern fehlt eine solche Bestimmung. Nur die Pariser Kommune, die aber nur wenige Wochen alt wurde, hat sie zuerst verwirklicht. In Russland besteht sie nun schon seit 1½ Jahren, (denn sie galt vom Tage der Revolution an, wenn sie auch erst am 10. Juli 1918 schriftlich aufgezeichnet wurde). Und es ist jedenfalls sehr bemerkenswert, dass die Arbeitermassen, die es hierdurch in der Hand haben, ihre Abgeordneten und Regierungsbeamten ohne besondere Anstrengung jeden Augenblick fortzublasen, in den ganzen 1½ Jahren dieselben Männer immer von neuem in ihre Ämter eingesetzt haben. Das dürfte ein vollgültiger Beweis dafür sein, dass, trotz aller in Deutschland verbreiteten gegenteiligen Behauptungen, die breiten Massen des russischen Volkes sich unter der Regierung dieser Männer wohl fühlen. [107]

Die Wahrheit über den Balkankrieg.

Von L. Barbar, Sofia. (Schluss.)

Die bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei hat seit jeher die richtige Ansicht vertreten, dass die Balkanländer, durch die kapitalistische Entwicklung vorwärts getrieben, aber in enge Grenzen eingeschlossen – diese Entwicklung hemmen und zugleich darunter leiden, dass sie nicht schneller vor sich geht. All diesen Ländern mangelt es nämlich an einem inneren Absatzgebiet. Die Territorien dieser Staaten sind klein und die Bevölkerung nicht zahlreich genug, um eine rasche Entwicklung des Kapitalismus zu begünstigen. Die schwache Industrie gibt der Entwicklung des inneren Absatzgebietes keine Ausdehnungsmöglichkeit und es können auch keine Produktionen erstehen, die alle Rohstoffe der Balkanländer in sich aufnehmen könnten. Deswegen streben die Bourgeoisien aller Balkanländer seit Jahrzehnten nach neuen Absatzgebieten. Friedlich können diese nicht erworben werden, da das Türkische Reich, das zunächst allein in Frage käme, von viel entwickelteren kapitalistischen Staaten beliefert wird. Ja, die Industrie der Balkanländer wird auf türkischem Boden sogar durch Fabrikate kapitalistischer entwickelterer Staaten verdrängt. So geschah es mit der Produktion des bulgarischen groben Tuches (Aba genannt), den bulgarischen Lodenstoffen etc. Es blieb

nun nichts anderes übrig als die Eroberung neuer Absatzgebiete, die das bulgarische Bürgertum zum Balkankrieg hintrieb.

Durch die Handelsverträge der Jahre 1900 und 1907 zwischen der Türkei und Bulgarien war der Bulgarische Textilwarenexport und Mehlexport sehr begünstigt. Das konnten die Jungtürken nicht dulden. Sie konnten die zollfreie Einfuhr bulgarischer Handelsartikel nicht zulassen. Die Jungtürken wollten dadurch ihr heimisches Industriekapital schützen und gleichzeitig größere Fiskaleinnahmen erzielen. Die bulgarischen Regierungen haben durch fortwährende Aufwiegelung in Makedonien behufs dessen „Befreiung“ den endgültigen Bruch zwischen Bulgarien und der Türkei herbeigeführt. Seit dem Jahr 1910, wo der frühere Zollvertrag Bulgariens mit der Türkei gekündigt wurde, war der Weg der bulgarischen Bourgeoisie in den türkischen Absatzgebieten versperrt. Daraus entbrannte der Patriotismus des bulgarischen Bürgertums, der sich die Eroberung Makedoniens zum Ziel setzte.

Die Türkei wollte auf keinen Fall ihre Eisenbahnlinien mit den bulgarischen verbinden, und es zogen sich die Unter- [108] handlungen bezüglich der Eisenbahn von Kumanowo jahrelang hin. Die nationalistische Politik der Türkei veranlasste eine Reihe von Maßregeln, die dahin gingen, jede nationale Bewegung in Makedonien zu unterdrücken. So wurde die ganze christliche Bevölkerung entwaffnet, und zwar mit großen Gewalttätigkeiten. Die Autonomie der Nationalitäten wurde unterdrückt und die bulgarischen Exarchieschulen in Makedonien gesperrt. Es wurden durch Gesetz die nationalen politischen Klubs in Makedonien aufgelöst und verboten. Bei den Wahlen wurde die Freiheit der fremden Wähler missachtet. Die Pressfreiheit und Vereinsfreiheit wurden gleichfalls aufgehoben, nachdem sie nur einige Wochen gedauert hatte. So musste die Türkei die Ruhe in Makedonien mit dem größten Aufgebot von Militärkräften aufrechterhalten.

Mit Serbien war es ähnlich bestellt. Waren schon die Grenzen Bulgariens zu eng, um die Kräfte des lokalen Kapitalismus zu entfalten, so waren die Grenzen Serbiens noch enger. Serbien war der Zugang zum Meer versperrt. Serbien war dem wirtschaftlichen Druck Österreich-Ungarns unterstellt, das 3 der ganzen serbischen Ausfuhr verschlang, die ausschließlich aus Landwirtschaftsprodukten und Vieh bestand. Der ganz unbedeutende Ausfuhrhandel, den Serbien nach anderwärts betrieb, musste mangels anderer Wege durch Österreich-Ungarn befördert werden. Kurz, von der Willkür Österreich-Ungarns war nicht nur die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte Serbiens, sondern dessen ganze Industrieentwicklung abhängig. Durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina wurde den Serben die Hoffnung, sich dem Meere zu nähern, genommen. So musste Serbien und dessen Bürgertum nach dem Süden einen Ausweg anstreben und in Makedonien Absatzgebiete bzw. das Näherrücken ans Meer zu erreichen suchen. Die Regierung der Jungtürken gefährdete die serbischen Bestrebungen nach dem Sandzak und Alt-Serbien. Weil es nicht stark genug war, selbst die Türkei anzugreifen, so führte es mit dieser eine Freundschaftspolitik, um den Hafen von Saloniki benutzen zu können. Die serbische Regierung hatte unterdessen in Makedonien ihre Propaganda durch Messer und Dolch geführt, durch Schule und Kirche. Diese nationalistische Propaganda war gegen die Türken, sowie gegen Griechen und Bulgaren gerichtet. Die türkische Regierung stachelte diese gegenseitigen Kämpfe noch ihrerseits auf, um alle unterworfenen Völker leichter beherrschen zu können.

Wie stand es um Griechenland? Es hatte seit langer Zeit eine schwere innere Finanz- und politische Krise durchzumachen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hemmte. [109] Seit vielen Jahrzehnten führte Griechenland einen erfolglosen Kampf, um die Insel Kreta sich zuzueignen. Der Krieg mit der Türkei im Jahr 1898 hatte den finanziellen Ruin Griechenlands zur Folge. Dieser Krieg verursachte die Entstehung der dynastischen Frage und das Auftreten militärischer Unruhen im Lande.

Das griechische Bürgertum suchte einen Ausgang aus dieser Lage und wendete seine Blicke den griechischen Städten am Ägäischen Meere zu, vor allem Makedonien und dessen Meeresufer, die von Griechen bewohnt sind. Die Griechen entwickelten eine politische Propaganda in diesen Ortschaften. Die jungtürkische Regierung, die die Griechen gegen Bulgaren und Serben in Makedonien aufhetzte, erlaubte dem griechischen Staate nicht, dessen Eisenbahnen mit der Linie Saloniki – Bitoli (Monastir) zu verbinden, was einem langgehegten Wunsche der griechischen Bourgeoisie entsprochen hätte. Als nun die Aufstände in Albanien und sodann der Krieg mit Italien ausbrach, war die Türkei vor eine schwere Prüfung gestellt. Die Balkanstaaten glaubten den Moment gekommen, um der Türkei einen entscheidenden Schlag zu versetzen und ihre Grenzen auf Kosten der Türkei auszudehnen. –

Die Idee des Balkanbundes ist alt. Sie wurde noch vor der Befreiung Bulgariens angeregt, und vor 20 Jahren hat der griechische Patriot Trikupis konkrete Vorschläge an Stambulow gemacht, um Bulgarien zu einem Krieg gegen die Türkei zu bewegen, was Stambulow damals mit der Begründung, Bulgarien sei noch nicht genügend vorbereitet, ablehnte. Dabei schätzte Stambulow die Freundschaft mit der Türkei hoch. Der neue Bundesvorschlag kam gleichfalls aus Griechenland (Denizelos) im Jahre 1911. Bulgarien verschob damals die weiteren Verhandlungen, um sich vor allem die Unterstützung Serbiens zu sichern. Die bulgarisch-serbische Vereinbarung kam am 26. Februar 1912 zu Stande und am 20. Mai 1912 wurde auch ein bulgarisch-griechisches Einverständnis unterfertigt. Das Einverständnis zwischen Bulgarien und Montenegro wurde in der Wiener Hofburg in Anwesenheit eines russischen Großfürsten abgeschlossen.

Der Balkanbund bestand eigentlich aus drei nacheinander abgeschlossenen Bündnissen und ist dahin zu erklären, dass Bulgarien, das stärkste der Balkanländer, die Nachbarn überlisten wollte, um sich nachher mit jedem der Verbündeten einzeln auseinanderzusetzen. Deswegen hat auch Bulgarien an der Konferenz der Ministerpräsidenten behufs Aufteilung der Beute nicht teilgenommen. Die einzelnen Einverständnisse zwischen Bulgarien und Serbien, Griechenland und Bulgarien, Bulgarien [110] und Montenegro waren nicht gegen die Türkei gerichtet. Es waren nur Abwehrverträge. Gegen die Türkei richteten sich diese Verträge nur in Folge des Zusatzes von Militärkonventionen. Der serbisch-bulgarische Vertrag enthält eine Teilung Makedoniens. Der Vertrag bestimmt das Folgende: Serbien hat Bulgarien das Herrschaftsrecht über die Territorien östlich der Rhodope und des Strumaflusses anzuerkennen, und Bulgarien erteilt Serbien das Recht auf das Territorium nördlich und westlich des Schargebirges. Das Land zwischen Schargebirge, Rhodope, Archipelag und dem Ochridaer-See, d.h. Makedonien teilte der Vertrag in zwei sog. Zonen: die „streitige“ bestehend aus den Städten Skoplje, Gostivar, Kumanowo u. a. und die „unstreitige“ östlich und südlich von der einen der genau bestimmten Grenzen, jenseits deren Serbien sich verpflichtete, nichts zu fordern; Bulgarien heißt es in § 2 des geheimen Zusatzes zum serbisch-bulgarischen Verträge – „verpflichtet sich diese Grenze anzunehmen, wenn Seine Majestät der Zar, der darum ersucht werden wird, als allerhöchsten Schiedsrichter in dieser Frage zu intervenieren, sich zu Gunsten der so gezogenen Grenze äußern sollte. Beide Teile verpflichten sich, als endgültige Grenze jene Linie anzunehmen, die der russische Zar als den Interessen beider Teile und den Rechten beider Staaten am entsprechendsten findet.“ Daraus ersehen wir deutlich, dass der serbisch-bulgarische Bund keinen Befreiungszweck verfolgte, sondern lediglich Eroberungsabsichten nachging. Der Balkanbund war eine Eroberungsunternehmung, wobei die Verbündeten keine Rücksicht auf die Nationalität der so geteilten bzw. zu teilenden Völker nahmen. Den Nachrichten der Tagespresse ist das Bekanntwerden einer Klausel dieses serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages zu verdanken, die folgendermaßen lautet: Bulgarien ist verpflichtet, den Serben 200 000 Soldaten zu Hilfe zu schicken, falls Österreich-Ungarn es unternehmen sollte, Serbien zu überfallen. Eigentümlich

ist dabei die Tatsache, dass der Vertrag noch heutzutage seinem ganzen Inhalte nach nicht bekannt ist. Weder Serbien noch Bulgarien trauen sich, den ganzen Inhalt des Vertrages zu veröffentlichen, um nicht die darin versteckte Abhängigkeit von Russland ans Licht zu bringen, da gut Unterrichtete auch wissen wollen, dass Russland sich am Balkankrieg aufrichtig beteiligen wollte.

So entstand der Balkanbund, ein dynastischer und Militärbund, durch den russischen Zarismus angestiftet und unterstützt, ein Vertrag, der die Eroberungsbestrebungen des Balkan-Bürgertums und der Balkandynastien repräsentierte.

Diesem Bunde gegenüber, bevor er noch zustande kam, hat die bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei ihren [111] Standpunkt fest bestimmt. Der XIX. Kongress der bulgarischen soz.-demokratischen Arbeiterpartei²³, der am 15. 16. und 17. August 1912 in Rustschuk tagte, beschloss folgende Resolution:

1. Die Eroberung und die Aufteilung der Türkei und der Balkan-Halbinsel sind der nähere Zweck der imperialistischen Politik der großen kapitalistischen Staaten, die danach streben, aus den Balkanstaaten ihre Kolonien zu machen, wo sie ihre Waren und Kapitalien am besten unterbringen können.
2. Das Bürgertum der Balkanstaaten und die daselbst herrschenden Dynastien stellen sich nicht nur diesen Eroberungsplänen des europäischen Kapitalismus nicht entgegen, sondern es verschärfen die ersteren mit ihrer nationalistischen Expansionspolitik und die letzteren durch ihre dynastische Politik die Gegensätze und Konflikte unter den Balkanvölkern, wobei sich diese gegenseitig entkräften und dadurch ihre endgültige Versklavung und Aufteilung vorbereiten.
3. Die verräterische Politik der herrschenden Klassen und Dynastien der Balkanstaaten führt zur Kräftigung des Militarismus und der bürgerlich-monarchistischen Reaktion, zu einer Erhöhung der indirekten Steuern und einer Verteuerung des Lebens, folglich zu einem immer tiefer um sich greifenden Elend der Arbeiterklasse und zum Ruin der Volksmassen.
4. Die in der Türkei herrschende militär-feudale Klasse unterdrückt die versklavten Völker und das Proletariat mit den barbarischsten Mitteln der militaristischen Diktatur und hemmt nicht nur die soziale Entwicklung der ihr unterworfenen Völker und Klassen, sondern, unfähig, die Unversehrtheit und Unabhängigkeit der Türkei zu erhalten, bereitet sie die Beraubung und Beherrschung desselben durch die großkapitalistischen Staaten vor.
5. Die letzten Ereignisse auf dem Balkan: der italienisch-türkische Krieg, der Aufstand der Albanesen, die Auflehnungen in Makedonien, die Eroberungsbestrebungen Österreich-Ungarns gegenüber Albanien usw., lieferten den klarsten Beweis, dass der europäische Kapitalismus immer mehr die Balkanvölker mit endgültiger Okkupierung bedroht, dass die Kriegsgefahr für die Balkanvölker wie für alle europäischen Nationen tagtäglich sich steigert, und dass andererseits die Bourgeoisie in Bulgarien und in den anderen Balkanländern nicht allein nicht für die Unabhängigkeit der Balkanvölker streitet sondern, dass das bulgarische Bürgertum durch seinen kriegerischen verbrecherischen Alarm diese Völker zur gegenseitigen Ausrottung und endgültigen Versklavung treibt.

²³ Protokoll des XIX. sozial-demokr. Arbeiterkongr. S. 30.

6. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die gegenwärtig die chauvinistische Wut in den indifferenten Arbeiter- und Volksmassen entfesseln und sie zum Kriege anstiften, streben nicht die „Befreiung der makedonischen Sklaven an“, sondern neue Eroberungen, und versuchen dabei, die indifferenten Volksmassen im Namen der „nationalen Ideale hinter sich nachschleppen.

Mit Rücksicht darauf fasste der Kongress einen Beschluss, worin er gegen die nationalistische und dynastische Politik der herrschenden Klassen sowie gegen den Krieg mit der Türkei protestiert und die Arbeiter auffordert, sich um das Banner des selbständigen Klassenkampfes zu scharen, dessen nächstes Ziel die Errichtung einer Bundesrepublik aller Balkanvölker sei. Diesen Standpunkt vertrat die bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei unmittelbar vor Ausbruch des Balkankrieges. [112]

Die Schuld am Weltkrieg.

Von Ernst Sucher.

Nach der Lehre des historischen Materialismus ist die Grundtriebfeder alles geschichtlichen Werdens die unaufhörliche Zunahme der Menschen und ihrer Bedürfnisse und die dadurch erforderte unablässige Steigerung der Produktivität, d.h. der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit. Die Menschheit müsste zu Grunde gehen, wollte sie auch nur zeitweilig davon abstehen, immer neue Mittel und Wege anzuwenden, welche die Produktivität der Arbeit immer weiter steigern. Hierin besteht der wirtschaftliche Fortschritt. Wie er sich in geschichtlichen Fortschritt umsetzt, in die Umgestaltung der Produktionsweise, in die Entstehung der verschiedenen Klassen, in die Klassenkämpfe, in das öffentliche Leben der Staaten und Völker und schließlich in ihre auswärtige Politik, das ist eine Frage für sich. Hier genügt die einfache Feststellung, dass dieser wirtschaftliche Fortschritt, d.h. die Steigerung der Arbeitsproduktivität, bisher in allen Teilen der Geschichte, die wir kennen, stattgefunden hat.

In den letzten 400 – 500 Jahren geschah er in den Ländern des europäischen Kulturkreises durch das Kapital und auf kapitalistische Art. Deren Charakteristikum ist der Profit. Dies bedeutet: in der kapitalistischen Produktion ist eine Trennung eingetreten zwischen den *Anwendern* der Produktionsmittel – den Arbeitern – und ihren *Besitzern* – den Kapitalisten. Und es wird so gewirtschaftet, dass aus dem Ertrage der Arbeit für die Besitzer ein Überschuss verbleibt.

Die Untersuchung, woher dieser Überschuss stammt, auf welche Weise er erwirtschaftet wird, wie er auf die soziale Zusammensetzung eines Volkes und damit auf seine sozialen Zustände und seine innere Politik einwirkt, mag auf sich beruhen. Die Tatsache aber, dass in der kapitalistischen Produktion Profit gemacht wird, liefert den Schlüssel zur Beantwortung der Fragen, um die es sich hier handelt.

Aus der bloßen Tatsache nämlich ergibt sich ein *Missverhältnis zwischen Produktion und Konsum*. Wenn von den hergestellten Produkten ein Teil – oder dessen Wert – als Gewinn für die Kapitalisten übrigbleiben soll, so versteht sich, dass ihn die Arbeiter nicht bekommen. Ihr Lohn, den sie in Geld ausgezahlt erhalten, kann also nie so hoch sein, dass sie im Stande wären, die gesamten, von ihnen produzierten Waren zu kaufen.

Das scheint indessen, um die Gesamtwirtschaft im Gleichgewicht zu halten, auch nicht nötig. Was die Arbeiter nicht [113] konsumieren, das bleibt eben für die Kapitalisten, und außerdem gibt es ja noch andere Schichten der Bevölkerung, Beamte, freie Berufe etc., die an der Produktion von Waren nicht teilnehmen und gleichwohl konsumieren müssen. Es ist also

dafür gesorgt, dass die von der Arbeiterschaft übrig gelassenen Waren verkauft und konsumiert werden.

In der Tat sind in den ersten Jahrhunderten der kapitalistischen Produktion hieraus auch keine Missstände erwachsen. Durch die vom Kapital angewendeten Methoden wuchs die Produktivität der Arbeit, und das Resultat zeigte sich einfach darin, dass immer mehr und immer mehr Waren dem Konsum zur Verfügung standen.

Aber eben die wachsende Produktivität und die mit ihr Hand in Hand gehende Proletarisierung größerer Teile des Volkes musste schließlich zu einem *akuten* Missverhältnis führen.

Es war gegen Ende des Mittelalters, um Jahr 1500, als das Kapital, das bis dahin vornehmlich nur Handel getrieben hatte, sich der Produktion zu bemächtigen begann. Seine Produktionsmethode unterschied sich von der des Handwerks zunächst durch die weiter getriebene Organisation der Arbeit. Aber bald zeitigte sie ein neues Moment, das den Zusammenhang zwischen Konsum und Produktion lockerte. Das Quantum Produkte, das fertig wurde, hing nicht mehr vom Bedarf allein ab, sondern zugleich auch von den Notwendigkeiten der Produktion. Nehmen wir das von Marx²⁴ gegebene Beispiel: in einer Typenmanufaktur des 16. und 17. Jahrhunderts konnte ein Gießer in einer Stunde etwa 2000 Typen gießen, ein Abbrecher aber konnte 4000 abbrechen, ein Frottierer 6000 blank reiben. Es musste also immer eine Kolonne zusammenarbeiten, bestehend aus einem Frottierer, zwei Abbrechern und vier Gießern. Um nun diese Kolonne voll zu beschäftigen, war es nötig, jede Stunde auch volle 8000 Typen und nicht weniger herzustellen. Sank die Produktion etwa auf 6000, so konnte man wohl einen Gießer entlassen, aber keinen Abbrecher und auch nicht den Frottierer. Mit anderen Worten: der Stand der Produktion erforderte es, nicht unter 8000 Typen pro Stunde zu fabrizieren, ohne Rücksicht auf den Bedarf, und der Kapitalist musste suchen, für diese 8000 auf alle Fälle Absatz zu finden, weil sonst ein Teil seiner Arbeiter und seiner Einrichtungen nicht voll ausgenutzt wäre, was ihm Schaden verursacht hätte. [114]

Der Kapitalist ist also gezwungen, das Quantum seiner Produktion zu steigern ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Konsums. Die Produktion hat sozusagen ihren Zweck in sich selbst. Ursprünglich war es selbstverständlich das wachsende Bedürfnis des Konsums, das zur Steigerung der Produktion antrieb. Ihm zu genügen, sind die neuen Produktionseinrichtungen geschaffen worden. Nun sie einmal da sind, haben sie ihr selbstständiges Leben und müssen funktionieren, gleichgültig ob sie die Bedürfnisse des Konsums nur befriedigen oder übersteigen.

Diese Auflösung des Zusammenhangs zwischen Produktion und Konsum, dieser Zwang zu produzieren um der Produktion willen, auch wenn sie dem Konsum weit voraneilt, ist eines der wesentlichen Unterscheidungsmerkmale des Kapitalismus gegenüber früheren Wirtschaftsweisen. Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, dass der Marxismus hierin – trotz allen Elends, das dadurch verursacht worden ist – objektiv und historisch einen Vorzug erblickt. Denn sie gestattete dem Kapitalismus oder vielmehr sie zwang ihn, die Produktivität in ganz anderem Ausmaß zu steigern, als dies den früheren Wirtschaftsweisen möglich war. Aber freilich darf man die schlimmen sozialen und politischen Folgen, die sie mit sich brachte, darum nicht übersehen. Das Verhältnis zwischen Produktion und Konsum war jetzt total umgekehrt. Früher ging der Konsum mit seinen Bedürfnissen voran und die Produktion folgte nach; jetzt eilte bald die Produktion voraus, indem sie immer mehr und immer mehr

²⁴ Kapital Bd. I. Kapitel 12, 3.

Produkte herstellte, und hinterher galt es, für ihre vielen Produkte Absatz zu finden oder zu schaffen.

In den ersten Jahrhunderten der kapitalistischen Wirtschaftsweise machten sich die hieraus entspringenden Übelstände, wie schon bemerkt, noch wenig fühlbar. Dies geschah erst mit Eintritt des Großkapitalismus, der ungefähr mit der Anwendung der Dampfmaschine zusammenfällt. Von jetzt ab – d.h. in England ungefähr seit 1800, in Deutschland etwa seit 1871 – wurde die Produktivität mit Riesenschritten gesteigert, wahrhaft gigantische Warenmassen wurden und werden alle Tage fertig. Und auch jenes Prinzip, welches den Kapitalisten zwingt, um der Produktion willen immer mehr zu produzieren, wirkt jetzt in ganz anderem Ausmaße. Wenn z. B. der Bedarf an Stahl über die vorhandenen Produktionsanlagen hinaus wächst, so kann man nicht, um ihm zu genügen, ein kleines Stahlwerk errichten; es muss schon ein großes sein, weil nur ein solches wirtschaftlich arbeitet. Das produziert dann aber gleich weit mehr, als dem neuen Bedarf entspricht²⁵. [115]

Rufen wir uns nun ins Gedächtnis zurück, dass die Arbeiter von den Waren, die sie produzieren, immer nur einen Teil kaufen und konsumieren können, so leuchtet ein, dass hier sich eine Lücke auftut, die gerade durch den Fortgang dieser Entwicklung allmählich immer größer wird. Ein Teil der produzierten Waren bleibt unverkäuflich, und was an zahlungsfähiger Nachfrage der Arbeiter fehlt, kann seit Beginn des Großkapitalismus auf die Dauer auch nicht durch die Nachfrage anderer Bevölkerungsschichten ersetzt werden. Denn nicht nur wächst die Produktivität – und mit ihr die fertig gestellten Produktmassen – sprunghaft und in immer gewaltigerem Maße, sondern zugleich nimmt die Arbeiterklasse innerhalb des Volkskörpers immer größeren Raum ein. Das lehren selbst die wenigen Berufszählungen, die in Deutschland bisher stattgefunden haben. Rechnet man zu den Selbständigen auch die freien Berufe, Beamten etc., zu den Arbeitern und Angestellten auch die Dienstboten, so hat sich in den 25 Jahren von 1882 bis 1907 das Verhältnis der Erwerbstätigen wie folgt verschoben:

	1882	%	1907	%
Zahl der	rund		rund	
Selbständigen:	6 200 000	35,3	7 200 200	26,9
Proletarier	11 400 000	64,7	19 600 000	73,1
Summe:	17 600 000		26 800 000	

Der Anteil aber, den die Arbeiterklasse von den fertig gestellten Produkten kaufen kann, ist noch kleiner als es nach diesem Zahlenverhältnis scheint, weil stets ein beträchtlicher Teil von ihr arbeitslos ist.

Hieraus ergibt sich, dass im Fortgang der großkapitalistischen Produktionsweise steigende Warenmassen unverkäuflich bleiben müssen. Dabei kann sich das Kapital nicht beruhigen, es *muss* sie verkaufen, wenn es nicht zu Grunde gehen will. Und da es natürlich den Ausweg auch nicht auf die Weise suchen kann, dass es den Gesamtbetrag der Waren den Arbeitern als Lohn gibt, weil ja dann kein Gewinn übrig bleiben würde, so ist es darauf angewiesen, den im Inlande fehlenden Absatz im Auslande zu finden.

²⁵ Vgl. Hilferding, Finanzkapital S. 327.

Das soll natürlich nicht heißen, dass hierdurch erst der Auslandshandel entstanden sei. Der ist an sich so alt wie die menschliche Geschichte; aber durch die eben geschilderten Bedürfnisse des Großkapitals ist er in seinem Wesen umgestaltet worden. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, die Stoffe und Produkte des einen Landes je nach dem Bedarf dem anderen Lande zuzuführen, sondern es handelt sich darum, für die über- [116] schüssigen Produkte des einen Landes Absatz in dem anderen zu schaffen *ohne Rücksicht auf dessen Bedarf*. Es handelt sich sehr bald weiter darum, auch für das im Lande sich häufende Kapital rentable Anlagemöglichkeiten im Auslande zu schaffen.

Dieses Drängen über die Staatsgrenzen hinaus, weil der innere Markt nicht mehr genügt, das ist es, was wir die *Expansion des Kapitals* nennen. Ihm die Wege zu eben, das war in den letzten Jahrzehnten die vornehmste Aufgabe der auswärtigen Politik. Und wenn es geschieht mit Hilfe der Machtmittel des Staates, dann nennen wir es *Imperialismus*.

Wie dabei verfahren wird, das schildert anschaulich die ausgezeichnete, von der Genossin *Rosa Luxemburg* verfasste Junius-Broschüre²⁶. Sie beschreibt, wie seit 1888 das deutsche Großkapital sich in Kleinasien betätigte, wie es Eisenbahnen baute, Häfen anlegte und betrieb, Seen trockenlegte und Ödländereien bewässerte. Lauter hervorragende Kulturwerke. Die Kehrseite ist aber, dass diese Kulturwerke sich um das Bedürfnis des Landes selbst gar nicht kümmerten, dass diese hochmodernen Verkehrsanstalten zum Teil auf ganz primitive Bauernwirtschaften aufgepfropft wurden, woraus natürlich große Missstände, Verschuldung der Einwohnerschaft etc. entstanden.

Da nun diese Bestrebungen dem Großkapital *aller* Staaten eigentümlich sind, so kollidieren deren Interessen miteinander, und infolgedessen war es nur eine Frage der Zeit, wann sie feindlich aufeinanderstoßen würden. Das ist der Gedankengang, aus dem heraus der Marxismus den kommenden Weltkrieg seit vielen Jahren prophezeit hat.

Worin besteht nach dieser Betrachtungsweise der eigentliche Sinn des Weltkriegs und welche Erwartungen darf man an seine Beendigung knüpfen?

Von einem Ende des Krieges kann der Marxist erst dann reden, wenn die hier geschilderten Gegensätze einen *dauernden* Ausgleich gefunden haben. Wird heut oder morgen Frieden geschlossen unter mehr oder minder veränderter Beibehaltung des Status quo, so würde das für den Marxisten noch nicht das Ende der Erschütterungen bedeuten, ebenso wie er deren Anfang nicht im August 1914, auch nicht in den Balkankriegen von 1912, sondern mindestens im ostasiatischen Krieg 1894 erblickt. Denn dann würden ja die weltwirtschaftlichen und darum welthistorischen Gegensätze, aus denen der Krieg entbrannt ist, weiter bestehen und müssten über kurz oder lang zu neuen Zusammenstößen führen. Der Sinn dieses Krieges ist nach [117] marxistischer Auffassung der, dass er den ungeheuer gesteigerten Produktivkräften des Großkapitals den erforderlichen Spielraum zu ihrer Betätigung schaffen soll, dass er seinen Drang über die Grenzen hinaus durch Überwindung der Grenzen, durch deren Wegräumung befriedigen soll. Ebenso wie der Krieg von 1870 dem deutschen Kapital ein größeres einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen und ihm dadurch das Auswachsen zum Großkapital erst ermöglicht hat, ebenso streben jetzt die Großkapitale aller Länder über die gegebenen Staatsgrenzen hinaus nach einem noch viel größeren einheitlichen Wirtschaftsgebiet. Und dauernde Ruhe kann es nicht geben, als bis dies in der einen oder andern Form erreicht ist. Deshalb halten wir den Spott über diejenigen für berechtigt, deren größte Sorge in diesem Aufruhr einer ganzen Welt darin besteht, dass nur ja kein Grenzstein verrückt werde. Aber freilich können wir in Annexionen auch keine Lösung der Frage

²⁶ Die Krise der Sozialdemokratie. Vom Junius S. 31 ff

erblicken. Denn diese würden doch immer nur den einen Staat um ein paar Länderstrecken auf Kosten des andern vergrößern. Sie würden dem Expansionsdrang des einen Staates nicht genügen und den des andern einengen. Um weit mehr und größeres als um Annexionen handelt sich's in diesem Kriege, nämlich um die *Zusammenschweißung ganzer Länder zu einheitlichen Wirtschaftsgebieten*. – Aber den dauernden Frieden, die endgültige Befreiung von aller Kriegsgefahr könnte auch sie nicht bringen. Nachdem Deutschland durch den Krieg 1871 zur Reichsgründung gelangt war, hat es eine Ruhe von 13 Jahren genossen, die dazu benutzt wurde, die Produktionsmöglichkeiten zu steigern und so stark zu vermehren, dass ihnen die gegebenen Grenzen nicht mehr genügen. Setzen wir nun den Fall, der Ablauf des Krieges würde 3 oder auch 4 ungeheuer vergrößerte einheitliche Wirtschaftsgebilde schaffen, etwa den ganzen amerikanischen Kontinent, ganz Europa, sodann Russland mit Mittelasien und endlich Ostasien mit Japan und China. Dazwischen die heute noch zurückgebliebenen Volksmassen Indiens, Afrikas, Australiens etc. Dann hätte der Großkapitalismus die gewaltig ausgeweiteten Grenzen, in denen er sich betätigen könnte. Was wäre die Folge? Er würde alsbald die Produktivkräfte in noch viel kolossalerem Maße steigern als bisher, er würde noch viel ungeheurere Warenmassen produzieren. Und die Arbeitermassen würden bald einen noch größeren Prozentsatz der Volkszahl ausmachen als jetzt. Folglich würde alsbald das Missverhältnis zwischen Produktion und Konsum noch viel größere Dimensionen annehmen, der [118] „innere Markt“, der dann die Ausdehnung ganzer Weltteile hätte, würde wiederum versagen, noch viel gewaltigere Warenmassen würden unverkäuflich bleiben, und wiederum müsste das Kapital expandieren, was über kurz oder lang abermals zum Zusammenstoß führen müsste. Dann hätten wir einen neuen Krieg zu erwarten, der den heutigen Weltkrieg an Umfang und Schrecknissen um mindestens ebenso viel überträfe, wie dieser seine Vorgänger.

Darin also kann die Lösung nicht gefunden werden. Zum dauernden Frieden kommen wir auf diese Weise nicht. Das wichtigste Problem unserer Zeit heißt: wie erreichen wir es dass die vielen Produkte, die wir produzieren können und produzieren müssen, auch wirklich von den Menschen *konsumiert* werden. Das aber kann die kapitalistische Wirtschaftsweise aus den dargelegten Gründen – überhaupt nicht leisten, das kann nur der internationale, keine Staatsgrenzen achtende Kommunismus.

Aus alten Papieren.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Marx und Engels im Kommunistischen Manifest. (1848.)

Als Fanatiker der Verwerfung [Verwertung?] des Werts zwingt das Kapital rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.

Karl Marx, das Kapital, Bd. 1 Kapitel 22. 3. (1867.)

Bediente, die keinen Herrn haben, sind darum doch keine freien Menschen – die Dienstbarkeit ist in ihrer Seele.

Heinrich Heine.

Heiliges Müssen.

Und immer stürme das Leben vor
In unentdeckte, unbekannte Fernen.
Frührot winket und lockt und lohnt.
Doch der Weg ist hart
Und fordert Entbehren, sich ganz opfern.
Und viele Körper fallen auf diesem Wege.

Aber immer wieder
Müssen neue Menschenkörper,
Vom Geist getragen und beseelt,
Vorstürmen und entdecken
Und helfen die Menschheit
Vom Banne des Wehes zu erlösen!

Walter Leßmann.

Mitteilung an unsere Leser.

Am 12. März früh ½5 Uhr, in stockdunkler Nacht, wurde unser Herausgeber von einem reichlichen Dutzend bis an die Zähne bewaffneter Leute in seiner Wohnung aus dem Bette geholt und unter Mitnahme einiger Papiere zum Mitgehen gezwungen. Man schleppte ihn durch mehrere Gefängnisse und hielt ihn dort im ganzen sieben Tage fest, ohne ihm den Grund der Maßregel zu sagen noch auch ihn – wie das Gesetz es vorschreibt – durch einen Richter vernehmen zu lassen. Erst am Nachmittag des 18. März konnte er wieder nach Hause gehen.

Hierdurch ist die gegenwärtige Nummer unserer Zeitschrift in ihrem Erscheinen verzögert sowie in ihrem Inhalt ein wenig beeinträchtigt worden. Wir bitten unsere Leser, das zu entschuldigen.

Redaktion der Lichtstrahlen.

Altpreußische Regierungsmethoden.

Über die Vorgänge, welche am 9. November den ehemaligen Kaiser zu seiner Flucht nach Holland bewogen, haben die Zeitungen kürzlich eine Denkschrift des Generalmajors Graf *Schulenburg* veröffentlicht. Der Graf berichtet darin, dass er an den entscheidenden Unterredungen beteiligt gewesen sei und dem Kaiser ganz andere Ratschläge erteilt habe. Wie nach seiner Meinung der Kaiser hätte verfahren müssen, das drückt der Graf mit folgenden Worten aus:

„Man soll ausgesuchte Führer und ausgesuchte Truppen mit allen modernen Kampfmitteln ausrüsten – Nebel, Gas, Bombengeschwader, zunächst nach Verviers, Aachen und Köln schicken, und Flammenwerfer – zwar sofort, um dort, wenn nötig, mit Waffengewalt die Ordnung und Autorität der Obrigkeit wiederherzustellen. Voraussetzung hierfür ist eine richtige Parole. Unter unseren Leuten wird die Parole unter allen Umständen ziehen, dass ihre Schwesterwaffe, die Marine, mit jüdischen Kriegsgewinnern und Drückebergern ihnen in den Rücken gefallen ist und dem Heer die Verpflegung sperrt. Die Wirkung auf das ganze Land wird nicht ausbleiben, wenn die Ruhe, Ordnung und Gewalt auf diese Weise wieder hergestellt ist, und wenn man den entschlossenen Willen sieht, auf diesem Wege weiterzugehen“.

Diesem Rate ist Wilhelm II. bekanntlich zuletzt nicht gefolgt, sondern hat sich anders entschlossen. Aber wer wollte verkennen, dass die Ansicht, die der Graf vortrug, nichts anderes ist als echte, altpreußische Regierungsmethode! So wie es hier vorgeschlagen wird, ist das preußische, das deutsche Volk von seinen Machthabern immer behandelt worden, seit Jahrhunderten. Und was mehr bedeutet: die Machthaber und mit ihnen Graf *Schulenburg* haben *von ihrem Standpunkt aus völlig Recht*. Jüngst stellte die konservative „Deutsche Tageszeitung“ fest, dass die gegenwärtige Revolutionsregierung in vier Monaten mehr habe auf das Volk schießen lassen als die Hohenzollern in vier Jahrhunderten. Das ist vollkommen richtig, und zweifel- [121] los verdanken die Hohenzollern diesen Erfolg unter anderem auch dem Umstande, dass sie das Rezept des Grafen *Schulenburg* fleißig befolgt haben: sie haben stets rechtzeitig einzelne herausgegriffen und an ihnen ein „Exempel statuiert“. Dadurch wurden andere abgeschreckt und größeres Blutvergießen im inneren Kriege vermieden.

Aber freilich: *rechtzeitig!* Darauf kommt es an. Die Offiziere, die gegen *Schulenburg* sprachen – *Hindenburg* und *Gröner* – bestritten gar nicht die Richtigkeit seiner Ansicht. Sie sagten nur, dazu sei es schon zu spät. Auch sie dürften Recht haben. Man male sich einen Augenblick aus, was vermutlich geschehen wäre, wenn der Kaiser den Vorschlag *Schulenburgs* befolgt hätte. Soviel zuverlässige Truppen, um den Aufruhr an einzelnen Orten niederzuschlagen, hätte er wohl noch zusammenbekommen. Aber dauernden Erfolg, wie z. B. seine Vorfahren 1848, hätte er nicht mehr erringen können. Die Zeit war reif für die Revolution. Insbesondere war das ganze Volk – man kann sagen, ohne irgendeine Ausnahme – des Krieges übersatt. Vielleicht ein erstes Stutzen, dann ein erneutes Aufflackern des Aufruhrs bald hier, bald da, und zuletzt eine einmütige Erhebung im ganzen Lande, die jeden Widerstand der Soldateska unmöglich gemacht hätte. Das wäre die Folge gewesen. Der Umsturz wäre doch gekommen, der Thron doch weggefegt worden, nur unter ungeheuren Blutopfern, die nun vermieden wurden. *Hindenburg* und *Gröner* haben sich im Interesse ihres Kaisers als die Weitsichtigeren erwiesen. Der Tag wird kommen, wo die Kaisertreuen gerade mit dem Hinweis darauf, dass

Wilhelm II. sein und seines Hauses Interesse geopfert habe, um nicht aufs Volk schießen zu lassen, wieder für ihn oder wenigstens für die Monarchie Stimmung machen werden.

Schließlich jedoch mag es heute wenig interessieren, ob Wilhelm damals richtig oder falsch gehandelt hat. Ganz etwas anderes drängt sich angesichts der Schulenburg'schen Denkschrift in den Vordergrund. Wer nämlich die oben zitierte Stelle liest, dem muss sich sofort der Gedanke aufdrängen: Das ist ja *genau die Methode, nach der wir heute regiert werden*. Nicht mit Unrecht hat Herr v. Oldenburg-Januschau dem Kaiser noch nachträglich einen Noske gewünscht. Noske tut in der Tat genau das, was Hindenburg (laut Denkschrift) als die für jeden preußischen Offizier eigentlich selbstverständliche Auffassung bezeichnet hat. [122]

Man überlege. Schulenburg schlägt vor, einzelne Orte herauszugreifen, sie durch ausgesuchte Truppen unter ausgesuchten Führern mit Nebel, Gas, Bombengeschwadern, Flammenwerfern zu bearbeiten. Und was tat Noske in Berlin, in Bremen, in Halle? Was drohte er dem Ruhrrevier, Braunschweig, neuerdings Magdeburg und in ziemlich unverblümter Form auch schon Bayern?

Dann die „richtige Parole“. Haben wir sie nicht schauernd miterlebt? „Parole Lichtenberg“ hieß es überall in Berlin unter den Regierungstruppen am 9., 10. und 11. März. Die Lüge von einem „furchtbaren Massenmord an Gefangenen durch Spartakisten“ unterscheidet sich moralisch in nichts von dem Vorschlag, den Truppen etwas über jüdische Kriegsgewinner und Drückeberger vorzuschwindeln. Und grauenhaft hat sie gewirkt. Die Ermordung des Redakteurs *Jogiches* von der „Roten Fahne“ und vieler anderer ist ihr zuzuschreiben, wie man auch vorher schon durch ähnliche Lügen die Ermordung *Karl Liebknechts* und *Rosa Luxemburgs* verursacht hatte.

Aber es wäre falsch, Noske allein verantwortlich zu machen. Die altpreußische Methode der Gewalt ist schon längst das einzige Auskunftsmittel unserer „sozialistischen“ Regierungen geworden. Am 3. März nachmittags 5 Uhr wurde in Berlin der Generalstreik beschlossen. Schon am 4. März frühmorgens stand in den Zeitungen der Belagerungszustand verkündet. Die preußische Regierung – das heißt die Herren *Paul Hirsch, Eugen Ernst, Wolfgang Heine, Albert Südekum, Otto Braun, Konrad Hänisch* – muss ihn also bereits am Spätnachmittag des 3. März beschlossen haben. Sie schämt sich dessen und behauptete später, er sei nicht gegen den Streik, sondern gegen Plünderungen verhängt worden. Aber andere Leute können auch rechnen. Zu der Zeit, als die preußische Regierung den Belagerungszustand beschloss, konnten noch gar keine Plünderungen vorgekommen sein. Und bei späteren Streiks hat man ja auch gar kein Hehl mehr daraus gemacht. Am 31. März hat die Reichsregierung (darunter die Sozialdemokraten *Scheidemann, Bauer, David, Landsberg, Noske, Robert Schmidt, Wissel*) über das Ruhrrevier den Belagerungszustand verhängt mit der ausdrücklichen Begründung, dass dort der Generalstreik beschlossen sei. In Berlin aber hält man nun schon über 5 Wochen am Belagerungszustand fest, nur weil es hieß, dass zuerst am 26. März, dann am 8. April ein neuer Generalstreik geplant sei. [123]

Wir fragen: wann hat jemals Wilhelm II. es unternommen, einen Streik durch Belagerungszustand zu unterdrücken? Und wenn er es je gewagt hätte, was für Reden voll sittlicher Entrüstung würden die *Heine, David, Südekum* etc. dagegen gehalten haben, was für flammende Flugblätter hätte *Konrad Hänisch* geschrieben?

Unsere gegenwärtigen Machthaber wollen offenbar der Welt beweisen, dass sie keine Esel sind. Denn mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren“, hat jener berühmte italienische Staatsmann gesagt. Sie aber zeigen der Welt, dass sie mit dem Belagerungszustand – auch nicht regieren können. Oder sollten sie sich etwas anderes einbilden? Was kann denn bei ihrer altpreußischen Regierungsmethode herauskommen! Wir brauchen nur den Vergleich mit *Wilhelm II.* fortzusetzen. Der verfügte denn doch noch über

eine ganz andere Macht als die Herren *Noske* und *Kompanie*. Ihm stand das Jahrhunderte alte Ansehen seines Hauses, die Autorität der Kaiserwürde zur Seite. Das war doch noch etwas mehr als das neugebackene Draufgängertum eines sozialdemokratischen Redakteurs und Kriegsberichterstatters, der sich seit gestern Exzellenz tituliert. Und doch hätte Wilhelm mit Gewalt nichts anderes ausrichten können als fürchterliche Blutbäder. Die Zeit war eben reif für die Revolution.

Wofür ist sie jetzt reif? Sie wartet auf einen *schöpferischen Gedanken*. Sie wartet auf den, der das Problem *löst, wie die hungernden Massen satt gemacht werden können*. Diese Regierung aber hat keinen schöpferischen Gedanken. Sie weiß nichts anderes, als das Volk mit der Gewalt des Belagerungszustandes, der Flinten und Säbel, der Gefängnisse und Zuchthäuser wieder in die Fron des Kapitalismus zurückzuzwingen. Das aber will das Volk nicht. Und wenn es die Massen auch nicht klar auszusprechen vermögen, so empfinden sie doch ganz sicher, dass auf diesem Wege ihr Hunger nicht gestillt werden kann. Als Antwort auf die Gewaltmaßregeln der Regierung kommt denn auch die Nachricht aus Hamburg, dass die amerikanischen Lebensmittelschiffe leer wieder haben abfahren müssen, weil Deutschland nicht einmal so viel Ausfuhr Güter zusammenbringen kann, um die paar Schiffe zu befrachten! *Dem Abgrunde* zu geht's auf diesem Wege. Das wissen die Volksmassen, deshalb das beständige Wiederaufflackern des Generalstreiks bald hier, bald dort, deshalb der politische Charakter der Streik. Dagegen kommt man nicht auf mit altpreußischen Gewaltmethoden. Die werden [124] nur denselben Erfolg haben, den sie auch unter Wilhelm II. gehabt hätten, wenn er nicht darauf verzichtet hätte; unerhörte Opfer an Blut und Wohlstand. Aber sie werden nicht verhindern, dass das kommt, was allein uns retten kann: der Kommunismus.

Herrn Schiffers Schiffbruch.

Der erste Finanzminister der deutschen Revolution ist zurückgetreten. Noch am 9. April hat Herr *Schiffer* in der Weimarer Nationalversammlung seine Finanzpläne vorgetragen, und er muss sehr schön gesprochen haben. Denn wie das so üblich ist, wurde seine Rede von Zurufen „Sehr richtig“ „Bravo“ und dergleichen, von „lebhafter Zustimmung“ und „Beifall“ begleitet, und am Schluss löste sie „lebhaften Beifall“ aus. Wenigstens, wenn man den Zeitungsberichten trauen darf. Sie fand dann auch in der Presse sehr viel Anerkennung; die Gewandtheit des Redners, seine Sachkenntnis, seine klare Darstellung wurden gerühmt. Und trotzdem sah sich schon zwei Tage darauf Herr *Schiffer* veranlasst, sein Amt niederzulegen. Jetzt wendete sich mit einem Male das Blatt. Die Zeitungen – zum Teil dieselben, die ihn soeben noch über den grünen Klee gelobt hatten – fanden nun plötzlich, dass Herr *Schiffer* von vornherein nicht der rechte Mann am Platze gewesen sei, und dass sie das „schon immer“ gesagt hätten. Das „Berliner Tageblatt“ z. B. schreibt, das Wertvollste an Herrn *Schiffer* sei, „dass er zu reden wusste... Frisch und temperamentvoll waren alle seine Reden.“ Mit dieser beißenden Ironie wird ein Mann abgetan, der zu den ersten Sternen des parlamentarischen Himmels gehört, und die guten Leute merken nicht einmal, dass sie damit ihre eigenen Idole zertrümmern! Was ist denn das „parlamentarische System“ anderes, als eine Auslese der Männer, die „zu reden wissen“? Wer während der Wahl die beste Bierbankrede hält, wird gewählt, und wer im Parlament am schönsten zu reden weiß, wird Minister – das ist das A und O des „parlamentarischen Systems“. Nun aber merkt Herr *Schiffer*, dass es mit dem Reden allein nicht getan ist. Er hat vor Aufgaben gestanden, die mit Redetalent nicht zu lösen sind. Deshalb ist er zurückgetreten. Wer ist schuld an diesem Schiffbruch? Natürlich die persönliche Unzulänglichkeit des Herrn *Schiffer*! So hört man's in der gesamten Presse, von rechts bis links. „In einer solchen Situation“, heißt es im Berliner Tageblatt, „bedarf es auf dem Posten der [125] leeren Reichsschatzkammer eines Mannes mit starker Initiative und mutigen

neuen Ideen.“ Weil er die nicht hatte, ging's nicht. Aber auch die beinahe sozialistische „Freiheit“ weiß sich den Kasus nicht anders zu erklären als mit den Worten:

„dass die Unfähigkeit und Untätigkeit dieses Mannes, der die Finanzen völlig verkommen ließ, dessen Etatrede deutlich offenbarte, dass er gar keine Vorstellung von seinen Pflichten und Aufgaben hatte, nicht länger mehr zu verbergen war.“

Den Teufel merkt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte!

Die Fähigkeit oder Unfähigkeit des Herrn Schiffer lassen wir vollkommen bei Seite. Sie lässt uns kühl bis ans Herz hinan. Wir meinen vielmehr, wer selbst jetzt noch, selbst nach dem Verlauf der letzten fünf Monate noch den Dingen nicht anders gegenüber zu stehen vermag als mit einem Gestammel über persönliche Eigenschaften solcher Leute, die zufällig auf dem einen oder dem anderen Posten stehen, der sollte sich an die eigene Nase fassen, wenn von Unzulänglichkeit die Rede ist. Jedenfalls hat er von den elementarsten Begriffen der sozialistischen Lehre nie eine Ahnung gehabt.

Herr *Schiffer* stand vor einer Aufgabe, die schlechthin unlöslich ist. Deshalb *musste* er Schiffbruch leiden, und deshalb wird jeder andere an seiner Stelle ebenfalls Schiffbruch leiden, ob er nun schön zu reden versteht oder nicht, ob er „starke Initiative“ und „neue Ideen“ hat oder nicht.

Das zu erkennen, ist wahrlich nicht schwer, heute noch weniger als vor fünf Monaten. Insofern kann man Herrn *Schiffer* sogar ein Verdienst zusprechen. Er hat – wenn auch sehr wider seine Absicht – durch seine Reden und Zusammenstellungen die Unvermeidbarkeit des Zusammenbruchs so klar gemacht, dass eigentlich auch die Redakteure des „Berliner Tageblattes“ und der „Freiheit“ sie jetzt erkennen müssten.

Man erinnert sich, dass Herr *Schiffer* schon Anfang Dezember²⁷ die Gesamtsumme des Bedarfs in Reich, Einzelstaaten und Gemeinden auf 19 Milliarden Mark jährlich angegeben hat. (Wir bemerkten schon vor zwei Monaten, dass dies zu wenig ist, mit 25 Milliarden wird man der Wahrheit näherkommen. Aber Herr *Schiffer*, der seine Zuhörer wohl nicht zu sehr erschrecken wollte, blieb auch in seiner Rede am 9. April bei 19 Milliarden.) Vor dem Kriege waren es 5 Milliarden. [126]

Von diesen 19 Milliarden rechnet Herr *Schiffer* auf Konto des Reichs 13 Milliarden. An Einnahmen hat er aber nur knapp 5½ Milliarden in Aussicht. Wo die 7½ Milliarden hernehmen, die da fehlen? Das ist, in der nüchternen Sprache der Zahlen, die Klippe, an der Herr *Schiffer* gescheitert ist und an der auch jeder künftige Finanzminister scheitern muss, trotz aller „Initiative“ und „neuen Ideen“. Wenn's nur auf neue Ideen ankäme – dazu braucht man ja nicht Finanzminister zu sein. Möge doch das Berliner Tageblatt neue Ideen zum Besten geben. Wenn man damit aus Nichts etwas machen kann, wird jeder Finanzminister sie gern annehmen.

Dabei sind aber die Äußerungen Schiffers in Weimar noch sehr rosig gefärbt. Er erwartet z. B. von den Steuern eine Einnahme von 7 Milliarden. Wir wollen schon annehmen, dass die Zeitungen ungenau berichtet haben und dass Herr *Schiffer* hier nicht von „Steuern“, sondern von der Gesamtsumme der Zölle, Steuern und Gebühren sprach. Die betrug vor dem Kriege (1913) nicht mehr als 2 Milliarden, sank dann naturgemäß in den ersten beiden Kriegsjahren und wurde seit 1916 mit Mühe und Not durch die verschiedenen Kriegsabgaben auf etwas

²⁷ Vgl. Lichtstrahlen No. 4, Februar 1919 S. 84.

über 3 Milliarden erhöht. Nun soll sie allerdings 1918 in den 9 Monaten April bis Dezember schon auf 3,1 Milliarden angeschwollen sein. Aber selbst wenn das zutrifft, käme für das restliche Vierteljahr doch nur 1 Milliarde hinzu, was insgesamt für 1918 etwa 4 Milliarden ausmachen würde. Mit welchem Recht da für 1919 sieben Milliarden erwartet werden, das mögen die Götter wissen.

Ein Blick in die Gestaltung der Reichseinnahmen unter der Wirkung des Krieges ist in diesem Zusammenhange sehr lehrreich. Man sieht da in vielem von dem, worauf früher die Finanzen des Reichs basierten, enorme Rückgänge. Die Zölle brachten 1913 680 Mill. Mark, 1917 nur 233 Millionen; die Branntweinsteuer sank von 194 Millionen (1913) auf 20 (1917); die Abgaben auf Bier von 130 auf 20 Millionen. Das sind nur einige von den großen Posten, daneben zeigen eine Reihe kleinerer denselben Einnahmesturz. Die Post- und Telegraphenverwaltung, die 1913 noch fast 90 Millionen Mark Überschuss brachte, erforderte 1917 fast 107 Millionen Zuschuss.

Dem hat man abzuhelpen gesucht durch eine Reihe von Kriegsabgaben, deren mehr oder minder gewaltsamer Charakter uns allen bekannt ist. So mussten allein die Zigaretten durch Kriegsaufschlag in dem einen Jahre 1917 nicht weniger als [127] 270 Millionen Mark aufbringen; der Ertrag der Zuckersteuer wurde auf der alten Höhe gehalten, die Salzsteuer sogar von 62 auf 103 Millionen erhöht. Die Frachtbriefe mussten statt 19 beinahe 89 Millionen erbringen und ebenso wurden einige Stempelabgaben gesteigert. Hauptsache aber waren eine Reihe neuer Steuern bezw. vorübergehende Abgaben. An solchen, die 1913 noch gar nicht bestanden, erbrachten 1917:

Mark die Warenumsatzsteuer	112 Millionen Mark
Kohlensteuer	413 Millionen Mark
Besitzsteuer	101 Millionen Mark
der Aufschlag auf die Postgebühren	147 Millionen Mark
die Ausfuhrgebühren	281 Millionen Mark
Notensteuer und Reingewinn der Darlehnskassen	275 Millionen Mark
Mark die Warenumsatzsteuer	207 Millionen Mark

Der erste Blick zeigt, dass es sich hier um ganz gewaltige Belastungen der Lebenshaltung handelt, die zum Teil gar nicht für die Dauer, sondern nur vorübergehend geplant waren, und von denen zum mindesten sehr fraglich ist, wie lange sie ertragen werden können. Dabei jedoch erbringen sie alle zusammen erst gerade 1½ Milliarden Mark. Nun aber steht der Finanzminister vor einem neuen Loch von 7½ Milliarden! Wer hat die „Idee“, wie man über die bisherige Belastung hinaus auch noch diese 7½ Milliarden aus den Taschen des Volkes holt?

Nein, der Schiffbruch des Herrn *Schiffer* ist wirklich nicht sein persönliches Pech. Es ist der unabwendbare Schiffbruch unseres ganzen Steuerwesens, unseres ganzen Finanzwesens, in welchem der Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich offenbart. Die Ideen und Fähigkeiten, die die „Freiheit“ im trauten Verein mit dem Berliner Tageblatt von dem Finanzminister des Reichs verlangt, gibt es nicht Es gibt nur eins, endliche Abkehr von den Finanz- und Wirtschaftsmethoden des Kapitalismus, Übernahme der gesamten Wirtschaft durch das Gemeinwesen und ihre planmäßige Regelung nach Maßgabe des Bedarfs, wobei dann der Bedarf der Gemeinschaft (oder, wie man heute sagt, der Staatsbedarf) im Rahmen dieses Planes mit befriedigt wird. [128]

Taten sind nötig! – Ein Wink für die Landwirtschaft.

Von E. L.

Wenn wir von Konferenzen, Ausschüssen und Sitzungen satt werden könnten, dann hätte sich das deutsche Volk längst den Magen verdorben. Es fehlt an *Taten*, es fehlt an *Energien*. Ein halbes Jahr ist seit Waffenstillstand und Novemberrevolution vergangen, der kritischste und wichtigste Zeitabschnitt vielleicht, den je das deutsche Volk zu durchleben hatte. Vom ersten Tage an, da die Waffen niedergelegt wurden, war es Lebensnotwendigkeit zu *handeln*, zu *arbeiten*, vor allem *Lebensmittel zu erzeugen*. Unwiederbringliches ist versäumt worden, Unrettbares verloren gegangen, nicht nur an Werten, das wäre zu ertragen, sondern an Menschenleben, an Kinderleben, die auch in den nächsten Monaten in steigender Zahl zum Opfer fallen werden, weil wir im vergangenen Halbjahr nicht dafür gearbeitet haben, dass unser Boden, soweit es technische Mittel nur zulassen, bereitet werde, mehr Frucht und mehr Futter und damit mehr Milch für die Kinder zu bringen.

Was wir von außen bekommen werden, können immer nur Hungerrationen sein; satt werden wir allein vom eigenen Boden, und je länger wir zögern zu arbeiten, und uns mit Reden aufhalten, desto mehr werden tausende und abertausende von Kindern in den Tod geschwätzt. –

Deshalb gilt es, alle nur irgendwie gangbaren Mittel anzuwenden, um den Ertrag unseres Bodens, soweit noch irgend möglich, zu steigern, auch durch sogenannte kleine und Ergänzungsmittel. – Die Produktion des künstlichen Düngers, der uns durch Kohle und Kali gegeben wird, ist in erschreckender Weise zurückgeblieben. Der Stalldünger hat sich schon von Jahr zu Jahr vermindert, sodass der Hunger nach Dünger immer stärker wird und wir noch für eine Reihe von Jahren alle Möglichkeiten anspannen müssen, um unserem Boden die verlorenen Aufbaustoffe wieder zu geben.

Angesichts dieser Tatsachen möchte ich auf ein großes Düngerlager hinweisen, das wir unmittelbar vor unseren Toren liegen haben. Es sind dies die gewaltigen Schlickmassen, die in den Watten der Nordsee liegen. Ihre Hebung und Verwertung ist in den Friedensjahren vielleicht nicht rentabel gewesen, wengleich auch hierüber das letzte Wort noch nicht [129] gesprochen ist. Heute aber, angesichts der enormen Preissteigerung des künstlichen Düngers und angesichts unserer Notlage scheint es nicht mehr zulässig, vor diesem Düngerlager die Augen zu verschließen. Der Seeschlick aus den Watten wird auf den friesischen Inseln zur Düngung des Sandbodens seit jeher gebraucht, und die Erfahrungen mit dieser Düngung sind durchaus gute. Der Schlick wird nicht nur als ein vorzügliches Düngemittel geschätzt, sondern wirkt zu gleicher Zeit Feuchtigkeit haltend.

Wenn die Schlickverwertung in großen, vielleicht in größtem Stile vom Staat in die Hand genommen, schiffsladungsweise die Elbe herauf auf Nebenflüssen und Kanälen ins Binnenland gefahren, dort auf sandigem Boden oder Unlandflächen [?] mit Hilfe von Feldbahnen verteilt würde, so könnten schon für das nächste Jahr unsere, in der Nähe von Flüssen und Kanälen gelagerten Sandböden zu einer weiteren Produktionssteigerung gebracht werden. Dem einzelnen Privatbetrieb kann das freilich nicht überlassen bleiben, die Gemeinschaft muss eingreifen, praktisch muss sich der Kommunismus hier betätigen. Die hierzu notwendigen Arbeiten, das Aufladen des Schlicks in die Kähne, das Abladen und Verteilen am Lande, könnten als Notstandsarbeiten von Jedem, der arbeiten will, ausgeführt werden und würden mit einer hohen Wahrscheinlichkeit nicht nur sich selbst bezahlt machen, sondern einen dauernden Überschuss für die deutsche Volkswirtschaft ergeben.

Wir haben mit Freuden bemerkt, dass eine Reihe von Gesichtspunkten, die wir über landwirtschaftliche Notwendigkeiten aufgestellt haben, von anderen Stellen allmählich auch vertreten werden, und hoffen deshalb, dass man auch dieser Anregung von berufener Stelle Folge leisten und die Frage, inwieweit die Schlickschlager der Nordsee für unsere künstliche Düngung verwendbar sind, zu praktischer Lösung in die Hand nehmen wird.

Die revolutionäre Idee.

Von Herold.

Seit über fünf Monaten stehen wir jetzt mitten in der deutschen Revolution. Die Ereignisse, die wir erleben, sind zwar scheinbar nicht so gewaltig und tief greifend, wie die Vorgänge des Krieges selbst; aber jeder fühlt gleichsam instinktiv, dass sie uns zu Großem und völlig Neuem hinüberleiten. Jeder fragt nach dem *Woher*, besonders aber nach dem *Wohin* [130] der deutschen Revolution. Welches ist der Sinn all dieser Ereignisse? Welches ist die revolutionäre Idee, aus der sie geboren sind, und die ihnen Richtung und Ziel gibt?

In einem soeben erschienenen Buche über „Die deutsche Revolution“, wohl dem ersten Versuch, ihren bisherigen Verlauf historisch zusammenzufassen und festzulegen²⁸ widmet der Verfasser ein besonderes Kapitel der revolutionären Idee. Nach seiner Meinung war Träger der revolutionären Idee in Deutschland die Sozialdemokratie. Wir brauchen kaum erst zu sagen, dass wir und alle Kommunisten diese Meinung für falsch halten. Wir wissen, dass die deutsche Sozialdemokratie, d.h. die Partei Scheidemanns, sich an der Revolution nicht beteiligt hat, dass sie die Vorbereitungen dazu bis zum letzten Augenblick bekämpft hat, und dass ihre ganze Mitwirkung darin bestand, nach vollzogener Revolution sich auf die eroberten Amtssessel zu setzen. Das gilt nicht nur für die Ministersessel. Uns sind Fälle aus Berliner Vororten bekannt, wo die Unabhängigen und Kommunisten am 9. November tagsüber in Berlin beim Umsturz der alten Regierungsgewalt tätig waren, und als sie abends nach Hause kamen, da hatten sich inzwischen im örtlichen Rathaus die Parteigenossen Scheidemanns, die noch am selben Morgen von der Revolution abgeraten hatten, als Arbeiterräte niedergelassen.

Wir wissen ferner, dass die deutsche Sozialdemokratie sogar vor dem Kriege schon ihren revolutionären Charakter abgelegt hatte. Sie war schon lange nicht mehr das, was sie gewesen, und gerade dadurch erklärt sich ja ihr Verhalten seit dem Beginn des Krieges.

All dies hat jedoch im Augenblick geringeres Interesse neben der Frage nach der revolutionären Idee selbst. Welches war nun die revolutionäre Idee, die *Runkel* der deutschen Sozialdemokratie zuschreibt? Geht man dem nach, so zeigt sich alsbald die Ursache der auffallenden Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und uns.

Nach *Runkel* verlangt die revolutionäre Idee „die Beseitigung der bestehenden Staatsform“ und diese sei unvermeidlich, wenn das Erfurter Programm durchgeführt wird. In diesem Falle müssten die herrschenden Klassen, die Machthaber des Staates, aus ihren Machtstellungen entfernt werden. Freiwillig aber werden sie sich nicht verdrängen lassen, sie müssen gestürzt werden, und dieser Sturz ist nur auf dem [131] Wege der Revolution zu erreichen. Deshalb habe sich schon vor dem Kriege die deutsche Sozialdemokratie „innerlich vorbereitet, die Regierung zu übernehmen“.

Von seinem, dem bürgerlich-liberalen Standpunkt aus hat *Runkel* nicht Unrecht. Für den Liberalen besteht der Inhalt der Revolution – jeder Revolution – ausschließlich im Wechsel der

²⁸ Dr. Ferd. Kunkel, Die deutsche Revolution, Ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Fr. W. Grunow, Leipzig 1919, 232 S.

Regierungsform. Ist die Monarchie gestürzt, die Republik an ihre Stelle getreten, ja unter Umständen sogar wenn nur die regierenden Personen gewechselt und ihr Verhältnis zum Inhaber der souveränen Gewalt geändert haben – also z. B. wenn ein bisher absoluter Monarch sich genötigt sieht, die Regierungsgewalt mit einem Parlament zu teilen – so ist die Revolution vollzogen. Und es muss zugegeben werden, dass auch die Sozialdemokratie alten Schlages hierin – also in der Übernahme der Regierungsgewalt – Wesen und Inhalt der Revolution erblickt hat. So hat z. B. *Scheidemann* auf dem Würzburger Parteitag 1917 ausgeführt: während des Krieges habe das Proletariat an Macht und Einfluss gewonnen, die deutsche Sozialdemokratie sei durch den Krieg zu einer Partei geworden „mit der unmittelbaren Anwartschaft auf die Macht im Staate.“

Man sieht also, es war den Führern der deutschen Sozialdemokratie wirklich nur darum zu tun, dass an Stelle der liberalen und konservativen Minister sozialdemokratische Parteiführer treten. Selbst an die Entthronung des Kaisers werden sie damals kaum gedacht haben. Wechsel der regierenden Personen, Wechsel der Staatsform, das war für sie der Inbegriff der Revolution, In diesem Sinne hat also Runkel auch Recht, wenn er sein Buch mit den Worten schließt: mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 habe die Revolution ihr Ende erreicht. Für ihn ist's wirklich so, denn nun war die alte Staatsform beseitigt, und es handelte sich nur noch darum, die Einzelheiten der neuen auszuarbeiten.

Diese liberale Auffassung der revolutionären Idee (die, wie man sieht, mit deren „sozialdemokratischer“ Auffassung übereinstimmt ist wesentlich oberflächlicher als die konservative. Der theoretische Begründer konservativen Denkens, *Friedrich Julius Stahl* gibt in seinen Vorlesungen über die Parteien in Staat und Kirche²⁹, die aus den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts stammen, eine Darlegung vom Begriff der [132] Revolution, die wesentlich tiefer geht. Wir führen die Stelle wörtlich an:

„Revolution nehme ich in ihrem weltgeschichtlichen Begriff, wonach sie nicht dasselbe ist mit Empörung, überhaupt nicht bloß eine Tat und ein Vorgang, sondern ein *politisches System*. Die Empörungen, an welchen die Geschichte alter und neuer Zeit so reich ist, die Vertreibungen von Dynastien, ja selbst die Umwandlung von Monarchien in Republiken sind darum doch nicht Revolution, und umgekehrt kann die Revolution ohne Schwertstreich, in friedlich legaler Weise und mit Belassung der Dynastie, ja von Fürsten selbst eingeführt werden. Empörung ist Abwerfung einer bestimmten bestehenden Herrschaft, Revolution ist Umkehrung des Herrschaftsverhältnisses selbst, dass Obrigkeit und Gesetz grundsätzlich und dauernd *unter* den Menschen stehen statt *über* ihnen. Die Souveränität des Volkswillens, die Entgliederung der überkommenen Gesellschaft, die Unterordnung der Institutionen unter die Menschenrechte, statt der Bemessung der Menschenrechte nach den Institutionen – das ist Revolution.“

Gemessen an diesem Begriff, mag es bereits zweifelhaft erscheinen, ob das, was wir in Deutschland seit dem 9. November bisher erlebt haben, überhaupt eine Revolution genannt werden darf. Eine Umkehrung des Herrschaftsverhältnisses hat jedenfalls nicht stattgefunden. Gewiss stand der König von Gottes Gnaden als Institution noch über den Menschenrechten, aber das war doch nur ein letzter Rest aus vergangenen Zeiten. Im Übrigen war längst ein Zustand erreicht, dass „die Menschen“ nach ihrem Willen die Staatseinrichtungen schufen oder beseitigten. Längst hatten wir das Parlament mit seinem Einfluss auf die Gesetzgebung, und was den Staat in Wirklichkeit lenkte, waren nicht ein für

²⁹ Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche. Von Stahl Berlin 1868. Wilhelm Hertz, S. 2.

alle Mal feststehende Institutionen wie z. B. das absolute Königtum – sondern der Wille und Einfluss einer ganz bestimmten Klasse der Bevölkerung, der vornehmlich auf dem Geldbesitz beruhte und sich sowohl im Parlament als auch beim Monarchen durchsetzte. Das ist aber gerade geblieben, trotzdem man die Monarchie beseitigt und auf die Ministersessel andere Personen berufen hat. *Stahl* also würde wohl das, was wir jetzt erleben, nur eine Empörung, eine Rebellion nennen, aber keine Revolution.

Wie steht es nun mit dem *sozialistischen* Begriff der Revolution, mit derjenigen revolutionären Idee, die wir heute wieder, wie vor 70 Jahren, die *kommunistische* nennen? Als deren Trägerin kann die deutsche Sozialdemokratie, wie gesagt, schon lange vor dem Kriege nicht mehr angesprochen werden. Denn für diese Idee handelt sich's nicht um eine bloße Änderung der Staatsform; ob Republik oder Monarchie, das [133] kommt erst in zweiter Reihe, als Wirkung, nicht als Ursache; und völlig gleichgültig ist es für sie, ob der leitende Diplomat Bethmann oder Scheidemann heißt, wenn sonst alles beim Alten bleibt. Auf das *Soziale* kommt es an.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie sich früher eine revolutionäre Partei nannte, so wollte sie damit sagen, dass sie eine *völlige Umgestaltung aller Lebensverhältnisse* anstrebte. Ihr Ziel war, die Arbeiterklasse, d.h. die überwiegende Mehrheit der Menschen, von Not und Elend zu befreien. Die Ursachen des Elends erblickte sie in der kapitalistischen Ausbeutung, d.h. in der Tatsache, dass die Arbeitskraft in der Produktion in erster Reihe dazu dienen muss, Profit für das Kapital zu erzeugen, hinter welchem Zweck die Deckung des Bedarfs zurücksteht. Um das Ziel der ehemaligen deutschen Sozialdemokratie zu erreichen, war also weit mehr notwendig als ein bloßer Wechsel der regierenden Personen, oder der Staatsform, oder selbst des Herrschaftsverhältnisses. Notwendig war vielmehr eine vollständige Umänderung des *Wirtschaftssystems*, dessen erster Schritt die Aufhebung des Privateigentums an Kapital war. Dem sollte eine vollkommene Neuordnung der Produktion und der Bedarfsdeckung unter Ausschaltung des Profits folgen, die unsere gesamte Lebensführung so von Grund auf umkehren muss, dass allerdings die Staatsformen, die Herrschaftsverhältnisse, die regierenden Personen usw. total durcheinandergewirbelt werden, bis sie sich dem neuen Zustand angepasst haben. Das war es, was einstmals die deutsche Sozialdemokratie unter „Revolution“ verstand, das war ihre revolutionäre Idee.

Wer nun noch nicht wusste, dass sie diese revolutionäre Idee schon lange vor dem Kriege aufgegeben hat, der muss es jetzt, fünf Monate nach dem 9. November, wohl einsehen. Der Regierungswechsel ist da, die Staatsform ist geändert, aber nichts ist geschehen, um die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen. Dabei soll nicht verkannt werden, dass die vollzogenen politischen Umwälzungen die bevorstehende Aufgabe erleichtern, manche Hindernisse aus dem Wege geräumt haben. Aber nicht mehr als das. Einige Vorarbeiten sind gemacht, die Hauptarbeit, die soziale Umwälzung muss nun beginnen. Für den Sozialisten ist die Revolution nicht beendet, sie fängt jetzt erst an. [134]

„Bolschewismus“ in England.

Von Ernst Sucher.

Wiederholt ist in diesen Heften nachgewiesen worden, dass eine Fortsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht im Stande wäre, die Welt vor dem vollkommenen ökonomischen Zusammenbruch zu retten. Natürlich wird die Welt nicht zu Grunde gehen, sondern wenn die Menschheit nicht bewusst und planmäßig den Kommunismus herbeiführt, wird er sich „von selbst“ durchsetzen. Das heißt: gezwungen durch die Bedürfnisse des Augenblicks werden die Menschen ökonomische Maßnahmen ergreifen, mit denen sie in der Tat nichts weiter bezwecken, als die Bedürfnisse des Augenblicks zu befriedigen. Aber jede

solcher Maßnahmen wird, indem sie an einer Stelle ein Loch stopft, an anderer Stelle ein um so größeres aufreißen, dadurch werden neue und immer neue Maßnahmen nötig, die zuletzt, unter ungeheuren Opfern und Leiden, unter Zertrümmerung zahlloser Existenzen, doch zum Kommunismus führen.

In Deutschland macht sich das schon jetzt ganz deutlich bemerkbar. Der immer wieder an anderer Stelle aufflammende Generalstreik ist ein Symptom dafür. In früheren Jahren hat die Sozialdemokratie gespottet über die Toren, die solche Massenbewegungen auf „Verhetzung“ zurückführen. Heute wissen die Noske und Scheidemann nichts Besseres, als dieses Beispiel des seligen Puttkammer nachzuahmen, obgleich man sich kaum etwas Kindischeres denken kann. Gewiss, die Parole zum Generalstreik auszugeben, ist leicht. Aber wie kommt es, dass solche Parole immer wieder befolgt wird? Und doch immerhin von solchen Massen befolgt wird, dass die Regierung ganze Armeekorps dagegen aufbietet. Bestehen diese Massen aus kleinen Kindern, dass sie dem ersten besten Hetzer nachlaufen, auf die Gefahr hin, die schwersten Entbehrungen zu erdulden und sogar totgeschossen zu werden? Nein, die dumpfe Verzweiflung ist es, die sie treibt. Selbst die wenigen, die 20 und 30 Mark den Tag verdienen, können bei den heutigen Preisen nur eben gerade so viel kaufen, wie sie brauchen, und selbst für Geld kriegen sie es oft nicht, weil es eben nicht vorhanden ist. Die anderen aber, und das ist die große Mehrzahl, stehen Tag für Tag dem nackten Hunger gegenüber; dazu die grauenhaft gewachsene Armee der Arbeitslosen! Und keine Aussicht, dass es besser wird, kein Vertrauen, dass diese Regierung und dieses System uns überhaupt je aus dem Jammer herausführen kann. [135] Das ist der Grund, weshalb man mit Kanonen und Minenwerfern des Generalstreiks nicht Herr zu werden vermag.

Aber was für Deutschland gilt, das gilt ebenso auch für die anderen Länder, je nach der Reife ihres wirtschaftlichen Niedergangs. Vor einigen Monaten bereits, im Dezember, zeigten wir den Stand der Dinge in *Frankreich*. Wir wiesen nach, dass der Glaube, ein siegreicher Staat könne keine Revolution haben, ein Köhlerglaube ist. Damals nahmen wir an, dass unter den Ländern der Entente Frankreich – und neben ihm vielleicht Italien – der Revolution am nächsten sei. Inzwischen aber scheint es fast, als ob *England* noch eher an die Reihe kommen solle. Mehren sich doch seit Wochen die Nachrichten vom „Bolschewismus“ in England. Kommt doch seit Monaten England vor Streiks nicht zur Ruhe. Und zwar sind es gewaltige, riesenhafte Streiks von hunderttausenden von Arbeitern. Allerdings, es sind „wirtschaftliche“ Streiks. Die Arbeiter stellen keine politischen Forderungen, sondern verlangen Lohnerhöhung, Arbeitsverkürzung und dergleichen. Aber wir halten jeden Leser der Lichtstrahlen für genügend vorgebildet, um die Unterscheidung zwischen „politischen“ und „wirtschaftlichen“ Streiks, hinter die sich die Regierenden unserer Tage in ihrer Angst verkriechen, sofort in ihrer Hohlheit zu durchschauen. Und neuerdings hört man auch von regelrechter kommunistischer Propaganda im Heere, der sich die englischen, ja sogar jetzt schon die amerikanischen Soldaten keineswegs entziehen.

Auch England, diese Hochburg des Kapitals, dieser scheinbar stärkste Wall gegen die kommunistische Flut, wird dem Kommunismus nicht entgehen. Einmal schon deshalb nicht, weil es sich dem internationalen Zusammenhang nicht entziehen kann. Im Wirtschaftsleben Englands spielen die Beziehungen zu Deutschland eine große Rolle. Im Jahre 1912 z. B. hatte England eine Gesamtausfuhr von etwa 12 000 Millionen Mark, wovon nicht weniger als der zehnte Teil, nämlich für 200 Millionen Mark nach Deutschland ging. Und von der englischen Einfuhr von 15 000 Millionen Mark kamen Waren für 1400 Millionen Mark aus Deutschland. Man stelle sich vor, dass Deutschland, weil sonst keine Rettung blieb, im engen Zusammenschluss mit Russland zum Kommunismus übergeht. Wäre es denkbar, dass England, bei der Menge von Waren, die es aus Deutschland braucht und nach Deutschland verkaufen muss, sich diesem Einfluss entziehen kann?

Aber selbst hiervon abgesehen, hat der Krieg auch dem früher so reichen England Opfer auferlegt, die es unter dem [136] kapitalistischen System keinesfalls tragen kann. Die endgültigen Abrechnungen über die tatsächlichen Kriegsausgaben Englands liegen in diesem Augenblick noch nicht vor. Aber schon im Juli 1918 hat der Finanzminister *Bonar Law* ausgerechnet, dass bis zum Ende des Jahres 8500 Millionen Pfund Sterling verpulvert sein würden. Das ist das niedliche Sümchen von rund 170 Milliarden Mark. Finanzminister pflegen in solchen Angaben vorsichtig zu sein, um die Steuerzahler nicht zu erschrecken. Wir dürfen also ruhig annehmen, dass die 170 Milliarden schon bis zum 1. November draufgegangen sind, zumal ja die Demobilisierung, die Besetzung des Rheinlandes, die weitere Indiensthaltung der Flotte etc. auch allerhand Geld kostet. Vor dem Kriege (1913) hat England alles in allem 3850 Millionen Mark das Jahr über verausgabt.

Setzen wir nun den Fall, dass England seine verausgabten und geborgten Kriegsgelder nur mit 5% zu verzinsen braucht – etwas billiger als Deutschland und Frankreich, weil es einen besseren Kredit genießt – so muss es allein für Zinsen 8500 Millionen Mark alljährlich aufbringen.

Die *Rentenlast* wird auch nicht klein sein. Im November wurde, allerdings nur auf privatem Wege, gemeldet, England habe insgesamt an Toten und Verwundeten rund 3 Millionen Mann verloren. Das ist sicherlich zu niedrig. Zwar hatte England zu Beginn des Krieges nur eine kleine Armee, aber im Lauf der Jahre ist diese auf die Stärke mehrerer Millionen angewachsen und hat besonders noch im letzten Kriegsjahr an den furchtbar blutigen Schlachten in Frankreich teilgenommen. Die obige Rechnung (vom November 1918) weist nur 658000 Tote auf. Dagegen zeigten die Verlustlisten, aus denen die Kopenhagener Studiengesellschaft schöpfte, schon in den beiden ersten Kriegsjahren 205000 Tote. Und damals war die englische Armee noch lange nicht auf der ziffermäßigen Höhe der übrigen, damals hatten Deutschland und Frankreich bereits je 900 000 Tote. Es ist also schlechthin unglaublich, dass die englischen Verluste nicht größer gewesen sein sollen. Jedenfalls müssen die Ausgaben Englands an Unterstützungen für Krüppel und Hinterbliebene mindestens ebenso groß sein wie die Frankreichs. Und dort sind sie soeben von der Regierung auf 32 Mill. M. angegeben worden.

Eigentliche *Verwüstungsschäden* hat England nur in geringem Maßstab gehabt. In Betracht kommen nur die durch Fliegerbomben angerichteten Verwüstungen. Dagegen dürfte der Verlust an Schiffsmaterial sehr groß sein. Aber [137] selbst wenn es sich dabei um mehrere Milliarden handelt, so würden für den Wiederaufbau bzw. für Verzinsung des verlorenen Kapitals doch nur einige hundert Millionen sich ergeben, die vielleicht die ganze bisher errechnete Summe auf etwa 12 Milliarden erhöhen dürften.

Dazu kämen als letzter Posten die vermehrten *Rüstungsausgaben*, da nach aller bisherigen Erfahrung der Geschichtshaber es als oberste „nationale Pflicht“ erklären werden, die durch den Krieg erworbene Machtstellung durch ausgedehnte Rüstungen zu sichern. Und übrigens ist das auch richtig: beibt's bei der kapitalistischen Wirtschaft, so sind neue Kriege unvermeidlich, und jeder Staat muss rüsten.

Vor dem Kriege gab England für Heer und Flotte knapp 1500 Millionen Mark jährlich aus. Verdoppelung wird das allermindeste sein, was ihm der Krieg beschert hat. So kämen wieder 1500 Millionen dazu.

Endlich muss natürlich berücksichtigt werden, dass die *regelmäßigen Staatsausgaben* auch ohne Krieg von Jahr zu Jahr gewachsen wären, so dass wir sie statt mit 3800 etwa mit 4500 Millionen Mark ansetzen müssen.

Das ergibt folgende Schlussrechnung:

Gewöhnliche Staatsausgaben	4500 Mill. Mark
----------------------------	-----------------

Zinsen für Krieganleihen	8500 Mill. Mark
Renten aus Anlass des Krieges	3200 Mill. Mark
Wiederaufbau	300 Mill. Mark
Vermehrung der Rüstungen	<u>1500 Mill. Mark</u>
	18 000 Mill. Mark

Hierbei ist für Tilgung der Krieganleihen noch kein Pfennig gerechnet, und schon kommen 4½ mal so hohe Ausgaben heraus wie vor dem Kriege. Wir denken, das ist eine Aufgabe, an der sich auch die englischen Finanzpolitiker die Zähne ausbrechen werden. Früher oder später muss es ja einmal ernst werden, es muss der Versuch gemacht werden, aus dem englischen Volk diese Summen herauszuholen³⁰, und dann werden den englischen Arbeitermassen die Augen übergehen, und es wird einer besonderen bolschewistischen Propaganda kaum bedürfen. Weil aber die Art, wie man in England die Kriegsgelder bisher aufgebracht hat und in Zukunft aufbringen wird, besonderes Interesse bietet, gedenken wir, in einem der nächsten Hefte darauf zurückzukommen. [138]

Aus meinen Kriegserinnerungen. II.

Von Brund Lieske.

2. Von Warschau, – Soldatenspielen – und Polinnen, Seelen – Körperheil – und anderes!

Warschau, 1. September 1915.

Das war nun der Sonntag: Ausgeh-Appell auf dem Alexanderplatz in Warschau! Ihr müsst ihn gesehen haben, unseren Herrn Hauptmann, den Transportführer. Seit ein paar Tagen trägt auch er die hier zum Bestand des gebildeten Menschen scheinbar gehörende Reitgerte majestätisch in der Hand, wenn er grüßt: „Guten Morgen Grenadiere!“ Mit offenen Müulern sehen die Warschauer dieses militärische Schauspiel an. Aus tausend Kehlen überdröhnt es dann die harmonischen Wellen der Orgeltöne, die uns aus den offenen Kirchentoren entgegenquellen: „Guten Morgen Herr Hauptmann!“ Schon längst rechnete ich damit, dass man den Herrn Hauptmann allhier für einen sehr großen Mann hält. Als ich das zu meinen Freunden sagte, fragt uns auch richtig ein Pole: „War das der General?“ –

Na, das gehört eben zur Aufrechterhaltung der Disziplin. Nur gut, dass niemand unser Spitzbubenlächeln gesehen hat, als wir die „Polenfrage“ bejahten.

Unser erster Weg führt uns natürlich zu den Weichselbrücken hinunter, welche einen wüsten Anblick darbieten. Der schöne Sandsteinbau ist in der Mitte zusammengebrochen, ein anderer Bogen geknickt. Bis zum Zusammenbruch dürfen wir passieren, müssen aber an der Knickung einen etwa 1 Meter breiten Spalt übersteigen. Durch diesen erblickt man ungefähr drei Stockwerke unter sich das Weichselwasser. Das ist denn auch nichts für Schwindelige. Das Holzpflaster dieser Hauptverkehrsbrücke ist nach unten zusammengerutscht, als wenn unartige Kinder einen Steinkastenbau zerstören, wenn sie seiner Schönheit überdrüssig geworden sind.

³⁰ Auf die kindliche Vorstellung, man könne sich durch Kriegsentschädigung von Deutschland wesentlich erleichtern, gehen wir nicht mehr ein. Wir haben sie in dem Artikel über Frankreich – Dezemberheft S. 34 – schon erledigt.

Einen der vier Flankierungstürme müssen wir noch besteigen und, soweit es die trotz Sonnenschein verdickte Luft zulässt, ins weite Polenland hineinsehen. Schön ist's schon für wanderlustige Menschen, wenn nur auf dem weiteren Wege der Ernst nicht noch weiter zu Tage treten würde.

Das eiserne Geländer der noch unfertigen, herrlichen Uferstraße ist verschiedentlich von Kugeln durchbohrt. Jedenfalls sind das die Spuren des Rückzugsgefechtes, das die Russen von [139] der gegenüber liegenden Vorstadt *Praga* aus geliefert haben, nachdem um Warschau selbst kein Kampf stattgefunden hatte. Nach *Praga* zieht heute ein Strom von Ausflüglern, endlos und renitent. Riesig ist der Andrang bei den Überfahrkassen, sodass die mit der weiß-roten Armbinde versehenen freiwilligen Polizisten sich genötigt (??) sehen, mit dem Zeichen ihrer Würde, der Reitgerte, immer dazwischen zu hauen! Ob das eine Neueinführung der deutschen Verwaltung ist, oder ob man doch etwas darauf gibt, dem Volke seine „nationalen Eigenarten“ zu erhalten, das kann ich nicht beurteilen. Sicher ist jedenfalls, dass die Bevölkerung den freiwilligen Häschern nicht allzu viel Sympathie entgegenbringt.

Besonders klagen Väterchens „geliebte Juden“ darüber, dass ihnen das Leben durchaus nicht anders gestaltet wird als vordem. So seien sie auf Betreiben der „Christlichen“ von der Mitwirkung an der Stadtverwaltung gänzlich ausgeschaltet worden! Da auch die freiwillige Polizei dazu gehört, unterscheidet sich die Behandlung der Juden wenig von der früheren; da man ja die Toleranz der internationalen Christen kennt, erscheint mir die Klage nicht unglaublich. Dem wird auch jeder zustimmen, der so einen „vorgesetzten“ Polizisten gesehen hat. Er reitet auf eigenem Pferde, würdigt seine Untergebenen keines Blickes und man glaubt in ihm einen Feudalen des Berliner Tiergarten-Tattersalls zu erkennen, der sich herabgelassen hat, die Armbinde umzulegen. Die Reitgerte ist ja so wie so schon Erkennungszeichen des Mannes, der etwas auf sich hält, sie vertritt die Stelle des Spazierstockes.

Immer näher kommen wir drei dem sogenannten Judenviertel, eine Bezeichnung, die irreführend ist, weil hier auch die christliche Armut zu Hause zu sein scheint. Oder tragen Juden auch schon Rosenkränze? Ich muss sagen, dass die Schmutzschilderungen nicht übertrieben sind. Nicht dass die Straßen unsauberer sind als bei uns im ehemaligen Scheunenviertel, sondern die Menschen nehmen es nicht so genau. Schmutzstarrend sitzen sie vor den (christlichen) Kirchen, die einzig und allein eine andere Pflege genießen. Es riecht in den engen Straßen so, dass man sich in das Hafenviertel einer Seestadt versetzt glaubt, wenn zur Zeit der Ebbe der Schlamm der Kanäle zum Himmel stinkt! Dennoch kann ich nicht in den üblichen Verachtungston einstimmen, denn was hier zum Himmel stinkt und schreit, ist die Rücksichtslosigkeit, mit der das Gottesgnadentum im 20. Jahrhundert sein Leben fristet. Befinden wir uns doch in dem Lande des Inbegriffs aller demokratischen Ungerechtigkeit [140]. Und nur wir Preußen haben manches in der Heimat, was uns in die Lage versetzt, darüber ein Urteil zu geben.

Die Polen scheinen sich denn auch wenig zu machen aus dem „Heldentod fürs Vaterland“, denn so einen Riesenverkehr wie hier am heutigen Sonntag (5. Sept. 1915), dürfte selbst Berlin nicht aufzuweisen haben. Alle Läden sind voll, alle Kirchen haben steten Verkehr. Das Innere der letzteren strotzt von Gold und Edelstein, während die Armut auf den Treppenstufen dieser Millionenbauten ihren Rosenkranz wimmert! Sonderbare Brüderlichkeit, die sich sogar auf offener Straße küsst! Doch wir haben nur vier Stunden Zeit und suchen mehr zu erleben.

Abwechslung wird uns bald. Vier niedliche Polinnen begegnen uns „auf einer grünen Wiese“, mitten unter fressendem und sich beschnuppendem Rindvieh. Uns packt der Schalk! Mit echt Berliner Keckheit stellen wir uns ihnen in den Weg. Freund C. – nicht ich – versucht durch Augensprache sich anzubiedern, was dem schwarzgelockten auch nicht allzu schwerfällt. Ob

unsere Augen Röntgenwirkung gehabt haben, weiß ich nicht, genug, die Schönen belohnten uns mit Birnen, nachdem wir ihre gebrochene Frage, ob wir denn kein Geld hätten, mit einem lebhaften „Nein“ beantwortet hatten! Leider war für unser Temperament die Verständigung zu langweilig und undankbar ließen wir die Holden stehen.

Bald aber schlägt uns das Gewissen, statt Abschiedswinken, winken wir heran. Gleich ist's uns wieder leid und wir lassen den Schwarzen allein, dem „Glück“ entgegenzugehen. Wir beiden trösteten uns: „Die Birnen seien symptomatisch, das heißt: angestoßen gewesen!“ So ganz ehrlich sicher war wohl das Gefühl nicht, denn ich konnte es mir auch nicht versagen, an der nächsten Straßenecke das Spiel mit drei anderen Grazien zu wiederholen. Ein riesenhafter Seufzer: hü – b – sch! So sind die Weiber. Na, Zeit und Geld war knapp, dann ist man auch verheiratet, und – treu ist die Soldatenliebe –!

Schon auf den Stationen unserer Reise bekamen wir Bilder zum Kapitel: Das Weib im Leben der Völker. Die Truppentransporte scheinen die käufliche Liebe in die kleineren Orte gezogen zu haben. Wenigstens erfährt man bald, dass ein rotes Kopftuch eine dahingehende Bedeutung haben soll.

Unterscheidet sich in der Stadt die Kleidung durchaus nicht von unseren verrückten Moden, so ist eine städtisch gekleidete Fee auf dem Lande eine angestaunte Seltenheit. Aber Rasse steckt [141] in der Jugend, die scheinbar dem Wort von der „Karnickelwirtschaft“ zur Wahrheit verhelfen will. Ob sie den Russen ebenso lieb an den Hals geflogen sind? Woher denn sonst der viele „Segen“, der alleweil sich ankündigt?

Manch liebes Bild habe ich noch mitgenommen. Eines Abends zog es mich in den nahen Wald. Gar oft stockte mein Fuß, denn es ist doch Feindesland. Erschreckt die Blendlaterne auf! Doch beschämt löschte ich sie des Öfteren wieder, da ich nie neidisch des anderen Glück stören wollte. Jedenfalls traf hier nicht das Schillerwort zu, dass die Weiber, „noch zuckend mit des Panthers Zähnen“, des Feindes Herz zerreißen. Wäre die Verständigung leichter, so glaube ich bestimmt, dass sich manches Band von Freundschaft hier mehr knüpfen würde. Aber sie verstehen's, die Racker! Und wer nicht ganz Kenner ist, der lasse sich lieber nicht mit ihnen ein. Unsere Landsturmbesatzung fühlt sich denn auch wohl, in allen Quartieren fand ich diese „holden Zeitvertreiber“. Noch mehr aber finden die jüngeren österreichischen Besatzungen bei den Polinnen Anklang. Und mehr als einmal begrüßten uns zwei solcher Menschenkinder, wie sie Arm in Arm sich die Feldarbeit teilten.

Es erscheint mir darum durchaus berechtigt, wenn seitens der Heeresverwaltung immer wieder auf die Gefahren aufmerksam gemacht wird, die dem jungen Manne drohen. Die Zahl der „Märtyrer der Liebe“ soll ohnehin nicht klein sein. Ob es gerade richtig ist, uns deshalb auf dem Warschauer Exerzierfelde Vorträge darüber zu halten, die bei jedem zweiten Wort beweisen sollten, dass durch Nichtbefolgung der Warnung unser *Seelenheil gefährdet* sei, glaube ich doch nicht. Hier handelt es sich doch um verdammt „irdische“ Dinge. Da gefiel mir der Vortrag eines Stabsarztes doch besser, der es einfach für blödsinnig erklärte, wenn er ein „Verkehrsverbot“ aussprechen wolle. Dann gab er Ratschläge, mit denen derjenige etwas anfangen konnte, der das *Körperheil* dem *Seelenheil* vorzog.

Indessen wir so behütet wurden durch unsere Herren Transportführer, gaben sie uns Proben ihrer Gefahrenverachtung! Stolz wie Spanier, fuhren sie mit Prachtexemplaren von Polinnen in den Warschauer Gummidroschken durch die Straßen. Oder waren es Cousinen?

Kann man so über die Bevölkerung wenig klagen, so betragen sich unsere Leute nicht immer einwandfrei. Bei unserem Transport befinden sich auch Ersatzleute des ...ten Regiments. Rekruten sind es meistens, richtige Eroberer! Ich bin dazu [142] gekommen, wie sich die ungedienten Landstürmer meiner Truppe darüber aufregten, dass diese Lümmels sogar vor

tätlichen Beleidigungen der Handelsfrauen nicht zurückschrecken. Die Drohung mit der Meldung an den Transportführer befreite hier die Opfer. Das Bezahlen vergessen manche auch noch, indem sie sich darauf berufen, dass man sie übervorteilen wollte. Nun ist in dieser Beziehung sehr über Willkür zu klagen, denn wenn sich daran auch ein aktiver Gefreiter beteiligt, der schon am Anfang das „Eiserne“ erhalten hat und beim Nichtbezahlen blutrünstige Reden führt, dann kann man sich ein Bild machen von denen, die zwei Jahre für den Krieg gedrillt worden sind. Was werden wir nach diesen kleinen Vorkommnissen in den paar Tagen, später noch aus jenen Ländern zu hören bekommen, wo diesen „Helden“ das Requirieren gestattet war!?

Der Krieg ist als Etappentruppe noch auszuhalten, vom Dienst will ich schweigen. Auch hier verlasse ich mich auf mein – Schwein. Als zufälliger Flügelmann bin ich Gruppenführer geworden, sodass ich wenigstens das Gepäck nicht schleppen brauche. Wenig ist das wohl, aber der Mensch freut sich. Doch bleiben wir beim menschlichen Leben.

Eine Lieblingsbeschäftigung unseres vierblättrigen Kleeblattes ist der allabendliche Spaziergang. Nach dem Vorort Mokotto zu führt eine breite Straße, deren eine Seite unserem Tiergarten gleicht. Hier gibt sich die Jugend ihr Stelldichein. Was Wunder, wenn wir Jugendfreunde nach diesem „Treptower Park en miniature“, uns hingezogen fühlen. Dann ergreift uns ein wildes Sehnen nach Liebes- und Lenzeslust. Da krampft sich denn doch manchmal das Herz zusammen, wenn man an die Heimat denkt. Ein fröhliches, silberhelles Lachen der sorglosen Jugend belehrt uns jedoch, dass hier nicht der rechte Ort und die richtige Umgebung ist, sentimentalen Gedanken nachzuhängen. Darum eilen wir zum Schlusschoppen, den uns eine bändergeschmückte Hebe kredenzt.

Ach ja, wenn der Spaß nur billiger wäre! 30 bis 70 Pfg. *die Flasche* ist hier regulär. Überhaupt finde ich, dass man hier Geld gebrauchen kann. Nur der Schlächter scheint billiger als in Berlin zu sein. Das Pfd. Schmalz 1,33 Mk. ist nicht teuer und für 1,17 Mk. dürfte es in Berlin auch keine feine Leberwurst geben. Dabei ist zu bemerken, dass ich deutsches Gewicht bekommen habe. Allgemein gibt es 100 Gramm weniger auf ein Pfund, sodass man für 20 bis 30 Pfg. höchstens 4 bis 5 Birnen bekommen kann, was natürlich nicht hindert, dass man sich nach dem teuren und meist unreifen Zeug reißt. [143]

Dennoch will das Geld nicht reichen. Allgemein finde ich's hier zurzeit nicht teuer. Wenn Ihr in Berlin den wunderbaren silbergrauen Regenmänteln begegnet, so denkt daran, dass sie hier schon für 14,50 Mark zu haben sind, nachdem sie in ein paar Tagen um 2 Mark gestiegen sind. Stiefel gibt es hier, Stiefel, wie man sie bloß hier zu sehen bekommt. Da könnte man in Zivil einen „Grande“ machen. Aber wozu solche Gedanken! Wer weiß, ob wir nochmal zum Balle gehen?

Von dem Riesenverkehr schrieb ich schon. Unwillkürlich stelle ich Vergleiche mit anderen Städten an. Was „Lebewesen“ betrifft, so dürfte das Nachtleben dem Berliner kaum nachstehen. Große Kaffees an jeder Ecke der großen Verkehrsadern, bei denen man nicht weiß, welche eigentlich die Hauptstraße zu nennen ist. Wohl in keiner Stadt läuft einem das Dirnenwesen so ungeniert in den Weg, wie hier in Warschau! *Und dabei so jung, so blutjung!!*

Ich kann die Gründe der erhöhten Prostitution jetzt nicht studieren, das wäre sicher eine dankenswerte Aufgabe für Menschenhirne, die jetzt nur Zerstörungsmaschinen erfinden zu können scheinen. Denn was für Geist dazu gehört, die Kriegsmaschine in Bewegung zu halten, kann nur der ermessen, der gesehen hat, was dazu nötig ist.

Werfen wir am Schluss noch einen Blick auf unser Leben bei der Kompagnie, welche in einem nördlichen Vorort einquartiert lag. Zwei Tage hausten wir hier wie Zigeuner in großen Speichern. Herrliches Wetter begünstigte das. Eines Mittags bekam Freund Sch. den Einfall,

nach Läusen zu suchen! In einem kleinen Wäldchen war es, wo auch ich die Entdeckung machen musste, dass sich diese Haustiere bei mir eingefunden hatten. Dann kam es ungefähr so, wie ein in Galizien geborener Ansichtskartenvers spottet:

„Erst laust sich der Vater,
Dann laust sich das Kind,
Drauf laust sich die Magd
Und dann das Gesind.
Bei diesen drinnen steh ich' zu dritt':
Erst sehe ich zu, – dann lause ich mit -!“

Wie immer, so hatte ich auch hier Glück! Nur ein „Läuschen“ fand sich bei mir, für den Anfang und ohne Schützengraben gerade genug. Ein „Mäuschen“ wäre mir jedenfalls lieber gewesen! So wird mir denn die ehrwürdige Hauptstadt Polens in längerer oder kürzerer Erinnerung bleiben, – je nach Lebensdauer – ! [144]

Die Kriegsentschädigung ein Phantom.

Schon lange vor dem November 1918 war man in allen Ländern des Krieges satt. Es ist sicher nicht übertrieben zu behaupten, dass mindestens im zweiten Kriegsjahr die Völker auf allen Seiten restlos kriegsmüde waren und lieber heute als morgen Frieden geschlossen hätten. Wenn es trotzdem nicht dazu kam, so lag das vornehmlich, vielleicht sogar ausschließlich an dem Schwergewicht der bereits aufgehäuften Lasten. Die Verwüstungen an Gut und Menschenkraft waren bereits damals so ungeheuer, die Kosten so ins Gigantische gewachsen, dass jeder Staatsmann mit banger Sorge dem Tage *nach* dem Kriege entgegensah, an dem die Raserei der Kriegswut verraucht sein und stattdessen das Bezahlen beginnen würde. Jeder scheute davor zurück, die Kosten auf die eigene Staatskasse zu übernehmen, weil er davon nicht etwa nur Staatsbankrott, sondern finanziellen und wirtschaftlichen Untergang des eigenen Volkes befürchtete. So wurde der Krieg weitergeführt, weil jeder Teil hoffte, schließlich dem andern die Kriegskosten auferlegen und dadurch die eigene Staatskasse entlasten zu können. Diese Hoffnung aber – und das ist überaus bezeichnend für die Kurzsichtigkeit der Diplomatie – gründete sich nicht etwa auf die Erwartung eines *militärischen* Umschwungs; die Kriegslage war mindestens seit dem Fall von Warschau im August 1915 nicht danach, dass einer der beiden Teile eine entscheidende militärische Niederlage des Gegners erhoffen durfte. Sondern sie gründete sich auf die Erwartung des *wirtschaftlichen* Zusammenbruchs. Oder genauer ausgedrückt: die Staatsleitungen beider Parteien wussten, dass es den eigenen Völkern furchtbar schlecht ging; sie *mussten* wissen, dass die eigenen Völker kurz vor dem Zusammenbruch [145] standen; aber sie hofften, dass die andere Seite noch sozusagen eine Viertelstunde früher zusammenbrechen werde.

Dieser Gedankengang war genauso irrsinnig, wie die gesamte Methode der Diplomatie, die uns in den Krieg und während des Krieges geführt hat. Hätte man nicht die zahllosen Veröffentlichungen gelesen, die auf beiden Seiten haarklein bewiesen, dass man den Krieg bis zum endgültigen Siege weiterführen müsse, weil ohne Kriegsentschädigung das eigene Volk zu Grunde ginge – hätte man das nicht so und so oft schwarz auf weiß gelesen, man sollte es nicht für möglich halten, dass Menschen derartig das Denken verlernen könnten! Denn schließlich musste man sich doch sagen: wenn selbst diese Hoffnung in Erfüllung ging, wenn selbst bei diesem Wahnsinns-Wettlauf der Feind ein wenig früher zusammenbrach, so würde er sich dann in einem Zustand so totaler Erschöpfung befinden, dass er völlig außer Stande sein würde, dem Sieger noch irgendeine nennenswerte Kriegsentschädigung zu zahlen.

Der Augenblick ist jetzt gekommen, die Probe aufs Exempel wird soeben gemacht. Der Krieg ist zu Ende, weil das deutsche Volk ihn schlechterdings nicht weiterführen wollte. Es hat das Beispiel des russischen Volkes – leider nur unvollkommen – nachgemacht, hat seine bisherigen Machthaber zum Teufel gejagt und andere Männer in die Regierung berufen zu dem ausdrücklichen Zweck, Frieden zu schließen. Es hat seine Waffen abgeliefert und alle Bedingungen angenommen, und so sehen sich nun die Staatsmänner der Entente an dem heißersehnten Ziele, sie wollen jetzt die Kriegsentschädigung haben und präsentieren ihre Rechnung.

Sie werden eine böse Enttäuschung erleben!

Nach einer Zusammenstellung, welche englische Zeitungen im März d. J. veröffentlichten, ist im Verlauf des Krieges die Summe der Schulden aller beteiligten Länder um rund 680 Milliarden Mark gewachsen. Dies ist aber noch lange nicht der Gesamtbetrag der Kriegskosten. Wahrscheinlich ist es noch nicht einmal die Summe der tatsächlich gemachten baren Ausgaben für Kriegszwecke, und dazu kommen nun noch die Kosten des Wiederaufbaus der verwüsteten Gegenden sowie der öffentlichen und privaten Wirtschaft überhaupt und die dauernde Versorgung der Invaliden und Hinterbliebenen, sodass die Gesamtsumme keinesfalls hinter 1000 Milliarden zurückbleibt. In der Tat hat bereits vor einem Jahre eine sorgfältige Zusammenstellung aller bis dahin bekannten, doch nur lückenhaften Angaben ergeben, dass schon bis einschließlich Februar 1918 mindestens 875 Milliarden Mark verpulvert waren. Da- [146] von kamen auf Deutschland und seine Bundesgenossen etwa 300 Milliarden. Nach dem Wortlaut der jetzt vorgelegten Friedensbedingungen verlangt die Entente zum mindesten den Ersatz aller in ihren Ländern angerichteten Schäden, d.h. nach obigem Verhältnis ca. 650 Milliarden, und man muss sich darüber klar sein, dass ihr mit einer geringeren Entschädigung nicht gedient ist. In manchen Kreisen Deutschlands scheint man zu der Ansicht zu neigen, als hätten die Machthaber in Paris übertriebene Forderungen gestellt, um etwas zum Abhandeln zu haben. Das ist ganz irrig. Nach der erwähnten Berechnung beliefen sich damals schon – also am 28. Februar 1918 die Kriegskosten Frankreichs allein auf 145 Milliarden Mark, diejenigen Englands auf 172 Milliarden usw. Was sollte ihnen da eine Entschädigung von, sagen wir, 100 Milliarden nützen?

Nun mag man einwenden, dass dies mit den Bedingungen des Waffenstillstands vom November 1918 in Widerspruch steht. Denn der ist ausdrücklich auf Grund der Wilsonschen „14 Punkte“ abgeschlossen, und einer dieser Punkte lautet: „keine Annexionen, keine Kriegskostenentschädigung, kein strafweiser Schadenersatz“.³¹ Infolge dessen dürfe die Entente nur für solche Schäden Ersatz beanspruchen, welche *Privatleute* durch den Krieg erlitten haben, aber nicht für die Kriegskosten der Regierungen. Indessen liegt doch auf der Hand, dass es bei Abschluss und Durchführung der Friedensbedingungen letzten Endes nur darauf ankommt, was die Entente fordern will und was sie zu erzwingen in der Lage ist. Übrigens werden wir gleich sehen, dass es praktisch ganz auf eins herauskommt, ob die Entente 1000 oder 500 oder selbst nur 100 Milliarden verlangt. Dass aber in diesem Augenblick tatsächlich der Ersatz sämtlicher Schäden, also eine Summe von mindestens 650 Milliarden gefordert wird, darüber sollten wir uns keinem Zweifel hingeben. Indessen, um zu zahlen, muss man zuerst haben. Die Entente wird aus Deutschland keine 600 Milliarden herauspressen und auch keine 400 und sogar nicht einmal 100, aus dem höchst einfachen Grunde, weil sie nicht vorhanden sind. [147]

In einem sehr lehrreichen Büchlein des Berliner Professors Jastrow,³² dessen Lektüre allen empfohlen werden kann, die sich über den Gegenstand unterrichten wollen, wird nachgewiesen, in wie gewaltigem Maße die vor dem Kriege in Deutschland vorhanden gewesen Reichtümer in Rauch aufgegangen sind. Die höchste Schätzung bezifferte das deutsche Volksvermögen 1914 auf knapp 400 Milliarden Mark. Wir haben schon früher einmal (in Heft 4 der Lichtstrahlen vom Februar 1919) den illusorischen Charakter solcher Schätzungen betont. Von den 400 Milliarden besteht der weitaus größte Teil in Werten, die für die Zahlung einer Kriegsentschädigung gar nicht in Betracht kommen. Es rechnen dabei

³¹ *) So heißt es in Wilsons Ansprache an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 11. Februar 1918. (Dgl. „Der Friedensgedanke in Reden und Staatsakten des Präsidenten Wilson“. Berlin, Hobbing, 1918, S. 60/61.)

³² Jastrow, „Deutschlands Volksvermögen im Kriege“, Berlin, Springer, 1919, 45 Seiten.

mit Haus- und Grundbesitz, Bergwerke, Eisenbahnen, staatliche Domänen und Forsten. „Diese“, so schreibt Jastrow (S. 40) „können auf keinem noch so großen Frachtwagen fortgeschafft werden“. Das bisschen Hausrat, Büroeinrichtungen u. dgl., das dazwischen sich befindet, ist gegen über Milliardenforderungen unbedeutend. Außerdem aber hat sich das alles seit Ausbruch des Krieges stark vermindert. Wir hatten damals beträchtliche Vorräte an Kohle, an Erzen, an Rohstoffen und Halbzeugen aller Art und auch an fertigen Waren. Die sind heute verschwunden. Sie sind aufgebraucht und nicht ersetzt worden. Schon im Winter 1915/16 haben Stichproben folgende Verminderung der Vorräte gegenüber 1913/14 ergeben:³³

in 46 Betrieben der	Textilindustrie	von 135 auf 93	Millionen Mark
in 18 Betrieben der	Gummiindustrie	von 29 auf 18	Millionen Mark
in 20 Betrieben der	Lederindustrie	von 53 auf 32	Millionen Mark
in 30 Brauereien		von 20 auf 12	Millionen Mark
in 17 Mühlen		von 35 auf 5	Millionen Mark

Dabei waren bekanntlich die Preise in jenem Winter schon bedeutend höher als im Frieden. Sicherlich waren also die Vorräte auf ein noch geringeres Maß zusammengeschrumpft, als es diese Zahlen scheinen lassen. Auch ist ja für jedermann in den Verkaufsläden das Schwinden der Vorräte ohne weiteres sichtbar. „Ein Blick in die Schaufenster lässt schon den Straßenwanderer die Verödung erkennen. Tritt er in den Laden ein, so gähnen ihm leere Regale entgegen, wo früher die Fächer die Fülle des Stoffes kaum fassen konnten. In Kellern, Böden und Remisen vollends, in die das Publikum nicht gelangt, ist Vorratsraum wohlfeil geworden“. (Jastrow S. 9). [148]

Mit dem Aufbrauchen der Vorräte ging Hand in Hand eine übermäßige Abnutzung der noch übrig gebliebenen Waren und Produktionsmittel, sodass diese heute viel weniger wert sind, als vor 5 Jahren. Es erübrigt sich, Beispiele dafür anzuführen; jedermann sieht das an Straßenbahnen, Eisenbahnen, Maschinen tagtäglich. „Wenn man schätzt, dass der Gesamtvorrat Deutschlands an Maschinen und sonstigem Betriebsmaterial heute nicht halb so viel wert ist wie 1914, so ist man wohl noch vorsichtig gewesen“. (Jastrow S. 10.) Es liegt auf der Hand, wie sehr hierdurch die Produktivkraft unserer Arbeit gelitten haben muss, besonders auch in der Landwirtschaft, der ja auch die Düngemittel immer knapper wurden. Nach einer im April d. J. veröffentlichten Statistik wurden insgesamt geerntet:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben	
1918	2,46	8,01	2,26	4,68	29,47	9,88	Millionen Tonnen
1917	2,23	6,98	1,96	3,65	34,41	9,99	Millionen Tonnen
1916	3,01	8,90	—	6,93	24,66	10,14	Millionen Tonnen
1915	3,71	9,09	2,42	5,90	52,89	10,96	Millionen Tonnen

³³ Jastrow S. 7/8.

1914	3,79	10,35	3,05	8,85	44,70	16,88	Millionen Tonnen
1913	4,42	11,13	3,56	9,50	52,85	_____	Millionen Tonnen

Das Ernteergebnis pro Hektar betrug:

	1918	1917	1916	1915	1914	1913	
Winterweizen	1,73	1,56	1,87	1,99	2,03	2,41	Tonnen
Sommerweizen	1,57	1,38	1,95	1,82	2,10	2,39	Tonnen
Winterroggen	1,40	1,27	1,50	1,44	1,67	1,92	Tonnen
Sommerroggen	0,94	0,84	1,16	1,00	1,23	1,34	Tonnen
Sommergerste	1,51	1,28	-----	1,54	1,99	2,22	Tonnen
Hafer	1,43	1,04	1,95	1,31	2,07	2,20	Tonnen
Kartoffeln	3,00	3,10	5,70	3,20	1,60	4,20	Tonnen
Zuckerrüben	24,60	24,89	24,61	27,39	29,72	-----	Tonnen

Sehr interessant, ist ferner bei Jastrow (S. 12) nachzulesen, dass die viel gerühmte „Umstellung“ der Fabriken auf Kriegsbedarf, die man uns die ganzen Jahre lang als Beweis deutscher Tüchtigkeit und Überlegenheit gepriesen hat, in Wirklichkeit eine Verarmung bedeutet. Wenn eine Nähmaschinenfabrik sich aufs Granatendrehen legte, wenn ein Fabrikant feiner Seidenstoffe stattdessen eiserne Bettstellen herstellte usw., so werden die Maschinen, die man jetzt wieder hervorholt, oft nur altes Eisen sein. „Nach einer Zählung im Frühjahr 1918³⁴ waren von 1700 Baumwollspinnereien und -Webereien nur 70 im Betrieb gelassen, von 4500 Seidenwebstühlen nur 2500; von [149] 720 Ölbetrieben nur 15. Selbst in der Schuhmacherei schätzte man die Zahl der fortarbeitenden Betriebe nur noch auf die Hälfte. Die neuen Umstellungen zum Friedensbetrieb erfordern wieder neue Kosten und Verluste.

Zu dem allen kommt dann der Verlust von 1½ Millionen Toten, lauter gesunde, arbeitsfähige Männer im kräftigsten Alter, der Verlust der Arbeitskraft der unzähligen Invaliden und die Herabminderung der Arbeitskraft aller Übrigen infolge der Unterernährung. Wollen wir also selbst annehmen, dass das deutsche Volk in seiner Gesamtheit vor 5 Jahren 400 Milliarden Mk. besessen habe, so sind davon doch sicherlich $\frac{3}{4}$ verschwunden³⁵. Bleibt also ein Rest von nur 100 Milliarden. Die Entente müsste demnach, um eine Entschädigung von 100 Milliarden zu kriegen, das gesamte in Deutschland vorhandene Vermögen wegnehmen. In natura geht das nicht, dazu reicht, um mit Jastrow zu reden, der größte Frachtwagen nicht aus. Aber kann

³⁴ Frankf. Ztg. 14. Juni 1918. 1. Morgenblatt.

³⁵ Aber gleicht sich das nicht durch die gestiegenen Preise aus? Ist nicht jede einzelne Ware inzwischen teurer und damit wertvoller geworden, sodass wir insgesamt ebenso viel, vielleicht sogar mehr besitzen als damals? – Hoffentlich genügt es, diesen Blödsinn im Vorübergehen erwähnt zu haben. Von unseren Lesern wird wohl niemand so naiv sein zu glauben, dass wir, während uns der Lebensbedarf fehlt, durch das Bedrucken eines Haufens schmutziger Papierzettel reicher geworden sind.

sie nicht im Lande selbst alles beschlagnahmen und das gesamte Erträgnis sich auszahlen lassen?

Wir wollen wieder so günstig wie möglich rechnen. Nach der höchsten Schätzung erreichten die gesamten (öffentlichen und privaten) Einkünfte in Deutschland 1914 42 Milliarden Mk. Das war also das Erträgnis des damals vorhandenen Vermögens. Ist das Vermögen auf $\frac{1}{4}$ gesunken, so natürlich auch sein Ertrag. Es wird demnach in Anbetracht aller erwähnten Umstände hoch sein, wenn wir annehmen, dass der Ertrag in der nächsten Zukunft 10 Milliarden jährlich ausmacht. Dann wäre es theoretisch denkbar, dass die Entente davon die Hälfte sich geben lässt und diese 5 Milliarden als Verzinsung von 100 Milliarden Kriegsschuld ansieht. (Wobei nur vergessen wird, dass wir mit 400 und 42 Milliarden die *höchsten* bisher vorhandenen Schätzungen genommen haben; die wirklichen Zahlen werden bedeutend niedriger sein.) Das wäre das äußerste Resultat, zu dem die Entente gelangen könnte. Dazu müsste sie aber eine starke Besatzungsarmee in Deutschland lassen, deren Unterhalt vermutlich von diesen 5 Milliarden schon abgehen würde und deren Arbeitskraft in der Heimat, wo sie dringend [150] nötig wäre, fehlt. Außerdem würde der Ertrag der deutschen Arbeit unter solchen Umständen bald noch viel mehr nachlassen, und so wäre das Endergebnis für die Entente eine Jahreseinnahme von vielleicht 2-3 Milliarden Mk., die auf alle am Krieg beteiligt gewesenen Länder zu verteilen wäre. Eine Summe, die im Vergleich zu den Erfordernissen des Wiederaufbaus geradezu lächerlich gering wäre.

Und selbst dem stände noch ein gewaltiger Verlustposten gegenüber, weil durch die Verarmung Deutschlands den Engländern, Franzosen, Amerikanern die gewinnbringenden Geschäftsverbindungen verloren gehen, die sie vor dem Kriege mit Deutschland hatten. Doch das ist ein Kapitel, das besonders behandelt werden muss.

Englisch-deutsche Wirtschaftsverflechtung.

Von Merkator.

Wenn während des Krieges der amtliche Heeresbericht triumphierend zu melden wusste, dass wieder so und so viel „feindlicher“ Schiffsraum vernichtet sei, dann gab es in Deutschland wenige, die daran dachten oder auch nur wussten, dass solche Meldung viel eher ein Anlass zur Trauer als zur Freude hätte sein sollen. Seit Menschenaltern schon sind die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Völker so eng miteinander verknüpft und so voneinander abhängig, dass aller Nachteil, der das eine Volk trifft, notwendig auch zum Schaden des andern ausschlagen muss. Jedes versenkte englische Schiff musste mindestens nach Friedensschluss auch den Deutschen fehlen und unseren Wohlstand, unsere Ernährung beeinträchtigen, und der Braunschweiger „Volksfreund“ hatte ganz Recht, als er vor etwa 2 Jahren gegenüber chauvinistischen Freudenausbrüchen aus Anlass solcher „Siege“ bemerkte: es sei gerade, als wenn der Arm sich freue, dass dem Bein stromweise das Blut entrinnt.

Diese Wahrheit musste während des Krieges mit allem Nachdruck gegenüber jenen „Patrioten“ verfochten werden, welche unausgesetzt das deutsche Volk weiter aufhetzten und erbitterten. Heute ist es Pflicht, dieselbe Wahrheit mit demselben Nachdruck der anderen Seite entgegenzuhalten. Die Anfang Mai bekannt gegebenen Friedensbedingungen lassen keinen Zweifel darüber zu, dass es den Chauvinisten in Frankreich, England und Amerika darum zu tun ist, das deutsche Volk wirtschaftlich zu ruinieren. Da ist es höchst notwendig, den Völkern jenseits [151] der Grenzen zuzurufen, dass sie von ihren Machthabern genauso irregeleitet werden, wie das deutsche Volk von den seinen. Man spiegelt ihnen vor, dass sie an den deutschen Verlusten sich bereichern würden. In Wahrheit ist das gerade Gegenteil der Fall: jede Unterbindung des deutschen Wirtschaftslebens zieht unweigerlich einen Verlust für

das englische, das französische, das amerikanische Wirtschaftsleben nach sich. Das wollen wir heute an einem kleinen Ausschnitt aus dem Komplex der Wirtschaftsfragen, nämlich am englischen Außenhandel, beweisen.

Der Außenhandel hat für Großbritannien eine viel größere Wichtigkeit als für andere Länder. Nicht nur wegen seiner Insellage, sondern besonders auch deshalb, weil das englische Kapital jahrhundertlang ganz systematisch den Ackerbau zugunsten der Viehhaltung, und die Landwirtschaft überhaupt zugunsten der Industrie zurückgedrängt hat. Infolgedessen vermöchte sich jetzt die Bevölkerung Englands schlechterdings nicht ohne die Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu ernähren. Außerdem ist natürlich England für seine Industrie ebenso sehr wie andere Länder auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen. So erklärt es sich, dass Großbritannien, gemessen an der Zahl seiner Bewohner, vor dem Kriege viel größere Werte ein- und ausgeführt hat als andere Länder. Im Jahre 1913 z. B. betrug in

	Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Vereinigte Staaten
die Einfuhr	10,8	13,4	6,8	7,5 Milliarden Mark
die Ausfuhr	10,1	10,7	5,5	10,2 Milliarden Mark

Dabei ist die Volkszahl Großbritanniens eigentlich nur mit der Frankreichs zu vergleichen. Denn 1910 bzw. 1911 zählte man in

Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Vereinigte Staaten
64,9	45,2	39,6	92 Millionen Einwohner

Nun spielt aber innerhalb des englischen Außenhandels der Überseehandel (d.h. der Handel mit eigenen und fremden Kolonien sowie mit exotischen Staaten halbzivilisierten Charakters) lange nicht die überragende Rolle, die ihm die landläufige Ansicht zuweist. Alle die Schilderungen, die so tun, als ob England zugrunde gehen müsse, wenn sein Überseehandel nicht andauernd in enormem Maße wächst, und dass es somit aus „Handelsrivalität“ den Krieg gegen Deutschland veranlasst habe, setzen stillschweigend voraus, dass bei weitem der größte Teil der englischen Ausfuhr und Einfuhr dem Überseehandel angehört. Das trifft aber keineswegs zu. Der Handel Englands mit europäischen Ländern, vor allem auch sein Handel mit Deutschland, fällt ganz anders ins Gewicht als der Überseehandel. [152]

Teilen wir, zum Zweck unserer Übersicht, den englischen Außenhandel in drei Teile:

1. mit Ländern *europäischer Kultur*, worunter die wichtigsten Russland, Schweden, Dänemark, Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Österreich-Ungarn, Schweiz, Griechenland, die Vereinigten Staaten;
2. mit den *britischen Kolonien*;
3. mit den *sonstigen wichtigen Überseeländern*, nämlich Ägypten, China, Japan, Peru, Chile, Brasilien, Argentinien.

(In der ersten und dritten Rubrik sind eine Anzahl Länder mit minimalem britischen Handel, die nur die Rechnung erschweren, aber am Resultat nichts ändern würden, ausgelassen.)

Wir wählen als Beispiel das Jahr 1912. Damals betrug die gesamte *Einfuhr* Großbritanniens 744,6 Millionen Pfund Sterling. Sie verteilte sich auf die drei Gruppen wie folgt:

1. Europa u. Vereinigte Staaten	413,5 Mill. Pfd. Sterling
2. Britische Kolonien	186,0 Mill. Pfd. Sterling
3. Sonstige Übersee	<u>93,1 Mill. Pfd. Sterling</u>
Summe	692,6 Mill. Pfd. Sterling

(Der Rest von zirka 50 Millionen Pfund Sterling verteilt sich auf die von uns nicht mitgezählten Länder.)

Auf den ersten Blick zeigt sich hier die für viele gewiss erstaunliche Tatsache, dass dieses Großbritannien, von dem wir alle wissen, wie sehr es auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen ist, den weitaus größten Teil davon nicht aus seinen Kolonien und auch nicht aus sonstigen halb oder ganz kolonialen Ländern bezieht, sondern aus den Ländern Europas und den Vereinigten Staaten von Nordamerika! Gewiß werden für die Rohstoffe vor allem die Vereinigten Staaten in Betracht kommen, die 1912 allein für 134,6 Millionen Pfund Sterling geliefert haben. Aber wenn wir hinzufügen, dass unter den europäischen Lieferanten Englands *Deutschland bei weitem der größte war*, indem es mit 70 Millionen Pfund Sterling 1912 für sich allein gar nicht so weit hinter den Lieferungen sämtlicher fremden Überseeländer zurückblieb, so wird wohl jeder einsehen, dass eine Störung des Handels mit Deutschland, geschweige denn mit Europa insgesamt, für England mindestens ebenso empfindlich werden musste, wie eine Beeinträchtigung seines Überseehandels.

Und nicht wesentlich anders liegt es bei der *Ausfuhr*. Jeder Kaufmann weiß ja ohnehin, dass Einfuhr und Ausfuhr miteinander korrespondieren müssen, da jedes Land mindestens einen erheblichen Teil seiner Einfuhr mit Waren bezahlen muss. [153]

Die *gesamte Ausfuhr* Großbritanniens im Jahre 1912 betrug 598,9 Millionen Pfund Sterling. Davon gingen nach

1. Europa und Vereinigten Staaten	268,1 Mill. Pfd. Sterl.
2. Britischen Kolonien	191,5 Mill. Pfd. Sterl.
3. Sonstigen Überseeländern	<u>84,6 Mill. Pfd. Sterl.</u>
Summe	544,2 Mill. Pfd. Sterl.

(Auch hier wieder kommen zirka 50 Millionen Pfund Sterling auf die Länder, die wir nicht mitgerechnet haben.) Also rund die Hälfte aller Werte, die Großbritannien ausführte, wurden von den Ländern Europas und europäischer Kultur gekauft. Darunter figuriert wieder *Deutschland mit rund 60 Millionen Pfund Sterling* (die Vereinigten Staaten mit 64,6 Millionen Pfund Sterling.) Wir sehen also, *dass gerade Deutschland sowohl als Kunde wie als Lieferant eine ungemein wichtige Rolle im Wirtschaftsleben Großbritanniens gespielt hat; eine weit wichtigere jedenfalls als irgendeine exotische Kolonie.*

Jedoch auch wenn wir nur die eigenen Kolonien Englands ins Auge fassen, stellt sich das Bild wesentlich anders, als man sich gemeinhin vorzustellen pflegt.

Es ist richtig, dass Deutschland 1912 nur etwa den zehnten Teil der Werte nach den britischen Kolonien verkauft hat wie Großbritannien. Und, was noch wichtiger, es ist auch richtig, dass die britische Ausfuhr nach den britischen Kolonien im Laufe der Jahre stärker gewachsen ist als die deutsche. Die Zahlen sind die folgenden. Es betrug die Ausfuhr nach den britischen Kolonien aus

	Deutschland	Großbritannien
1906	274	2428 Mill. Mark
1912	461	3542 Mill. Mark

Der Vorsprung Großbritanniens auf diesem Teilgebiet seines Außenhandels, der schon enorm war, hat sich in diesen sechs Jahren um noch eine Milliarde Mark vergrößert. Aber stellen wir daneben die *Einfuhr aus den britischen Kolonien*. Sie betrug nach

	Deutschland	Großbritannien
1906	699	2844 Mill. Mark
1912	1205	3720 Mill. Mark

Auch hier ist der englische Vorsprung gewachsen, aber lange nicht in dem gleichen Maße. Und jedenfalls sieht man, dass die Deutschen aus den britischen Kolonien von Jahr zu Jahr größere Werte bezogen haben, so dass sich der Betrag in [154] den sechs Jahren nahezu verdoppelte. Man darf eben diese Zahlen nicht rein mechanisch betrachten, sondern muss immer ihres inneren Zusammenhanges eingedenk bleiben. Ohne Einfuhr gibt es keine Ausfuhr und umgekehrt. Nun haben wir gesehen, dass England 1912 für nicht weniger als 60 Millionen Pfund Sterling (über 200 Millionen Mark) Waren nach Deutschland verkauft hat. Um diesen doch sehr wesentlichen Posten seiner Ausfuhr zu stützen, musste es in entsprechendem Maße auch Waren von Deutschland kaufen. Es hat also von Deutschland um den gewaltigen Betrag von 70 Millionen Pfund Sterling (über 1400 Millionen Mark) Waren gekauft, nicht um Deutschland gefällig zu sein, sondern um seine Ausfuhr nach Deutschland zu bezahlen und weil es außerdem diese Waren brauchte. Also im eigenen Interesse Englands lag es, dass Deutschland imstande blieb, die Waren zu liefern, die England von ihm bezog. Wenn aber Deutschland diese Waren liefern sollte, dann musste es die Rohstoffe und Lebensmittel bekommen, die es für seine Industrie brauchte, und die bezog es zum Teil aus englischen Kolonien. Folglich hätte England sich selbst schwer geschädigt, wenn es seine politische Macht hätte zu dem Zweck benutzen wollen, Deutschland den Bezug von Waren aus den englischen Kolonien zu verwehren. Dann hätte die deutsche Industrie nicht arbeiten, nicht nach England liefern können, und also wäre Deutschland auch nicht imstande gewesen, von England zu kaufen, und um die Blüte des englischen Außenhandels stände es schlimm. So erklärt es sich, dass auch in den englischen Kolonien die Ausfuhr von Waren nach Deutschland so stark zunahm. Konnte und wollte man aber nicht die Ausfuhr verhindern, so musste man auch die Einfuhr zulassen. Denn, um es immer von neuem, zu wiederholen: mindestens ein Teil der vom Auslande gekauften Waren muss mit Waren bezahlt werden. Damit steht im Einklang, dass trotzdem und alledem doch auch in den englischen Kolonien die Einfuhr deutscher Waren gestiegen ist, und man durfte mit Sicherheit erwarten, dass sie beim Fortbestand friedlicher Beziehungen bald noch viel mehr gestiegen wäre.

Wenn auch das Bild, das wir in diesen wenigen Ausführungen geben konnten, nur unvollständig ist, es zeigt doch, wie eng die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Länder miteinander verschlungen und verflochten sind. Schlagen die englischen Chauvinisten den deutschen „Konkurrenten“ tot, so gehört das englische Volk, der englische Arbeiter zu denen, die die Zeche bezahlen müssen.

Ziele der Weltrevolution.³⁶

Von Dr. Ernst.

Was sich auch immer aus dem Brodeln dieser Tage als nächste feststehende Ordnung herauskristallisieren mag, es wird im Grunde nur ein anderer Wertmesser der beiden Wirtschaftsgewalten: Kapital und Arbeit damit geschaffen werden. Wenn wir den Zielen der Weltrevolution nachgehen, so bezwecken sie ja nicht eine Ausschließung der alten Wirtschaftsgebräuche, sondern nur ihre Umformung unter einem neuen Gesetz. Insofern werden wir nicht nur die alte Geldwirtschaft beibehalten, wir werden auch in ganz weitgehendem Umfang in der kapitalistischen Profitwirtschaft weiterleben. Nur werden andere Größen die Träger des Kapitals geworden sein. Es ist zwar eine landläufige Weisheit, dass Sozialismus Übergang aus der Profit- in eine Bedarfswirtschaft bedeutet, aber damit kann doch das eigentliche Wesen der sozialistischen Staatsauffassung und Weltüberzeugung keineswegs ausgedrückt und begründet sein. Wir werden schon allein deshalb keinem reinen Status der Bedarfswirtschaft entgegengehen, weil wir keine national umgrenzte Situation mehr kennen. Die Weltwirtschaft ist aber noch lange nicht so weit, dass in ihr ein sozialistisches oder kommunistisches Prinzip zur allgemeinen Gültigkeit gelangen könnte. Wir brauchen nur an die ostasiatische, an die koloniale, ja nur an die englisch-amerikanische Welt zu denken, um zu erkennen, dass eine Weltrevolutionierung im sozialistischen Sinne keineswegs im Bereich der nächsten Jahrzehnte gelegen ist. Es besteht lediglich die Möglichkeit der Revolutionierung Europas, vielleicht mit Anschluss des englisch-amerikanischen Kulturkreises. Aber auch in diesem sozialistischen Völkerbund gäbe es so viel Abstufungen und Unterschiedlichkeiten, dass von einer einheitlichen Bedarfsdeckungswirtschaft gar nicht die Rede sein kann. Vielmehr werden sich auch in diesem Völker-Gremium Gegensätzlichkeiten so vieler Art herausheben, dass es im Interesse der einzelnen Wirtschaftskörper gelegen sein wird, sich profitmäßig den anderen Nationen gegenüber einzustellen. Wir werden also statt einer privaten Kapitalisierung eine Staatskapitalisierung erzeugen, d.h. wo jetzt unendlich viele kleine Wirtschaftsteile wirksam sind, um den Prozess der Gütererzeugung und -Verteilung in Gang zu halten, wird in Zukunft der große Überbau der Volksgemeinschaft die Einzelteile in einem Gesamtorganismus aufsaugen, um so [156] mit dem ganzen Rückhalt der einmütigen, national geschlossenen produktiven Kräfte konkurrierend aufzutreten.

Es kann sich also letzten Endes bei dem Neuaufbau der künftigen Welt nur um Detailunterschiede handeln. Das Wesen der nationalen Volkswirtschaften wird im Grunde unverändert bleiben. Darum wird auch das Gesicht der einzelnen Staatsganzen ein wechselndes sein. Es wird keineswegs eine uniformierte Wirtschaftsform die künftige sozialisierte Weltwirtschaft erfüllen, sondern es werden, zwar vom selben Geist getragene, aber in ihrem Habitus doch wesentlich von einander verschiedene Einzelwirtschaften entstehen, und zwar wird die Dreiform: Solidarismus, Sozialismus und Kommunismus mit Unterformen und Variabilitäten gleicherweise auftreten, im Grunde überall von demselben Willen erhoben, aber in ihrer Ausgestaltung doch wesentlich durch nationale Eigentümlichkeiten, führende Persönlichkeiten und wirtschaftliche Sondererfahrungen bedingt. Vor allem ist hier zu denken an den Gegensatz des kontinentalen Europa und der englisch-amerikanischen Wirtschaftseinheit. Im kontinentalen Europa wird aller

³⁶ Wir brauchen unseren Lesern nicht erst zu sagen, dass wir mit den Darlegungen des Herrn Dr. Ernst keineswegs in allen Punkten einverstanden sind. Gleichwohl bringen wir sie, weil sie beachtenswert sind.

Wahrscheinlichkeit nach der Kommunismus zum Siege gelangen. Hier wird der Sozialismus in Reinkultur, die politische und wirtschaftliche Macht des Proletariats ausschlaggebend werden. Hier auf den Schlachtfeldern der letzten 1500 Jahre, wo das Volk unerhörte Drangsale erduldet, wo es immerfort seinen Ausbeutern ausgeliefert war, wird das Volk nun endlich den Sieg seiner Macht auskosten wollen. Anders über dem Meer. Dort, wo seit je eine selbstständigere Form des Arbeiters bestanden hat, wo der Arbeiter seit je mehr Mensch als auf dem Kontinent gewesen ist, wo demgemäß auch das Verhältnis von Arbeitern und Unternehmern nie so gespannt war wie im kontinentalen Europa, dort wird sich der schrankenlose Sozialismus kaum zur Geltung durchringen können. Vielmehr wird man dort zu einem *aufgeklärten Kapitalismus* überzugehen versuchen. Dazu sind jetzt schon die Wege geebnet. Es handelt sich darum, dass der Arbeiter vom Risiko ausgeschaltet, dafür aber am Profit beteiligt wird. Diesen aufgeklärten Kapitalismus kann man im kontinentalen Europa vorderhand nicht mehr einführen. Dazu sind die Dinge zu weit gediehen, war die Ausbeutungsform zu stark, ist der Wille zur Herrschaft zu allgemein geworden. Hier muss das Volk durch das Chaos seiner eigenen Not hindurch, bis es aus den Trümmern des Kapitalismus die neuen Fundamente der reinen sozialistischen Wirklichkeit aufbauen kann.

Es kann im heutigen Augenblick kaum noch zweifelhaft sein, dass in dem Wettrennen Wilson-Lenin der letztere Sieger [157] bleiben wird. Denn der Völkerbund Wilsons, der schließlich doch nur einen kapitalistischen Überbau der Staaten darstellt, wird immer mehr in eine soziale Strömung hineingerissen werden. Er wird nicht an dem Faktum vorbeikönnen, dass wir nun einmal weniger in einer politischen als in einer sozialen Weltrichtung verankert sind und dass die nächsten Jahrhunderte keiner politischen Völkerbundidee, sondern einer sozialen Völkerbundidee gehören. Unter diesem Gesichtspunkt ist es anerkennenswert, wie weit englische und amerikanische Unternehmer ihren Arbeitern entgegenkommen, wie weit sie, vom Zug der Zeit mitgerissen, das neue Arbeitsproblem, das zugleich das neue Kapitalproblem ist, erkennen. Hier wird sich darum unter der Voraussetzung, dass keine unüberlegte Reaktion die gesunden Keime vor der Blüte zu ersticken droht, keine bolschewistisch-kommunistische Zukunftsstruktur aus dem Gären dieser Tage heraus entwickeln, sondern hier wird, immer unter dem Gesichtspunkt der natürlichen Evolution betrachtet, sich jenes Prinzip der Arbeitsgemeinschaft zum Siege durchringen, das bei uns, zu spät in Bewegung gesetzt, unwirksam bleiben musste. Trotzdem wird man zu einem späteren Zeitpunkt nicht davon sprechen können, dass Wilson die angelsächsische Welt mit seinem Geiste durchdrungen und dass er in dem Wettrennen neuer Kulturemanation gesiegt hat. Den Aufbau des neuen Weltganzen vollziehen die Ideen, die aus dem Osten gekommen sind. Lenin ist ganz weitgehend der Apostel der neuen Zeit geworden. Wo seine Methoden auch nicht anerkannt werden, ist doch sein Wille vorhanden. Er wird über die Welt noch triumphieren, wenn Wilsons Gedächtnis längst erloschen sein mag.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Von Lenin.³⁷

„ ... Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“, sagt Marx, „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“ (Neue Zeit 1890/91. Bd. S. 573.) [158]

³⁷ Als Beitrag zu der äußerst wichtigen Frage von der Diktatur des Proletariats unterbreiten wir unseren Lesern dieses Kapitel aus Lenins ausgezeichnetem Buche „Staat und Revolution.“

Diese Folgerung beruht bei Marx auf einer Analyse der Rolle, die das Proletariat in der modernen kapitalistischen Gesellschaft spielt, auf den Unterlagen über die Entwicklung dieser Gesellschaft und die Unüberbrückbarkeit der gegensätzlichen Interessen zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Früher wurde die Frage folgendermaßen gestellt. Das Proletariat muss, um seine Befreiung durchzusetzen, die Bourgeoisie stürzen, die politische Macht an sich reißen, die eigene revolutionäre Diktatur errichten.

Jetzt ist die Fragestellung eine etwas andere: Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich in der Richtung zum Kommunismus entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft ist ohne „politische Übergangsperiode“ unmöglich, und den Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats bilden

Wie verhält sich nun diese Diktatur zur Demokratie?

Wir haben gesehen, dass das kommunistische Manifest einfach zwei Begriffe: „die Umwandlung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ und die „Erkämpfung der Demokratie“ nebeneinanderstellt. Auf Grund der obigen Darlegungen lässt sich genauer bestimmen, wie sich die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus verändert.

In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir unter Voraussetzung der günstigsten Entwicklung für diese eine mehr oder minder vollständige Demokratie in der demokratischen Republik. [?] Diese Demokratie ist jedoch immer in den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung eingeengt und bleibt daher im Grunde genommen stets eine Demokratie der Minderheit, eine Demokratie der besitzenden Klassen, der Reichen. Die Freiheit, der kapitalistischen Gesellschaft bleibt immer annähernd die gleiche, wie sie in den griechischen Republiken des Altertums war: eine Freiheit für die Sklavenbesitzer. Die modernen Sklaven bleiben angesichts der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Armut bedrückt, dass sie weder an Demokratie noch an Politik zu denken Zeit haben, so dass bei dem gewöhnlichen friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ferngehalten wird.

Die Richtigkeit dieser Behauptung kann am anschaulichsten an dem Beispiele Deutschlands nachgewiesen werden, wo die konstitutionelle Gesetzlichkeit sich erstaunlich lange und hartnäckig, nahezu ein halbes Jahrhundert erhalten hat (1871 bis 1914), während die Sozialdemokratie in dieser Zeit viel mehr als in allen anderen Ländern der Welt es verstanden hat, die gesetz- [159] lichen Wege zur Organisation eines so großen Teiles der Arbeiterschaft zu einer politischen Partei auszunutzen.

Wie groß ist denn nun dieser von allen in der kapitalistischen Gesellschaft beobachteten Fällen größte Teil der politisch bewussten und tätigen Lohnsklaven? Eine Million Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gegenüber 15 Millionen Lohnsklaven, 3 Millionen gewerkschaftlich Organisierter von 15 Millionen.

Demokratie für eine unbedeutende Minderheit, Demokratie für die Reichen – so sieht die Demokratie der kapitalistischen Gesellschaft aus. Betrachtet man den Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaft genauer, so erblickt man allüberall, sowohl in den „kleinen, den angeblich kleinen Einzelheiten des Wahlrechtes (das an die Aufenthaltsdauer gebunden ist, den Ausschluss der Frauen vorsieht u. a. m.) und der Technik der Vertretungskörperschaften als auch in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechtes (die öffentlichen Gebäude sind den „Armen“ verschlossen) und in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse usw. – überall, wo man hinblickt, eine Beschränkung der Demokratie. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Behinderungen für die Armen, erscheinen klein, namentlich

demjenigen, der selbst nie am eigenen Leibe Not gespürt hat und mit den geknechteten Klassen in ihrem Massenleben nicht in ^{99/100} der bürgerlichen Publizisten und Politiker zu). Alle diese Beschränkungen zusammengenommen halten jedoch die Armen von der Politik, von der aktiven Beteiligung an der Demokratie fern.

Marx hat dieses *Wesen* der kapitalistischen Demokratie vorzüglich erfasst, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte, den geknechteten Klassen werde in einigen Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der herrschenden Klasse im Parlament sie ver- oder zertreten und unterdrücken soll.

Von dieser kapitalistischen Demokratie – die unvermeidlich beschränkt sein muss, die Armen im geheimen beiseiteschiebt und daher durch und durch erheuchelt und erlogen sein muss – führt die Entwicklung aber nicht einfach gerade und glatt zu einer immer weiteren Demokratisierung, wie dies die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten darzustellen beliebten. Nein. Die weitere Entwicklung, d.h. die Entwicklung zum Kommunismus führt über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht einen anderen Weg gehen, denn niemand außer dem Proletariat ist imstande, den *Widerstand* der kapitalistischen Ausbeuter zu *brechen*. [160]

Die Diktatur des Proletariats, d.h. die Organisation des Vortrupps der Geknechteten zur herrschenden Klasse, zur Niederdrückung der Ausbeuter, kann nicht einfach nur zu einer Erweiterung der Demokratie führen. *Gleichzeitig* mit der ungeheuren Ausbreitung der Demokratie wird diese zum *ersten* Male zu einer Demokratie für die Armen, für das Volk, und nicht zu einer Demokratie für die Wohlhabenden. Die Diktatur des Proletariats trifft eine Reihe Ausnahmen in Bezug auf die Freiheit der Ausbeuter, Unterdrücker, Kapitalisten. Wir müssen sie unterdrücken, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien. Ihr Widerstand muss mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, dass, wo eine Unterdrückung stattfindet, wo Vergewaltigung geübt wird, es keine Freiheit, keine Demokratie gibt.

Engels hat dies vorzüglich in seinem Schreiben an Bebel zum Ausdruck gebracht, als er, wie der Leser sich entsinnen wird, sagt, „solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen.“

Eine Demokratie für die überwältigende Mehrheit des Volkes und die gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Bedrücker des Volkes, d.h. ihre Ausschließung aus der Demokratie – dies ist die Wandlung, die die Demokratie beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus durchzumachen hat.

Nur in der sozialistischen Gesellschaft, nachdem der Widerstand der Kapitalisten endgültig gebrochen sein wird, wenn die Kapitalisten verschwunden sein werden, wenn es keine Klassen mehr geben wird (d.h. wenn es keinen Unterschied mehr geben wird zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in Bezug auf die öffentlichen Produktionsmittel) – *erst dann* hört der Staat zu bestehen auf *und man kann von Freiheit reden*. Erst dann ist die Demokratie möglich und wird eine wirklich volle Demokratie ohne irgendwelche Ausnahmen durchgeführt werden können. Erst dann wird die Demokratie beginnen abzusterben, aus dem einfachen Grunde, dass die von der kapitalistischen Sklaverei, den ungezählten Schrecken, Tollheiten, Unsinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich allmählich gewöhnen werden, die elementarsten, seit Jahrhunderten bekannten, und seit Jahrtausenden in allen Überlieferungen wiederholten Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben innezuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, *ohne einen besonderen Zwangsapparat*, Staat genannt, zu beachten. [161]

Der Ausdruck „der Staat stirbt ab“, ist sehr treffend gewählt, denn er verweist sowohl auf das allmähliche wie auf das elementare des Prozesses. Nur die Gewöhnung kann und wird zweifellos eine solche Wirkung ausüben, denn wir können rings um uns Millionen Mal beobachten, wie leicht sich Menschen an die Innehaltung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnen, wo es keine Ausbeutung gibt, wo sie nichts empört, nichts zu Protesten und Aufständen anreizt und die Anwendung von Gewalt unnötig ist.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine beschränkte, klägliche, gefälschte Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Erst die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus wird zum ersten Male eine Demokratie für das Volk, für die Mehrheit schaffen neben der notwendigen Niederhaltung der Minderheit, der Ausbeuter. Nur der Kommunismus allein wird imstande sein, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so früher wird sie unnötig sein und von selbst absterben.

Mit anderen Worten: Beim Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine besondere Maschine zur Niederdrückung einer Klasse durch die andere, und zwar der Mehrheit durch eine Minderheit. Natürlich bedarf es für den Erfolg eines solchen Bestrebens, wie die systematische Unterdrückung der Mehrheit der Ausgebeuteten durch eine Minderheit der Ausbeuter, der größten Grausamkeit, einer tierischen Unterdrückung, bedarf es eines Meeres von Blut, durch das die Menschheit ihren Weg im Zustande der Sklaverei, Leibeigenschaft, des Lohndienstes zurücklegt.

Weiter, beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig. Es ist aber bereits eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Maschine zur Unterdrückung, der „Staat“ ist noch notwendig, aber es ist dies bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven *von gestern* ist eine verhältnismäßig so leichte, einfache und natürliche Sache, dass sie viel weniger Blut erfordern wird, als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen und Lohnarbeiter, und der Menschheit viel billiger zu stehen kommen wird. Diese Niederhaltung ist auch vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, dass der Bedarf an einer *besonderen* [162] Maschine zur Unterdrückung zu verschwinden beginnt. Die Ausbeuter sind natürlich nicht imstande, das Volk zu unterdrücken, ohne hierzu eine komplizierte Maschine zu besitzen. Das Volk dagegen vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen „Maschine“, nahezu ohne eine solche, ohne einen besonderen Apparat niederzuhalten, durch die einfache Organisierung der bewaffneten Massen, (etwa in der Art Arbeiter- und Soldatenräte, wie vorsehend hier bemerkt sei).

Und der Kommunismus endlich schafft den Zustand, unter dem der Staat völlig unnötig wird, denn es ist niemand da, der niedergehalten werden muss, „niemand“ im Sinne einer *Klasse* im Sinne einer systematischen Bekämpfung eines bestimmten Teiles der Bevölkerung. Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen *einzelner Personen*, sowie die Notwendigkeit, gegen solche Ausschreitungen vorzugehen. Aber erstens bedarf es hierfür keiner besonderen Maschine, keines besonderen Unterdrückungsapparates. Es wird dies das bewaffnete Volk so einfach und so leicht bewerkstelligen, wie dies heute ein beliebiger Haufen zivilisierter Menschen selbst in der heutigen Gesellschaft gegenüber Leuten besorgt, die sich herumschlagen oder einer Frau Gewalt antun wollen. Zweitens wissen wir, dass die soziale Grundursache der Ausschreitungen, die eine Verletzung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeuten, die Ausbeutung der Massen, Not und Armut bilden. Mit Beseitigung dieser

Hauptursache müssen die Ausschreitungen unvermeidlich „abzusterben“ beginnen. Wir wissen nicht, wie rasch oder allmählich es erfolgen wird, wohl aber wissen wir, dass dieses Absterben eintreten wird. Mit dem Absterben der Ausschreitungen wird auch der Staat absterben.

Das revolutionäre Prinzip des neunzehnten Jahrhunderts.

Von Heinrich Farwig.

Gegenwärtig steht die Welt mitten in der sozialen Revolution. Freilich im Augenblick noch nicht die ganze Welt. Aber das ist doch auch klar, dass sich ein solcher Prozess, wie der der größten aller Revolutionen, nicht nach einem vorher ausgearbeiteten Schema vollziehen kann. Ebenso wenig kann eine solche Revolution überall zur gleichen Stunde beginnen. Je nach den Zuständen und der politischen Situation jeden Landes wird sie allmählich von einem Lande ins andere über- [163] springen. Das ist ein Prozess, das Jahrzehnte hindurch andauern kann.

Das mag den Ungeduldigen langwierig vorkommen. Wenn wir uns aber erinnern, dass die gegenwärtige Revolution Widerstände zu überwinden hat wie noch keine zuvor, wird uns das auch gar nicht mehr so lang vorkommen. Haben doch die Revolutionen, die das Prinzip der *Nationalität* zur Durchführung brachten, ein ganzes Jahrhundert gedauert. Ja wenn wir uns die Sache richtig betrachten, ist es jetzt noch nicht einmal ganz durchgeführt und mitten in der sozialen Revolution sehen wir noch zurückgebliebene Völker um ihre Nationalität ringen. Was wäre sonst der Sinn der Bestrebungen der Tschechen, der Polen, der Balkanvölker?

Dieses Ringen um die Nationalität, das den Völkern, die in der sozialen Revolution stehen, als ein, sagen wir, längst von der Entwicklung überholtes Bestreben erscheinen muss – für die betreffenden Länder ist er natürlich noch nicht überholt – es war für das ganze 19. Jahrhundert und sogar vorher schon das revolutionäre Prinzip. Wenn das auch nicht unbekannt ist, mag es doch nicht ganz überflüssig sein, mal wieder daran zu erinnern.

Den ersten großen Kampf um die Nationalität, wenn wir von Nordamerika absehen wollen, sehen wir in *Frankreich*. Hier können wir ihn am besten verfolgen. Die große französische Revolution ist für die folgenden immer das Vorbild. Hier spielen sich alle die tiefgehenden Klassengegensätze am deutlichsten ab. Alle Gegensätze und Kämpfe der folgenden Jahrzehnte – im Keime sind sie hier schon vorhanden. Es ist auch kein Zufall, dass Marx und Engels beim Studium dieser Kämpfe zuerst auf die Lehre vom historischen Materialismus kamen.

Alles das, was den Nationalstaat ausmacht, wird hier zuerst erkämpft. Aber die Einheit, wird man einwenden, die hatten die Franzosen doch schon. Nein, sie hatten sie noch nicht. Das Frankreich vor 1789 bestand aus einer Reihe von Provinzen, die bis zu einem gewissen Grade selbständig und sogar durch Zollschränken voneinander abgeschlossen waren. Damit wurde aufgeräumt. Das Land wurde eingeteilt in Departements, die nicht durch Zollschränken getrennt waren. Und auch das, was man im Bürgertum unter Freiheit versteht, wusste man durchzusetzen. Dazu gehörte vor allem die Befreiung der Bauern von der Scholle, Abschaffung des Absolutismus und anderes. Die Haupterrungenschaften konnten denn auch bei der späteren wiederholt zurückkehrenden Reaktion nicht wieder rückgängig gemacht werden. [164]

Von Frankreich aus treten die Ideen der Revolution, d.h. des Nationalismus, ihren unaufhaltsamen Siegeszug an. Das meiste dessen, was wir an „Errungenschaften“ der

neueren Zeit in politischer Hinsicht hatten, stammt von dort her. Sogar die Bezeichnung „Patriot“ ist in der französischen Revolution zuerst aufgetaucht. Damals etwas Revolutionäres, dann über ein Jahrhundert lang der Inbegriff alles Schönen und Verehrungswürdigen, ist er heute in den fortgeschrittenen Ländern in seiner herkömmlichen Bedeutung längst überholt. Nicht mal die Scheidemann-Noske-Partei und ihre Anhänger möchten „Patrioten“ sein.

Wie ein roter Faden zieht sich das revolutionäre Streben nach „Einigkeit und Freiheit“ durch die Geschichte *Deutschlands* im 19. Jahrhundert. Schon die freiwilligen Studenten der Befreiungskriege hatten durchaus nicht nur an das Hinausdrängen der Franzosen gedacht. Sie hatten auch die Einigung Deutschlands und die Befreiung von seinen absoluten Herren im Sinne. Das geht aus allen schriftlichen Äußerungen der Zeit hervor. Und gerade das wütende Leugnen der Junker, besonders Bismarcks 1847 beweist am besten die Richtigkeit dieser Behauptung.

Weil die Blütenträume der Märztage von 1813 nicht reiften, weil die Hoffnungen der Fortgeschrittensten von damals nicht erfüllt wurden, verbanden sich die jungen Leute, die aus dem Kriege zurückkamen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Einigkeit Deutschlands dennoch durchzuführen sei. Das trug den Burschenschaften, den Trägern dieser Bewegung, die brutalste Verfolgung von ihren „Landesherrn“ ein. Es kam die Zeit der Demagogenverfolgung. Eine Unmenge der hoffnungsvollsten jungen Leute fielen ihr zum Opfer. Viele wurden zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichen Zuchthaus „begnadigt“. Fritz Reuter, wohl einer der Harmlosesten, musste einen großen Teil seiner besten Jugendjahre im Festungsgefängnis zubringen. Wie ihm, so ging es vielen hunderten damals. Für ein einiges Deutschland zu streben oder auch nur mal davon zu singen, war eben etwas Ruchloses. Ja es war das Allerruchloseste, es war revolutionär, war Hochverrat.

Und gerade diejenige Regierung, welche diese Bestrebungen am brutalsten verfolgte, die *preußische*, war zuerst gezwungen, gegen ihren Willen die Grundlage für das einige Deutschland zu schaffen: den Zollverein.

Keine Macht der Erde war jedoch stark genug, das, was einmal notwendig war für die menschliche Entwicklung aufzuhalten. Vom harmlosen Wartburgfest ging diese Bewegung immer weiter. Und immer radikaler wurde sie. Wenn auch nicht alle Mitglieder der Burschenschaften zu der „Schwarzen“ [165] gehörte, wenn auch nicht jeder ein Karl Sand war, davon waren doch die meisten überzeugt, dass ihre revolutionären Ziele auch nur mit revolutionären Mitteln erreicht werden könnten. Vom Wartburgfest bis zum Hambacher Fest ist eine zunehmende Radikalisierung nicht zu verkennen. Alle Denunziationen der Schmalzgesellen, alle Beschlüsse in Aachen oder in Karlsbad, alle Konferenzen der heiligen Allianz konnten nicht verhindern, was historisch notwendig war: die Bildung der Nationalstaaten. Selbst *Russland* konnte den Fortschritt der nationalen Idee nicht aufhalten. Wenn es auch zweimal einen Polenaufstand niederschlug – ganz erfolglos waren diese Aufstände dennoch nicht. Und dass die Polen dadurch abgehalten worden wären, ihre Ziele trotz alledem weiter zu verfolgen, wird wohl heute niemand zu behaupten wagen.

Aber auch selbst seine eigenen Bauern konnte Russland nicht ganz mehr unter der Leibeigenschaft festhalten. Bald nach dem Krimkriege sah es sich gezwungen, wenigstens einige Reformen auszuführen.

Die Vereinbarungen der heiligen Allianz waren doch so schön gewesen. Gerade gegen dieses revolutionäre Prinzip der Nationalität hatten sie sich gerichtet. Und als man nach den schönen Vereinbarungen auseinander gegangen war, hatte der Regisseur der Veranstaltung, der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich, gemeint, nun könne jeder zu Hause friedlich seinen Kohl bauen, man sei gesichert gegen das böse Gespenst des Nationalstaates. Kaum

fünf Jahre später musste man mit ansehen, dass das kleine *Griechenvolk* freventlich die heilige Legitimität zerriss und sich national selbständig machte.

Wieso gerade *Russland* es sein musste, das die Griechen stützte, geht uns hier nichts an. Genug, das Prinzip war schon durchlöchert und die ganze heilige Allianz konnte es nicht hindern.

Im Jahre 1830 fuhr den Mitgliedern des antirevolutionären frommen Bundes wieder ein Schrecken durch die Glieder. Und so sehr man sich auch sträubte und sperrte – nützte alles nichts. Wenn auch der Zar aller Russen sich weigerte, den eben erklärten Bürgerkönig als ganz gleichberechtigt anzuerkennen und ihm die Bezeichnung „Bruder“ versagte (wie 20 Jahre später noch einmal) – das französische Bürgertum hatte sich doch des letzten Bourbonen, der ihm aufgezwungen war, entledigt und einen Vertrauensmann des Kapitalismus auf den wackligen Thron der Franzosen gesetzt. Natürlich soll nicht vergessen werden, dass die nötigen Massenkämpfe in Paris wieder einmal die Arbeiter hatten bestehen müssen. [166]

Eine andere Seite dieser Frage des Kampfes um die Nationalität ist die *Balkanfrage*. Der langsame Auflösungsprozess der *Türkei*, was ist er anders als der Kampf der unterdrückten Nationalitäten um das, was sie ihre Freiheit nennen? Alle diese kleinen Völker (die Griechen erwähnten wir schon) haben in jahrzehntelangen Kämpfen ihre Losreiung von der *Türkei* gewaltsam, auf revolutionärem Wege vollzogen. Keines dieser Völker ist zu seinem Ziele gekommen ohne wiederholte Aufstände. In immer wiederholtem Anstürmen haben sie der *Türkei* Schritt vor Schritt einen Fuß breit Boden nach dem andern abgerungen, sodass am Ende von der *Türkei*, wenigstens in Europa, nicht viel mehr übrigblieb. Und noch ist dieser Prozess nicht zu Ende. Er kann auch unterm Kapitalismus nicht restlos zu Ende geführt werden.

Um noch ein uns besonders naheliegendes Beispiel zu nennen, erinnern wir an *Italien*. Genau wie Deutschland litt es unter seiner Kleinstaateri sowohl als auch unter Österreichs Fremdherrschaft. Das hat eine Reihe von Revolutionen gekostet, bis es endlich seine Nationalität durchgeführt hatte. Wie in Deutschland, sind die Träger dieser Bestrebungen Jahre lang blutig verfolgt worden. Standgericht und Kerker hauptsächlich von Österreich und schließlich der Kirchenbann, den der „heilige Vater“ in Rom gegen die Revolutionäre schleuderte, alles das konnte auch Italiens nationale Selbständigkeit nicht dauernd aufhalten. Dass am Ende in Deutschland wie in Italien die nationale Einigung von den Fürsten durchgeführt wurde, ändert nichts daran, dass diese ganze Bewegung trotz alledem eine revolutionäre war. Das Königreich Preußen wie das Königreich Sardinien erfüllten beide eine revolutionäre Mission. Und wenn auch Cavour sagte, die Zeit der Verschwörungen sei vorbei, so war das schon nichts weiter als eine offizielle Redensart. Insgeheim hat er Garibaldi immer unterstützt. Und Bismarck? Will jemand behaupten, Bismarck sei ohne revolutionäre Mittel ausgekommen? Sowohl sein Ziel als auch seine Mittel waren revolutionär. Nur waren sie das nicht offen und ehrlich. Aber dafür war er ja auch ein Staatsmann. Denken wir nur daran, wie er sich 1866 mit den ungarischen Revolutionären in Verbindung gesetzt hat.

Durch die ganze Geschichte des 19. Jahrhunderts zieht sich das damals revolutionäre Streben der Völker nach Nationalstaaten. Von den Fürsten verfolgt und immer wieder blutig unterdrückt, wurde es schließlich nach dem Fehlschlagen der Revolutionen von 48 von den Fürsten oder richtiger von ihren Staatsmännern durchgeführt. [167]

Wir ersehen daraus, dass ein großes Prinzip, dessen Verwirklichung eine geschichtliche Notwendigkeit geworden ist, von keiner Macht der Welt, weder mit Maschinengewehren, noch mit Minenwerfern noch auch mit Zuchthaus und Gefängnis aufgehalten werden kann.

Zugesandte Druckschriften.

- Die Neue Erziehung**, *Sozialistisch-Pädagogische Zwei-Wochenschrift*. Herausgeber Dr. M. H. Baege. Heft 6, Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung. Preis vierteljährlich 5 Mk., Einzelheft 1 Mk.
- Heinrich Laufenberg**. *Karl Liebknecht zum Gedächtnis*. 15. S. Hamburg, Willascheck & Co., 30 Pfg.
- C. Döring**. *Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg*. I. Deutschland. Zweite erweiterte Bearbeitung. 99 S. Bulletin der Studiengesellschaft für Soziale Folgen des Krieges. Kopenhagen, März 1919.
- Arno Franke**. *Nach Eden oder nach Golgatha?* Mit einem Geleitwort von Konrad Hänisch, Preußischem Kultusminister. 32 S. Berlin, Firn-Verlag 80 Pfg.
- Anklage der Gepeinigten**. *Geschichte eines Feldlazarets*. Aus den Tagebüchern eines Sanitätsfeldwebels 1914–1918. Mit einem Vorwort von Artur Zickler, Redakteur des Vorwärts. 31 S. Berlin, Firn-Verlag, 80 Pfg.
- Dr. A. H. Rose**. *Die Lösung der sozialen Frage durch die Schule im neuen Deutschland*. 63S. Leipzig, Grunow 1919, 1,25 Mk.
- Das neue Kommunistische Manifest, Moskau 1919**. Mit einem Vorwort von Dr. Heinrich Laufenberg .16 S. Hamburg, Willascheck & Co. 50 Pfg.
- Kurtulusch** (Befreiung). *Türkische Sozialistische Zeitschrift*. Mai 1919. Berlin. Preis 1.50 Mark.
- Dr. Ferdinand Runkel**, *Die Deutsche Revolution*, 232 S. Leipzig, Grunow, 1919.
- Dr. Rudolf Steiner**, *Die Kernpunkte der sozialen Frage*. 125 S. Stuttgart, Greiner & Pfeiffer, 1919. Preis 2 Mark.
- Hugo Riekes**, *Sozialismus ist gemeinwirtschaftlicher Kapitalismus*. 116 S. Leipzig, Wigand 1919. Preis 2. Mark.
- Otto Rühle**, *Erziehung zum Sozialismus*, 22 S. Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung.

Wenn nicht Kriegsentschädigung was dann?

Im vorigen Heft der Lichtstrahlen haben wir den Nachweis erbracht, dass die Friedensbedingungen, welche die Ententeregierungen am 7. Mai 1919 gestellt haben und welche mit einigen Umschreibungen darauf hinauslaufen, dass Deutschland den gesamten, durch den Krieg verursachten Schaden bezahlen soll, die eigenen Völker der Entente irreführen. Unsere Berechnung könnte leicht ergänzt und vertieft werden, wenn man die auf England, Frankreich, Italien usw. wirklich entfallenden Lasten ermittelt und sie mit den Summen vergleicht, die bei äußerstem Druck *vielleicht* aus Deutschland herauszuholen wären. Jedermann würde dann auf den ersten Blick sehen, dass die Last, die der Krieg auf die Völker der Entente gewälzt hat, durch die paar Milliarden, die allenfalls aus Deutschland erpresst werden könnten, auch nicht um das Gewicht einer Gänsefeder erleichtert würde.

Im Grunde wird damit ja nur bestätigt, was sich von vornherein von selbst verstand. Schon vor 2 Jahren waren die Kosten des Krieges so ungeheuer, dass jedes Volk rettungslos zu Grunde gehen musste, wenn es seinen Teil auf die eigene Kappe nahm. Gerade deswegen wurde der Krieg fortgesetzt. Natürlich sind die Kosten dadurch nur umso größer geworden, und durch die Tatsache, dass man sie insgesamt auf ein Volk abwälzen will, ist an ihrer Höhe selbstverständlich nicht das geringste geändert. Da nun aber kein Volk in der Lage ist, auch nur die eigenen Kosten aufzubringen, so ist nicht daran zu denken, dass eines von ihnen – welches es auch sei – noch überdies den anderen etwas abgeben könne. Ein Friede auf dieser Grundlage wäre nichts als ein kurzer Traum mit nachfolgendem schrecklichem Erwachen; er bedeutet die sofortige Er- [169] drosselung des deutschen Volkes, dem die Erdrosselung des französischen, belgischen, englischen, italienischen Volkes etc. auf dem Fuße folgen würde. An solchem Friedensschluss haben die Völker der Entente genau so wenig Interesse wie das deutsche Volk.

Wenn es demnach auf diese Weise nicht geht, was kann und soll dann stattdessen geschehen?

Unsere gesamten Ausführungen haben gezeigt, dass hier *gemeinsame Interessen aller beteiligten Völker* vorliegen. Ja die Gemeinsamkeit geht sogar über den Kreis der am Kriege beteiligten Völker hinaus. Auch die Neutralen, auch die Schweiz, Holland, Dänemark etc. sind für ihre Existenz und ihr Wohlergehen darauf angewiesen, dass weder Deutschland noch Frankreich, weder England noch Italien zu Grunde geht. Sie alle sind einander nötig. Eine *internationale Solidarität ist praktisch vorhanden*, und es ist notwendig, sie den Völkern ins Bewusstsein zu bringen und zur Lösung der Aufgabe, die vor uns steht, auszunutzen.

Jedes Volk auf sich allein gestellt, kann die Last nicht tragen; *aber alle gemeinsam können es*, und deshalb müssen sie es und werden sie es tun, weil es einen anderen Weg der Rettung nicht gibt.

Allerdings wird es letzten Endes nicht auf dem Wege der Zahlungen gehen. Selbst wenn es möglich wäre, dass ein Land an das andere die erforderlichen Summen zahlt, so wäre damit wenig, ja nichts erreicht, wenn dann wieder jedes Land mit seinen Sorgen und Nöten sich selbst überlassen bliebe. Nehmen wir ein Beispiel aus der Praxis.

Die verwüsteten Teile von Frankreich wieder in Kulturzustand zu bringen, ist durchaus nicht nur für die Franzosen von Wichtigkeit. Uns Deutsche wie die Engländer, die Spanier wie die Italiener und Schweizer, ja die Amerikaner und Japaner geht es genau so viel wie die Franzosen selbst an, dass Frankreich wieder in einen geordneten Zustand und zu

wirtschaftlicher Blüte gelangt. Deshalb müssen wir alle uns nicht nur gewissermaßen aus menschlichem Mitleid darum kümmern, sondern wir müssen es von vornherein als unsere *gemeinsame Angelegenheit* betrachten. Der Gedanke, der bis heute noch die Völker beherrscht und gerade während des Krieges ausgesprochen worden ist: „In die inneren Angelegenheiten eines Volkes darf sich kein anderes einmischen“ – dieser Gedanke ist nach dem Kriege nicht mehr haltbar. Es gibt keine „innere Angelegenheit“ irgendeines Volkes, die nicht alle anderen Völker aufs intensivste mit beträfe. [170]

Natürlich muss die Einmischung in Freundschaft vor sich gehen und vor allen Dingen gegenseitig sein. Nicht nur der Aufbau Frankreichs, auch die Beseitigung der Kriegsschäden in Deutschland und Russland, in Österreich und Italien, in Serbien und Bulgarien ist die gemeinsame Angelegenheit aller Völker und muss gemeinsam in die Hand genommen werden. In der Beratung, Beschlussfassung und Ausführung des Wiederaufbaus müssen die Völker Hand in Hand gehen. Für Nordfrankreich z. B. wird sich's zunächst etwa um folgende Aufgaben handeln:

Wiederherstellung des Grund und Bodens

a) Entfernung der Leichen und Trümmer aller Art, Sprengstücke, Waffen, Häuserreste etc.;

b) Urbarmachung, also Umgraben, Pflügen und Düngen. Neuaufbau der Ortschaften, Straßen, Häuser, Chausseen etc.; Zuführung einer genügenden, arbeitskräftigen Einwohnerschaft; Organisation der für diese abnormen Verhältnisse passenden Verwaltung.

Es ist kaum anzunehmen, dass Frankreich allein, nach dem furchtbaren Menschenverlust des Krieges, die Kräfte haben wird, das alles zu leisten. Dann dürfen nicht die anderen mehr oder weniger schadenfroh bei Seite stehen und zusehen, wie es sich an der unlösbaren Aufgabe abquält und ihnen derweil einen „Vorsprung“ etwa im Außenhandel lässt. Sondern im Gefühl, dass ihr eigenes Wohlergehen von dem Frankreichs abhängt, müssen sie frisch mit zugreifen, Menschenkraft und Materialien, Pläne und Rat liefern zum Aufbau Frankreichs. Und genau ebenso in allen anderen Ländern. Es darf in diesen Dingen keine „nationalen“ Angelegenheiten mehr geben, sondern nur noch *internationale*.

Ob sich freilich diese einzig mögliche Lösung – die *sozialistische* Lösung – auf einen Schlag erreichen lassen wird, erscheint fraglich. Zwar die sachlichen Bedingungen sind vorhanden, aber noch nicht die geistigen. Sachlich stände nichts im Wege, dass die Völker schon von heute an ihre gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsam in die Hände nehmen, aber geistig sind sie noch nicht genügend vorbereitet dazu. Die nationalistischen und chauvinistischen Instinkte stehen noch im Wege. Gerade jetzt im Augenblick der Kriegsbeendigung ist das Nationalgefühl auf der einen Seite zu hoch geschwellt, auf der anderen zu tief verletzt, als dass es eine Einmischung des Auslandes in die eigenen „inneren“ Angelegenheiten duldet. Trotzdem zweifeln wir nicht, dass in vermutlich gar nicht langer Zeit jene eben [171] skizzierte internationale Gemeinsamkeit sich durchsetzen wird, weil eben die Hinterlassenschaft des Krieges keinen andern Ausweg übrig lässt. Pflicht der Kommunisten aber ist es, die Notwendigkeit dieser Lösung unaufhörlich zu betonen, ihr dadurch Eingang in das Denken der Menschen zu verschaffen und so die jetzt noch fehlenden geistigen Bedingungen ihrer Verwirklichung zu schaffen.

Was uns Marx über das Geld lehrt.

I.

Das Problem des Geldes ist für den Kommunismus äußerst wichtig. Es versteht sich von selbst, dass ein vollendetes kommunistisches Gemeinwesen kein Geld braucht und sogar kein Geld dulden darf. Denn in einer kommunistischen Gesellschaft werden *keine Waren* ausgetauscht. Ihre Wirtschaft zielt darauf ab, den vorhandenen Bedarf zu decken und jeden nach Maßgabe seiner Bedürfnisse zu versorgen. Es wird also nicht Wert gegen Wert ausgetauscht. Dies ist vielmehr ein charakteristisches Merkmal der *Warenproduktion*, die in ihrem weiteren Verlauf zum *Kapitalismus* führt. Jeder Versuch, wieder eine Tauschwirtschaft zu errichten, die auf der Grundlage arbeitet, dass jeder Leistung eine gleichwertige Gegenleistung entspricht, müsste, falls er überhaupt Erfolg haben könnte, wieder zum Kapitalismus zurückführen. Folglich steht fest, dass in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus irgendwann einmal das Geld abgeschafft werden muss. Aber der Zeitpunkt, wann dies zu geschehen hat, ist nicht ohne weiteres erkennbar, sondern muss wohl überlegt werden. Und hierfür ist Klarheit über das Wesen des Geldes äußerst notwendig. Wir glauben deshalb unseren Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir ihnen das, was *Karl Marx* über das Geld gelehrt hat, in möglichst verständlicher Form zum Vortrag bringen.

Leider geht es Marx wie so vielen unter den Großen im Reiche des Geistes: man nennt seinen Namen mit Ehrfurcht oder auch mit Abscheu; aber von dem, was er gedacht und geschaffen, sind meist nur Bruchstücke oder Zerrbilder bekannt. Die Marx'sche Geldtheorie findet sich auf verhältnismäßig knappem Raume beieinander; nämlich gleich am Anfang seines national-ökonomischen Hauptwerks „Das Kapital“, im ersten bis dritten Kapitel des ersten Buches³⁸. Die Lehre umfasst hier alles [172] in allem nur rund hundert Seiten, wäre also im Grunde jedermann leicht zugänglich, wenn nicht gerade in diesem Teil des Werkes mit besonderer Stärke das zur Geltung käme, was man den Fehler seiner Vorzüge nennen möchte. Marx hat an sich eine sehr schwer verständliche Ausdrucksweise. Überdies ist seine gesamte Lehre so aus einem Guss, dass kein Teil für sich allein, sondern jeder nur im Zusammenhang mit dem Ganzen voll erfasst werden kann. Darunter leiden die ersten Kapitel am allermeisten. Wer die Lektüre beginnt, weiß noch nicht, was die späteren Kapitel und die folgenden Bände bringen, und wird entweder an der Schwierigkeit der Ausdrucksweise erlahmen oder sich aus den Bruchstücken ein falsches Bild von der Lehre des Autors machen. Deshalb wäre vielleicht bei keinem Denker eine Popularisierung so notwendig wie bei Marx, da hier sogar die Fachgelehrten auf eine solche angewiesen sind, sofern sie sich nicht die Mühe oder die Zeit genommen haben, sämtliche drei Bände des „Kapital“ gründlich durchzuarbeiten³⁹.

Versuchen wir nun, nach Kennzeichnung dieser Schwierigkeiten, eine solche Darstellung von Marx' Geldtheorie, dass auch derjenige, der nicht die Zeit hat, sie im Original kennen zu lernen, imstande ist, sich ein eigenes Urteil über sie zu bilden.

Marx' Geldtheorie besteht inhaltlich aus zwei Teilen, deren einer vom *Wesen* des Geldes, der andere von seinen *Funktionen* handelt. Was ist das Geld? und: was *tut* das Geld? so lauten die beiden Fragen, die beantwortet werden.

Die augenfälligste Funktion des Geldes, in der wir es täglich zu sehen gewohnt sind, ist die des *Tauschmittels*. Es leuchtet ein, dass das Geld seinen Ursprung aus dem Warenaustausch,

³⁸ Außerdem ausführlicher in der Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, neu herausgegeben bei Dietz in Stuttgart 1897, die mit umfassenden historischen Abhandlungen 200 Seiten umfasst.

³⁹ Die von Kautsky und Eckstein besorgte sogenannte „Volksausgabe“ (1914) leistet den Dienst der Popularisierung nicht. Sie gibt nur eine Verdeutschung vieler Fremdworte und Übersetzung der fremdsprachigen Zitate; außerdem ein gutes Register.

das heißt aus Kauf und Verkauf, herleitet. Gäbe es keinen Warenaustausch, so gäbe es auch kein Geld, und in jenen Gesellschaftsformen einer fernen Vergangenheit, die noch keinen Warenaustausch kannten, sondern die Bedarfsbefriedigung auf dem Wege der Eigenproduktion besorgten, hat es ja auch wirklich kein Geld gegeben. Eine Betrachtung des Warenaustausches wird uns also über Ursprung und Wesen des Geldes aufklären.

Dies macht Marx historisch. Stellen wir uns ein Gemeinwesen der Urzeit vor, etwa einen Stamm von Wilden, der in der Hauptsache noch ohne Tauschverkehr auskommt, in dem jeder vornehmlich von den Erzeugnissen seiner eigenen Arbeit oder unmittelbar von den Produkten gemeinsamer Arbeit lebt, so wird irgendwo und irgendwann einmal der Augenblick kommen, wo man auszutauschen beginnt. Zunächst nur vereinzelt und zufällig. Dem einen erwacht Begehren nach irgendeinem Gegenstand, den er im Besitz eines anderen sieht, sagen wir einem Schmuckstück, einer schön gearbeiteten Waffe, einem Nahrungsmittel, und er ist bereit, irgendetwas aus seinem eigenen Besitz dafür herzugeben. Dabei entsteht sofort die Frage nach dem *wieviel?* Wieviel Tierfelle oder Getreidekörner soll ich für das kostbare Schwert hergeben? Mit anderen Worten, wieviel ist es *wert?*

Werden die beiden handelseinig, so ergibt sich eine Gleichung. Etwa so:

Schwert ist wert 3 Tierfelle.

In dieser Gleichung spielt das Schwert eine passive Rolle, die Tierfelle eine aktive. Das will sagen: es ist der Wert des Schwertes, der in Frage steht und festgesetzt wird, und die Tierfelle besorgen dies. In der Tat entspricht das unserer Voraussetzung. Das Schwert war es, das Begehren erregte und den ganzen Handel veranlasste. Sein Wert also musste ermittelt werden. Aber man kann den Satz ohne weiteres auch umkehren. Wenn ein Schwert so viel wert ist wie 3 Tierfelle, so sind auch 3 Tierfelle so viel wert wie ein Schwert. Drücken die Tierfelle den Wert des Schwertes aus, so drückt das Schwert nicht minder den Wert der Tierfelle aus.

Die leichte Möglichkeit der Umkehrung und des Rollentauschs zwischen beiden Waren zeigt das Zufällige und Vorübergehende des Vorfalls. Noch hat sich nichts gewohnheitsmäßig festgesetzt; noch ist keine Ware mit der ausschließlichen Funktion betraut, die Werte der anderen Waren anzugeben, weil eben der Austausch selbst noch nicht Regel und Gewohnheit ist, sondern nur gelegentlich vorkommt. – Marx nennt die dabei entstehende Wertgleichung zweier Waren die „*einfache*“ oder „*vereinzelte Wertform*“.

Die historische Entwicklung setzt ihren Gang fort. Der Austausch von Bedarfsgegenständen kommt öfter vor, und der einzelne verlässt sich nach und nach immer mehr darauf, die Dinge, die ihm etwa fehlen, durch Hingabe derer, die er hat, erhalten zu können. Wer ein Schwert braucht, ohne es selbst zu schmieden, kann es nun für allerlei Gegenstände eintauschen, nicht nur für 3 Tierfelle, sondern auch für 10 Paar Sandalen, oder für ein bestimmtes Gewicht Salz oder Tonerde oder eine Handmühle usw. Das Schwert – und ebenso jeder andere Ge- [174] brauchsgegenstand – steht nunmehr nicht bloß in einem fälligen und gelegentlichen, sondern in einem dauernden Wertverhältnis zu vielen anderen Waren. Es ergibt sich daraus die „*totale*“ oder „*entfaltete*“ Wertform, die etwa so aussieht:

Schwert ist wert:

{ 3 Tierfelle,
10 Paar Sandalen,
50 Pfund Salz,
30 Pfund Tonerde,
1 Handmühle.

Der Unterschied dieser totalen gegenüber der einfachen Wertform ist für das Ganze der Marxschen Theorie vornehmlich deshalb wichtig, weil daraus die Natur des Wertes abgeleitet wird. Für die Geldtheorie kommt nur folgendes in Betracht.

Schon bei der einfachen Wertform versteht es sich von selbst, dass sie nur dann Sinn und Gültigkeit hat, wenn die beiden Gegenstände, die einander gegenüber treten, ausgetauscht werden sollen. Ist dies nicht der Fall, so haben Schwert und Tierfelle nichts miteinander zu tun, sind in keiner Weise miteinander vergleichbar, stehen in keinem Verhältnis zueinander. Dies alles existiert nur im Fall des unmittelbaren Austausches, oder vielmehr, genauer ausgedrückt, im Fall der *unmittelbaren Austauschbarkeit*, d.h. wenn jeder der beiden Kontrahenten grundsätzlich gewillt ist, die Ware des anderen für die seinige anzunehmen.

Ganz dasselbe trifft auch für die entfaltete Wertform zu. Nur mit solchen Waren tritt das Schwert in ein Wertverhältnis, mit denen es *unmittelbar ausgetauscht* werden kann. Es mag in jenem Gemeinwesen Dinge geben, die bei der Art der üblichen Produktion jeder Haushalt ohne weiteres selbst besitzt, für die er deshalb unter keinen Umständen etwas hingeben wird. Diese Dinge sind mit dem Schwert nicht austauschbar und stehen in keinem Verhältnis zu ihm.

Natürlich kann die entfaltete Wertform ebenso gut wie die einfache umgekehrt werden. Wenn ein Schwert so viel wert ist, wie eine gewisse Menge jeder einzelnen der oben aufgezählten Waren, dann ist auch jede einzelne dieser Warenmengen ebenso viel wert wie ein Schwert.

Vollzieht sich nun aber die Umkehrung wirklich, so kommt nicht mehr (wie bei Umkehrung der einfachen Wertform) dasselbe heraus, sondern etwas inhaltlich anderes. Gewiss hat auch bei der einfachen Wertform die Umkehrung einen etwas veränderten Sinn. Denn in dem Satz „1 Schwert ist wert 3 Felle“ [175] wird der Wert des Schwertes ausgedrückt, und zwar in Fellen; bei der Umkehrung dagegen ist es der Wert der Felle, der zum Ausdruck gelangt. Aber das ist nur ein begrifflicher Unterschied. Für die Praxis hat er nichts zu bedeuten; für sie kommt es letzten Endes immer darauf hinaus, dass Schwert und Felle miteinander in den angegebenen Quantitäten ausgetauscht werden.

Sehen wir uns dagegen die Umkehrung der *entfalteten* Wertform an. Sie kann wie folgt aussehen:

1 Schwert	}	sind wert 3 Felle.
10 Paar Sandalen		
50 Pfund Salz		
30 Pfund Tonerde		
1 Handmühle		

Diese Formel will nun, wohl verstanden, nicht als leere Begriffsspielerei angesehen werden, sondern als Ausdruck eines *historisch tatsächlich erreichten Zustandes*. Dann bedeutet sie, dass sich allmählich die Gewohnheit herausgebildet hat, sämtliche Waren gegen eine bestimmte Ware auszutauschen. Die ursprüngliche „entfaltete Wertform“ besagt nur, dass die Menschen schrittweise so weit gekommen waren, ihre Besitztümer gelegentlich nicht nur für die eine oder andere, sondern für eine Reihe von Waren herzugeben. Die *Umkehrung* bedeutet dagegen, dass eine Ware gefunden worden ist, welche jeder Warenbesitzer ohne weiteres im Tausche anzunehmen bereit ist.

Die daraus entspringenden Vorteile brauchen nicht ausführlich geschildert zu werden. Es genügt, an den einen und nächstliegenden zu erinnern: der Mann, der ein Schwert haben will, und dafür seinerseits Sandalen anzubieten hat, ist nun nicht mehr auf den Glückszufall

angewiesen, dass der Schwertbesitzer die Sandalen werde brauchen können; vielmehr wird er, wenn es allgemein üblich geworden ist, dass jeder Warenbesitzer Tierfelle annimmt, seine Sandalen mit Sicherheit gegen Felle los und kann mit derselben Sicherheit für die Felle das Schwert kaufen.

Weil die Formel mithin die allgemeine Austauschbarkeit sämtlicher Waren gegen eine bestimmte ausdrückt, nennt Marx sie die „*allgemeine Wertform*“.

Jetzt sind wir an der *Vorstufe der Geldform* angelangt. Ja, was an dieser wesentlich ist, das ist bereits erfüllt. Denn was die allgemeine Wertform von der Geldform unterscheidet, ist nur der immerhin vorübergehende Umstand, dass noch nicht eine bestimmte *einzig*e Ware endgültig die Funktion des Tauschmittels übernommen hat. Lange Zeit haben die [176] Menschen in mehr oder minder großem Umfange verschiedene Waren zu diesem Zwecke benutzt.

„Jeder Warenbesitzer will seine Ware nur veräußern gegen solche andere Ware, deren Gebrauchswert sein Bedürfnis befriedigt. Jedoch will er sie veräußern können gegen jede ihm beliebige andere Ware von demselben Wert, ob seine eigene Ware nun für den Besitzer der anderen Ware Gebrauchswert habe oder nicht. Dies wäre unmöglich, weil die anderen Warenbesitzer sich auf das Geschäft nicht einlassen können, eine Ware einzutauschen, für deren Gebrauchswert sie keine Verwendung haben. Soll es allgemein üblich werden, Waren auszutauschen, so braucht man daher eine Ware, die nicht nur für den einen oder anderen, sondern für *alle* Warenbesitzer Gebrauchswert hat; eine Ware, welche die Möglichkeit bietet, jede beliebige andere Ware für sie einzutauschen, mit anderen Worten: man braucht ein *allgemeines* Tauschmittel.“

„Die Aufgabe entspringt gleichzeitig mit den Mitteln ihrer Lösung. Sobald einmal ein Verkehr entstanden ist, worin Warenbesitzer ihre eigenen Artikel mit verschiedenen anderen Artikeln austauschen und vergleichen, ist es auch bereits zur Gewohnheit geworden, dass verschiedene Waren von verschiedenen Warenbesitzern innerhalb ihres Verkehrs mit einer und derselben dritten Warenart ausgetauscht und als Werte verglichen werden. Solche dritte Ware, indem sie Tauschmittel für *verschiedene* andere Waren wird, erhält unmittelbar, wenn auch in engen Grenzen, den Charakter eines allgemeinen (oder gesellschaftlichen) Tauschmittels. Dieser entsteht und vergeht mit dem augenblicklichen gesellschaftlichen Kontakt, der ihn ins Leben rief. Abwechselnd und flüchtig kommt er dieser oder jener Ware zu. Mit der Entwicklung des Warenaustauschs heftet er sich aber ausschließlich an bestimmte Warenarten – das heißt, er kristallisiert zur Geldform. *Eine Ware, die allgemein von allen Warenbesitzern als Tauschmittel für ihre sämtlichen verschiedenen Waren angenommen und verwendet wird, ist Geld.*“⁴⁰

Damit ist die Frage, was das Geld sei, beantwortet, das Wesen des Geldes herausgearbeitet; „Geld“ ist diejenige einzige Ware, welche für alle anderen die Funktion des Tauschmittels verrichtet. Geld muss also unter allen Umständen *eine Ware sein und eigenen Wert besitzen*. Denn die Voraussetzung dafür, dass es jene Funktion verrichten kann, ist ja seine [177] eigene unmittelbare Austauschbarkeit; es muss von allen Warenbesitzern angenommen werden, es darf seinerseits nicht erst wieder einen Tauschvermittler nötig haben. Es liegt jedoch auf der Hand, dass die Warenbesitzer einen wertlosen Gegenstand nicht annehmen werden, wenigstens nicht freiwillig.

⁴⁰ Kapital I. 2. Kapitel. Die Zitate sind zum Teil nicht wörtlich, sondern in sinngemäßer Übertragung, weil sie, wörtlich aus dem Zusammenhang genommen, unverständlich wären. Volksausgabe S. 49, 103.

Eine Ware also muss das Geld sein. An *welche* Ware die Geldfunktion sich heftet, das ist zunächst gleichgültig und hat mit dem Wesen des Geldes nichts zu tun. „An welcher Ware die Geldform kleben bleibt, ist zunächst zufällig. Jedoch entscheiden im Großen und Ganzen zwei Umstände. Geldform heftet sich entweder an die wichtigsten Eintauschartikel aus der Fremde, oder an den Gebrauchsgegenstand, welcher das Hauptelement des einheimischen, veräußerlichen Besitztums bildet, wie z. B. Vieh. Nomadenvölker entwickeln zuerst die Geldform, weil all ihr Hab und Gut sich in beweglicher, daher unmittelbar veräußerlicher Form befindet, und weil ihre Lebensweise sie beständig mit fremden Gemeinwesen in Berührung bringt, daher zum Produktaustausch anreizt. Die Menschen haben oft den Menschen selbst in der Gestalt des Sklaven zum ursprünglichen Geldmaterial gemacht ...“

Wenn es somit auch nicht zu den Natureigenschaften der Edelmetalle gehört, Geld zu sein, so ist es darum doch auch kein Zufall, dass man unter all den vielen Waren zuletzt gerade sie endgültig für diesen Dienst ausgewählt hat. Sondern man hat das getan, weil sie sich vermöge ihrer natürlichen Eigenschaften am besten dazu eignen, den Austausch zu vermitteln. „In demselben Verhältnis, worin der Warenaustausch seine nur lokalen Bande sprengt, geht die Geldform auf Waren über, die von Natur zur Funktion eines allgemeinen Tauschmittels taugen, auf die edlen Metalle.“ Soll das Geld *jede* andere Ware in jeder beliebigen Quantität ersetzen und daher auch jeden beliebigen Tauschwert darstellen können, so braucht man dazu einen Stoff, dessen sämtliche Exemplare dieselbe gleichförmige Qualität besitzen. Sodann, da die verschiedenen Wertgrößen sich nur durch ihre Menge unterscheiden, muss die Geldware „nach Willkür teilbar und aus ihren Teilen wieder zusammensetzbar sein. Gold und Silber besitzen diese Eigenschaften von Natur.“

II.

Wie man sieht, lässt sich eine scharfe Trennungslinie zwischen dem Wesen und den Funktionen des Geldes nicht ziehen. Sein Wesen besteht eben in der Funktion des allgemeinen Tauschmittels. Aber aus dieser ersten und grundlegenden Funktion des Geldes ergeben sich weitere. [178]

Ist das Edelmetall (Marx setzt der Einfachheit halber von nun ab überall das Gold als die Geldware voraus) erst einmal zum allgemeinen Tauschmittel für alle anderen Waren geworden, so ergibt sich ganz von selbst, dass alle anderen Waren nunmehr ihren *Wert in Geld ausdrücken*. In der Tat kehrt man ja damit zur einfachen Wertform, nur auf einer höheren Stufe, zurück. Statt dass es hieß: ein Schwert ist wert drei Felle, heißt es jetzt z. B. „1 Schwert ist wert 50 Mark“. Der Fortschritt liegt darin, dass durch die Geldform ohne weiteres das Wertverhältnis des Schwertes zu allen anderen Waren ausgedrückt und festgelegt ist. Während die einfache Wertform ausschließlich für die beiden beteiligten Waren (in unserem Beispiel Schwert und Felle) gilt, besagt die Geldform ohne weiteres, dass das Schwert allen denjenigen Waren gleichwertig ist, die ihrerseits 50 Mark kosten.

Dadurch entsteht der falsche Schein, als werde der Wert der Waren erst durch das Geld geschaffen und bestimmt. Vor diesem Fehler muss man sich hüten. „Die Waren werden nicht durch das Geld kommensurabel (miteinander messbar). Umgekehrt, weil alle Waren als Werte an und für sich kommensurabel sind, können sie ihre Werte gemeinschaftlich in derselben Ware messen und diese dadurch zu ihrem gemeinschaftlichen Wertmaß oder Geld machen. Das Geld ist nicht der Urheber des Wertes der Waren und auch nicht die Ursache der Bewegung (des Austausches) der Waren. Sondern es ist nur das Instrument, das sich der Austausch zum Zweck der Warenbewegung und des Wertmessens geschaffen hat.

Das Instrument muss sich den Zwecken anpassen, denen es dienen soll, nicht umgekehrt. Doch um das zu zeigen, müssen wir etwas weiter ausholen.

Betrachtet man den Besitzwechsel der einzelnen Ware, so ist die Bewegung ein Kreislauf ihres Wertes. Ein Leineweber z. B. mag 20 Ellen Leinwand für 40 Mark verkaufen und sich dann für die 40 Mark eine Bibel kaufen. Damit ist die Bewegung dieser Ware für ihn vollendet. Der Zweck der ganzen Prozedur war für ihn, seine Leinwand umzutauschen gegen eine andere Ware, die ihm ein Bedürfnis befriedigt. Das ist geschehen, und der Wert in Höhe von 40 Mark, den er zuerst in Gestalt seiner 20 Ellen Leinwand besaß, ist in Gestalt der Bibel zu ihm zurückgekehrt. Deshalb ist die Bewegung ein Kreislauf.

Aber dieser Kreislauf geht nicht isoliert vor sich, sondern ist in der Wirklichkeit des Marktes verschlungen und verflochten mit einer unendlichen Zahl anderer, ebensolcher Kreisläufe. [179] Das Geld, das zum Ankauf einer Ware dient, ist vorher durch den Verkauf einer anderen Ware gewonnen worden. Die zwei Goldfuchse, die der Leineweber für seine 20 Ellen bekommt, sind vielleicht die verwandelte Gestalt eines Viertelzentners Weizen. Die Verwandlung von Ware in Geld ist stets zugleich Rückverwandlung einer anderen Ware aus der Geldform in Ware. (Ausgenommen die Geldware selbst, hier also das Gold, an ihrer Produktionsquelle, wo sie zum ersten Mal ausgetauscht wird, ohne vorher gekauft zu sein). Ebenso nach der anderen Richtung hin. Für unsern Leineweber schließt der Lebenslauf seiner Ware mit dem Erwerb der Bibel. Aber der Bibelverkäufer setzt die vom Leineweber erhaltenen 40 Mark weiter um, sagen wir in Kornbranntwein. Und auch das ist nicht das Ende, da der Branntweinhändler die 40 Mark wiederum zu weiteren Einkäufen verwendet, und so fort.

Was bei Betrachtung der einzelnen Ware nur ein Kreislauf ihres Wertes war, verschlingt sich also in der Wirklichkeit unentwirrbar mit einer endlosen Reihe gleichartiger Kreisläufe. In seiner Gesamtheit ist dieser Vorgang die *Warenzirkulation*.

Erst die Warenzirkulation – d.h. die einzelnen Kreisläufe in ihrer Gesamtheit und in ihrem Zusammenhange – *verwirklicht* den Nutzen, den das Geld nur *ermöglicht*. Sie erst bringt dem einzelnen Warenbesitzer alle möglichen anderen Waren im Austausch für die seinige; oder vielmehr ihr Wesen besteht darin, dass der einzelne Warenbesitzer seinen Bedarf an Gebrauchsgegenständen befriedigt, obgleich der Kontrahent, der ihm gegenübersteht, diese Gegenstände gar nicht hat. „Die Ware des A ersetzt die Ware des B, aber A und B tauschen nicht wechselseitig ihre Waren aus. Der Leineweber hat für seine Leinwand eine Bibel bekommen, ohne dass der Bibelangest die Leinwand zu nehmen brauchte, nur weil der Verkauf der Bibel vorn und hinten mit dem Verkauf gänzlich anderer Waren verflochten war. „Der Weber kann seine Leinwand nur verkaufen, weil der Bauer Weizen, der Agent die Bibel nur, weil der Weber Leinwand, der Destillateur das gebrannte Wasser nur, weil der andere das Wasser des ewigen Lebens *bereits verkauft hat* usw.“.

Die Zirkulation erlischt deshalb auch nicht mit dem Stellenwechsel der Gebrauchswerte. Das Geld verschwindet nicht, weil es schließlich aus der Reihe der Verwandlungen einer Ware herausfällt. Es schlägt immer nieder auf eine durch die Ware geräumte Zirkulationsstelle. Der Ersatz von Ware durch Ware [180] lässt zugleich an dritter Hand die Geldware hängen. „Die Zirkulation schwitzt beständig Geld aus.“

Die Zirkulation wird vermittelt durch das Geld. Wir kommen dadurch zu seiner dritten Funktion, der des *Zirkulationsmittels*.

Scheinbar ist das Geld die bewegende Kraft der Warenzirkulation, scheinbar geht von ihm der Anstoß aus, der die Waren in Bewegung setzt. In Wirklichkeit ist es umgekehrt, und hierauf legt Marx den größten Nachdruck. „Die Bewegung des Geldes ist kein Kreislauf. Das Geld entfernt sich beständig von seinem Ausgangspunkt und kehrt nicht zu ihm zurück. Solange der Verkäufer das Geld – die verwandelte Gestalt seiner Ware – festhält, hat die Ware nur die erste Hälfte ihrer Zirkulation zurückgelegt. Ist der Prozess: verkaufen, um zu kaufen,

vervollständigt, so ist auch das Geld wieder aus der Hand seines ursprünglichen Besitzers entfernt. Die Bewegung, welche dem Geld durch die Warenzirkulation unmittelbar erteilt wird, ist daher seine beständige Entfernung vom Ausgangspunkt, sein Lauf aus der Hand eines Warenbesitzers in die eines anderen, oder sein Umlauf.“

Mit jedem einzelnen Zirkulationsakt scheidet eine Ware aus der Zirkulation aus und geht in den Konsum über. (Auch wenn eine Ware wiederholt verkauft wird, fällt sie mit dem letzten, endgültigen Verkauf aus der Zirkulation in den Konsum). Das Geld dagegen bleibt dauernd in der Zirkulation. Das Resultat der Warenzirkulation, Ersatz von Ware durch andere Ware, scheint daher nicht durch ihren eigenen Formwechsel vermittelt, sondern durch die Funktion des Geldes. Es gewinnt den Anschein, als ob die Waren an und für sich bewegungslos sind und durch das Geld in Bewegung gebracht werden, stets in entgegengesetzter Richtung zu seinem eigenen Lauf. „Obgleich daher die Geldbewegung nur Ausdruck der Warenzirkulation, erscheint umgekehrt die Zirkulation nur als Resultat der Geldbewegung.“

Von diesem Gesichtspunkt aus, dass „der Geldumlauf nur Wirkung und Widerspiegelung der Warenzirkulation“ ist, muss die Frage beantwortet werden, wie viel Geld die Zirkulation beständig braucht. Man sieht dann klar, dass für die in einem Lande *gleichzeitig* vorgehenden Warenumsätze genau so viel Geld erforderlich ist, wie die Preissumme der Waren ausmacht. (Ändert sich aus irgendeinem Grunde der Wert des Geldes, so ändern sich demzufolge die Preise und damit dann auch die Menge des zur Zirkulation benötigten Geldes). Die Masse des zirkulierenden Geldes flutet also auf und ab [181] mit der Masse der *gleichzeitig* umgesetzten Waren und mit ihren Preisschwankungen. Bei den *nacheinander* vorgehenden Umsätzen spricht außerdem selbstverständlich die Geschwindigkeit des Umlaufs mit, indem das einzelne Geldstück umso mehr Umsätze vermittelt, je schneller es umläuft. Entsprechend weniger Geld ist dann erforderlich. „Dies Gesetz gilt allgemein. Wächst daher die Anzahl der Umläufe der Geldstücke, so nimmt, ihre zirkulierende Masse ab. Nimmt die Anzahl ihrer Umläufe ab, so wächst ihre Masse. Weil die Masse des Geldes, die als Zirkulationsmittel fungieren kann, bei gegebener Durchschnittsgeschwindigkeit gegeben ist, hat man z. B. nur eine bestimmte Quantität 20 Mark-Banknoten in die Zirkulation hineinzuzerlegen, um ebenso viel Goldstücke hinauszuzerlegen, ein allen Banken wohlbekanntes Kunststück“.

Aber auch die Geschwindigkeit des Geldumlaufs ist Wirkung der Geschwindigkeit, mit der die Waren zirkulieren, nicht umgekehrt. Eine Stockung der Warenzirkulation wird sich deshalb in einer Verlangsamung des Geldumlaufs bemerkbar machen. Natürlich kann ein wirklicher Mangel an Zirkulationsmitteln auch seinerseits eine Stockung der Zirkulation hervorrufen, aber die vulgäre Anschauung, welche bei verlangsamter Zirkulation das Geld minder häufig zu sehen bekommt und deshalb *jede* Stockung auf Geldmangel zurückführt, ist falsch.

Marx tritt mit Entschiedenheit der Ansicht entgegen, dass die Preise der Waren sich nach der Masse des vorhandenen Geldes richten, so dass durch Vermehrung des Geldes die Preise in die Höhe getrieben würden. Diese Ansicht, sagt er, setzt voraus, „dass die Waren ohne Preis und das Geld ohne Wert in die Zirkulation eintreten, wo sich dann ein entsprechender Teil des Warenpreises mit einem entsprechenden Teil des Metallbergs austauscht“. Indessen ist zu beachten, dass diese Ablehnung zunächst nur für das Metallgeld gilt. Es gibt aber die Möglichkeit, das Gold durch Symbole zu ersetzen. Darauf arbeitet die Zirkulation selbst hin, und zwar durch die Abnutzung der Goldmünzen. „Im Umlauf verschleiben die Goldmünzen, die eine mehr, die andere weniger. Goldtitel und Goldgehalt beginnen voneinander abzuweichen. Gleichnamige Goldmünzen werden von ungleichem Wert, weil verschiedenem Gewicht. Das Gold hört damit auf, wirklicher Gegenwert der Waren zu sein, deren Preise es verwirklicht. Die Zirkulation wirkt also darauf hin, das Goldsein der Münze in Goldschein

oder die Münze in ein Symbol ihres offiziellen Metallgehalts zu verwandeln. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, das Metallgeld in seiner [182] Münzfunktion durch Marken aus anderem Material oder Symbole zu ersetzen.“

Für diese Symbole nun, d.h. außer der Scheidemünze vor allem das Papiergeld, gelten andere Normen. „Papierzettel, denen Geldnamen, wie 20 Mark, 100 Mark usw. aufgedruckt sind, werden vom Staat in die Zirkulation hineingeworfen. Soweit sie wirklich an Stelle der gleichnamigen Goldsumme zirkulieren, spiegeln sich in ihrer Bewegung nur die Gesetze des Geldumlaufs selbst wider. Ein besonderes Gesetz der Papierzirkulation kann nur aus ihrem Stellvertretungsverhältnis zum Gold entspringen. Und dieses Gesetz ist einfach dies, dass die Ausgabe von Papiergeld *auf die Quantität zu beschränken* ist, worin das von ihr symbolisch dargestellte Gold wirklich zirkulieren müsste. Nun schwankt zwar das Goldquantum, welches die Zirkulation aufnehmen kann, beständig über oder unter einem gewissen Durchschnitt. Jedoch sinkt es in einem gegebenen Land nie unter ein gewisses Minimum, das sich erfahrungsgemäß feststellt. ... Überschreitet aber das Papiergeld sein Maß, d.h. die Quantität von Goldmünze gleicher Benennung, welche zirkulieren könnte, so tritt nicht nur die Gefahr ein, dass es allgemein das Vertrauen verliert, sondern innerhalb der Warenwelt stellt es dennoch nur die durch ihre inneren Gesetze bestimmte, also auch allein vertretbare Goldquantität vor. Stellt die Papierzettelmasse z. B. je 2 Unzen Gold statt je Unze dar, so wird faktisch der 20 Mark-Zettel zum Geldnamen sage etwa von $\frac{1}{8}$ statt von $\frac{1}{4}$ Unze. *Dieselben Werte, die sich vorher im Preise von 20 Mark ausdrückten, drücken sich jetzt im Preise von 40 Mark aus.*“

Endlich bringt der Fortgang der ökonomischen Entwicklung noch eine vierte Funktion des Geldes hervor, die Marx die des *Zahlungsmittels* nennt. Damit ist gemeint die Bezahlung von Waren nicht unmittelbar bei ihrem Verkauf, sondern erst später. „Mit der Entwicklung der Warenzirkulation entwickeln sich Verhältnisse, wodurch die Veräußerung der Ware von der Zahlung ihres Preises zeitlich getrennt wird. Es genügt, die einfachsten dieser Verhältnisse hier anzudeuten. Die eine Warenart erheischt längere, die andere kürzere Zeitdauer zu ihrer Produktion. Die Produktion verschiedener Waren ist an verschiedene Jahreszeiten geknüpft. Die eine Ware wird an ihrem Marktplatz geboren, die andere muss zu entferntem Markte reisen. Der eine Warenbesitzer kann daher als Verkäufer auftreten, bevor der andere als Käufer. Bei steter Wiederkehr derselben Geschäfte zwischen denselben Personen regeln sich die Verkaufsbedingungen der Waren nach ihren Produktionsbedingungen. [183] Andererseits wird die Benutzung gewisser Warenarten, z. B. eines Hauses, für einen bestimmten Zeitraum verkauft. Erst nach Ablauf des Termins hat der Käufer den Gebrauchswert der Ware wirklich erhalten. Er kauft sie daher, bevor er sie zahlt. Der Verkäufer wird Gläubiger, der Käufer Schuldner.

In diesem Falle hat also „das gleichzeitige Gegenübertreten von Ware und Geld aufgehört.“ Das Geld funktioniert jetzt erstens als Wertmaß, um die Preise der verkauften Waren zu bestimmen; zweitens als ideelles (nur vorgestelltes, nicht tatsächliches) Kaufmittel. Obgleich es nur im *Geldversprechen* des Käufers existiert, bewirkt es doch den Händewechsel der Ware. Erst am Fälligkeitstermin tritt das Zahlungsmittel wirklich in Zirkulation, also erst nachdem die Ware bereits aus der Zirkulation ausgetreten ist. Das Geld vermittelt nicht mehr den Vorgang, es schließt ihn selbständig ab.

Für den zum Schuldner gewordenen Käufer erwächst daraus eine viel ernstere und dringlichere Notwendigkeit, zum Zahlungstermin Geld herbeizuschaffen, also nötigenfalls unter allen Umständen Waren zu verkaufen. Die Menge des erforderlichen Geldes wird aber hierdurch stark vermindert, weil einmal der Gläubiger gleich das Zahlungsverprechen seiner Schuldner abtreten kann, so dass eine einzige Goldsumme zur Begleichung einer ganzen

Reihe von Schulden dient, und weil zweitens mit der Konzentration der Zahlungen an demselben Platz die Möglichkeit gegeben ist, sie untereinander aufzurechnen, so dass nur noch die Salden in bar zu bezahlen sind. Es decken sich also nicht mehr die während eines bestimmten Zeitraumes, z. B. eines Tages, umlaufende Geldmasse und zirkulierende Warenmasse. Es läuft Geld um, das Waren repräsentiert, die der Zirkulation längst entzogen sind. Es laufen Waren um, deren Gegenwert in Geld erst in der Zukunft erscheint. Ebenso wenig sind die jeden Tag aufgenommenen und die denselben Tag fällig werdenden Zahlungsverpflichtungen als gleiche Größen anzusehen.

Mit dem Augenblick, wo Schuldbescheinigungen und Zahlungsverprechen unmittelbar zur Übertragung von Schuldforderungen zirkulieren, ist das *Kreditgeld* entstanden.

Sozialistisches aus der Türkei.

Von Wedad Nedin.

Der Herausgeber der in Berlin erscheinenden Türkischen Sozialistischen Zeitschrift Kurtulusch (Befreiung,) schreibt uns über die neu gegründete „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“: [184]

In der Türkei steht das industrielle Proletariat in sehr geringem Verhältnis zu dem ländlichen Proletariat. Unter dem Drucke der unter den Namen „Kapitulation“ bekannten Verträge war das Aufkommen einer Großindustrie in der Türkei unmöglich. Die Konkurrenz des europäischen Kapitalismus hatte fast sämtliche Ansätze einer Industrie erstickt. Und wiederum unter der auswärtigen Konkurrenz starben nach und nach die kleinen Handwerker aus und gingen in das Proletariat über. Alle diese Umstände haben aber nicht verhindert, dass ein wegen der mangelnden Organisation grausam unterdrücktes und immer mehr anschwellendes Proletariat sich bildete.

Transportarbeiter, Textilarbeiter, Drucker und in den staatlichen Munitionsfabriken Arbeitende bilden den hauptsächlichlichen Stützpunkt unserer Partei. Was die Bauern betrifft, so kann man sagen, dass sie das unterdrückteste Proletariat der Welt bilden. Viele nacheinander folgende Kriege, immer in die Höhe gehende Steuern, ein fein ausgebildetes System des Kreditwuchers haben es fertiggebracht, aus selbständigen Bauern gebundene, verschuldete Pächtersklaven zu machen. – Die Türkei heißt Organisationslosigkeit – und ein darbenendes Volk wartet auf Hilfe. Trotz aller organisatorischen Mängel, trotz fanatischen Widerstandes der Bourgeoisie und des Staates eine Bewegung hervorzurufen, bedarf es kühner Energie und stoischen Selbstverzichts.

Die Seele des Proletariats der Türkei ist bereits mit Zündstoff vollgesogen und es bedarf nur eines Funkens, um sie zur Explosion zu bringen. Zu diesem Zwecke sind viele unserer Freunde bereits nach der Türkei gefahren; tausende Arbeiter, die seit drei Jahren in Deutschland arbeiteten und die Revolution miterlebt haben, begleiteten sie. Ich hoffe, dass sie trotz der großen Gefahren, die ihrer harren, ihre Mission erfüllen werden. Doch dazu bedürfen sie der Unterstützung der Sozialisten aller Länder, auf die wir auch stark bauen.

Ich bin überzeugt, diejenigen, die die türkischen Verhältnisse völlig verkennen und die Türkei mit ihren „Märchen“ „Palästen“ „Harems“ und „Eunuchen“ (!) ein Stück Land jenseits der Welt wännen, werden diese Nachricht der Bildung einer sozialistischen Partei mit einem Lächeln aufnehmen.

Ich wende mich an diese Träumer und sage ihnen, dass das harte Leben sein Elend und seine Tränen auch über die Türkei gegossen hat und dass auch dort ein darbenendes Volk sich nach

einer neuen Weltordnung, nach einer neuen Sonne sehnt! Ihm zu helfen ist die Aufgabe des Weltproletariats. [85]

Aus meinen Kriegserinnerungen.

Von Bruno Lieske.

3. Reise von Ost nach West. Charleroi, 22. September 1915.

Ein eigenartig Ding ist dieser Krieg. Er wirft einen von Osten nach Westen und umgekehrt.

Ein recht gemeines Wetter begleitete unseren Viehwagen am ersten Tage. Wir rollten gegen N. W. aus Warschau heraus, sodass wir etwas mehr Kampffeld zu sehen bekamen. Ganz besonders interessierten uns die starken Feldbefestigungen bei *Blonie*, deren Fall die Räumung Warschaus besiegelte. Längs der Bahn ist Drahtverhau gezogen, und hier sieht man schon etwas mehr von „Heldengräbern“. Arme Teufel, was nützt euch die „dauernde Erinnerung“, der man euch in großen Anzeigen daheim versichert. Von eurem Tode haben wir Arbeiter nichts, als die Pflicht Steuern zu zahlen, damit eure Familie nicht verhungert. Mancher hätte lebend mehr leisten können, gegen den Zarismus im eigenen Lande.

Ähnlich bleibt das Kriegsbild bis *Lowitsch*, einem großen Bahnkreuzungspunkt. Erst gegen *Kutno* wird es wieder friedlicher. Auffallend viel Vieh begegnet uns; man ist versucht anzunehmen, dass die Russen doch nicht so viel weggeschleppt haben, wie man ihnen nachzureden leicht geneigt ist. In Deutschland sucht man diese „Fülle“ wenigstens vergebens, wenn man vom Lande des „Ochsenkopfes“ absieht. So langen wir abends gegen ½ 9 Uhr in *Alexandrowo* an, allwo Entlausung stattfinden soll. 19 Stunden sind wir jetzt auf den Beinen, 10 davon auf der Fahrt!

Das erste Bad nach 3 Wochen, reine Wäsche o, ho! Von 8 bis 4 Uhr morgens, das war gründlich. Hundemüde, vom Bade zerschlagen, kletterten wir in einen entlausten Zug. 29 Stunden bei dem nasskalten Wetter, ist ein bisschen viel verlangt. Aber man war zufrieden, dass der „Dreck“ weg war. Das Millionenobjekt von *Alexandrowo* hatte uns gut getan. Wie sahen die armen Kerle doch aus, die schon durch Galizien die Läuseplage geschleppt hatten. Blutig und zerkratzt, als hätten sie sich selbst gezeißelt, so liefen sie herum.

Ein ganz anderes Gefühl hatte ich am 16. September früh kurz nach 7 Uhr, als ich bei *Mogilno* erwachte. Von der ehrwürdigen Festung *Thorn* hatte ich nichts bemerkt. So sehr war ich schon an den Vielwagen gewöhnt, dass ich schlief wie ein Bär, obwohl der Kopf zuweilen ganz unsanft gegen [186] die Planken „bumste“. Ein anderes Gesicht zeigte der Himmel, ein anderes Gefühl, dass es nach Berlin zu geht, musste das nicht Stimmung erzeugen? So war denn auch eine Einmütigkeit vorhanden, die man sonst bei dem „deutschen Volke in Waffen“ sehr selten findet. Die Auffassungen gehen zu weit auseinander! Sie sind abhängig von der Länge des Soldatseins und des Zivilstandes. Stank gibt es jeden Augenblick.

Gnesen war vergessen. Die Kolossalbefestigungen *Posens* werden bewundert. *Posen* ist Verpflegungsstation, es gibt Erbsen. Nebenher bietet die Stadt uns manche Augenweide. Schön ist *Posen*, ordentlich heimisch fühlt man sich.

Unser Zug scheint unser Sehnen zu teilen. In einem für einen Transport ziemlich schnellen Tempo, durchheilt er die Fluren *Posens*. *Bentschen*, ich denke an meine Reise Guhrau, Bojanowo, Lissa, Berlin, im Jahre 1906. Jene Schlafstätten, die ich früher geschildert habe, sind mir hier begegnet. *Schwiebus-Reppen*! Es wird immer sicherer, dass wir nach Berlin kommen. Breslau, das unser Ziel sein sollte, kann es nicht sein. Irgendeiner hat erfahren, dass es nach Baden geht und sogar von der Corettöhöhe höre ich sprechen. Gegen 5 Uhr nachm. sind wir zum zweiten Male in diesem Kriege auf dem Bahnhof in *Frankfurt a. O.*

Und wieder ging es vorbei an den Stätten der Jugend, doch achtet man ihrer weniger. Man achtet genau auf den Uhrzeiger und zählt im Vorbeifliegen die Kilometersteine! „Jetzt sind es noch 30 Klm., noch 20, noch 10!“ Niemand redete sich ein, in Berlin Station machen zu können, dennoch bannte keiner seine Freude.

Von *Karlshorst* leuchtet schon *Kietz Rummelsburg*, dort hinter dem Berge liegt Stralau! Mir war's, als hörte ich auf der Hohenlohe-Brücke schon die Kinder jubeln, als drei grelle Pfiffe den Bremsen ein unerschütterliches Halt zuriefen: *Betriebsbahnhof Rummelsburg!* Ich wusste Bescheid, draußen gings herum. Nord- oder Südring, das war die Frage! Und als wollte mich das Schicksal besonders peinigen, wählte es den letzteren. Zum ersten Male wurde ich alter „Haudegen“ und „wüster Gesell“ weich! Ich vermag das Gefühl nicht zu beschreiben, als der Zug über die Stralauer Allee fuhr, welche auch meine Wohnstätte beherbergte. So nah und doch so fern! Ich würgte an der Frage: Warum? Na, weil die anderen, die nicht nötig haben ihre Worte zur Tat werden zu lassen, durchhalten wollen! Ihr Leben muss ja dem Volke erhalten bleiben! Angesichts des Bahnhofs Treptow stimmten [187] die Jungen nun gar noch das alte Soldatenlied an: „Heimat, o Heimat, ich muss dich verlassen“.

Meine Hände umkrallten die Wagenplanken, denn ich hatte das Gefühl, als müsste ich jeden Augenblick hinausstürzen! „Das stolze Frankreich“ störte in diesem Augenblick meine Ruhe wirklich nicht, aber Stralauer Viertel und vorübergehend auch Treptow, hier lagen 10 Jahre meiner Kleinarbeit! Was ist mit ihnen jetzt? Werden auch sie ein Opfer werden des Wahnes, der sich in allen Ländern als „Verteidigung des Vaterlandes“ breit macht? Und wie so oft fragte ich mich: „entweder du hast nie Sozialismus gepredigt, oder die Partei, der du alles gewidmet, begeht ein Verbrechen!“

Was wird die Jugend machen? Sie wird so richtig bearbeitet, um in Anschauungen befestigt zu werden, die man schon teilweise überwunden glaubte. Jetzt muss ich sehen, wie man den geistig Armen wieder zurückreißt in die Finsternis. Habe ich deshalb an der Bewegung „zum Licht“ mitgebaut? Wie werden spätere Jahrhunderte lachen über die „völkerbefreiende“ Reformbewegung, deren zahllose Anhänger doch nur den Grund bildeten, dass man die Führer beachtete! Die Sozialdemokratie in allen Ländern unter dem Wahrzeichen des „Unabkömmlichkeitsordens“!! Arme, darrende Völker, ihr seid schon seit 2000 Jahren genarrt und jetzt, wo die Hoffnung groß geworden ist, da wird sie - hoffähig“

So lange die Vernunft allein ist,
wird als Wahnsinn sie verhöhnt,
Wenn der Wahnsinn allgemein ist,
wird er als Vernunft gekrönt!“

Mir war wirklich nicht zum Lachen! Blitzschnell befestigte ich mein Luntfeuerzeug an einer Karte und warf sie hinaus. Es reichte nicht bis zum Bahnsteig, doch rettete sie ein junger Mann vor dem Untergang. Aufschreien hätte ich mögen, als sie auf das Gleis fiel. An Schicksalsschläge gewöhnt, sagte ich wenigstens äußerlich ruhig: „na, lass sausen!“

In *Tempelhof* ist Verpflegung. Hier hätte ich doch gewünscht, dass die Herren Offiziere ihre Angehörigen draußen empfangen hätten. Ich verstehe sehr wohl, dass jeder bei solcher Gelegenheit gern seine Lieben mal sprechen möchte und Nachricht gibt, - wenn man kann. Wir hätten es sicher auch getan, wenn man das „Geheimnis“ nicht so sicher gehütet hätte, denn der einfache Soldat fühlt auch wie ein Mensch! Und wenn es nun schon nicht anders geht, dass in dem extra Verpflegungszimmer die Weingläser so aufreizend durch die [188] offene Tür blinzeln, dann soll man uns neben dem „ewigen“, wenn auch gut gekochten Reis wenigstens den schmerzlichen Ärger ersparen, die die herzliche Begrüßung der Herren durch ihre Lieben auslösen muss und in diesem Falle mehr als zu viel ausgelöst hat. Hier war es

wirklich der Neid der „Besitzlosen“, der sich unverblümt äußerte: „Das gehört eben zur Verteidigung des Vaterlandes, nicht wahr ihr Herren Arbeiterführer?“

Ich hatte genug. Eisiges Schweigen herrschte weiterhin im Zuge! Die armen Tröpfe dachten nicht mehr an das „stolze Frankreich“. *Und ich? In einer Wagenecke lag ich zum Schlafen bereit und würgte nicht die ersten Tränen in diesem Kriege herunter! Tränen der Wut und des Mitleids mit der „Kanaille“ dem Kanonenfutter –!*

Es mochte gegen 6 Uhr sein, als ich augenreißend das Schild las: *Niederorschel*. Gleich darauf besagte mir die Station *Leinefelde*, dass man uns augenblicklich durch die Provinz Sachsen „karrte“. Schön ist hier schon, abwechselnde Landschaftsbilder lassen keine trüben Gedanken aufkommen. *Heiligenstadt, Eichsfeld, Witzenhausen* und endlich *Hann. Münden*. Hier ist eine große Verpflegungsstelle eingerichtet.

Weiter führt uns der Schienenweg gen *Kassel*. Viel bekam ich zwar nicht zu sehen, da wir außerhalb der Stadt hielten, aber umso mehr fesselte die Umgebung, deren Höhepunkt Schloss Wilhelmshöhe bildet. Ob die hier wohnenden Menschen wissen, was sie mit all dieser Naturschönheit anfangen sollen, oder ob sie den Reisenden überlassen, sich daran zu ergötzen?

Guntershausen, Altenbunzlar, Zeche Heiligenberg b. Gensungen, werden passiert und bewundert. Besonders interessiert mich manche Drahtseilbahn, deren Anlagen man hier viel zu sehen bekommt. Ins Hessische hinein geht es, durch *Borken, Schlierbach, Neustadt, Treysa* und *Kirchhain*, mit all den Zwischenstationen bis Marburg, wo man Kaffee verabreicht. Dieser Kaffee liegt mir noch heute im Magen, da er mich immer daran erinnert, dass ich doch auch im Kriege ein „gewöhnlicher“ Prolete und Soldat bin.

Der Mensch fängt eben auch im Kriege mit den Fressen an! Das kam uns hier so recht zum Bewusstsein bei der Kaffeeverteilung. Den Offizieren, wird der Kaffee von den Vorstandsdamen aus einem besonderen Eimer in Tassen gereicht, bei den anderen Chargen flirten die Töchter. Allem [189] Anschein nach sehr unterhaltend, denn ein Paar „Gesinde“ quält sich im Schweiß seines Angesichts immer neue Kaffeeeimer heranzuschleppen, die wir mit unserm Trinkbecher leerschöpfen. So kam es, dass manch armer Teufel nichts bekam! Aber der Krieg und viel Ehre einbringende freiwillige Tätigkeit ist viel angenehmer, wenn man dabei *andere* arbeiten lässt. Wenn die „ungebildeten“ Mannschaften nicht genug bekommen, na dann liegt es an der Faulheit der – Hausdiener und Mägde, die ihrer zu Vieren doch 5 – 600 Mann werden verpflegen können. Ich zweifle nicht, dass unsere Offiziere und Feldwebel – Unteroffiziere waren unter uns verteilt – den Damen bestätigen werden, dass sie überaus reichlich, liebenswürdig und rührig verpflegt worden sind. Wenn 5 oder 6 Damen etwa 30 Personen zu befriedigen haben, die sich bloß auf 2 Wagen verteilen, ist das schon zu glauben. Die Damen hätten sich durchaus nichts vergeben, wenn sie auch für uns ein bisschen gesorgt hätten, statt sich in der Rolle der Zeitvertreiber zu gefallen. Die Wut darüber erreichte ihren Höhepunkt, als ein Hausdiener mit einem noch ziemlich gefüllten Emailleimer abzog, dem Verlangen der noch durstigen Kameraden, etwas zu geben, aber nicht nachkam mit den Worten: „es ist streng verboten, euch aus diesem Eimer etwas zu geben!“ Ob der übrig gebliebene Offizierskaffee für uns zu schade war, oder handelte es sich hier um einen Irrtum? Um Antwort wird später mal gebeten. So geschehen am 17. September 1915 gegen Mittag auf dem Bahnhof Marburg.

In *Frohnhausen* (Lahn) bekomme ich die Frankfurter Zeitung in die Hände, wodurch ich unterrichtet werde, dass Maxim Gorki eifrig Friedenspropaganda betreibt und dessentwegen verwirrt worden ist. Na, sagte ich mir, ein Glück, dass er's nicht in Deutschland tut! Ich kenne Leute daheim, die deswegen schon lange hinter Schloss und Riegel sitzen.

In *Bollar* fällt mir die altdeutsche Haartracht der Frauen auf. Das Bild meiner Mutter, in der Blüte ihrer Jahre erhebt sich vor meinem geistigen Auge. Es liegt etwas reiches in der Gesamtkleidung der Weibsleute. Man glaubt sich in einen Zukunftsstaat versetzt, in dem der Mensch mit der Schaufel durchaus so viel auf sich hält, wie der mit der Feder.

Etwas trüber ist es geworden, als wir gegen 2 Uhr in *Gießen* einfuhren. Hier bemerke ich, dass sich noch etwas von Begeisterung erhalten hat, von der man sonst wenig spürt. Zu uns sind freundlich und haben uns lieb – Kinder und Hunde –! Sonst fängt – auch in dieser Zeit – bei den Erwachsenen des Bürgertums der Mensch mit der Feldwebel- [190] charge an. (Siehe Marburg) Dies Symptom schiebt man wohl zu Recht auf die Gewöhnung an den Krieg.

Hinter *Wetzlar* kommt einem ganz besonders die Industrie zum Bewusstsein. Die Sophienhütte, mit angrenzendem Eisenwalzwerk, fesselt unsere Aufmerksamkeit. Feiste Kommerzienräte winken uns zu – lebhaft es geht ja für ihre Interessen. Vielleicht – so schien es mir – erholten die Herren sich gerade auf der Veranda von den Anstrengungen einer Aufsichtsratssitzung!?

Braunfels, Weilburg! Wir „gondeln“ durch's Lahntal. Tunnel auf Tunnel wird durchfahren. *Fürfurt, Willmar* sind die nächsten interessantesten Haltestellen. Bei *Kerkerbach* begegnen wir den ersten Weinbergen, deren menschenverjüngende Frucht, leider nur für wenige von uns, in der Sonne sich wiegt. *Eschenhofen*, dann folgt *Limburg*, wo wir „gespeist“ werden.

Die uns liebgewordene Lahn, mit ihrem bekannten Wirtshaus und seinen durchaus eindeutigen Fuhrleuten, war uns scheinbar untreu geworden. Erst bei *Balduinstein* gibt es ein Wiedersehen mit ihr. *Obernhof, Nassau, Bad Ems!* Fragt nicht weiter, – wir eilen dem Rheine zu.

Es ist kurz nach 6 Uhr nachm., am 17. September, als ich den viel besungenen Strom erstmalig zu Gesicht bekam. Links von uns *Stolzenfels*, rechts *Ehrenbreitenstein*, die Sonne und das Gemüt verdüstern sich –!!

Als könne der Zug nicht erwarten, durch andere Genüsse unsere „Stolzenfelsgedanken“ zu verscheuchen, eilt er weiter ins Moseltal! Dunkler wird der Himmel und groß erhaben, übernimmt es der volle Mond, den Weg unserer Fahrt zu beleuchten. Nicht zu beschreiben ist diese „Mondscheinfahrt“ durchs Moseltal. Schneeweiß spiegeln sich die Häuschen in der klaren Flut, während zur rechten Hand riesige Weinberge einen geradezu schwarzen Ton hervorrufen, und so den Lichteffect erzeugen helfen, den man am besten den Altsilbernen nennt. Gespenstisch huschen Landschaft und Gedanken in die Ferne.

In *Halzeport* bei *Cochem* trinken die Kameraden echten Mosel, $\frac{3}{4}$ Liter für 1,30 Mark, während ich meinen „Besitzlosenärger“ trocken herunterwürge. Könnt Ihr Euch die Tantalusqualen vorstellen? Aber Warschau hat Geld gekostet und ich lebte auch dort bloß von der Löhnung! 1 Pfd. Butter und etwas Belag und 4 Mark waren zum Teufel. Uns hatte man ja keinen Speck usw. mitgegeben, als wir ausrückten. Das ist mal gewesen bei früheren Transporten. So ist mein Vermögen 20 Heller und 10 Kopeken, etwa 18 Pfg. Hoffent- [191] lich hilft mir jetzt einer der Lieben aus der Patsche, ich warte täglich. Gestern gabs Post, ich habe leider nichts bekommen, was mir die Gewissheit gibt, dass auch nur eine von den 8 Karten daheim angekommen ist. So war es denn für mich durchaus nichts Erfreuliches, als wir unter Pfropfenknallen den 4000 Meter langen Tunnel durchfuhren, der uns gewissermaßen nach Trier hineinspie, wo in zwölfter Stunde die Abendatzung vor sich ging. 21 Tunnels haben bis jetzt unseren Weg „bedeckt“.

Der nun folgende Weg durch *Luxemburg* bleibt uns unsichtbar. Schön soll dieses Ländchen sein, aber ich weiß es leider nicht. Eine Frage war immer noch unbeantwortet: Wohin geht die Reise?

In *Morloire* (Belgien) erwache ich am 18. September früh. Armes Land, wie mag es dir ergangen sein? Es heißt ja, man sei eifrig beim Wiederaufbau, doch wie trübe sieht es nach einem Jahr Krieg hier aus! *Ciney*, *Namur* und *Ronet*! Ganz grob war es scheinbar in *Theines*! Sonst ist es ein schönes Land. Meistens Industrie, doch kommt mir der in Deutschland gesehene Teil Land schöner vor.

Fertigmachen! Eine riesige Bahnhofshalle umgibt uns: *Charleroi*! Hier also sollte das Ziel sein, dass wir so lange erfragt hatten.

Aus alten Papieren.

Jedes Land hat seine eigentümlichen Produkte, die man nirgends anders so gut bekommt. Spanien hat seine Weine, Italien den Gesang, England die Konstitution, Russland den festesten Juchten, Frankreich die Revolution, und in Deutschland geraten die Bedienten am besten.

Immermann, Münchhausen, Schluss des 12. Kapitels.

Er, er hat es verstanden, wie man die Deutschen behandeln soll. Denn nicht durch Blitze des Genius ist diese sogenannte Nation zu entzünden – wie kann man nasse Wolle in Brand stecken? – sondern man muss immerfort dasselbe tun, es mag ausfallen, wie es will; dann sagen sie: Der muss es doch verstehn.

Immermann, Münchhausen, 14. Kapitel.

Auswärtige Politik.

Der Weltkrieg ist aus den imperialistischen Gegensätzen entstanden. Das heißt, aus den Interessen, welche die Kapitalisten eines jeden Landes im Auslande, besonders im mehr oder minder exotischen Auslande – Kleinasien, China, Afrika etc. – hatten, und die einander zuwiderliefen. Auf der Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung war also der Weltkrieg unvermeidlich, die geschickteste Staatskunst hätte die Menschheit vor ihm nicht bewahren können. Darum gab es aber doch für eine geschickte und tüchtige Diplomatie mancherlei zu tun. Man denke z. B. an die Gruppierung der Mächte im Kriege. Zwischen Deutschland und Russland bestanden so gut wie gar keine imperialistischen Gegensätze. Nur weil Deutschland auf Gedeih und Verderb mit der habsburgischen Monarchie verbunden war, geriet es in Feindschaft zu Russland. Auf der anderen Seite waren die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich jedenfalls nicht größer als die Gegensätze zwischen Frankreich und England. Trotzdem ist es der englischen Diplomatie gelungen, durch jahrelange geheime und offene Kleinarbeit eine so überwiegende Übermacht auf ihrer Seite zusammenzubringen, dass zuletzt die deutsche Regierung ihr Heil nur noch im schnellen Losschlagen sah, bevor die Gegner völlig gerüstet waren. Wenn behauptet wird, dass an dieser Gestaltung der Lage die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie schuld war, so ist der Vorwurf nicht unberechtigt. Freilich trifft er auch nicht in dem vollen Umfang zu, wie er gewöhnlich gemeint ist. Eine geschicktere Diplomatie hätte es wohl erreichen können, dass die Mächte sich auf beiden Seiten etwas gleichmäßiger verteilten, dass ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte gewahrt blieb, dass Amerika sich neutral hielt und anderes mehr. Aber z. B. die Verbindung mit Österreich-Ungarn, einem durch innere Kämpfe total zermürbten Staatswesen, haben die deutschen Diplomaten nicht aus freien Stücken [193] gewählt, sondern sie war ihnen aus der historischen Entwicklung seit Königgrätz überkommen. Sie war einfach nicht zu umgehen. Und erst sie hat die kaiserlich deutsche Regierung in jenen sachlich durch nichts begründeten Gegensatz zu Russland gebracht. Auf der andern Seite scheint man ja aus den veröffentlichten Dokumenten wirklich entnehmen zu müssen, dass Herr *Bethmann Hollweg* sich bis zum letzten Augenblick eingebildet hat, England werde dem Kriege fern bleiben, dass er also den ungeheuer wichtigen, geradezu entscheidenden Faktor der englischen Kriegserklärung aus seiner Berechnung fortgelassen hat. Wenigstens hat er der englischen Darstellung seiner letzten Unterredung mit dem Botschafter *Goschen* niemals widersprochen.⁴¹

Man sieht schon aus diesen wenigen Andeutungen, wie ungeheuer wichtig die Auswahl der Personen ist, welche die auswärtige Politik eines Staates besorgen. Für die Bourgeoisie nämlich. Durch ungeschickte Hände können die Profitmöglichkeiten des Kapitals verdorben, kann sogar eine Situation geschaffen werden, in der ein Krieg verloren geht. Man begreift daher die Unzufriedenheit der deutschen Bourgeoisie mit der Art und Weise, wie der auswärtige Dienst bei uns geleitet worden ist. Schon lange vor dem Kriege wurde die liberale und nationalliberale Presse nicht müde, darüber zu murren, dass bei der Berufung in wichtige Posten des auswärtigen Dienstes anscheinend nur die „gute Kinderstube“ und der adlige Name, aber nicht die Befähigung des Mannes den Ausschlag gab. Gleichwohl hat sie nichts

⁴¹ Siehe „Dokumente zum Weltkrieg 1914“ III. Das englische Blaubuch 2. S. 68 – 71. Berlin Buchhandlung Vorwärts 1915.

Ernstliches dagegen unternommen. Trotzdem die großen Geldherren die tatsächliche Macht im Staate besaßen, haben sie es doch nicht gewagt, diese wichtige Forderung dem Kaiser gegenüber durchzusetzen.

Während des Krieges, als sich mehr und mehr herausstellte, welche Suppe die Diplomatie eingebrockt hatte, wurden die Forderungen nach einem „Revirement“ – so nennt man das auf Diplomatendeutsch – immer dringlicher, und jetzt scheint sich auch S. M. ihnen nicht mehr verflossen zu haben. Wiederholt wurde angedeutet, dass gleich nach Beendigung des Krieges der diplomatische Dienst „an Haupt und Gliedern“ neugestaltet werden sollte. Es kam nicht mehr dazu, der Kaiser wurde entthront und wir haben jetzt eine „sozialistische“ Republik. Soeben ist der Friede geschlossen, und um nur jemand zu finden, der ihn unterzeichnet, musste bekanntlich ein neuer Minister des Auswärtigen ernannt werden. Die sozialdemokratische Partei hat dazu Herrn [194] *Herrmann Müller* ausersehen. Es wäre verlockend, einmal zuzuhören, was wohl die bürgerlichen Parteien hinter den Kulissen zu *dieser* Wahl sagen mögen! Ob das nun gerade der Mann mit den überragenden Fähigkeiten ist, die die Bourgeoisie von ihrem Minister des Auswärtigen verlangt? Doch wir wollen nicht boshaft sein. Herr Müller hat „dem Vaterlande das schwere Opfer gebracht“, seinen Namen unter die Friedensurkunde zu setzen, und das hat natürlich den Ausschlag gegeben. Da berührt es immerhin sympathisch, dass Herr Müller in der Öffentlichkeit – bisher wenigstens – auch nicht so tut, als verstünde er etwas von der auswärtigen Politik. Im Gegenteil. In einer Zuschrift, die soeben durch die bürgerliche Presse geht und an der er vermutlich nicht unbeteiligt ist, wird eigens betont, dass er „bisher der diplomatischen Arbeit fern stand“ – (schon ganz hübsch diplomatisch ausgedrückt!) – und dass er Wert darauf legt, „baldigst eine erfahrene diplomatische Kraft neben sich zu sehen, die die eigentlichen diplomatischen Facharbeiten erledigen soll, während Herr Müller mehr als oberste Überwachungsinstanz dafür fungieren würde, dass unsere künftige Auslandspolitik wirklich dem neuen Geiste entspricht.“

Wer Herrn Müller kennt, wird sich eines Lächelns nicht erwehren können bei der Vorstellung, wie er als Halbgott über dem diplomatischen Fachmann, den im Dienst ergrauten Beamten und den gewiegten Kaufleuten und Industriellen schweben soll, die jetzt ein Wort mitzusprechen haben werden. Aus dem Diplomatischen in das Deutsche übersetzt, heißt jener Satz ganz einfach, dass die Bourgeoisie sich jetzt nicht mehr wie unter dem Kaiserreich bei Seite schieben lassen, sondern den diplomatischen Dienst in die eigenen Hände nehmen will.

Damit hat sie von ihrem Standpunkt aus ganz Recht, und so geht denn eine lange Liste von Namen für die Besetzung der Gesandtenposten etc. durch die Zeitungen. Selbstverständlich sind es lauter liberale Politiker, am liebsten solche, die dem Adel angehören, wie Graf Bernstorff, Fürst Lichnowsky, Graf Brockdorf-Rantzau usw.

Und was sagt dazu die „sozialistische“ Regierung der „sozialistischen“ Republik? Amtlich hat sie sich noch nicht vernehmen lassen. Aber so viel ist jetzt schon klar, dass sie auch auf diesem Gebiete die „Errungenschaften der Revolution“ voll und ganz wahren wird. Natürlich wie sie sie versteht. Wie sie die liberale Reform des Wahlrechts durchgeführt hat, so wird sie auch die liberale Reform des diplomatischen Dienstes durchführen. Dem jahrelangen Drängen der liberalen Presse wird sie Rechnung tragen und wird die wichtigen Posten mit tüchtigen Kauf- [195] leuten, Industriellen und dergleichen besetzen, so dass man nicht mehr sagen kann: Botschafter wird nur einer, der „oben“ gern gesehen ist. Das wird der „neue Geist“ sein, über den Herr Müller – oder seine Nachfolger – zu wachen glaubt.

Keine Spur von Erkenntnis ist jedoch zu finden dafür, dass die auswärtige Politik einer sozialistischen Arbeiterrepublik ganz etwas anderes sein muss als die auswärtige Politik eines Bourgeoisstaates. Die Bourgeoisie kennt es nicht anders und nimmt es auch jetzt wieder als

selbstverständlich an, dass die auswärtige Politik einfach die Interessen des „nationalen Kapitals in und gegenüber dem Auslande zu vertreten hat. Nach diesem Gesichtspunkt wählt sie ihre Männer aus, und die Regierung *Ebert* ist dann dazu da, die Ernennung zu vollziehen. Ihre „nationale“ Politik wird uns selbstverständlich – auf dem Boden des Kapitalismus geht das gar nicht anders – wieder in Konflikte mit anderen Völkern treiben. Der auswärtige Dienst einer sozialistischen Republik dagegen müsste *internationale* Politik treiben. Das heißt, er müsste seine Stellung im Auslande lediglich dazu benutzen, um das Proletariat beider Länder zum Zusammenhalt gegen die Kapitalisten beider Länder zu führen. Das allein entspricht den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und dadurch mittelbar allerdings auch den Interessen der gesamten Menschheit. Denn es ist die einzige Möglichkeit, den Weltfrieden zu sichern. Aber einer solchen Politik wird sich die Bourgeoisie des Inlandes wie des Auslandes auf das Äußerste entgegenstemmen. Und da die Regierung *Ebert* noch nicht einmal die Notwendigkeit einer solchen Politik begriffen hat, so ist nicht daran zu denken, dass sie sie gegen den Widerstand der Bourgeoisie aller Staaten betreiben wird.

Darum wird's aber doch dazu kommen. Denn die Sache wird sehr schnell furchtbar aktuell werden. Man denke nur daran, dass bald der Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden Frankreichs beginnen wird und dass zu diesem Zweck deutsche Arbeiter, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter in Massen nach Frankreich gehen werden. Das kann zum gegenseitigen Heil oder Unheil ausschlagen, und dabei kann eine geschickte Geschäftsvertretung viel tun. Wie viel wird davon abhängen, ob der deutsche Geschäftsträger in Paris sich nur berufen glaubt, das *Deutsche* gegenüber dem *Französischen* zu verteidigen, ob er es sich angelegen sein lässt, in jedem einzelnen konkreten Falle die *internationale Solidarität* der Arbeiter beider Länder zu pflegen! [196]

Teuerung und Arbeitslöhne.

I.

Die Deutsche Revolution ist in eine neue Phase getreten. Bisher haben sich die Massen in der mehr oder minder klaren Hoffnung gewiegt, mit dem Abschluss des Friedens müsse, sich alles wenden, dann müsse eine neue Zeit anbrechen, eine Zeit der wirtschaftlichen Erleichterung. Nun ist der Friede geschlossen, alles wartet auf die Erfüllung – aber sie bleibt aus. Die Erwartung wird enttäuscht. Die Massen sehen, dass ihnen der Friede auch keine Besserung bringt. So beginnt jetzt ein ganz neuer Akt der Revolution.

Man soll sich nicht darüber täuschen, dass die Ereignisse, die den Friedensschluss begleiteten oder ihm unmittelbar folgten, einen anderen Charakter tragen als früher. Aus allen Städten werden jetzt Lebensmittelunruhen gemeldet. In Hamburg und Berlin fing es an, und seitdem vergeht kein Tag, ohne dass aus einem oder mehreren Orten die Nachricht von Lebensmittelplünderungen kommt. Freilich kam dergleichen auch früher vor, sogar schon in den Kriegsjahren vor der Revolution. Aber das waren vereinzelte Ausnahmen. In solchem Umfange wie jetzt haben wir es noch nicht erlebt, dass große Massen sich mit Gewalt aneigneten, was sie zum Essen haben wollen. Dazu kommen die Streiks der Eisenbahner, Straßenbahner etc., ebenfalls in einem Umfange, der jedes frühere Beispiel übertrifft. Angesichts dieser Tatsachen streiten sich Regierungssozialisten und Unabhängige darüber, ob die Streiks „wirtschaftliche“ oder „politische“ Ursachen hätten. Welch ein müßiges Beginnen, nur allein diktiert von der instinktiven Angst davor, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen! Es ist von vornherein Unsinn anzunehmen, dass ein Massenstreik einzig durch politische „Verhetzung“ entstehen könne. Durch die Parole „Sturz der Regierung“ oder „Beseitigung des parlamentarischen Systems“ oder dergleichen lassen sich nur solche Arbeiter zum Streik bewegen, die bereits ein hohes politisches Verständnis und überdies noch

einen großen Idealismus besitzen. Denn sie tragen ja ihre Haut zu Markte für ein politisches Ideal; sie nehmen die schweren Opfer des Streiks auf sich, um eine politische Änderung zu erzwingen, die sie für das Ganze für heilsam erachten. Das tun nur wenige. Mit solchen Parolen lassen sich derartige Massenbewegungen, wie sie in diesem Augenblick (Anfang Juli) Deutschland durchtoben, nicht entfesseln. Die große Masse der Gedrückten und Hungernden streikt einfach, weil die eigene Lage unerträglich ist, einfach in der Hoffnung, die [197] eigene Lage zu bessern. In diesem Sinne also sind derartige Massenstreiks immer „rein wirtschaftlich.“ Aber ebenso selbstverständlich werden sie in ihren Wirkungen politisch. Die große Forderung, die all diesen Riesenbewegungen zu Grunde liegt, lautet doch: „*Macht uns satt.*“ Sie wären mit jeder Regierung, mit jedem politischen System einverstanden, wenn es ihnen nur den Hunger zu stillen verstände. Aber da liegt eben der Hase im Pfeffer. Wir haben in diesen Heften des Öfteren nachgewiesen – und brauchen es heut nicht zu wiederholen, dass das gegenwärtig in Deutschland bestehende politische System der kapitalistisch-parlamentarischen Demokratie die Massen nicht satt machen *kann*. Folglich werden die Riesenbewegungen notwendig und unausweichlich in den Umsturz dieses politischen Systems und der gegenwärtigen Regierung ausmünden. Das ist so sicher, wie das Amen in der Kirche. Somit haben auch die Regierungssozialisten Recht, wenn sie etwas Politisches dahinter wittern, wie ja auch der selige Puttkammer hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauern sah. Früher – vor dem großen Umlernen – gehörte es übrigens für jeden Sozialdemokraten zu den Selbstverständlichkeiten, dass politisches und wirtschaftliches Geschehen aufs engste miteinander verknüpft ist.

Die Bewegungen, die auf diese Weise jetzt entstehen, tragen natürlich zunächst die Form von Lohnkämpfen. Der Arbeiter will seine wirtschaftliche Lage verbessern, und dazu kennt er vorerst kein anderes Mittel als Lohnerhöhung. Es zeugt schon von einem hohen Verständnis, dass vor Ausbruch des großen Eisenbahnerstreiks die Eisenbahner erklärten, Verbilligung der Lebensmittel wäre ihnen ebenso recht oder sogar noch lieber als Lohnerhöhung. Im Allgemeinen kann man von Arbeitermassen in gedrückter Lebenslage einen so klaren Einblick nicht erwarten, und überdies erscheint ihnen die Aussicht auf Senkung der Lebensmittelpreise ziemlich vergeblich. Während des ganzen Krieges und sogar schon 1½ Jahrzehnte vorher sind die Preise unaufhörlich gestiegen. Da glauben sie nicht so recht daran, dass die Preise auch wieder mal sinken werden, und es erscheint ihnen schon sicherer, ihre Löhne durch Zulagen den gestiegenen Preisen anzupassen. Sie sind also in der Tat drauf und dran, aus der Revolution eine Lohnbewegung zu machen.

Natürlich hat man ihnen alsbald den alten Einwand entgegengehalten, dass sie mit solchen Forderungen für sich gar keinen Nutzen erzielen könnten; denn die Folge einer Lohnerhöhung sei doch immer eine neue Preiserhöhung. Werden die Löhne teurer, so bedeutet das eine Steigerung der Unkosten für [198] die Herstellung aller möglichen Waren; die muss der Fabrikant natürlich auf die Verkaufspreise draufschlagen. Woher sollte er es sonst nehmen? Die verteuerten Waren aber müssen die Arbeiter wieder kaufen, und so seien sie es letzten Endes selbst, die aus ihrer eigenen Tasche die Lohnsteigerung bezahlen und die Teuerung verursachen. Die schlimmste Plage, unter der wir alle und die Arbeiter am meisten leiden, sei also durch die „unvernünftigen“ Lohnforderungen verursacht.

Diese Weisheit ist bekanntlich schon sehr alt. Auch vor dem Kriege wurde sie den Arbeitern bei jeder Lohnforderung entgegengehalten, und in der nationalökonomischen Literatur wird sie von den Verteidigern des Kapitalismus seit etwa 150 Jahren mit Hartnäckigkeit vertreten. Neu ist nur, dass jetzt auch die sogenannten „Sozialdemokraten“, die Gewerkschaftsführer à la *Legien* und *Bauer* sie sich zu eigen machen.

Eine kurze Überlegung: wenn es wahr wäre, dass die Erhöhung des Lohnes notwendig zur Verteuerung der Waren führt, dann hätten in der Tat die Arbeiter nicht nur keinen Vorteil, sondern sogar Schaden davon. Denn das Kapital rechnet die ganze in der Fabrikation verausgabte Summe zusammen und schlägt dann einen gewissen Prozentsatz drauf. Steigt nun der Lohn, so kommt auch auf diesen Zuschlag der gleiche Prozentsatz Kapitalprofit hinzu. Die Verteuerung des Fabrikats ist also noch größer, als die Steigerung des Lohnes, und die Arbeiter hätten beim Einkauf ihres Lebensunterhaltes mehr zu zahlen als sie durch die Lohnerhöhung gewinnen. Ist das richtig, dann könnte es für die Arbeiter nichts Schädlicheres geben, als Lohnsteigerungen, und ihre Tage wäre dann am besten, wenn die Löhne am niedrigsten sind.

Nun möchten wir den Herrn Ministerpräsidenten *Bauer* einmal fragen, ob er in seiner früheren Eigenschaft als Gewerkschaftsführer sich jemals durch solche Erwägungen hat abhalten lassen, einen Lohnkampf durchzuführen! Dass die *bürgerliche* Presse diese Kinderweisheit in allen Tonarten breittritt und den Arbeitern mundgerecht zu machen sucht, das ist verständlich und entspricht ihren Aufgaben. Aber heutzutage wird dasselbe auch *amtlich* verzapft. Amtlich aber bedeutet heutzutage „sozialdemokratisch“.

Jedoch darf nicht vergessen werden, dass hierin wie in allen wirklich entscheidenden Fragen die *Unabhängigen* mit ihren feindlichen Brüdern, den Regierungssozialisten, an einem Strange ziehen. Schon im Januar-Heft der Lichtstrahlen haben wir daran erinnert, dass es Herr *Barth* war, der in seiner Eigenschaft als Volksbeauftragter das Wort prägte; man solle [199] die Revolution nicht „zu einer Lohnbewegung herabwürdigen,“ und dass die Koryphäen der unabhängigen Partei ihre Namen unter jene Aufrufe gesetzt haben, die den Arbeitern dringend von Lohnerhöhungen abrieten.

Es ist eine alte Erfahrung, auf allen Gebieten menschlichen Wissens, dass das Seichteste, Oberflächlichste, das „was der Augenschein lehrt,“ am leichtesten geglaubt wird, auch wenn es noch so falsch ist. Sehen wir es denn nicht mit unseren eigenen Augen? Da haben in Berlin die Straßenbahner gestreikt und eine Erhöhung ihrer Löhne durchgesetzt. Als unmittelbare Folge wurden die Fahrpreise erhöht, und jetzt muss das ganze Publikum die Lohnsteigerung bezahlen. Den größten Teil des Publikums aber bilden die Arbeiter. Hat nicht die Deutsche Tageszeitung ganz Recht mit der Behauptung, dass solche Lohnkämpfe sich gar nicht gegen das Kapital richten, sondern gegen andere Arbeiterschichten? – Oder: die Eisenbahner stellen neue Forderungen. Werden sie bewilligt, so würde das eine stattliche Anzahl von Milliarden für ganz Deutschland ausmachen, um die „natürlich“ die Tarife erhöht werden. Damit wachsen die Unkosten für sämtliche Produkte, denn sie alle werden mit der Eisenbahn befördert und erheischen außerdem auch Personenreisen zu ihrer Fabrikation. Folglich werden alle Waren teurer, und wiederum ist es die Gesamtheit der Arbeiter, welche die Lohnzulage der Eisenbahner bezahlen muss. In dieser Tonart wälzt es sich jetzt in breitem Strom durch die ganze deutsche Presse, um dem Publikum die Lehre einzupauken, dass die Lohnsteigerungen schuld seien an der Teuerung. Und ist es denn nicht wahr? Ist es denn nicht eine „Schraube ohne Ende“, ein „fehlerhafter Kreislauf,“ aus dem niemand den Ausweg findet? Erst steigt der Lohn, dann werden die Waren teurer, dann kommen die Arbeiter mit neuen Forderungen, um die teureren Waren kaufen zu können, und so weiter mit Grazie ins Endlose. Ist es denn nicht so?

Es ist genau so richtig, wie bei Kriegsausbruch die Behauptung *Scheidemanns* richtig war, dass die Sozialdemokraten, da sie noch keine Volkswehr hatten, das stehende Heer Wilhelms II. unterstützen müssten, „um Deutschland zu verteidigen.“ Genau so einleuchtend, wie die Behauptung, dass uns der Krieg eigentlich gar nichts kostet, weil ja „das Geld im Lande bleibt.“ Auch diesen Unsinn hat man uns Jahre lang um die Ohren geschlagen, bis die meisten

in der Tat ganz dumm geworden waren und es wirklich glaubten. Das Geld ist denn auch richtig so lange „im Lande geblieben,“ bis wir bankrott sind. [200]

Beide sozialdemokratischen Parteien, die regierende sowohl wie die unabhängige, berufen sich bekanntlich auf Marx und behaupten, Anhänger seiner Lehre zu sein und sie in die Praxis umzusetzen. Es ist deshalb nicht ohne Interesse, einmal zu hören, was Marx zu dieser Frage sagt. Er behandelt sie an verschiedenen Stellen seiner Werke, unter anderem im zweiten Band des „Kapital,“ Kapitel 17.⁴² Dort wird der Einwand in verschiedenen Fassungen besprochen, die Wirkung des gestiegenen Lohns auf Angebot und Nachfrage⁴³ etc. Die Fassung, die für uns in Frage kommt, lautet: Steigt der Arbeitslohn, so erhöhen die Kapitalisten die Preise ihrer Waren.

Darauf antwortet Marx:

„Wenn es in der Hand der kapitalistischen Produzenten stände, beliebig die Preise ihrer Waren zu erhöhen, so könnten und würden sie das tun auch ohne Steigen des Arbeitslohnes. Der Arbeitslohn würde nie steigen bei sinkenden Warenpreisen. Die Kapitalistenklasse würde sich nie den Gewerkschaften widersetzen, da sie stets und unter allen Umständen tun könnte, was sie jetzt ausnahmsweise unter bestimmten, besonderen, sozusagen lokalen Umständen wirklich tut – nämlich jede Erhöhung des Arbeitslohnes benutzen, um die Warenpreise in viel höherem Grade zu erhöhen, also größeren Profit einzustecken. ...“

„Der ganze Einwurf ist ein Schreckschuss der Kapitalisten und ihrer ökonomischen Sykophanten.“ [201]

Hieraus geht jedenfalls so viel hervor, dass Marx die Behauptung, steigender Arbeitslohn müsse die Waren verteuern, nicht als richtig anerkennt. Natürlich ist sie damit noch nicht widerlegt. Dazu bedarf es vielmehr ihrer sachlichen Prüfung.

II.

Auf zweierlei Art muss die sachliche Prüfung erfolgen: *praktisch* und *theoretisch*. Was sagen denn zu der Behauptung, dass die Warenpreise infolge der Lohnerhöhungen gestiegen seien, die Tatsachen der Praxis?

⁴² Kapital Bd. II Kap. 17, S. 328–350. – Sykophant bedeutet in wörtlicher Übersetzung „Feigendenunziant.“ Es waren Leute, die in Athen andere wegen verbotener Ausfuhr von Feigen anzeigten. Das Wort wurde als Bezeichnung von Rechtsverdrehern gebraucht, die aus weiß schwarz machten, sei es, um jemand vor Gericht hereinzulegen oder um ihn freizukriegen.

⁴³ Vielleicht steht irgendein überschlauer „Marxist“ von der neumodischen Sorte auf und sagt: „Das ist es ja gerade, durch Lohnerhöhung wird die Nachfrage der Arbeiter nach Waren gesteigert, und dadurch steigen die Preise. Dies gibt auch Marx zu.“ – Da man heutzutage auf alles gefasst sein muss, so sei in aller Kürze erwidert: die Nachfrage nach sämtlichen irgend erdenklichen Waren ist gegenwärtig so groß, dass sie schlechterdings nicht mehr gesteigert werden *kann*. Von allen Waren wird nämlich viel mehr verlangt, als vorhanden und lieferbar ist. Was etwa die Arbeiter infolge höherer Löhne mehr kaufen, das müssen andere Leute weniger kaufen. Oder hat man schon gehört, dass im Jahre des Heils 1919 in irgendeinem Winkel Deutschlands sich noch Ware befindet, für die es – und sei es selbst zu den wahnsinnigsten Preisen – an Käufern mangelt?

Ganz abgesehen davon, dass der Einwurf mit dem „Gesetz“ von Angebot und Nachfrage auch nur Schaumschlägerei ist. Marx erklärt daraus nur *ganz vorübergehende* Schwankungen der Preise und weist ganz im Gegenteil nach, dass solche durch die der kapitalistischen Produktion eigentümlichen inneren Vorgänge alsbald wieder ausgeglichen werden. Der Einwurf ist nur zur Verwirrung derer bestimmt, die Marx nie gelesen haben.

Da sei zunächst daran erinnert, dass die Steigerung aller Warenpreise schon im August 1914 begann, unmittelbar bei Ausbruch des Krieges, sogar schon eine Woche vorher. Damals war aber von einer Steigerung der Arbeitslöhne durchaus keine Rede. Im Gegenteil, in den Monaten August, September, Oktober 1914 wurden massenhaft Arbeiter entlassen und die Arbeitslosigkeit wuchs ins Gigantische. Man lese die Zeitungen jener Tage nach, z. B. den Reichsanzeiger, und man wird finden, dass eine der schwersten öffentlichen Sorgen die Unterbringung der Arbeitslosen war. Und niemandem fiel es ein, unter solchen Umständen, bei der vollkommenen Unsicherheit aller Verhältnisse, höhere Löhne zu gewähren. Auch wurde es ja damals von den Gewerkschaften als patriotische Pflicht bezeichnet, möglichst billig arbeiten. Und in der Tat wurde es allgemeine Sitte, dass Angestellte und Arbeiter auf erhebliche Teile, bis $\frac{1}{4}$, ja $\frac{1}{3}$ ihres Einkommens verzichteten, um dem Unternehmen, für das sie arbeiteten, über den Krieg hinweg zu helfen. Das hat aber nicht gehindert, dass die Preise inzwischen schon ganz erheblich zu steigen begannen. Die Löhne dagegen fingen erst viel später an, sich aufwärtszubewegen, und zwar gerade wegen der bereits eingetretenen Teuerung. Eine irgendwie ausreichende amtliche Lohnstatistik haben wir ja leider nicht. Immerhin gibt es einiges zuverlässiges Material darüber. So z. B. bekamen die *Bergarbeiter* des Bezirks *Dortmund* laut amtlicher Feststellung folgende Löhne pro Schicht:

	1913	1914	1915
I. Quartal	5,28 Mark	5,25 Mark	5,18 Mark
II. Quartal	5,37 Mark	5,25 Mark	5,39 Mark
III. Quartal	5,42 Mark	5,07 Mark	5,62 Mark
IV. Quartal	5,03 Mark	5,38 Mark	5,80 Mark

Stand ihr Verdienst 1914 schon an und für sich tiefer als 1913, so sank er bei Kriegsausbruch ganz bedeutend. Erst nach einem halben Jahr begann er zu steigen, aber ganz allmählich, so dass er im 2. Quartal 1915 mit Mühe und Not nur die Höhe von 1913 wieder erreicht hatte. Und erst vom 3. Quartal 1915 an, also nach einem vollen Kriegsjahr beginnt die wirkliche Aufwärtsbewegung des Lohnes dieser Arbeiter.

Ganz anders aber sah es mit den Warenpreisen aus. Die Calwer'schen Tabellen, welche den Preis der notwendigen Nahrungsmittel für 3 Personen pro Woche verzeichnen, geben über die damalige Zeit folgende Auskunft. Die Portion kostete:

im Durchschnitt des Jahres 1913	25,69 Mark
im Juli 1914	25,12 Mark
im August 1914	26,44 Mark
im November 1914	27,86 Mark
im Dezember 1914	28,74 Mark
im April 1915	34,41 Mark
im August 1915	39,13 Mark

Die Warenpreise haben also mit dem Augenblick des Kriegsausbruchs ihre Aufwärtsbewegung begonnen und sie nicht einen Augenblick unterbrochen. Das zeitliche Verhältnis ist somit gerade umgekehrt: zuerst stiegen die Preise, obwohl die Löhne sanken; dann hinterher, und zwar erst ziemlich lange hinterher, erhoben die Arbeiter

Lohnforderungen, weil sie infolge der gestiegenen Preise mit ihren Löhnen nicht mehr auskamen.

Fragt man sodann weiter, *um wie viel* denn die Arbeitslöhne gestiegen sind, so zeigen sich ebenfalls überraschende Tatsachen. Gedankenlos wird gewöhnlich ins Blaue hinein von „kolossalen“ Lohnsteigerungen geschwätzt und die „öffentliche Meinung“ nimmt ohne weiteres an, dass die Löhne mindestens in demselben Maß wie die Preise gewachsen seien. Schon unser obiges Beispiel zeigt das Gegenteil. Verglichen mit dem Stande von 1913 waren, die *Löhne* um etwa $7\frac{3}{4}\%$ gestiegen, die *Preise* dagegen um fast $52\frac{1}{2}\%$. Aber das ist immer noch ein für die Arbeiter ausnahmsweise günstiger Fall. Sicherlich werden viele Leute aufs höchste überrascht sein, wenn sie hören, dass bis tief in den Krieg hinein ganze Arbeiterkategorien *überhaupt keine* Lohnsteigerung, *viele sogar einen Lohnrückgang* zu verzeichnen hatten. Aus den Rechnungsergebnissen der gewerblichen Berufsgenossenschaften z. B. erfährt man, dass der Lohn betrug [203]

	1913	1915	Rückgang
in der Töpferei	1001	921	80 Mark
in der süddeutsch. Textilindustrie	926	752	174 Mark
in der sächsischen Textilindustrie	851	763	88 Mark
in der Sächsischen Holzindustrie	1069	1012	57 Mark
in der Bekleidungsindustrie	1017	971	46 Mark
im Buchdruckgewerbe	1219	1158	66 Mark

Das sind ganz stattliche Verringerungen des Lohnes gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Die Produkte all dieser Industrien aber waren 1915 bereits bedeutend teurer als 1913. Wie steht es denn nun mit der Behauptung, dass die Teuerung eine Folge von Lohnsteigerungen sei? Nimmt man aber den Durchschnitt sämtlicher an jenen Rechnungsergebnissen beteiligten Arbeiter – es ist die stattliche Zahl von $9\frac{1}{2}$ Millionen 1913 und fast 7 Millionen 1915 so ist allerdings eine Lohnsteigerung zu verzeichnen, nämlich von 1215 auf 1260 M.! Die winzige Kleinigkeit von 45 M. im ganzen Jahr, während damals schon allein die Preise der Nahrungsmittel für eine Familie von 3 Personen um ca. 560 M. pro Jahr gestiegen waren.

Und wie steht es heute, 1919? Die tatsächlichen Lohneinnahmen der Bergarbeiter für 3 volle Monate betragen

im Bezirk	2. Quart. 1914	2. Quart. 1917	4. Quart. 1918
Oberschlesien	267	424	798
Dortmund	402	632	896

Das sind Ende 1918 in Oberschlesien rund 200 % mehr als unmittelbar vor dem Kriege, in Dortmund sogar nur rund 125 %. Es weiß aber wohl jedermann aus seiner eigenen Erfahrung, dass die Preise für all und jeden Bedarf in der gleichen Zeit um weit, weit mehr als 200% gewachsen sind.

Der Zusammenhang ist gerade umgekehrt: das Steigen der Löhne ist nicht Ursache, sondern *Folge* der Teuerung, und zwar eine Folge, die nur langsam und beschwerlich eintritt und den Arbeitern bei weitem keinen Ausgleich bringt.

Weit wichtiger jedoch als alle diese Angaben aus der Praxis ist die theoretische Widerlegung des Märchens von der preisverteuernden Wirkung der Arbeitslöhne. Ihr wollen wir uns nunmehr zuwenden. (Schluss folgt.) [204]

Die Mutter des Rechts.

Von Heinrich Farwig.

Die Regierung des deutschen Volkes ist rechtmäßig von der Nationalversammlung gewählt. Sie besteht also zu Recht und alles, was sie verordnet, ist rechtens. Wer sich gegen diese Regierung wendet, wer bestrebt ist, sie zu stürzen, begeht also mindestens ein Unrecht. Niemand darf wagen, gegen diese rechtmäßige, vom Volk, d.h. in diesem Falle von der Nationalversammlung eingesetzte Regierung irgendetwas zu unternehmen.

Wenn er sich nicht des Hochverrats schuldig machen will.

Wie aber, wenn große Teile des Volkes mit der Regierung unzufrieden sind? Wie, wenn sogar die große Mehrheit des Volkes glaubt, dass diese rechtmäßige Regierung ihre Aufgaben nicht erfüllt? Oder dass sie sogar gegen die Interessen des Volkes handelt? Dann muss das Volk die Nationalversammlung dazu bestimmen, eine andere Regierung zu wählen. Dafür haben wir ja die parlamentarische Regierungsform. Wenn aber das Parlament nicht will? Dann hat das Volk so lange zu warten, bis es ein neues Parlament gewählt hat. Vielleicht entschließt sich dieses, eine andere bessere Regierung einzusetzen. Das Volk darf nicht anders verfahren, *wenn es nicht das Recht verletzen will.*

Wie aber entstand dieses Recht, dieses Parlament? Nun, das weiß man doch, das Volk hat es gewählt. Das souveräne Volk selbst. Indessen, wie jedermann weiß, ward es zur Wahl berufen von der Regierung des 9. November, das heißt von einer Regierung, die selbst ihr Dasein der Revolution verdankte. Die Revolution also war die Mutter des gegenwärtig geltenden Rechtes. Sie setzte sich mit einem kühnen Sprunge über das, was bis dahin als Recht galt, hinweg. Über die ganze Hohenzollernherrlichkeit und alle anderen Fürsten „von Gottes Gnaden“.

Also sicher, vor der Revolution des 9. November war das Reich der Hohenzollern das Recht. Das neue deutsche Reich mit seinem Militarismus und allen andern schönen Sachen, die jetzt wieder neu aufleben. Wenn wir nun schon einmal bei der geschichtlichen Untersuchung sind, wollen wir uns auch über die Herkunft dieses Hohenzollerschen Deutschen Reiches klar werden. Aus der Schule haben wir alle sicher noch behalten, dass es ein Deutsches Reich nicht immer gab. Es gab wohl eine Menge deutscher Vaterländer, nach Heinrich Heine sollen es sechsunddreißig gewesen sein. Aber alle diese Länder waren politisch unabhängig. Nur lose miteinander verbunden. Deutschland als Ganzes war nur ein „geographischer Begriff.“ Und dieser Zustand war damals Recht. [205]

Wohl gab es auch damals schon Leute, die mit diesem Zustand nicht zufrieden waren, wie es ja zu allen Zeiten Nörgler gegeben hat; aber diese besagten Unzufriedenen konnten an dem Rechtszustand nichts ändern. Ganz im Gegenteil: sie wurden von der hohen Obrigkeit unnachsichtig verfolgt. Ihrer viele wanderten auf lange Jahre ins Gefängnis oder auf die Festung. Der Zustand der Dinge, die sechsunddreißig kleinen selbständigen Vaterländer, sollten eben erhalten bleiben. So wollte es das Recht.

Da, eines Tages wurde dieser Rechtszustand jäh über den Haufen gerannt. Durch die Armeen der Hohenzollern. Nach drei Kriegen gab es nicht mehr so und so viel Einzelstaaten, sondern nur noch: ein Deutsches Reich. Es war durch eine Revolution, durch Gewalt geschaffen worden. Die Mittel dazu waren nicht das Recht, auch nicht schöne Reden, sondern Blut und

Eisen. Das waren nach Bismarck die Mittel, mit welchen das neue Reich gezimmert worden war. Es war eine gewaltsame Umwälzung. Eine Revolution. Freilich eine solche von oben.

Aber ist eine Revolution von oben weniger eine Revolution als die von unten? Man könnte wohl eine Menge von Stellen aus bürgerlichen Werken anführen, die diese Frage ganz entschieden verneinen.

Diese Revolution von oben von 1864–71, diese gründliche Umwälzung durch Anwendung gewaltsamer Mittel warf auch die ganze schöne Arbeit des Wiener Kongresses von 1815 über den Haufen. Da hatte man sich die erlauchtsten Köpfe zerbrochen – d.h. soweit die Bälle und sonstigen Festlichkeiten noch Zeit dazu übrig ließen – und nun kam so ein Gewaltmensch daher, um mit einem Streiche diesen so mühseligen Aufbau zu zertrümmern, um – einen neuen zu errichten.

Wir können ruhig noch einen weiteren Blick tun in unsere „vaterländische Geschichte“. Da erinnern wir uns wohl noch, dass „Preußens Großmachtstellung“ begründet wurde durch Friedrich II., den Großen. Und wie wurde aus dem kleinen nicht lebensfähigen Staate ein großer gemacht? Durch die Eroberung Schlesiens. Es ist bei dieser Gelegenheit gar nicht nötig, uns in den ziemlich furchtlosen Streit der Gelehrten zu mischen, wie weit damals Friedrich II. den Krieg (den siebenjährigen) vom Zaun brach oder nicht. Das mag ganz auf sich beruhen. Jedenfalls als Friedrich zur Regierung kam, gehörte Schlesien zu Österreich. Und zwar „von Rechts wegen.“ Die alten Pergamente, die als Vorwand zum ersten Schlesischen Kriege, d.h. also zur gewaltsamen Wegnahme Schlesiens her- [206] halten mussten, sind diplomatisches Handwerkszeug und besagen für das Recht gar nichts.

Wenn dieses Recht so unzweifelhaft feststand – warum war denn nicht schon früher die Herausgabe Schlesiens verlangt worden? Ganz einfach, deshalb musste man so lange warten, *um stark genug zu sein*. Friedrich ließ sich von dem ganz richtigen Grundsatz leiten: *Wer die Macht hat, hat das Recht*. Und danach handelte er denn auch mit dem bekannten Erfolge. Es nützte Österreich absolut nichts, dass das formale Recht auf seiner Seite war. Es nützte ihm nichts, dass Friedrich als ein Verräter an Kaiser und Reich hingestellt wurde, als ein Verächter des Rechts usw.

Derjenige, der diese Dinge mit historischem Sinn betrachtet, wird sich natürlich jedes moralischen Urteils enthalten. Damit, mit einem subjektiv moralischen Maßstabe, kommt man den Dingen nicht auf den Grund. Nehmen wir noch einmal die große Umwälzung durch Blut und Eisen von 1864–71, so hat es gar keinen Sinn, sie von einem moralischen Standpunkte aus beurteilen zu wollen. Das Preußen, wie der Wiener Kongress es zusammengestoppelt hatte, war auf die Dauer kein lebensfähiger Staat. Da eben die wirkliche, d.h. revolutionäre Einigung Deutschlands durch das Bürgertum schon eine Unmöglichkeit geworden war – im andern Falle wäre sie 1848 verwirklicht worden – so blieb eben kein anderer Weg als der von Bismarck eingeschlagene. Dieser Gewaltakt von 1864–71 war dann die Quelle allen Rechtes bis – zum 10. November 1918. So ist es immer in der Geschichte. Man mag zurück gehen, so weit man will – immer wieder wird man auf einen Gewaltakt stoßen, der einen unerträglich gewordenen Rechtszustand beseitigt und nun seinerseits wieder die Quelle eines neuen Rechtszustandes ist, der von allen Bürgern Anerkennung verlangt. Natürlich auch mit Gewalt.

Aus meinen Kriegserinnerungen.

Von Bruno Lieske.

4. Um Lorettohöhe. Festungslazarett Lille, 4. Oktober 1915.

Am 26. September kurz nach 11 Uhr erhielten wir den Befehl: um 3¼ Uhr tritt die Kompanie feldmarschmäßig an. So war es denn zu Ende mit der Exerzierschinderei, die man bei der Truppe Ruhe nennt! Ein wenig beklommen war doch alles, und als ich zu meinen Wirtsleuten kam, fragte mich die [207] Frau bewegt; ist es wahr, dass sie wegmachen? Bejahend wandte ich mich ab, ich fühlte, dass hier Menschen ebenso Interesse an unserem ungewissen Schicksal nahmen, wie die Lieben daheim. Ich wurde zu Tisch geladen. Knirschend musste ich den Braten ablehnen, der doch mal was anderes gewesen wäre als das ewige „Gesuppe“. Ich hatte immer darauf geachtet, dass ich den Leuten nicht lästigfiel, so war ich wie immer zeitig zur Feldküche geeilt und hatte bereits „zwei Züge“ Erbsen zu mir genommen. So erklärte ich mich bereit, am Kaffee teilzunehmen.

Mein Bündel lag geschnürt im Hausflur, als ich mich unruhig zu Tisch setzte. Schweigend kredenzte mein Wirt einen seltenen Rotwein, von dem wir eine Flasche leerten. Meine Erbsen bildeten aber scheinbar nicht die rechte Unterlage, denn ganz abgesehen von dem Weine, wurde nun der hier übliche sehr starke Kaffee serviert, den man mit echtem französischem Kognak genießt. Genug, beim Abschied war mir recht mies zu Mute. Und als man mir mit trauriger Stimme sagte, ich solle nur immer an Gott denken, mich versicherte, für mich und meine Kinder zu beten, da fand ich nicht den Mut das abzuwehren und sagte zu diesen Kinderherzen, die schon manchen armen Teufel durchgefuttert hatten: tun sie das. So schieden wir! Dem Appellplatz zueilend dachte ich bei mir: „*wie anders stellt sich das dumme Volk in der Heimat diese belgischen ‚Bestien‘ vor? Ja, wie blödsinnig, die Menschen in Nationen zu teilen!*“

Gegen 6 Uhr rollte der Zug aus *Charleroi*, begleitet von den neugierigen Augen der Bewohner, die, ebenso wie wir, von der „großen Offensive“ gehört hatten. Die Belgier bekamen Hoffnung, wir waren gerade nicht sehr fröhlich. Wie man Völker narrt, indem sogar Sozialdemokraten sich den Anschein geben, als sei das ganze Spiel eine ehrliche Sache, dafür bildet ja Belgien auch ein Beispiel! So ist denn diese Offensive die längst erwartete. Welche Richtung nimmt nun der „Schlachtochsenzug“.

Lobbes, Fontäne Fallemotte, Erquillilles, Jeumont, so ging es vorwärts ohne Aufschluss. Ein Ort immer mehr zertrümmert als der andere, aber zwischen den Trümmern treibt die Bevölkerung ihren Sport! Es ist hauptsächlich ein Ballspiel, das unserem Schlagball ähnelt, dessen Regeln ich aber nicht genau feststellen konnte. *Peres, Borbon*, lesen wir, da taucht gegen 7 Uhr der Name der französischen Grenzfeste auf: *Maubeuge!* [208]

Sous le Bos, Hautmont, Aul Nöge heißen die nächsten Stationen im Lande Frankreich, das ich der Dunkelheit wegen nicht schildern kann. Der Tag schließt mit einer Verpflegung, die wir in *Valenciennes* erhalten. Wir schlafen unruhig, bis es heißt fertigmachen.

Ich glaube es war *Pont de la Deule*, von wo unser Vormarsch begann. Er ging um *Douai* nach *Roost*, wo wir uns einquartierten (27. September mittags). Von ferne Kanonendonner und rege Fliegertätigkeit, lässt einen Unterschied gegen Russland erkennen. Gegen 5½ Uhr heißt es plötzlich: antreten! Unsere Wirtin hatte gerade Eier gekocht, und obwohl Einladung noch nicht erfolgt war, stellte ich an der Anzahl fest, dass sie für uns bestimmt waren. Behüt' euch Gott - Arme Krämersleute sind es, wie die Gegend überhaupt einen Grubenbezirk mit all seiner Armut darstellt.

Das Feuer hat nachgelassen und wir fragen uns ängstlich: „Die Unseren gehen doch nicht etwa zurück?“ Mit der Dunkelheit beginnt der Regen, der uns bald vollständig durchnässt. Der Donner der Kanonen ist zur Nacht neu belebt, von ferne blitzt es am gesamten Horizont auf, manch ausgebranntes Dorf ist passiert, da gilt es endlich Rast zu machen. *Krokott* nennt sich der Ort, der, dicht an der Bahn nach *Douai* gelegen, uns dazu dienen sollte. Alles klappert mit den Zähnen und nun soll ein zerschossenes Haus unser Obdach sein. Von hier an schließ

ich nicht mehr richtig bis zum Lazarett. Drei Mann requirieren Stroh, während ich und ein anderer uns vergeblich bemühen, dem Regen den Zutritt durch das Dach zu wehren. Einstöckig ist das Häuschen, Fenster und Türen fehlen, und während wir oben im dünnen Stroh mit den Zähnen klappern, der Regen unbarmherzig uns ins Gesicht „trippt“, stampfen unter uns in der guten Stube die Bagagepferde ihr monotones Wiegenlied.

Ungeweckt klettern wir morgens herunter. Um uns zu wärmen und die Sachen zu trocknen, zünden wir ein Feuer an. Das bringt den „Küchenbullen“, der an der Gulaschkanone tatsächlich Unteroffizier geworden ist und auch das eiserne Kreuz erhalten hat, wild auf die Beine: wir hätten ihm das Holz zum Kochen verbrannt! Seinem Befehle, anderes Holz zu besorgen, kommen wir nach, indem wir das nächste Häuschen einfach abdecken! Immerhin haben wir noch Ruhe bis 11 Uhr vorm. (28. September 1915.)

In ziemlicher Eile wird angetreten, rasselnd fährt die Feldküche heran, weshalb wir noch schnell das Kochgeschirr abschnallen. Potz Wetter, jetzt habe ich meinen Löffel verbummelt! [209] Also suppe ich den Reis aus dem Geschirr wie Kaffee. Heiß ist der „Fraß“ und da es fertigmachen heißt, muss ich fast alles wegschütten. Das hindert aber bei „Preußens“ durchaus nicht, noch ½ Stunde zu warten. Hinter uns hält der Hauptmann einer anderen Kompanie noch eine „Siegesrede“.

„Laden und sichern!“ Das Kommando durchschüttert den ganzen Körper. Jetzt wird's ernst! Schweigend gehts voran, die Herren Offiziere noch ein Weilchen hoch zu Ross. Der Donner nimmt zu und die Reitpferde verschwinden. Schon heißt es: „Die Züge nach links schwärmen, Fliegerdeckung“. Daheim das liebste Kommando, jagt es uns hier einen gewaltigen Schrecken ein. Alles liegt jetzt ausgeschwärmt auf dem Acker. Ruhig bis auf einen Zuruf, der einen „Neugierigen warnt“. Lange kreist um uns der Aeroplan, bis wir schließlich doch sammeln können und weiter vormarschieren. Endlich ist ein Bahndamm erreicht, der unsere Reservestellung beherbergt. Dicht bei der Station *Vimy*, rechts gehts nach *Loretto*, links nach *Arras*. So wären wir also in die richtige Ecke hineingeraten!

Inzwischen hat wohl der Flieger unseren Anmarsch signalisiert, denn schon vorher grüßten die ersten Granaten zur Rechten. Wir gehen am Bahndamm entlang, an den Unterständen vorbei, da fällt mein Blick auf einen Pfahl, an dem ganz frisches Blut und Hirn klebt. Das sollte uns schon sicher gelten, denn jetzt nimmt die Schießerei zu. Rasch gehts in die Unterstände, die das 4. Garde Regiment für uns räumt. Es war aber auch die höchste Zeit, denn die Engländer senden ihre 28 cm Granaten in verschwendender Fülle. Ich beobachte, dass die meisten zu weit gehen. Der Bahndamm ist ein schweres Ziel. Der Acker vor uns ist dagegen von Löchern besät, so groß wie eine Berliner Stube! Da schlägt so ein Ding doch auf den Damm gerade neben dem Eingang unseres Unterstandes, der dadurch arg verdunkelt wird. Wir besehen uns den Schaden, was aber einige Mühe kostet. Welch ein Glück! Mit Zentimeter-Genauigkeit hat man das Geschoss auf den Abhang gesetzt, was ziemlich steil geschehen sein muss, denn es kam von der anderen Seite des Dammes. Gerade zwischen zwei Unterständen. Zwei Meter weiter rechts, und zirka 50 Mann wären wohl mal gewesen! So schien es denn ratsam, doch noch etwas mit dem Weitermarsch zu warten. Von Zeit zu Zeit dröhnt es ganz in der Nähe, es sind unsere Geschütze.

An den Tumult hat man sich bald gewöhnt. Nur wenn so ein „Aas“ einem zu nahe an der Türe vorbei „faucht“, schreckt man unwillkürlich zusammen. Nur einer ist sehr nervös, [210] unser junger „Vize“, Bosse mit Namen und Offiziersaspirant. Jeden vorbeikommenden Verwundeten ruft er an: „kommen Sie schnell rein, warten Sie ein bisschen, bis das Schießen nachlässt!“ Und nun beginnt bei jedem die hastige Befragung: wie siehts vorn aus? haben wir Vorteile errungen? Sind wir zurückgeschlagen? Haben wir viel Verluste? usw. Die Antworten sind nicht gleich, überhaupt kann man bei Verwundeten nicht allzu viel erfahren. Nur so viel

ist gewiss, dass es vorn sehr heiß hergeht. Als auf diese Weise ein Verwundeter mitteilt, dass zwei Kompanien des 3. Garde-Regiments zu Fuß übergegangen sind, wird B. käseweiß. So ist es schon gegen Abend, als wir aus unseren Erdlöchern kriechen. Das Schießen ist verlegt, nachdem der Bahnhof Vimy ganze Kahnladungen 28er aufgefangen hatte. Nur gut, dass wir schon etwa 300 Meter weiter waren. So gings weiter, augenblicklich ohne Gefahr. Und darum ist unser „Vize“ wieder „schneidig“ als schinde er noch in Charleroi Familienväter, gleich dummen Schulbuben!

Aber nicht lange können wir unbesorgt sein. Vor uns, noch ziemlich entfernt, befindet sich eine Ziegelei. Große Ziegelstapel beherbergen eine Batterie schwerer Artillerie. Der Gegner beschießt sie mit Brandgranaten. Beim Ergrauen des Abendhimmels sausen die Dinger in die Gebäude, welche jedes Mal eine rot aufleuchtende Brandwolke abgeben. Ein paar Meter davon bessert ein Kanonier ein defektes Geschütz aus, prompt sendet die Batterie ihre Antwort hinauf zur Lorettohöhe, so ruhig, als wie die Pferde stehen bei den Protzen. Aber gefährlich hört es sich an, wenn eine Granate in die Ziegelhaufen fährt. Doch allem Anscheine nach sind sie eine gute Deckung, denn am Tage meiner Verwundung standen sie noch an derselben Stelle.

Immer zu zweien geht es weiter. Grässlich bricht sich der Schall zwischen den Bahndämmen, die hier zusammenlaufen. Wir müssen hinauf, so schnell wie möglich über die Schienen hinweg in den Hof einer Zeche. Hier wird gesammelt und Handgranaten empfangen. In diesen mächtigen Holzschuppen ist das letzte Materialdepot untergebracht. Wir müssen weiter über den Hof, immer zu Vieren überspringen wir einen ungeschützten Teil desselben. Denn zwischen den beiden Zechenhäusern da kracht und faucht es, fliegen Holz und Glassplitter herum, als sei die Hölle losgelassen! Etwa in Höhe des 4. Stockwerks haben sich die Granaten den Weg gebahnt, um die jetzt etwa 200 Meter rechts liegende Ziegelei zu treffen. Denken ist schlechterdings unmöglich; was der Erste macht, macht der [211] Zweite nach. Noch gelten die Geschosse nicht uns, die Zeche schützt uns vor Sicht, dennoch ist die Feuertaufe des Westens ein bisschen grob. *Jetzt soll es hinausgehen auf das Dorf zu, da werden wir noch, manches kennen lernen!*

Auf freies Feld hinaus und schnell ausgeschwärmt! Da geht es auch schon los. Ein Himmel voll von Schrapnellwölkchen. Man fühlt nur, dass sie zu hoch sind, um zu schaden. Hin und wieder stürzt einer, aber er ist nur gestolpert. Wie ein Wunder ist bis jetzt alles heil geblieben. Endlich sind wir über die Chaussee zu einem fast zusammengeschossenen Wäldchen gelangt, wo wir nun gar noch vereinzelt Gewehrfeuer erhalten. Wo das herkam, mögen die Götter wissen. Wie wird das enden? Langsam lässt das Granatfeuer nach, man glaubt wohl keine Maus mehr am Leben! Im Dunkel der Nacht verstummt das furchtbare Krachen, dafür gehts lustig ping, ping, Gewehrgeschosse, die über uns hinwegfliegen. Wie zerschlagen sinken wir am schützenden Heckendorn nieder, der Himmel öffnet seine Schleusen. Seit gestern noch nicht trocken geworden, doch nochmals gehts weiter. Durch die Hecke arbeiten wir uns gebückt vor, bis zu der in die Kalkfelsen verlegten Verstärkungslinie, die bald erreicht ist (9 Uhr abends).

Wir suchen Unterschlupf vor dem Regen, irgendwo jammert ein Verwundeter. Aber nirgends ist was zu finden. „Wer nicht unterkommt, muss sich eingraben!“ So ists richtig! In den Kalkfelsen einbuddeln, wie denkt sich Herr Hauptmann das? Das Gefühl könnt Ihr Euch denken, wenn man an Ruhe denkt, bei strömendem Regen in Kalklöcher – brr – ! – So suchten wir nochmals, hinein, was hinein ging in den Unterstand der 51er Samariter. 16 Mann, wo bisher 3 Mann gelegen hatten. Manchmal trat man auf etwas weiches, schüttelte das sonderliche Gefühl ab, das man dabei empfand: nur Schutz vor Nässe!

Hier hatte man auch den wimmernden Verwundeten untergebracht, der von der 8. Kompanie war. Derselben war der Anmarsch nicht so geglückt, die 28er hatten große Lücken gerissen. Das war dem Gegner wohl nicht genug Wirkung, drum versuchte er es zu unserem Glück mit Schrapnells. Dem armen Kerl fehlte ein Bein zur Hälfte, während das andere zerschmettert war. Hoffen wir, dass sein sehnlicher Wunsch in Erfüllung geht, die Lieben daheim wieder zu sehen. Für die Nerven ein bisschen viel, dennoch waren wir zu marode, um uns an dem Gejamere zu stoßen, bis man ihn endlich wegschaffte. So „nieselten“ wir zusammengepfercht, dass die Beine [212] beim Sitzen schmerzten. *Dabei „schoben“ wir „Kohldampf“, dass es einen Hund jammern konnte, denn nicht ein Stückchen Brot hat man uns zur Todesfahrt mitgegeben!*

Etwa drei Stunden hausten wir hier, ich hatte gerade Wache, dann hieß es „fertigmachen“. Bergauf gings durch unmöglichen Schlamm, den Zugangsweg bis zum *Schlosse Vimy*, von wo aus der Laufgraben benutzt wird, welcher manch schwierige Stelle hat. Je weiter wir nach oben kommen, desto größer der Dreck. Mehr als einmal bin ich gezwungen, meinen linken Stiefel aus dem Schlamm heraus und wieder anzuziehen. Dabei fegen die Franzosen ihr Blei dauernd über den Graben hinweg, sodass es mich gar nicht wundert, dass es alsbald heißt: „Samariter nach vorn!“ An einer Stelle hat ein Volltreffer Bresche in den Graben gelegt, die dauernd unter Feuer gehalten wird. Auch ich muss durch und mir ist durchaus nicht tapfer zu Mute, zumal ich schon ein paar Kameraden drin liegen sehe. Mit einem Satz will ich hinüber, doch geht der „Affe“ mit dem „wandelnden Leichnam“ ab und ich liege im Schlamm- und Kalkbrei, während der Gänsemarsch ruhig weiter geht. Im ersten Augenblick glaube ich an eine Verwundung. Das fehlte noch, in diesem Schlammade umzukommen. So befühlte ich meine Knochen und stellte fest, dass sie noch zu gebrauchen waren. Aufstehen mochte ich aber doch nicht, davor warnten mich die regungslosen Körper der drinbleibenden Kameraden. So kroch ich durch den Lehnteich, bis der Graben wieder begann und mich der Gänsemarsch wieder aufnahm.

Ein Bataillon vor, die 7. Kompanie hinter uns, so drängen wir uns an den Grabenwänden entlang, die von dem andauernden Regen auch einem gebrauchsfertigen Lehmhaufen gleichen. Jetzt kommen uns abgelöste Mannschaften der 51er und 3. Garde entgegen. Leuchtkugeln lassen die Gesichter erkennen. Die Ersteren sehen wenig vertrauenserweckend aus, denn 10 Tage sind sie hier und mussten das 72stündige Trommelfeuer über sich ergehen lassen, das jetzt wenigstens nachts zuweilen aussetzt. Das Bajonett in der rechten, gleich einer Angelrute, drängen sie uns an die Lehmwand. Nur gut, dass sie ohne Tornister hinaufgekommen waren, sonst wäre ein Vorbeikommen schwerlich möglich gewesen. Und müde bin ich, dass ich bei jedem Stillstand einnicke. Selbst die ganz kurz über den Graben fauchenden „Kindersärge“, wie wir die 28er nennen, die hier vom Tal nach dem Tal gehen, von wo wir kommen, schrecken die Müdigkeit nicht mehr weg. [213]

Wieder stockt es, doch sind wir hier „ganz vorn“! Die Grabenbesatzung besteht auch aus 51ern, welche noch Posten ausgestellt haben. Bärtige Männer, die sich durch die sie umspielenden Gewehrgehosse durchaus nicht stören lassen. In eine solche Ecke drücke ich mich jetzt und sitze auf einem Postenfußtritt. Träumend tappt etwas über meine Hand und macht mich aufschrecken. Ein Lichtschein lässt das feiste Hinterteil einer behäbig dem Loche zusteuern *Ratte* erkennen. Bald ist das überwunden, und als sich gleich darauf das Tappen auf dem Kopf sogar wiederholt, denke ich schnuppig: *lass das Vieh!* So war es gegen 2 Uhr morgens, als wir unser Ziel erreicht hatten. Hier sollten wir also 48 Stunden hausen, Unterstände na plü und Regen, was vom Himmel will!

Zirka 200 Meter ist stellenweise der Abstand vom „Feinde“. Na, das geht noch. Aber schlechte Luft ist hier, es riecht so sonderbar aus einem Graben vor uns, der, kurz und klein geschossen,

beiderseits nicht begehrenswert erscheint. *Die 51er raunen schlimme Dinge, hier seien die Franzosen in Gruppenkolonnen angekommen, welcher Wahnsinn natürlich nur die Leichenhaufen vergrößerte. Verschiedentlich habe man vordere Stellungen räumen müssen aus Gesundheitsrücksichten!* Im Dunkel der Nacht kann ich mich von der Wahrheit nicht überzeugen, aber die Luft scheint mir zu beweisen, dass die Geschichte nicht ganz erlogen ist.

Das wären also nette Aussichten! Begraben ist nicht möglich; bekommt man bei einem Sturm einen Schuss, der einen am Laufen hindert, dann heißt es: *elend zu Grunde gehen!* Sonderbarer Geschmack: „Der Tod im Felde ist der schönste Tod“, so singt man doch auf Kommando durch die Straßen Berlins?! Da heißt es plötzlich: 6. und 7. Kompanie gehen zurück! Ich schäme mich nicht zu sagen, dass mir etwas froher zu Mute wurde. Nun wieder den Jammerweg zurück, wer wird unten anlangen? Unsere Kompanie soll ja nur 5 Verwundete haben, hieß es gegen 5 Uhr morgens, als wir endlich wieder bei den Kalkfelsen anlangen.

Unter fortwährender Marschbereitschaft und – Hunger, wird etwas gereinigt, besonders das durch mein „Bad“ völlig gebrauchsunfähig gewordene Gewehr. Wie ich sonst aussah, kann man sich wohl ohne Schilderung denken. „Dunst“ gab es hier unten bedeutend mehr als 400 Meter weiter vorn. Bei Tageslicht sieht man auch, dass man nachts das eigentümliche Gefühl beim Treten nicht ohne Grund bekommen hatte. Leichen eignen sich doch nicht zum Bodenbelag, besonders wenn es regnet. [214]

Soeben verscharrt man einen 51er, der leicht verwundet bis hier gekommen war, auf dem Wege zum Verbandsplatz durchschlug ihn ein Granatsplitter vollständig; trauriges Schicksal, mit einem „Heimatschuss“ in den Himmel fahren zu müssen. Ein Glück nur, dass die Lieben daheim nicht wissen, dass der arme Teufel schon auf dem Wege zu ihnen war. Nun lasst die Tränen rinnen, er glaubte für „Höheres“, „Großes“ zu kämpfen, wie euch jetzt sogar „Sozialdemokraten“ trösten werden. Es geht ihm so wie Millionen anderen und dem, der weiter oben unter zerschossenen Bäumen noch unbegraben liegt. Sonderbar, ich kann das Denken nicht lassen. Wie getreu hat doch Bertha von Suttner den Anblick der Gräber von Königgrätz geschildert, indem sie eine Elegie Tiedge's zitiert:

Welch ein Anblick! Hierher Volksregierer!
Hier bei dem verwitternden Gebein
Schwöre, deinem Volk ein sanfter Führer,
Deiner Welt ein Friedensgott zu sein.

Hier schau her, wenn dich nach Ruhme dürstet,
Zähle diese Schädel, Völkerhirt,
Vor dem Ernste, der dein Haupt entfürstet
In die Stille niederlegen wird.

Lass' im Traum das Leben dich umwimmern,
Das hier unterging in starres Grauen
Ist es denn so lockend, sich mit Trümmern
In die Weltgeschichte einzubauen?

Schon manchmal habe ich gesagt: entweder ist das, was unsere Mehrheit vertritt, kein Sozialismus, oder ich bin nie Sozialdemokrat gewesen. Aber angesichts dieses Jammers frage ich mich immer wieder, ob es nicht ein Wahnsinn ist, von Vaterlandsverteidigung zu reden. Eine Seite kann doch nur dabei Erfolg haben! Und wenn nun wir dabei unterliegen, was dann? Konsequenter müssen *wir* dann Rache predigen, da doch die deutsche Arbeiterschaft nur gedeihen kann, „wenn die nationale Einheit, wie sie jetzt besteht, auch bestehen bleibt!“ – Wenn noch ein paar Franzosen, Belgier, Polen oder „perfide“ Engländer hinzukommen, schadet es schließlich der nationalen Einheit nicht ?? –

So in Gedanken packt mich die Wut! *Ich klage an!!*

Ich klage an die sogenannten Kulturvölker des 20. Jahrhunderts, dass ihre „Humanität des Krieges“ es nicht verhindert, dass die „Helden“ unbegraben zum Himmel stinken!!

Ich klage an alle diejenigen, die selbst geistig ihr Volk überragen und dennoch nicht einen Finger rühren, das Volk zu lehren, wie es [215] althergebrachte Anschauungen abwirft, damit es nicht zum Spielball kapitalistischer Blutgier wird!

Ich klage an die Sozialisten aller Länder, welche ihren Klassengenossen bürgerliche Phrasen predigten, sodass sie glaubten, die alte Schullegende sei doch richtig: „Das Vaterland ist in Gefahr!“

Sagt es ruhig denen, die mich kennen; für solch einen Jammer verzichte ich auf die Siegerehren! Wer garantiert uns denn, dass beim Friedensschluss die „nationale Einheit“ gewahrt wird, wenn die Handlanger der Kapitalistenklasse es für zweckmäßig halten, irgendeinen Umtausch zu „pachten“. Für Erhaltung des Status quo einen Krieg zu entfesseln, ist höchstens ein Schnapsgedanke, der aber nicht entsteht im Kopfe eines kapitalistischen Staatsmannes. Dem dummen Volke, gegen dessen Unverstand zu kämpfen wir vorgaben, diesen „Kinderglauben“ noch dadurch zu befestigen, dass man zum *Kampf gegen den Zarismus* aufhetzt, bloß um nicht Gefahr zu laufen, unter diesem Zarismus für des Volkes Freiheit eintreten zu müssen – das blieb den deutschen Auch-Sozialdemokraten vorbehalten. Ich gebe zu, dass es leichter ist, als „Revolutionär“ hoffähig zu sein, als schließlich seine Überzeugung in der Verbannung beweisen zu müssen. Darum spannt man die Arbeiter vor den Interessenkarren der Kapitalisten und geniert sich durchaus nicht, sein eigenes Leben „dem Volke zu erhalten“, indem man sich reklamieren lässt: Schlagt Ihr Euch draußen ruhig weiter die Schädel ein, stinkt Ihr zum Himmel, dann – bewahren wir Euch ein ehrendes Andenken – !!

Das „Reichsnotopfer“.

Von Hans Berliner.

Das „Reichsnotopfer“ stellt den ersten größeren Versuch dar, die riesigen Geldsummen, die Deutschland nötig hat, aufzubringen. In der schlimmsten Not des Reiches sagen die Begründer dieses Gesetzes pathetisch, soll der Bemittelte und Reiche nicht nur wie jeder andere von seinem *Einkommen* etwas hergeben, sondern auch sein *Vermögen* soll herangezogen werden. Und zwar in einer respektablen Höhe. Sollen doch nach dem Entwurf des Gesetzes bis zu 65 Prozent des Vermögens zur Abgabe kommen. Und selbst der Mindestbetrag der Steuer ist nicht weniger als 10 Prozent des Vermögens. Die „sozialistische“ Regierung will beweisen, dass es ihr Ernst damit ist, die Reichen in weitestem Maße zu den Kosten, die uns der Krieg beschert hat, heranzuziehen.

Jedennoch, bleiben wir zunächst einmal bei der Betrachtung des Gesetzentwurfs an sich, so muss schon manches auffallen. Da ist z. B. als sogenannter „Stichtag“ der 31. Dezember 1919 ausersehen. Das heißt, nach dem Vermögensstande dieses Tages soll die Steuer berechnet werden. Nun ja, irgendeinen Tag muss man ja nehmen, und unlautere Manöver kann einer, der die Steuer hinterziehen will, schließlich an jedem Tage vornehmen. Würde man etwa den 30. Juni 1919 als Stichtag auserwählt haben, so müsste ja doch auch jeder Einzelne erst eine Bilanz für diesen Tag aufstellen, und dabei hat er ebenfalls die Gelegenheit, alles Mögliche herauszurechnen.

Und doch will uns scheinen, als sei da ein Unterschied. Der 30. Juni ist vorüber, das Vermögen hat damals eine bestimmte Höhe tatsächlich gehabt. Dessen Angabe lässt sich freilich frisieren, aber dazu sind dann eben direkt unlautere Manöver erforderlich, die unter Umständen bis an offenbaren Betrug heranreichen. Der 31. Dezember aber steht noch vor [217] uns, es waren seit Bekanntgabe des Entwurfs noch 6 Monate Zeit bis dahin. In diesem Zwischenraum können reiche Leute auf die Gestaltung ihres Vermögens *einwirken*, ohne Betrug, ohne eigentlich unlautere Manöver, durch geschickte Dispositionen aus rein sachlich geschäftlichen Gründen, auf ganz legale Weise. Mit einem Wort, es soll uns wundern, wenn nach Ablauf der 6 Monate noch allzu viel Vermögen für den Zugriff des Steuererhebers vorhanden sein wird.

Zumal das Gesetz einige Mittel und Wege zu diesem Ziel selbst zum mindesten andeutet. So sind z. B. Möbel und Hausrat auf jeden Fall von der Abgabe befreit, auch wenn sie Millionenwerte repräsentieren. Juwelen aber und andere Kostbarkeiten bleiben immerhin bis zum Werte von 20 000 Mark abgabefrei. Wie mancher Tausendmarkschein lässt sich da noch in aller Gemächlichkeit in Möbel, Hausrat und Juwelen umwandeln

Des ferneren unterscheidet das Gesetz zwischen Einzelpersonen und Gesellschaften, wie z. B. Aktiengesellschaften. Erstere sollen, je nach der Größe des Vermögens von 10 - 65 Prozent abgeben, die Gesellschaften aber nur ein für alle Mal 10 Prozent. Grund: die Inhaber der Gesellschaften müssen ja außerdem noch als Einzelpersonen zahlen.

Sehr schön. Aber sollte nicht manch ein Fabrikant, Geschäftsinhaber etc. sich dadurch angeregt fühlen, sein Geschäft noch schnell beizeiten in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln? Er kann hübsche Summen dabei sparen. Wenn z. B. eine Fabrik mit einem Kapital von 1 Million Mark in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 100 000

Mark verwandelt wird, während die restlichen 900 000 Mark als Reserve verbleiben, von „vorsichtigen“ Abschreibungen gar nicht zu reden, würden von dieser Million statt 246 000 Mark nur 101 000 Mark zu „opfern“ sein. Und bei 10 Millionen Mark Vermögen, die sich in 2 Millionen Mark Aktienkapital und 8 Millionen Mark Reserven verwandelten, würden statt 5 421 000 Mark nur 1 471 000 Mark zur Abführung kommen, also noch nicht ein Drittel.

Im Übrigen kann die Zahlung des „Reichsnotopfers“ über einen Zeitraum von 30 Jahren verteilt werden, wobei für den noch nicht abgeführten Teil 5% Zinsen zu zahlen sind. Vom Standpunkt der bürgerlichen Nationalökonomie möchte man auf den ersten Blick einwenden, die Erhebung einer solchen Abgabe sei rein unmöglich, weil bei der Abgabe von 30, 40, ja 50 und 60 % des Vermögens, dessen wirtschaftliche Gliederung und damit jede Möglichkeit zu produzieren, zerstört [218] würde. Wie soll man von einer Fabrik, einem Handelsgeschäft, einem Grundstück die Hälfte oder ein Drittel abtrennen und fortgeben, ohne dass das ganze Unternehmen zerstört wird? – Indessen, der Einwand ist nicht stichhaltig. Sogar wenn der abzutretende Vermögensteil sofort in voller Höhe übergeben werden müsste, könnte der Staat als Teilhaber in das Unternehmen eintreten und einen entsprechenden Anteil am Reingewinn kriegen. Sofern aber das Vermögen in Wertpapieren besteht, die nicht als flüssiges Kapital eines gewerblichen oder kaufmännischen Unternehmens gebraucht werden, könnte die Übergabe ohne weiteres erfolgen. Die Besitzer würden das auch meistens tun, weil sie ja sonst nur Zinsen zu zahlen haben, also einen Besitz hätten, der keiner mehr ist. Ja wenn eine Hypothek von, sagen wir, 20 000 Mark nur 4½ % Zinsen bringt, dann würde die Ausnutzung der 30jährigen Abtragsfrist nur Geld kosten, denn der Besitzer muss das gestundete Darlehen ½% höher verzinsen, als er erhält, nämlich mit 5%. Für Rentner, Münder und dergleichen bedeutet also das „Notopfer“ eine wirkliche Abgabe, natürlich nur so weit die Vermögen wirklich erfasst werden.

Das Bild ändert sich aber, sowie es sich um Vermögen in der Hand eines Geschäfts-, Guts-, oder Fabrikbesitzers handelt, der mit dem Gelde „arbeitet“. Hier wird die Ermittlung des Vermögens sofort wesentlich schwerer. Das Geld steckt in den Fabrikationseinrichtungen und Materialien und die Feststellung des jeweils gültigen Wertes dieser Objekte ist recht schwer. Dass der Besitzer solcher Vermögensgegenstände bei der Abgabeinventur nicht gerade bemüht sein wird, nach oben zu rechnen, wird wohl selbst die Regierung Ebert sich denken. Am allerwenigsten aber werden die Riesenkapitalien von dem neuen „Notopfer“ betroffen. Bei den Riesenunternehmungen der Industrie, den Großbanken etc. spielt das sogenannte Grundkapital eine immer kleinere Rolle. Die daneben angesammelten offenen und stillen Reserven sind oft weit größer. Eine Abgabe von 10 % dessen, was die Bilanz als das „Vermögen“ eines solchen Unternehmens ausweist, dürfte sie kaum schwer drücken, denn die von ihnen während des Krieges gemachten Profite gestatten ihnen, solche Kleinigkeiten, wenn es ihnen richtig erscheint, auf der Stelle abzuzahlen, zumal die von der Großindustrie usw. gezeichneten Kriegsanleihen aus den während des Krieges reichlich eingesackten Verdiensten und Überverdienen gezahlt wurden und nicht als allzu ernsthafte Aktivposten gelten. Ob freilich das Großkapital die sofortige Abtragung als opportun ansehen wird, ist zweifelhaft, da durch [219] eine allzu glatte Zahlung des „Notopfers“ die Begehrlichkeit des Reichsschatzministers wachsen könnte.

Für alles in Geschäftsunternehmungen angelegte Kapital würde die Abgabe, sofern sie über 30 Jahre verteilt wird, in der Praxis lediglich eine Sondersteuer in Höhe von etwa 8% des abzutretenden Teils bedeuten (5 % Zinsen und etwa 3 % Amortisation). Da nun der Geschäftsmann in der Regel mehr als 8% Profit jährlich mit dem von ihm bewegten Gelde macht, wird dieser Weg sicherlich sehr oft beschritten werden. Und die Frage ist nun, wie das auf die Gestaltung unserer Volkswirtschaft im Ganzen einwirken muss.

Das ist aber wahrlich nicht schwer vorauszusehen. Glaubt irgendjemand, dass die Kapitalisten in Landwirtschaft, Industrie und Handel diese neue Steuer geduldig auf die eigene Kappe nehmen werden? Das werden sie nicht tun, sondern sie werden sie, als erhöhte Geschäftskosten, alsobald *auf die Preise ihrer Waren draufschlagen*. Und da die Regierung gleichzeitig durch andere Steuern nach derselben Richtung hinarbeitet, so stehen wir vor einer neuen gewaltigen *Verschärfung der allgemeinen Teuerung*, die übrigens nicht erst bis zum 31. Dezember auf sich warten lassen wird. Wir erinnern nur an die kolossale Erhöhung der Umsatzsteuer, Verdoppelung, zum Teil Verzehnfachung! die gegenwärtig auch wieder im Werke ist, von der sogar das Berliner Tageblatt (am 29. Juli) schreibt: „Es kann keinem Zweifel begegnen, dass eine solche Steuer die Warenpreise empfindlich erhöhen muss und dass sie die Lebenshaltung der breiten Massen, sowie des Mittelstandes verhältnismäßig stärker trifft, als die der wohlhabenden Schichten. Hier stehen wir also vor einer der wirklichen Ursachen der unerträglichen Teuerung. Wenn's aber so weit ist, wird man dafür wieder die - hohen Arbeitslöhne verantwortlich machen.

Und damit kommen wir an das Grundsätzliche, was über den Kasus zu sagen wäre. Unsere gegenwärtige Regierung, die aus Stümpfern besteht - Stümpfern in jeder Beziehung, im Sozialismus nicht minder wie in allgemein wirtschaftlichen wie politischen Kenntnissen - bildet sich allen Ernstes ein, sie handele sozialistisch, wenn sie nach „direkten“ Steuern sucht, nach Steuern auf Einkommen und Vermögen. Sie glaubt, etwas Sozialistisches getan zu haben, wenn sie Steuern heraufstüftelt, die, nach ihrer Meinung, den Besitzenden auferlegt werden. Dabei ist inzwischen schon das Berliner Tageblatt in seiner Nationalökonomie so weit vorgeschritten, dass es (an der oben erwähnten Stelle) bemerkt: [220]

„Es ist übrigens ein Irrtum anzunehmen, dass direkte Steuern nicht auch wertenverteuern und den Massenkonsum nicht ebenfalls belasten. Gerade die Einkommensteuer, diese stärkste und eigentlichste direkte Steuer, erhöht die Produktionskosten, und keine Steuertechnik wird es erreichen können, dass sie allein aus den Reingewinnen der Produzenten gezahlt und nicht wenigstens zum Teil auf die Warenbezieher abgewälzt wird“.

Das ist natürlich ganz richtig. Die elementarsten Begriffe einer sozialistischen Steuerlehre sind eben unseren „sozialistischen“ Ministern unbekannt. Wir wollen sie hier einmal kurz skizzieren, obschon nicht die mindeste Hoffnung besteht, dass jene Herren etwas daraus lernen werden. Sie lauten so:

Du magst eine Steuer hundertmal drehen und wenden, magst ihr Namen geben, wie du willst, magst die raffinierteste Methode ihrer Veranlagung und Erhebung austüfteln - bezahlt wird sie allemal *nicht* aus dem Vermögen, sondern aus dem laufenden Einkommen. Dieses laufende Einkommen stammt aus keiner anderen Quelle als aus der Arbeit der Gesamtheit. Letzten Endes ist also *jede* Steuer, in was für Verkleidungen du sie auch steckst, auf wie verschlungenen Pfaden du sie auch einziehst, doch immer eine *Arbeitssteuer*, die nur von denen aufgebracht wird, welche nützliche Arbeit leisten. Es ist eine Summe von Arbeit, die geleistet werden muss, um die Bedürfnisse des Staats zu befriedigen. Und nun kommt die Hauptsache: suchst du diese Arbeit zusammenzukriegen nach der im kapitalistischen Staat üblichen Methode, nämlich in Form von Steuern, d.h. von Geldbeiträgen, so kannst du es in alle Wege nicht verhindern, dass auf den Umwegen, die dieses Geld einschlagen muss, bis es vom arbeitenden Volk in die Staatskasse gelangt, eine ganze Menge unterwegs hängen bleibt, woran sich diverse Profitschlucker bereichern, so dass die Last für das arbeitende Volk immer größer wird. Wirklich sozialistisch ist deshalb nur *eine* Methode: alle Steuern abschaffen, die ganze Wirtschaft planmäßig (kommunistisch) organisieren und in diesem allgemeinen Plan

die Staatsbedürfnisse – nämlich was dann noch davon übrig ist – so gut wie alle anderen Bedürfnisse direkt durch Arbeit befriedigen.

Der bolschewistische Staat.

Im Allgemeinen versteht es sich von selbst, dass wir für Bücher, die in unserem eigenen Verlage erschienen sind, nicht durch redaktionelle Arbeiten in unserer Zeitschrift Reklame machen. Wenn wir uns von dieser Regel heute einmal eine Ausnahme gestatten, so hat das seine besonderen Gründe. Einmal handelt es sich bei der Broschüre „Der bolschewistische [221] Staat“ um ein Werk, dessen Veröffentlichung einen sachlichen Wert ganz besonderer Art besitzt. Es ist eine Auswahl von Gesetzen und Verordnungen der russischen Sowjetregierung, die meist im Wortlaut wiedergegeben werden. Im vorigen Jahr bestand die Absicht, eine viel größere Zahl dieser Gesetze und Verordnungen in amtlicher Ausgabe dem deutschen Leser zugänglich zu machen. Jedem wird einleuchten, dass hier ein Werk geschaffen werden sollte, welches – ganz abgesehen vom Parteistandpunkt – für jeden Politiker, für jeden Schriftsteller, für jeden überhaupt, der die russischen Vorgänge kennenlernen will, vor allem aber auch für jeden deutschen Beamten, der praktisch mit russischen Angelegenheiten zu tun hat, schlechthin unentbehrlich ist. Das Werk wurde vereitelt durch die Bemühungen des weiland Oberkommandos der wilhelminischen Regierung. Dieser preiswürdigen Behörde „passte die ganze Richtung nicht.“ Sie wollte einfach nicht dulden, dass das deutsche Publikum die Anordnungen und Aufrufe der kommunistischen Regierung Russlands kennenlerne. Im Grunde hielt sich ja das Oberkommando damit nur in dem Rahmen jener „Berichterstattung“, wie sie während des ganzen Krieges üblich war und deren Richtschnur lautete: Das deutsche Volk soll nicht *wissen*, was vorgeht, sondern es soll in die zur Kriegführung nötige *Stimmung versetzt* werden. Nun reichte die Macht des Oberkommandos aber doch nicht zum direkten Verbot einer Publikation, deren Notwendigkeit sogar von Auswärtigen Amt bereits anerkannt war. Stattdessen verstand das Oberkommando die Sache durch allerhand Winkelzüge immer wieder hinauszuzögern. Und als es endlich gelungen war, diese Störungen zu parieren, so dass die Veröffentlichung bevorstand, da fand es die „demokratische“ Regierung des Prinzen Max von Baden für gut, die russische Botschaft Knall und Fall aus Berlin zu verjagen. So musste die Veröffentlichung endgültig unterbleiben, und auch spätere wiederholte Bemühungen führten nicht zum Ziel, weil bekanntlich auch die „sozialdemokratischen“ Regierungen der Herren *Haase* und *Scheidemann* alles Bolschewistische hassen und mehr noch fürchten. Unter diesen Umständen haben wir es für unsere Pflicht gehalten, nach Maßgabe unserer schwachen Kräfte wenigstens den wichtigsten Teil jener Gesetzsammlung in deutscher Sprache herauszugeben, und das ist in der Broschüre „Der bolschewistische Staat“ geschehen.

Und jetzt – dies ist der zweite Grund, weshalb wir an dieser Stelle davon reden – jetzt zeigt sich, dass „die ganze Richtung“ noch ganz anderen Leuten nicht passt als nur dem [222] seelig entschlafenen Oberkommando. Jetzt zeigt sich die sogenannte „Demokratie“ des deutschen Kapitals auf der Höhe ihres Glanzes. Ausgerechnet das *Berliner Tageblatt* ist sehr unwirsch darüber, dass das Buch überhaupt herausgekommen ist, und es hat sich von seinem Spezialisten für Russland, Herrn *Hans Vorst*, einen Aufsatz darüber schreiben lassen, der wenig objektive Ruhe, statt dessen aber reichlich viel subjektiven Zorn verrät.

Herr Vorst beginnt mit der Behauptung: „unsere Radikalen“ nähmen für sich in Anspruch, ganz allein die Wahrheit zu besitzen, speziell über die Vorgänge in Russland; alle Meldungen bürgerlicher Korrespondenten bezeichneten sie als unglaubwürdig und bewusst erlogen, denn sie seien von den kapitalistischen Redaktionen einfach vorgeschrieben. Nach dieser

Einleitung beschäftigt sich Herr Vorst *ausschließlich* mit unserer Broschüre über den bolschewistischen Staat. Er versetzt also seine Leser in den Glauben, als seien wir ein typisches Beispiel für seine Behauptung; als hätten wir in jener Broschüre oder wenigstens sonst wo in unserem Verlage die bürgerlichen Korrespondenten samt und sonders als bestochene Subjekte hingestellt. Nun ist aber in jener Broschüre mit keinem Wort von der bürgerlichen Berichterstattung überhaupt die Rede. Und unsere Leser wissen, dass wir auch sonst im Traum nicht daran denken, mit derartigen Mitteln zu arbeiten. Was Herr Vorst da tut, ist also rund und nett eine *Verleumdung*. Er muss wohl wenig Hoffnung haben, auf seine Leser Eindruck zu machen, wenn er nicht zuvor uns auf solche Art in das ihm geeignet erscheinende Licht rückt.

Doch halt! Mit *einem* Wort ist doch von der bürgerlichen Berichterstattung die Rede. In der Einleitung heißt es: die kapitalfreundliche Presse in Deutschland gehe von der Voraussetzung aus, dass die bolschewistische Herrschaft zum Ruin führen muss, und im Banne dieser Voraussetzung beurteile sie die Vorgänge in Russland und suggeriere natürlich auch ihren Lesern eine entsprechende Meinung. Sollte Herr Vorst dies dahin verstanden haben, dass er und seine Zunftgenossen nur schreiben, was ihnen von der bezahlenden Redaktion vorgeschrieben wird?? Das würde dann allerdings sehr tief blicken lassen! In den Worten an sich liegt es nicht. Sie bringen nur die bekannte und sehr natürliche Wahrheit zum Ausdruck, dass jedermann die Dinge von seinen vorgefassten Meinungen aus beurteilt, und enthalten die Mahnung, sich davon zu befreien, um ein objektives Bild zu erstreben. Wenn [223] in Herrn Vorsts Ohren diese Selbstverständlichkeit schon wie ein Vorwurf klingt, der ihn heftig auffahren lässt, dann müsste man ja beinahe vermuten, es sei eine wunde Stelle berührt und das Gewissen rege sich.

Also mit der Glaubwürdigkeit oder Unglaubwürdigkeit der bürgerlichen Korrespondenten befasst sich die Broschüre gar nicht. Aber wenn denn Herr Vorst einmal diesen Punkt berührt, so wollen wir kein Hehl daraus machen, dass wir in der Tat in die Glaubwürdigkeit der bürgerlichen Berichterstattung *das allergrößte Misstrauen* setzen. Herr Vorst fragt, warum? Danach braucht er nicht weit zu suchen. Sein Aufsatz im Berliner Tageblatt ist am 23. Juli erschienen. Schon am nächsten Tage brachte dasselbe Blatt einen Artikel von *Bernhard Kellermann* über „Kriegsberichterstatte.“ Den empfehlen wir der dringenden Aufmerksamkeit des Herrn Vorst. Herr Kellermann, selbst ehemaliger Kriegsberichterstatte, will sich und seine Kollegen gegen mancherlei Vorwürfe schützen und schreibt zu diesem Zweck unter anderen die folgenden Sätze

„Die Kriegsberichterstatte waren im Hauptquartier ungern gesehene, verächtlich behandelte Gäste. ... Von Bewegungsfreiheit war natürlich nicht die geringste Rede; wir erfuhren von tobenden Schlachten zumeist aus den Zeitungen und wurden systematisch von allen größeren Kampfhandlungen ferngehalten. Bei den Stäben wurden wir geduldet, verachtet oder hinausgeworfen, je nach der Stellung, die die hohe Exzellenz „Zeitungsschreibern“ gegenüber einnahm. ... Das Leben war viel eher jenes von Kulis und die Behandlung derartig unwürdig, dass ich nach wenigen Monaten, nachdem jede Aussicht auf eine Besserung der Zustände hinfällig erschien, aus dem Kriegspressequartier ausschied. Eine ersprießliche Tätigkeit war unter diesen Umständen ausgeschlossen, und die Zeitungen hätten besser getan, ihre Korrespondenten überhaupt abzubrufen,“

Und das schreibt der Mann, wohlverstanden, zur *Verteidigung* der Kriegsberichterstatte! Er hat also selbst jetzt noch nicht einmal ein Gefühl für die Ehrlosigkeit des Verhaltens seiner Zunftgenossen. Übrigens wusste das jeder, der sehen *wollte*, von vornherein und mehr noch im Verlauf des Krieges: die Kriegsberichterstatte waren nicht dazu da, um zu berichten, was

vorging, sondern einzig und allein, um das Publikum in die nötige Durchhalte- und Hurrastimmung zu versetzen, je nach Belieben der jeweils herrschenden Stellen. Sie durften nur schreiben, was ihnen von oben her diktiert war. Von eigener Gesinnung und Überzeugung ganz zu schweigen, hatten sie nicht einmal eine eigene Anschauung der Dinge, die sie berichteten. Sie waren also die vielleicht verächtlichsten Werkzeuge der Kriegspolitik; sie haben in des Worts verwegenster Bedeutung für Bezahlung geschrieben, was [224] man gerade von ihnen haben wollte. Trotzdem sie natürlich recht gut wussten, für welche Sorte Dienste man sie brauchte. Das Berliner Tageblatt wird doch keinem ausgewachsenen Menschen einreden wollen, dass es den Rummel nicht vom ersten Tage an durchschaut habe! Übrigens zeigt ja der Artikel des Herrn Kellermann, wie klar die Kriegsberichterstatter wussten, was man von ihnen erwartete. Das hat aber kein einziges Blatt verhindert, an dem Hexensabbat teilzunehmen. Sie alle, alle, voran das Berliner Tageblatt und der Vorwärts, auch als er noch in den Händen der Unabhängigen war, haben mitgemacht, haben unter der Maske der Kriegsberichterstattung mitgeholfen, das deutsche Volk in Kriegsbegeisterung hineinzulügen. Ja, ihre Schuld ist größer als die der reaktionären Presse, von der Heeresleitung ganz zu schweigen. Die Heeresleitung und die Konservativen handelten nach ihrer Überzeugung. Sie hielten solche Berichte für notwendig, um das deutsche Volk zu Glück und Größe zu bringen. Das Berliner Tageblatt dagegen, die Unabhängigen und der Vorwärts werden nicht müde zu beteuern, dass diese Politik uns ins Unglück gestürzt hat. Wenn aber Blätter vom Schlage des Berliner Tageblattes und des Vorwärts sich den Zumutungen der Kriegsberichterstattung versagt hätten, dann wäre es einfach nicht möglich gewesen, das deutsche Volk vier Jahr lang im Rausch des Kriegswahnsinns festzuhalten.

Und nachdem wir das soeben hinter uns haben, verlangt Herr Hans Vorst im Tone rührenderst Unschuld, man solle der bürgerlichen Presse und ihren Korrespondenten Vertrauen entgegenbringen! Nein, wir haben wahrlich nicht das mindeste Vertrauen zu ihnen. Ebenso wie die Herren und ihre Blätter, gegen Bezahlung und im Interesse der damaligen Machthaber, uns vier Jahre lang über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz belogen haben, ebenso trauen wir ihnen ohne weiteres zu, dass sie, wiederum gegen Bezahlung und im Interesse der jeweiligen Machthaber, uns auch jetzt über die Vorgänge in Russland zu belügen im Stande wären. Also deshalb, weil Herr Hans Vorst dieses oder jenes über Russland geschrieben hat, gilt es uns noch lange nicht als wahr; das mag er sich gesagt sein lassen.

Kehren wir von dieser höchst notwendigen Abschweifung zum Thema zurück, so weiß Herr Vorst gegen den Inhalt der russischen Gesetze und Verordnungen, die in unserer Broschüre stehen, auch nicht ein Sterbenswörtchen vorzubringen. Er meint nur, aus ihnen ließe sich nicht ersehen, wie sich die Dinge in Russland *tatsächlich* gestaltet haben. Das haben [225] wir auch nie behauptet. Jeder Verständige weiß, dass das schönste Gesetz für sich allein nicht genügt, es kommt auf seine Anwendung in der Praxis an. Aber was soll nun daraus folgen? Soll man deshalb die Kenntnis der Gesetze bei Seite schieben? Das Berliner Tageblatt schwärmt ja z. B. für das „parlamentarische System“. Vielleicht ist ihm nicht unbekannt, dass dieses Regierungssystem in Frankreich, England und Amerika in der Praxis zum Teil recht sonderbare Blüten treibt. Wer seine Wirkungen kennen lernen will, würde sehr auf dem Holzwege sein, wenn er sich nur auf den Wortlaut der Verfassungen jener Länder beschränken wollte. Nichts würde er wissen, wenn er nicht daneben auch sehr gründlich studiert, wie es drüben in der Praxis aussieht. Aber will das B. T. behaupten, dass man, um eine Kenntnis der dortigen Zustände zu erwerben, nicht daneben auch die Verfassungsgesetze mit zu Rate ziehen muss? Wer das unterließe und sich *nur* an die tatsächlichen Zustände jener Länder hielte, würde vom „parlamentarischen System“ die Nase so voll bekommen, dass das B. T. sein blaues Wunder erleben könnte. Wir haben auch noch

nie gehört, dass es für jene westlichen Länder – das Dorado des Kapitalismus – die gleiche Weise Beschränkung gepredigt hätte. Nur für Russland soll sie gelten, weil es sich dort eben um kommunistische Maßnahmen handelt.

So verrät der Feldzug des Herrn Vorst nur, wie unangenehm es unseren „Demokraten“ ist, wenn das deutsche Publikum *überhaupt* etwas von den russischen Gesetzen und Verordnungen erfährt und so den Geist, der die Sowjetregierung beseelt, an der Quelle studieren kann. Ein Grund mehr für uns, unsere Leser aufzufordern, für weiteste Verbreitung der Sammlung zu sorgen und sich nicht mit solchen „Tatsachen“ zu begnügen, wie sie Herr Vorst und seine Genossen zu berichten belieben.

Die Reife zum Kommunismus.

In Ungarn ist die kommunistische Regierung gestürzt worden. Zwar liegen über die dortigen Vorgänge bis jetzt nur ebenso lückenhafte und überdies auch zweifelhafte Berichte vor wie aus Russland, aber so viel scheint doch sicher zu sein, dass es nicht das ungarische Volk und vor allem nicht die ungarische Arbeiterklasse war, welche die kommunistische Regierung beseitigt hat, sondern die Entente, und zwar mit Heeresmacht. Rumänische, englische, französische und amerikanische Soldaten sind in Budapest einmarschiert und haben eine neue [226] Regierung eingesetzt. Das ist für die Frage der Reife zum Kommunismus sehr bedeutungsvoll. Wenn die Ungarn selbst mit dem kommunistischen Regime unzufrieden waren, oder auch nur so viele von ihnen, dass es sich gegen sie nicht halten konnte, so wäre das natürlich ganz etwas anderes, als wenn fremde Machthaber mit Gewalt den Ungarn eine Änderung aufgezwungen haben.

Die kommunistische Partei Deutschlands⁴⁴ hat zu wiederholten Malen – schon in ihren Leitsätzen vom Dezember 1918, dann nach den Berliner Januar-Unruhen und später noch öfters – betont, dass sie die Regierungsgewalt nicht eher übernehmen werde, als bis die überwiegende Mehrheit der Deutschen das wünscht. Wir halten dies für durchaus richtig, ja für den *allein* richtigen Standpunkt. Denn gegen den Willen der Beteiligten lässt sich der Kommunismus nicht durchführen. Vielmehr widerspricht es den kommunistischen Grundgedanken, das Volk „von oben her“ damit beglücken und begnaden zu wollen. Wohl kein Satz im ehemaligen Erfurter Programm ist richtiger als der, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann. Das Volk selbst muss sich den Kommunismus schaffen. Anders geht es nicht.

Wird aber nicht damit seine Verwirklichung in unabsehbare Ferne gerückt? Schon hören wir den beliebten Einwurf, wenn wir so lange warten sollen, bis der letzte hinterpommersche Landarbeiter, der letzte ausgehungerte Weber des Erzgebirges Karl Marx' Kapital gelesen und verstanden hat, dann werden wir noch in tausend Jahren nicht so weit sein.

Trotzdem bleibt es richtig, dass die Verwirklichung des Kommunismus so lange aussichtslos ist, als nicht die ganz überwiegende Masse des Volkes ihn will. Da handelt sich's nicht um eine Abstimmung nach „demokratischem“ Muster: wenn von 100 Personen 51 dafür sind und 49 dagegen, wird's gemacht. Denn was notwendig ist, das ist ja, dass alle oder wenigstens fast alle hinterher im kommunistischen Sinne mitarbeiten, jeder an seinem Platz, ohne

⁴⁴ Wir dürfen als bekannt voraussetzen, dass die Lichtstrahlen nicht Organ der Kommunistischen Partei sind und nicht in deren Namen sprechen. Was in diesen Blättern steht, dafür trägt nur die Redaktion die Verantwortung. Es steht in gar keiner Verbindung mit der Partei, wie wir auch umgekehrt für das, was die Kommunistische Partei tut, keine Verantwortung tragen.

Extragewinne, vielleicht überhaupt ohne Lohn, nur gegen das Existenzminimum, nur getrieben von dem Willen, das gemeinsame Beste zu schaffen, sich dem gemeinsamen Wohl unterzuordnen. Wie will man [227] das durchführen, wenn sich 49% oder auch nur 40 oder 30 oder 20% aktiv oder passiv dagegenstemmen? Nein, der Kommunismus ist nur möglich, wenn *fast alle* ihn wollen, d.h., wenn die Zahl der Widerstrebenden so gering ist, dass man sie unbeachtet lassen kann. Erst dann sind wir reif zum Kommunismus.

Wie aber wird diese Reife erreicht? Durch Lesen des „Kapital“, durch aufklärende Vorträge und Propaganda? Um ganz etwas anderes handelt es sich. Am besten dürfte das durch einen historischen Vergleich klar werden.

Es war eine Zeit, da die Interessen der aufstrebenden Bourgeoisie in feindlichen Gegensatz gerieten zu denen des grundbesitzenden Adels. Diese Dinge werden uns gewöhnlich unter dem Etikett „Recht“ und „Unrecht“ erzählt. Das ist aber ganz falsch und irreführend. Nehmen wir ein bestimmtes Beispiel. Das Leben des frühen Mittelalters stand ganz und gar unter dem Grundsatz. „Nulle terre sans seigneur“. (Kein Stück Land ohne Herrn). Das war nicht beliebig ausgetüftelt, sondern aus der Entwicklung der vorangegangenen Jahrhunderte herangewachsen. Jedes Stückchen Land mit allem, was darauf war, den Menschen nicht minder als den Häusern, den Geräten, dem Vieh usw. gehörte irgendeinem Herrn. Dessen Grundhoheit äußerte sich darin, dass ihm von allem, was auf seinem Grund und Boden geschah, eine Abgabe gebührte. Wir können an dieser Stelle keine geschichtliche Abhandlung darüber schreiben, wie das gekommen war. Genug, es war so, und zwar viele Jahrhunderte lang. Es war der von alters her überkommene Rechtszustand. Niemals konnte dem Grundherrn, wenn er eine ihm zustehende Abgabe erhob, der Gedanke kommen, dass er damit ein Unrecht tat. Und auch denen, welche die Abgabe leisteten, konnte es nie beifallen, das für Unrecht zu halten. Beide Teile bewegten sich durchaus auf dem Boden des Rechts.

Aber die Zeiten änderten sich, die Jahrhunderte verflossen, und da die Wirtschaftsweise eine andere wurde, so fielen die Abgaben den Pflichtigen mehr und mehr zur Last. Besonders der inzwischen entstandenen Bourgeoisie. Sie hatte in jenen frühen Zeiten, als dieser Rechtszustand geschaffen wurde, noch gar nicht existiert. Auf ihre Bedürfnisse also nahm er keine Rücksicht. Aber nun stelle man sich folgenden Fall vor. Ein Kaufmann transportiert Waren von einer Stadt zur andern. Dabei passiert er die Territorien mehrerer Grundherren. Jeder verlangt von ihm eine Abgabe. Ursprünglich hatten die Kaufleute das ohne weiteres gegeben. Auch sie hatten nicht die [228] Empfindung, dass ihnen damit Unrecht geschah. Es war ja nur die Ausübung eines heiligen, Jahrhunderte alten Rechtes. Aber mit der Zeit reichten die Handelsverbindungen immer weiter, und so wurden die Abgaben immer drückender. Es ließ sich voraussehen, dass sie die Entwicklung des Handels auf die Dauer verhindern, unterdrücken würden. Ein Warenzug von Augsburg nach Amsterdam kam durch mehrere hundert kleiner Territorien. Verlangte jeder Grundherr seine Abgabe, so musste schließlich mehr abgegeben werden, als der ganze Transport wert war.

So fing die Bourgeoisie an, diese Abgaben als „Unrecht“ zu empfinden, und strebte danach, sie zu beseitigen. Das aber musste natürlich wieder den Grundherren als das höchste „Unrecht“ erscheinen. Wollte man ihnen doch rauben, was sie als uraltes Recht von ihren Vätern geerbt hatten. Und mit aller Macht setzten sie sich zur Wehr. Wo die Kaufleute die Abgabe verweigerten, da nahmen sie sie, wenn sie konnten, mit Gewalt. Auf diese Weise entstand das sogenannte „Raubrittertum“, das uns meist als der Gipfel der Unmoral geschildert wird. Es ist aber kaum anzunehmen, dass ein Raubritter – etwa so, wie heutzutage ein Wegelagerer – das Bewusstsein hatte, Unrecht zu tun. Im Gegenteil, sich selbst galt er als Verteidiger des guten alten Rechts gegen die Neuerer, die frech daran rüttelten. Er nahm sich,

was ihm nach seinem Rechtsempfinden zukam, und darüber hinaus bestrafte er die Schädiger des Rechts.

Stellen wir uns nun den zugespitzten Gegensatz vor Augen: auf der einen Seite das Rittertum, das mit der Tat und vielleicht überdies noch mit Wort und Schrift den alten Rechtszustand verteidigt, indem es darlegt, wie die Neuerung alle Bande der althergebrachten Ordnung sprengt, wie dann das ganze Staatswesen zusammenbrechen muss und wie dabei auch diejenigen selbst zu Grunde gehen werden, die jetzt die Neuerung wünschen. Auf der andern Seite die Kaufleute, die zwar die Abgabe als lästig empfinden, sich aber doch über die theoretischen Zusammenhänge nicht so recht klar sind, zudem selbst aufgewachsen in den althergebrachten Rechtsanschauungen. Da ist recht wohl denkbar, dass sie sich zunächst den Gründen der Gegner beugen. Sie wissen nichts darauf zu erwidern; sie geben zu, dass der „Bestand des Ganzen“ wichtiger sei als ihr „privater Vorteil“; sie sehen ein, dass sie selbst auf die Dauer nicht werden existieren können, wenn die alte Ordnung nicht gewahrt bleibt, die „uns alle ernährt hat“, kurzum, sie [229] stimmen, entgegen ihren eigenen Interessen, für die Beibehaltung der Abgaben.

Das ist, wie gesagt, durchaus denkbar. Aber wird nun dadurch die wirtschaftliche Entwicklung auch nur um Sekunden verzögert? Ganz gewiss nicht. Der Handel entwickelt sich weiter; um ihn zu betreiben, um zu existieren, ja um das nackte Leben zu haben, muss die Bourgeoisie immer von neuem gegen die feudalen Vorrechte ankämpfen, und zuletzt entzieht sich dem auch ihre Einsicht nicht: die Gründe der Gegner verfangen nicht mehr, die Kaufleute wissen darauf zu erwidern, und das haben sie gelernt, nicht aus dem Studium dickleibiger Bücher, sondern aus der Praxis ihres Berufslebens selbst.

In einer ganz ähnlichen historischen Situation befinden wir uns heutzutage. Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Er steht im Widerspruch zu den Lebensnotwendigkeiten der Volksmassen. Er hat sie in den grauenhaften Krieg geführt, und nach diesem Zusammenbruch vermag er keine irgendwie gesicherte Ernährung der Massen mehr in's Werk zu setzen. Aber die deutsche Arbeiterklasse hat noch kein klares Verständnis hierfür. Als im November und Dezember 1918 die Verteidiger des Kapitalismus auftraten und ihre Gründe vortrugen: Arbeit ist notwendig, und da noch kein anderes System existiert, müssen wir vorläufig auf kapitalistische Weise weiterarbeiten, erst müssen wir wieder zu Wohlstand kommen, ehe wir sozialisieren können usw. usw. da leuchtete das den deutschen Arbeitern ein. Sie beugten sich den Gründen ihrer Gegner, weil sie's nicht besser wussten – es waren ja die Anschauungen, in denen sie aufgewachsen waren – und stimmten im Dezember 1918 selbst dafür, dass zunächst eine Nationalversammlung gewählt werden müsse. Diese ist ein bürgerliches Parlament und bemüht sich seit Februar im Schweiß ihres Angesichts, das zu tun, was ihre Aufgabe ist, nämlich die kapitalistische Staats- und Wirtschaftsordnung in Deutschland wieder aufzurichten und zu festigen. Ebenso gut könnte sie sich damit abmühen, einen Leichnam zu galvanisieren. Ein Blick auf ihre Tätigkeit genügt, um das zu zeigen. Sobald es sich darum handelt, die Fragen zu lösen, die uns allen auf den Nägeln brennen, nämlich die Ernährung des Volks und die Finanzen des Reichs, so tauchen die phantastischsten Pläne auf, von denen noch nicht ein einziger verwirklicht worden ist. Man denke an Herrn Dernburg's famose „letzte Arbeitsstunde“ als Steuer, an Herrn Erzbergers nicht minder famose Stempelung der Wertpapiere und Banknoten. Umso fruchtbarer war die Nationalversammlung auf einem anderen Gebiet: sie hat eine [230] *Verfassung* geschaffen! Da sie für den *Inhalt* nichts tun konnte, schuf sie eine *Form*. Als wenn viel darauf ankäme, ob das deutsche Volk mit oder ohne Reichspräsidenten verhungert.

Steht nun deswegen die wirtschaftliche Entwicklung auch nur eine Sekunde still? Ganz gewiss nicht. Immer drängender wird die Not, und um zu existieren, um das nackte Leben zu

haben, müssen die Arbeiter immer von neuem gegen die kapitalistischen Vorrechte ankämpfen. Schon heute verfangen die Gründe ihrer Gegner nicht mehr so recht. Kann man denn die Schädlichkeit des Streiks überzeugender nachweisen, als es die Regierung des Herrn Ebert immer und immer wieder tut? Und dennoch streiken die Arbeiter. So wird auch der Augenblick kommen, wo sie all das andere nicht mehr glauben, was sie vor 8 Monaten noch geglaubt haben. Dass die Sache mit der Nationalversammlung verkehrt war, dass sie damit nur ihren Gegnern eine Waffe gegen sich selbst in die Hand gegeben haben, dürften die meisten Arbeiter schon heute gemerkt haben. So werden ihnen die Augen weiter aufgehen, nicht durch das Studium von Marx, nicht durch unsere Vorträge, sondern durch das praktische Leben selbst. Und wenn es so weit ist, dann sind wir reif zum Kommunismus.

Das Proletariat der Türkei.

Von Wedad Nedin.

Welch Wunder! Paläste und Harems, Paschas und Eunuchen, wohl! Aber Proletariat in der Türkei?! Ja, meine Genossen, es ist kein Wunder, es ist eine der traurigsten Tatsachen, eine bis jetzt unberührte und doch bitterste Wahrheit der leidenden Menschheit: Proletariat der Türkei!

Nicht als egoistischer Nationalist, sondern als altruistischer Sozialist sehe ich mich verpflichtet, das Stöhnen eines verkannten und doch des innigsten Mitleides und der dringendsten Hilfe bedürftigen Volkes nicht der angeklagten Welt, nein, nicht diesem von Menschentränen ernährten Monstrum, aber den um ihre beraubte Freiheit ringenden Proletarierbrüdern zu Gehör zu bringen.

Der bürgerliche Forscher und Reisende in Kleinasien erzählte uns immer von einem unzivilisierten „zäh arbeitenden, aber etwas schwerfälligen und der Regierung gegenüber durchaus fügsamem“ Volk. Die Gründe, die es dazu machten, hat er nicht zu erforschen gesucht, weil eben die Interessen der [231] Kreise, die er vertrat, im höchsten Einklang zu dieser Tatsache standen. Fast alle diese Forscher waren Pioniere der Bourgeoisie. Sie suchten lediglich ein rentables Ausbeutungsfeld für das nach Profit lüsterne Kapital.

Sie setzen ihre Mission immer noch fort, diese bürgerlichen Forscher und Reisenden. Es kommen heute noch nach der Türkei amerikanische Kommissionen, begleitet von ihren Bundesgenossen, angeblich besorgt um die gerechte Durchführung der 14 Punkte Wilsons. O, diese Heuchelei! Sie suchen mit leeren Wortier wie „Gerechtigkeit“, „Selbstbestimmungsrecht“, die Völker zu blenden, aber die geknebelte Menschheit, die so viel hat durchmachen und erfahren müssen, erkennt leicht in ihnen das Hexengesicht des imperialistischen Kapitals wieder.

Wir wollen aber nicht wie jene verfahren: für uns gilt der Mensch, nicht das Arbeitstier. Wenn wir unsere Augen auf diesen Teil der Erde – die Türkei – lenken, so sehen wir dort ein bis zum Äußersten ausgebeutetes, teuflisch geknechtetes Arbeitsvolk. Kriege und Seuchen, Hunger und Elend, Missachtung und Unterdrückung sind sein Los. Es wäre zu viel verlangt von einem deutschen Proletariersohn, sich die Grenzen der Unmenschlichkeit, unter der diese Menschen darben, vorzustellen. Weder Sozialversicherung noch Arbeiterschutzgesetzgebung, noch Partei, noch Gewerkschaft, nichts, nichts, nur die einzelnen, der Gier und Laune des Kapitals ausgesetzten Individuen. Unbestimmter Arbeitstag, nach Belieben des Herrn geregelte Nacharbeit, erbarmungslose Kinder- und Frauenarbeit, spottniedrige Löhne, oftmals nur ein Brot, kurz – alle Vorteile für die Verwertung des Kapitals. Die Organe der Bourgeoisie, *Staat* und *Religion*, sind seine Lakaien. Nicht nur ein *Klassenstaat*, der mit seinen Gesetzen, Gendarmen und Gefängnissen das

Proletariat im Banne hält, sondern auch eine *Klassenreligion*, welche als unzertrennliche Gefährtin des ersteren das Volk in Finsternis und Blindheit taucht. Der Staat verlangt Gehorsam, die Religion predigt es als Gottes Wille! Der Staat züchtet Untertanen, die Religion gebietet Unterwerfung vor dem Sultan! Der Staat droht mit Gesetzen, die Religion mit dem Koran! Der Staat mit seiner antiproletarischen Politik, die Religion, dieses größte Hemmnis allen Fortschritts, mit ihrem Fanatismus und Konservatismus, lassen das Volk in Elend und Rückständigkeit verfaulen.

In einem Agrarlande wie die Türkei nehmen die *Bauern* den größten Platz in der Proletarierklasse ein. Die freien Bauern bilden einen verschwindend kleinen Teil der [232] Landbevölkerung; die große Masse besteht aus besitzlosen Arbeitern oder überschuldeten Zwergbesitzern. Unter dem Drucke des Land- und Kreditwuchers schreitet die Proletarisierung der Landbevölkerung immer weiter fort. Durch nicht geringen Zuzug nach der Stadt aus bäuerlichen Kreisen schwillt die infolge Konkurrenz der europäischen Großindustrie von verdrängten Handwerkern gebildete „Übervölkerung“, d.h. die Reservearmee der Arbeitslosen immer mehr und mehr an.

Der überwiegende Teil der Steuerlasten ruht auf der Bauernschaft. Im Jahre 1911 z. B. ergaben die ländlichen Steuern 201, die städtischen nur 30¼ Millionen Mark. Diese Lasten werden desto drückender, je mehr das internationale Kapital zuströmt. Wie überall, so auch in der Türkei, hat dieses sich des Verkehrswesens zu bemächtigen gesucht: fast alle Eisenbahnen sind in der Hand ausländischer Gesellschaften. Die türkische Regierung verpflichtet sich, für die Rentabilität des Unternehmens aufzukommen, indem sie die Zehnten einer Reihe von Provinzen dem sog. Verwaltungsrat der öffentlichen Schuld überwies. Bei hohen Bau- und Betriebskosten, bei mangelndem Personen- und Güterverkehr kamen die Unternehmer zu kurz und das zur Bildung des erforderlichen kapitalistischen Profits Fehlende wird nun in Form der sog. Kilometergarantie vom Türkischen Staate den Eisenbahngesellschaften jährlich zugeschossen. Auf diese Weise gewann das *Zehntwesen*, auf das ich in einem kommenden Artikel näher eingehen werde, zur Tilgung der immer wachsenden öffentlichen Schulden an Bedeutung. Die Ausbeutung der Bauernschaft ging Hand in Hand mit der Ausbreitung des europäischen Kapitals. Und wie *Rosa Luxemburg* treffend sagt, wurde „die Kehrseite dieser großartigen ‚friedlichen Kulturwerke‘ der ‚friedliche‘ und großartige Ruin des kleinasiatischen Bauerntums“⁴⁵.

Dieser Ausbeutungs- und Aussaugungsprozess bekommt jetzt einen noch größeren Umfang. Die Gier des siegreichen Imperialismus und Kapitalismus sucht Nahrung, was zur vollständigen Versklavung der Bauernschaft führen wird.

Die sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei hat sich trotz aller Hindernisse entschlossen, die Arbeitskräfte, die das imperialistische Kapital grausam ausbeutet, um ihre Klasseninteressen zu sammeln. Die Organisation der städtischen Arbeiter einerseits und die der Landarbeiter andererseits zu einer *bewussten* Klasse ist unsere Hauptaufgabe, deren Schwierig [233] keiten wir nicht unterschätzen. In unserem Kampfe um die Befreiung des unterdrücktesten Proletariats der Welt rechnen wir auf die Hilfe und Solidarität der Proletarier aller Länder und nicht zuletzt auf die ersehnte Weltrevolution, die allen leidenden Menschen eine lichte Zukunft verbürgt. ...

⁴⁵ Junius, die Krise der Sozialdemokratie, S. 27.

Aus meinen Kriegserinnerungen.

Von Bruno Lieske.

5. Um Lorettohöhe. (Schluss.)

Lille, 8. Oktober 1915.

Erst gegen Abend des 29. September gehts wieder hinauf. Der Zugangsweg zum Schlosse bildet den Weg für die schweren Geschosse, sodass man glaubt, jeden Augenblick könnte man mit solchem Ding hinunterfahren. Ja, der Gegner kennt den Weg der Ablösungen sehr genau, sodass man über zerschossene Bäume sehr oft hinwegklettern muss Und stinken tuts hier heute, geradezu die Nase beleidigend. Das hat seinen Grund in den Heldengräbern, die vor etwa Jahresfrist hier angelegt worden sind. Die Engländer haben wieder mal den Wald „abgeföhlt“ bis zu uns herunter und erbarmungslos warfen die Granaten Dreck und Leichenfetzen umher! Es ist, Gott sei Dank, zu dunkel, um etwas zu erkennen! Dann geht unser Weg heute auch rechts ab. Eine Patrouille sollte freiwillig gegangen werden, wozu sich gerade ein Mann meldete!

Etwa 200 Mtr. hinter dem ersten Graben sollen wir einen neuen anlegen, anscheinend ist's vorn brenzlich. Aber noch weiter rechts von uns müssen die Franzmänner wohl näher sein, denn ihre Geschosse schlagen mit Peitschenknall in die dünnen Stämme ein. Ich persönlich bin zu gleichgültig, um mich sonderlich darüber aufzuregen. Nur gut, dass man „drüben“ von unserer Arbeit nichts wusste, sonst hätte man uns wohl ausgeräuchert. Aber wenig vorsichtig ist solche nächtliche Schießerei doch, denn das Essenholen kostete ein paar Verwundete. Trotzdem wurde der kalte Reis gierig verschlungen. Wie es heißt, sollen der Feldküche ein paar Pferde abgeschossen worden sein.

Gegen 6 Uhr morgens gings zurück, (30. September) aber bloß um zu sehen, dass die 5. Kompanie unsere Unterstände mit Beschlag belegt hatte. Arme Teufel, sie hatten ihre 48 Stunden hinter sich. Vor uns am 28. September [234] eingesetzt, musste sich die Garde doch durch einen Sturm zeigen, mit dem man weiter nichts erzielte, als dass von etwa 180 Mann ganze 37 heil zurückkamen. Nun warten sie hier vergeblich auf „Zerstreute“, von denen sich später auch noch 10 angefundnen haben sollen. Wir mussten ihnen also die Unterstände überlassen. Dafür fanden wir aber endlich Menage vor: 2 Brote, 2 eiserne Portionen, 2 Zwiebackbeutel usw. Aber wie sollte man das alles nach oben schleppen? Wie viele, so ließ auch ich das meiste zurück, außer einem Stück trocken Brot, indem ich mir sagte: kommst du wieder zurück, wird ja auch noch was da sein, ist das nicht der Fall, dann hast du nicht unnütz geschleppt! Ich hatte recht getan.

Bei herrlichem Wetter zogen wir deshalb hinauf. Am helllichten Tage solch Experiment, wie soll das enden? Auch scheint es immer noch brenzlich zu sein, denn die 7. Kompanie hält den Schlossgraben an einem schmalen Waldstreifen besetzt, sonst war es ein Laufgraben! Bald hatte uns auch schon ein Flieger gesichtet und wir änderten den Kurs. Viel nützen sollte das aber nicht, denn kaum waren wir auf dem freien Felde mit Strauchwerk angelangt – Zugangsraben gab es hier nicht –, da speiten die Gegner einen derartigen Granatenregen aus, dass ich nie in meinem Leben diesen Tag vergessen werde. 5 Meter vor, 5 Meter hinter, 5 Meter rechts und 5 Meter links, so schlugen sie ein! Viele Blindgänger waren dabei, sonst hätte sich die Erde vollständig öffnen müssen. Ich klebte an der Erde, und bei jedem Abschuss, den man bald erkennt und der bei fernstehenden Geschützen sekundenlang Zeit gibt, krallte ich die Finger ein und erwartete, mit dem Gesicht in die Erde gewöhlt, den tödlichen Stoß! In der Luft aber hörte ich einen Hexensabbat, das Singen und Heulen der herumfliegenden

Eisenstücke und Zünder, geeignet, den Menschen bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln! Könnt Ihr Euch vorstellen, welch ungeheure Wirkung auf die Nerven eine solche Tortur hat?

Durch die Reihen ging ein Murren: „Will man uns denn hier einfach totschießen lassen?“ Ich hörte etwas wie Unverstand, – am helllichten Tage –, als plötzlich durchgerufen wird: zurück! Das aber ging schnell! Was nützte es, dass man warnte: nicht aufstehen, schließlich lief ich selbst so schnell die Füße tragen wollten, bis wir uns bei der 7. Kompanie wiederfanden. Und hinter uns her flogen die Granaten, als wollten sie schnell noch ihr Opfer erreichen! Als ruhig zu denken anging, stellte sich heraus, dass nur zwei Züge „ausgerückt“ waren. Der Hauptmann ließ mitteilen, dass er den [235] durchgesagten Befehl nicht gegeben habe und mit dem ersten Zuge in Stellung säße. So gings wieder hinein in den Tumult. Unser schneidiger „Vize“, wollte gleich alles hineinjagen und warf mit schneidig sein sollenden Bemerkungen um sich. Vom „Schnauzehauen“ kam er auf das „Melden“ und den „Hinweis auf die Folgen.“ Nur gut, dass die Leute gleichgültig werden, sonst hätte dieses Vorgehen doch noch seine Opfer gekostet, denn in den Haufen trifft man bekanntlich leichter als einen einzelnen Mann. Auch ich ging wieder, doch mit der festen Absicht, einem Rückzugsbefehl nicht wieder Folge zu leisten, da nichts schrecklicher ist, als im Granatfeuer zu Hauf einher zu laufen. Glücklicherweise gelingt der zweite Versuch, so erreichen wir den Graben – ohne Verluste –! Der Gegner glaubte sicher, dass nichts mehr lebt, oder hatte irgendwie die Flucht beobachtet, genug, langsam verstummt das Feuer.

Wie schnell man aber hier draußen Gefahren vergisst beweist die Tatsache, dass ich nun meine „eiserne Portion“ vornahm und sie nach allen Regeln der Heißhungerkunst verschwinden ließ. Das Wetter hielt sich, doch mussten wir den bereits hereingebrochenen Nachmittag meistens auf dem Bauche verbringen, um uns vor Fliegersicht zu schützen. Ich betrachte schon wieder, wie sind die Menschen gealtert! Keinen finde ich unter 40 Jahren und doch war unser Ersatz nur bis 37 Jahre alt. In Charleroi kamen sogar bloß 19-jährige! So geht der Tag zu Ende und wir der Arbeit zu. Aber erst überschüttet unser Gegner das Gelände nochmals mit dem übrigen Eisen, wobei ich so unglücklich gegen einen Unterstand lag, dass mein Kopf bei jedem Einschlag gegen einen Baumstamm schlug. Dann zog ein Fliegergeschwader von 17 Stück über die Stellungen von Lille bis Arras und ließ mich ahnen, dass morgen ein besonderer Tag sein würde. Wir fluchten über unsere vielgerühmten Fliegerhelden, die uns den Gegner nicht vom Halse halten konnten, jetzt natürlich wie eine Stecknadel gesucht wurden. Ich entsinne mich nicht, einen der genannten näher als 20 Klm. von der Front gesehen zu haben, oder sollte ich ein so seltenes Schauspiel nicht beachtet haben?

Die Sonne verschwindet, wie alt mag ich aussehen? Wie vielen war dieser Tag der des Todes, wie vielen brachte er Siechtum und Herzeleid? Wer aber erlebt den Morgen noch? – Ich habe nicht das Gefühl, dass mir sehr schlimmes passieren kann![236]

Die Arbeit wollte aber gar nicht gehen! Gegen Morgen des 1. Oktober waren unsere Leute so hin, dass sie aufrechtstehend schliefen, während die französischen Gewehrkugeln das Wiegenlied um ihre Ohren sangen. 28 Stunden dem Feuer und der Aufregung, ohne die kurze Unterbrechung ausgesetzt zu sein, bringt die Nerven hin, der Tod schreckt nicht mehr, er ist eine Erlösung. Mir gehts noch schlimmer! Richtig geschlafen habe ich noch in der Nacht vom 26. zum 27. September. Was nützt das Fluchen der Vorgesetzten, was die Drohungen mit dem Todesurteil: „ich schicke sie gleich an den linken Flügel!“ Ich hatte Pech! Kalte Erbsen gaben Durst. und meine Feldflasche war „geklaut.“ Nun sollte ich noch für den Leutnant eine Wolfsschlucht bauen – und ich konnte nicht –! Ich nahm die „Annäherung“ aber wahr und stellte mehr dem Vorgesetzten unsere Massennot vor, nachdem mich selbst Unteroffiziere dazu ermuntert hatten. Da hatte ich aber ins Fettnäpfchen getreten, dieweil ein Eintreten für

andere beim Militär einer Verschwörung gleicht! Ich war mir der Sache sehr wohl bewusst und vom „Zivil“ her nicht gewöhnt, mich gleich ins Bockshorn jagen zu lassen, deshalb stellte ich dem Herrn vor, dass es doch ratsamer sei, bei Dunkelheit Wasser holen zu lassen, als dass der Durst die Menschen bei Tage dazu treibt. Verschwiegen hatte ich, dass sie jetzt schon nicht zu halten waren. Da gings aber los! Das sei eine Drohung, ich wollte ihn zwingen, – mir wurde ganz schwarz vor Augen –, Hauptmann sofort melden, so fuhr es gegen mich! Rückzugskanonade, denn: „er werde bestimmen, wann zwei Mann jeder Gruppe gehen können.“ Das war der Schluss! Leider musste ich nochmal daran erinnern, sodass nicht alle bei Tagesanbruch zurück waren, und sehr leicht unsere Stellung aufs Spiel setzen konnten. Die Sucht, immer den Vorgesetzten zu spielen, ist nicht immer gut und schließlich wäre manches besser, wenn man auch bei dem einfachen Manne einen Rat nicht achtlos zur Seite schiebt.

Alles kann sich niederlegen, schon schliefen sie! Ich baute noch und legte mich endlich neben den Vorgesetzten in den Dreck. O, wie konnte der aber fluchen! Aber auch ich. Zu meinen Sachen kam ich nicht, sonst hätte ich auf Kameraden treten müssen. So lag ich ohne Mantel im nassen Lehm! Mich fror zum Gotterbarmen, so schlief ich wieder nicht. Die englischen Morgengrüße waren sonderbar kurz heute. Von ferne Geschrei, hier, dort! Das sind Angriffe, wie das Knattern der Maschinengewehre beweist. Da tönt es von Loos her schauerlich, man unterscheidet deutlich Hilferufe! Und während [237] der Leutnant mich fragt und wir Gedanken darüber austauschen, setzen die Kanonen wieder ein. Zwischen den platzenden Geschossen aber liegen sicher Hunderte, die im Fieberwahn der Angst und des Schmerzes der Wunden ihr Selbstbewusstsein verloren haben, als einzige Rettung den Himmel anflehen. Jetzt erzählt mein Bettnebenmann von dem schauerlichen Angriff, dessen Geschrei so hilfeflehend klang. Das 1. Garde-Regiment hatte dem offenbar überall geplanten Angriffe zuvorkommen wollen, die Kompanie des Kameraden stürmte den ersten Graben, Sieg! Auch den zweiten – da naht das Verhängnis –! Ein Grabenviereck von 200 Mtr. lässt die Maschinengewehre grausige Arbeit tun! Immer feste druff, dann Hilfe! Und als der Gegner sieht, dass der Coup gelungen, die Stürmer nicht rück- noch vorwärts können, lässt er erbarmungslos durch Kanonen vollenden, was Gewehre übriggelassen. Armes Heldentum

So lag alles am Boden und schlief, nur ich konnte auch heute kein Auge zu machen und vertrieb mir die Zeit, freiwillig auf Flieger zu wachen. Von Zeit zu Zeit gab ich den Wachen den warnenden Befehl: „Achtung, Fliegerdeckung!“ Neben mir lag der Leutnant, der vergeblich eine Zeltbahn haben wollte, die trocken ist, rauchte im Halbschlaf seine Zigarre und schimpfte auf den verfluchten Krieg, wie ich selten jemand schimpfen hörte! So konnte es gegen 7–8 Uhr sein, als immer mehr Gewehrgeschosse in unsern Grabenrand einschlugen, das Artilleriefeuer aber wieder ganz verstummte. Plötzlich rief jemand: „Den Leutnant wecken, Angriff der Franzosen von rechts!“ Ich tats, er stand auf und blickte mich ratlos an. Seine Frage, ob er nach vorn solle, bejahte ich lächelnd, indem ich darauf hinwies, dass sonst das Wecken doch keinen Zweck hätte. In demselben Moment bekommt mein Kopf einen Schlag, verbunden mit einem bohrenden Gefühl, dass ich in die Knie sinke. Bevor ich mich umdrehen konnte, zu sehen, wer so bestürzt ist, mir den Kolben an den Kopf zu schlagen, höre ich: na, nur ein Streifschuss! Das Blut lief mir in die Augen und der Leutnant, der wohl eine schlechte Wirkung auf den jungen Ersatz befürchtete, rief mir zu: „Machen Sie, dass Sie fortkommen!“ So kroch ich denn los, immer zwischen den Füßen der Kameraden hindurch, bis ich hinaus musste aus dem schützenden Graben.

Hier auf freiem Felde war „dicke Luft!“ Die Kugeln piffen nur so um mich herum, doch endlich ging mir das Kriechen doch zu langsam und ich lief, so schnell ich konnte. Ja, ja, man läuft um sein bisschen Leben! Von dem Ärger, [238] der den Soldaten befallen soll, wenn er

nicht mehr mitmachen kann, habe ich wirklich nichts gespürt, dagegen dachte ich immerfort an den 51er – Kopfstreifschuss, Granatsplitter, leb wohl Heimat – !

Der Weg wurde mir jetzt unbekannt, weshalb ich im Lauf stockte. Auch aus den Augen konnte ich des Blutes wegen nicht mehr sehen, so warf ich mich hinter einer Hecke nieder und legte einen Verband um den Kopf. Die Überlegung kehrte zurück und nochmals suchte ich schneller zu sein als Flintenkugeln, sodass ich eine Hütte erreichte, in der ich Kameraden traf, die mir den rechten Weg wiesen.

Aus alten Papieren.

Friede den Hütten! Krieg den Palästen!

Im Jahre 1834 siehet es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am fünften Tage und die Fürsten und Vornehmen am sechsten gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt: „Herrschet über alles Getier, das auf Erden kriecht“, und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihn mit dem Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und lässt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tisch des Vornehmen.

Im Großherzogtum Hessen sind 718 373 Einwohner, die geben an den Staat jährlich 6 363 436 Gulden. Dies Geld ist der Blutzehnte, der von dem Leib des Volkes genommen wird. An 700 000 Menschen schwitzen, stöhnen und hungern dafür. Im Namen des Staates wird es erpresst, die Presser berufen sich auf die Regierung, und die Regierung sagt, das sei nötig, die Ordnung im Staate zu erhalten. Was ist denn nun das für ein gewaltiges Ding: der Staat? Wohnt eine Anzahl Menschen in einem Land und es sind Verordnungen oder Gesetze vorhanden, nach denen jeder sich richten muss, so sagt man, sie bilden einen Staat. Der Staat also sind alle; die Ordner im Staat sind die Gesetze, durch welche das Wohl *aller* ge- [239] sichert wird, und die aus dem Wohl aller hervorgehen sollen. Seht nun, was man in dem Großherzogtum aus dem Staat gemacht hat; seht, was es heißt: die Ordnung im Staate erhalten! 700 000 Menschen bezahlen dafür 6 Millionen, d.h. sie werden zu Ackergäulen und Pflugstieren gemacht, damit sie in Ordnung leben. In Ordnung leben heißt hungern und geschunden werden.

Wer sind denn die, welche diese Ordnung gemacht haben und die wachen, diese Ordnung zu erhalten? Die Regierung wird gebildet von dem Großherzog und seinen obersten Beamten, die anderen Beamten sind Männer, die von der Regierung berufen werden, um jene Ordnung in Kraft zu erhalten. Ihre Zahl ist Legion: Staatsräte und Regierungsräte, Landräte und Kreisräte, geistliche Räte und Schulräte, Finanzräte und Forsträte usw. mit all ihrem Heer von Sekretären usw. Das Volk ist ihre Herde, sie sind seine Hirten, Meister und Schinder; sie haben die Häute der Bauern an, der Raub der Armen ist in ihrem Hause; die Tränen der Witwen und Waisen sind das Schmalz auf ihren Gesichtern; sie herrschen frei und ermahnen das Volk zur Knechtschaft. Ihnen gebt ihr 6 Millionen Gulden Abgaben; sie haben dafür die Mühe, euch zu

regieren, d.h. sich von euch füttern zu lassen und euch: eure Menschen- und Bürgerrechte zu rauben. Sehet was die Ernte eures Schweißes ist!

(Aus dem Flugblatt „Der Hessische Landbote“ von *Georg Büchner*, 1834.)

Bediente, die keinen Herrn haben, sind darum doch keine freien Menschen – die Dienstbarkeit ist in ihrer Seele.

Heinrich Heine.

Mitteilung. Infolge Erkrankung des Verfassers, die seine Arbeit mehrere Wochen unterbrach, sehen wir uns leider gezwungen, den Schluss des Artikels „*Teuerung und Arbeitslöhne*“ bis zum Septemberheft aufzuschieben. Dann aber wird er bestimmt erscheinen.

Beteiligung am Parlament?

Die Frage, ob sich die deutschen Arbeiter an den Parlamentswahlen beteiligen sollen, ist in den letzten Wochen wieder einmal aktuell geworden. Wie die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, in Hamburg erzählt, hat der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands dahingehende Wünsche geäußert.

Von vornherein ist festzustellen, dass die Frage nichts mit Demokratie zu tun hat, denn das Parlament und das parlamentarische System ist das gerade Gegenteil von Demokratie. Seinem sprachlichen Ursprung nach bedeutet das Wort Demokratie so viel wie „Volksherrschaft“. Da aber das Volk auch derjenige ist, der regiert *werden* soll, so bezeichnet Demokratie einen politischen Zustand, worin das Volk *sich selbst* regiert. Davon ist nun bei einer Parlamentsregierung absolut nichts zu spüren. Die deutsche Nationalversammlung z. B. besteht aus ein paar hundert Männern und Frauen, die die Minister einsetzen und mit ihnen so regieren, wie sie wollen. Das „Volk“, wozu außer den Abgeordneten noch über 40 Millionen andere erwachsene Menschen gehören, hat nicht den geringsten Einfluss darauf. Es kann z. B. in diesem Augenblick nicht einmal darüber bestimmen, wann die Nationalversammlung auseinandergeht und wann eine Neuwahl vorgenommen werden soll. Diese völlige Einflusslosigkeit des Volkes ist auch kein Zufall. Man betrachte die Zustände in den klassischen Ländern des Parlamentarismus, in England, Frankreich und Amerika, und man wird finden, dass es dort genau ebenso ist. Übrigens war ja die ehemalige deutsche Sozialdemokratie innerlich ganz nach dem parlamentarischen System aufgebaut, und wir haben erlebt, dass zuletzt die Führer und Abgeordneten alles bestimmten und die Masse der Mitglieder nichts weiter zu tun hatten als die Beschlüsse der [241] Führer auszuführen. Eine tollere Umkehrung aller Demokratie kann man sich wohl nicht vorstellen.

Im Übrigen muss die Frage der Beteiligung am Parlament heute, nach der deutschen Revolution, prinzipiell anders beurteilt werden als vor ihr. Bis zum 9. November 1918 war es richtig, dass die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft sich an den Wahlen beteiligte. Denn alles, was damals zur Herbeiführung des Sozialismus getan werden konnte, war Propaganda. Dazu bot die Wahlagitation eine ausgezeichnete Gelegenheit, und die Tribüne des Reichstags wie der Landtage eine fast ebenso gute. Torheit wäre es gewesen, darauf zu verzichten. Kein anderes Mittel der Agitation war so wirksam wie dieses. Allerdings muss zugegeben werden, dass es durch die sozialdemokratische Partei übertrieben wurde. Diese tat ja Jahrzehnte lang überhaupt nichts anderes mehr als wählen oder Wahlen vorbereiten. Dadurch entstand in den Massen die Vorstellung, als ob es nur gälte, die Mehrheit in den Parlamenten zu erreichen und dann etwa durch Abstimmung den Sozialismus einzuführen. Es entstand weiter jene Überschätzung des Führertums, die diesem zuletzt den schauerlichen Verrat des 4. Aug. 1914 ermöglichte. Aber etwas an sich Brauchbares ist nicht deshalb zu verwerfen, weil es schlecht angewandt wird. Als vornehmstes Agitationsmittel war die parlamentarische Betätigung nicht nur höchst nützlich, sondern geradezu unentbehrlich.

Heute aber, nach der Revolution liegen die Dinge ganz anders. Früher konnten wir nichts tun als reden; dazu war das Parlament ein sehr geeigneter Ort. Heute muss *am positiven Aufbau des Sozialismus gearbeitet* werden; dazu ist das Parlament absolut ungeeignet.

Am 9. November 1918 hatte die deutsche Arbeiterklasse tatsächlich die gesamte Macht in ihren Händen. Die Bourgeoisie stand wie betäubt und erwartete ungesäumt den Beginn der Enteignung und des Umbaus der Produktion in sozialistische Bahnen. Als dies nicht geschah, kam sie allmählich wieder zu sich und hielt Umschau nach Mitteln und Wegen, um der Arbeiterschaft die Macht wieder zu entreißen. Schon um den 20. November herum begann der Ruf nach der Nationalversammlung. Die Arbeiterschaft brauchte keine Nationalversammlung. Sie hatte sich in den Arbeiterräten das Organ geschaffen, das den allmählichen Umbau der Produktion unter Ausschaltung jedes kapitalistischen Einflusses hätte in die Wege leiten sollen⁴⁶. [242] Aber die Bourgeoisie erkannte, dass sie in der Nationalversammlung ein Gegengewicht gegen die Arbeiterräte und ein höchst brauchbares Instrument besitzen würde, um zunächst einen Teil der Macht und nach und nach wohl auch die ganze Macht wieder in ihre Hände zu bringen.

Damals war es Pflicht der Kommunisten, die Arbeiterschaft vor dieser Gefahr zu warnen. Das ist auch geschehen, aber vergeblich. Die Arbeiterschaft sah damals noch nicht klar genug, und der Kongress der Arbeiterräte selbst beschloss im Dezember 1918, dass eine Nationalversammlung gewählt werden sollte. Eine wesentliche Schuld daran trifft die Partei der „Unabhängigen“, die ja bis heute den Kern des Problems nicht begriffen hat. Instinktiv hat wohl auch bei ihnen die Angst vor der Verantwortlichkeit mitgesprochen. Es ist eben leichter, in einem Parlament, wo man stets überstimmt wird, radikale Opposition zu machen, als selbst die Zügel in die Hand zu nehmen und den Sozialismus aufzubauen. So drückten sie den Streit um die Nationalversammlung auf ein kleinliches Gezänke darüber herab, ob man 4 Wochen früher oder später wählen solle, was natürlich einer Menge Arbeiter jeden klaren Einblick in die wirkliche Bedeutung des Problems verschleiern musste.

Also wurde die Nationalversammlung gewählt eigens zu dem Zweck, das Zustandekommen des Sozialismus in Deutschland zu verhindern. Bekanntlich ist trotzdem schon im Januar in der Kommunistischen Partei die Idee aufgetaucht, sich an der Wahl zu beteiligen. Man denke bloß, was für eine Rolle die Kommunisten in solchem Wahlkampf gespielt hätten! Wir hätten den Arbeitern sagen müssen: hier wird ein Instrument des Kapitalismus geschaffen, eine Körperschaft, welche die Macht an sich nehmen und euch die Errungenschaften der Revolution entreißen soll – nun gebt uns eure Stimmen und wählt uns hinein!

Seitdem sind jetzt 9 Monate verflossen, und die „Arbeit“ der Nationalversammlung zeigt, wie richtig wir Kommunisten sie von vornherein beurteilt haben. Irgendetwas Positives kann sie nicht schaffen. Sie ist ein Abklatsch des alten Reichstags und zwar ein recht trübseliger Abklatsch. Die Redebächlein plätschern genauso öde und inhaltslos wie ehemals im Reichstag. Da werden Erörterungen gepflogen, ob man noch eine zweite und dritte „Garnitur“ Redner „vorschicken“ soll, da werden donnernde „Abrechnungen“ mit der Regierung gehalten – all das elende Theater, womit auch früher schon die Volksmassen in den Glauben versetzt wurden, als ob dort irgendetwas für sie Wichtiges geschähe. Man stelle sich vor, dass die Kommunisten [243] sich an diesem Gewäsch beteiligt hätten! Der Schaden ist gar nicht auszudenken. Sie wären heillos kompromittiert bis auf die Knochen, schlimmer noch kompromittiert als die anderen Parteien. Denn man würde ihnen mit Recht zum Vorwurf machen, dass sie trotz besseren Wissens durch ihre Mitwirkung dieser für das Volk durchaus schädlichen Körperschaft einen gewissen Nimbus verliehen hätten.

⁴⁶ Nach den vielen Aufsätzen, die hierüber in den Lichtstrahlen erschienen sind, brauchen wir wohl nicht erst zu betonen, dass wir nur den *kapitalistischen* Einfluss ausschalten, keineswegs aber auf die sachliche Mitarbeit der *Betriebsleiter* verzichten wollen.

Also Positives hat die Nationalversammlung nicht leisten können. Von all ihren „Taten“ bleibt nur die Verfassung übrig, von der kein Mensch satt wird und um die sich nicht einmal die Regierung kümmert⁴⁷. Aber negativ hat sie ganz das geleistet, was die Bourgeoisie von ihr erhoffte. Die Arbeiterräte sind zermürbt und heute so gut wie verschwunden. Indes in der Nationalversammlung das große Theater aufgeführt wird, wovon so viele Arbeiter leider immer noch ihr Heil erwarten, haben sich hinter den Kulissen die kapitalistischen Unternehmer wieder fest in den Sattel gesetzt. Was brauchten die Arbeiter die Verfassung ihrer Räte auszubauen und zu festigen, wenn doch die Nationalversammlung tagt, die auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts alles aufs Beste regeln soll! Noch ist ja nicht abzusehen, wann die Herrschaften werden abtreten wollen, und im Interesse einer gesunden Entwicklung können wir nur wünschen, dass sie recht lange bleiben. Denn jede Neuwahl würde eine Auffrischung der Kulisse bedeuten. „Das Volk“ hätte ja dann aufs Neue gesprochen und „seinen Willen“ kundgetan. Kommt es aber doch zur Neuwahl, so würde die Beteiligung der Kommunisten den ungeheuren Volksbetrug, der darin liegt, nur noch wirksamer gestalten. Man würde sich darauf berufen, dass jetzt wirklich das „ganze“ Volk entschieden habe.

Das eben ist der Unterschied gegenüber der alten Zeit: früher konnten wir tatsächlich nichts anderes tun als schwätzen. Da war die Zeit und in den Parlamenten die Gelegenheit dazu. Heute hat die Weltgeschichte einen Schritt weiter getan. Heute ist nicht mehr Zeit zu schwätzen, sondern etwas zu *tun*. Nicht mit Maschinengewehren auf die Straße zu gehen und Putsche zu veranstalten, wohl aber in den Betrieben die Arbeiterräte neu zu schaffen und zu organisieren und vor allem die wirtschaftlichen Probleme sorgsam zu durchdenken, die uns der nahende Zusammenbruch stellen wird, und auf sie die Arbeiterschaft geistig vorzubereiten. [244]

Denn das wäre der letzte Punkt, der zu dem Thema noch zu sagen wäre. Zur Zeit des alten Reichstags wusste niemand, wie lange die Herrlichkeit noch dauern würde. Man musste sich mit ihm für eine unabsehbare Zukunft einrichten. Heute aber wissen wir, dass der ganze Spuk welthistorisch keine 5 Minuten dauern wird. Wir stehen unmittelbar vor dem Zusammenbruch, denn das Geschwätz in der Nationalversammlung kann niemanden satt machen. Kommt er, dann ist die Nationalversammlung verfliegen, als wäre sie nie gewesen. Da sollten wir uns doch wirklich ernsteren Aufgaben widmen als dem Wählen.

Politik der Verzweiflung.

Von Ernst Sucher.

Politische Auseinandersetzungen arten sehr oft in heftigen persönlichen Streit aus. Und wohl zu keiner Zeit ist der politische Kampf mit so viel Erbitterung und Gehässigkeit geführt worden wie seit Ausbruch der Revolution. Hat er doch in diesen Monaten sogar zu einer ganzen Reihe politischer Morde geführt, was früher in Deutschland nur in den seltensten Ausnahmefällen vorgekommen ist. Jedoch das alles darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass letzten Endes doch rein sachliche Gegensätze zu Grunde liegen und dass, von *seinem* Standpunkt aus gesehen, jeder der streitenden Teile Recht hat. Ja sogar das Übermaß von persönlicher Erbitterung lässt sich gerade dann am besten verstehen, wenn man die sachlichen Gegensätze ins Auge fasst.

Worum handelt es sich denn? Der Krieg ist zu Ende, und jetzt soll das Leben der Menschen wieder in geordnete Bahnen gelenkt, vor allem die Ernährung sichergestellt werden. Dazu

⁴⁷ Beweis: die Fortdauer des Belagerungszustandes entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung.

muss die Produktion wieder in Gang gebracht und gesteigert werden. Nun sagen die einen: diese Aufgabe kann nur durch die entschlossene Initiative und Tatkraft des privaten Unternehmertums gelöst werden. Deshalb freie Bahn dem Privatbetriebe, sonst gehen wir alle zu Grunde. „Vor allem bedarf Deutschland“, schrieb z. B. jüngst ein „Berliner Börsenblatt“, „der Lieferungen, der Rohstoffe und der Kredite. Solche wird *der einzelne Kaufmann und Industrielle erhalten*, wenn man ihm Hoffnung belässt, sich wieder emporzuarbeiten, und wenn es ihm gelingt, den ausländischen Geschäftspartner davon zu überzeugen. Vexationen, Bedrohungen des Auslandes, Verschleichung des Besitzes sind dazu die ungeeignetsten Mittel.“ Wer diese Überzeugung hat, muss natürlich in jeder Einigung der privaten Unternehmertätigkeit, in jeder Maßnahme, die nur irgendwie auf sozialistische Bahnen hinlenkt, eine schwere Gefahr, ja geradezu ein Verbrechen erblicken. Denn er befürchtet davon den Untergang des Gemeinwesens, das Verhungern des Einzelnen. So erklärt sich zwanglos der Hass und die ungeheure Erbitterung, womit von jener Seite alles Sozialistische bekämpft wird.

Umgekehrt erblicken wir Sozialisten in der Fortsetzung der kapitalistischen Privatwirtschaft die unfehlbare Methode, uns alle zu Grunde zu richten. Wir sind überzeugt, dass die Steigerung der Produktion, die allein uns retten kann, nur möglich ist durch planmäßige Zusammenfassung aller Kräfte und Ausrottung des Profits, d.h. durch Ausschaltung des privaten Unternehmertums. Die Gründe dafür und die Einzelheiten der Ausführung sind in diesen Heften des Öfteren dargelegt worden, wir brauchen sie heute nicht zu wiederholen.⁴⁸ Nach unserer Überzeugung rennt die Menschheit sehenden Auges in den Abgrund, wenn sie nicht schleunigst von der privatkapitalistischen zur kommunistischen Methode übergeht. Daher auf unserer Seite dieselbe Leidenschaftlichkeit, dieselbe Erbitterung im Kampf gegen all jene, die für Erhaltung des Kapitalismus arbeiten.

Bemühen wir uns, an dieser Stelle alles Persönliche bei Seite zu lassen und den Wert der widerstreitenden Meinungen rein sachlich gegeneinander abzuwägen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Was hat die eine und was die andere Methode bisher geleistet?

Da lässt sich allerdings von der sozialistischen Methode noch nichts sagen. Denn ihr ist bisher kein Einfluss auf die Gestaltung unseres Staats- und Wirtschaftslebens gestattet worden. Sogar das klägliche bisschen angeblicher „Sozialisierung“ des Bergbaus, das man im Prinzip beschlossen hat, ist noch nicht verwirklicht. Überall herrscht noch die alte privatkapitalistische Methode. Nur von ihren Leistungen lässt sich bis jetzt sprechen.

Dass ihr in den 10 Monaten seit Ausbruch der Revolution so gut wie nichts zur Hebung des Wirtschaftslebens gelungen ist, braucht nicht mehr gesagt zu werden. Das ist es ja, worüber Regierung, Parlamente, jede öffentliche Körper- [246] schaft unausgesetzt jeden Tag jammern. Aber sie bestreiten, dass dies ein Beweis für die Unbrauchbarkeit der kapitalistischen Methode sei: denn diese sei durch die ewigen Streiks, durch die böswillige Verhetzung der Arbeiter an ihrer Wirksamkeit gehindert.

Mancherlei ließe sich hierauf erwidern. Wenn nicht gearbeitet wird, kann freilich die Produktion nicht gesteigert werden. Aber gehört es denn nicht mit zu den Aufgaben eines Wirtschaftssystems, geregelte Arbeit zu sichern? Wenn die Arbeiter so viel streiken, so ist das

⁴⁸ Wir verweisen insbesondere auf folgende Aufsätze im laufenden Jahrgang: Nr. 1. Die Aufgaben der Revolution. — Nr. 2. Entweder Kommunismus oder indirekte Steuern. — Nr. 3. Das kommunistische Ideal. — Nr. 5. Und das ist Sozialismus. — Nr. 10. Das Reichsnotopfer. Dazu die Broschüre, „Der kommunistische Aufbau“ von Borchardt und Berliner.

herrschende Wirtschaftssystem offenbar nicht in der Lage, ihnen einen genügenden Anreiz zur Arbeit zu bieten, und das müsste eigentlich als Beweis seiner Unzulänglichkeit genügen. Es ist doch höchst sonderbar: dass die *Unternehmer* nur dann Tüchtiges leisten, wenn ihnen in ausreichenden, wo möglich hohen Profiten ein genügender Anreiz winkt, das gilt als ganz selbstverständlich. Wir haben es während des Krieges und nach ihm unzählige Male gehört. Aber für die *Arbeiter* soll dasselbe nicht gelten.

Indessen wollen wir dieses Argument ganz bei Seite lassen. Aber auf etwas anderes hinzuweisen sei gestattet. Wie sollen, unter Beibehaltung der kapitalistischen Wirtschaft, die unmittelbar drängenden Bedürfnisse des Alltags befriedigt werden? Da ist z. B. das *Finanzbedürfnis*. Nachdem man ein paar Monate lang sich und anderen die ungeheure Größe des Bedarfs zu verschleiern versucht hat, gesteht man nun doch notgedrungen ein, dass die deutsche Republik jährlich mindestens 30 Milliarden Mark braucht und dass daran, bei noch so optimistischer Rechnung, mindestens 15 Milliarden fehlen. Diese Summe zu beschaffen, hat sich ein Finanzminister nach dem andern den Kopf zerbrochen. Am wenigsten freilich Herr *Schiffer*. Er hat ein paar Monate lang schöne Reden im Parlament gehalten und sich dafür feiern lassen, dann trat er ab. Nach ihm kam Herr *Dernburg* und heckte den Plan aus, jeder Arbeiter solle täglich eine Stunde länger arbeiten und deren Ertrag solle dem Reich gehören. Die Idee erregte auf der einen Seite Verbitterung, auf der anderen Heiterkeit. Sie brauchte nicht einmal ernsthaft bekämpft zu werden, sondern Herr *Dernburg* trat von seinem Posten zurück. Ihm folgte der findige und pfiffige Herr *Erzberger*, der es mit der Abstempelung der Banknoten und Wertpapiere ganz schlaue anzufangen dachte. Es ist in der Öffentlichkeit ziemlich unbemerkt geblieben, dass dieser Plan, noch bevor er auftauchte und bevor Herr *Erzberger* Finanzminister war, schon im Voraus in einem [247] Witzblatt zu Tode geulkt war. Die Idee, durch Einziehung und Umtausch des Papiergeldes unsere Finanznöte zu heilen, war dort als ein schlechter Witz behandelt und abgetan, was sie ja in der Tat auch ist. Trotzdem konnte es geschehen, dass sie ernsthaft diskutiert wurde, und Herr *Erzberger* setzte es sogar durch, dass die Nationalversammlung ihm die Vollmacht dazu erteilte. Was die Weisheit dieser erlauchten Versammlung in gebührendes Licht setzt.

So sehen wir, wie ein Plan nach dem andern auftaucht, nur um alsbald wieder in den Orkus zu verschwinden. Denn das ist das eigentümliche: jeder dieser Pläne wird alsbald auf das heftigste bekämpft – *von den Kapitalisten selber!* Man denke nur an die scharfen Einwände gegen die Abstempelung, man denke an die gegenwärtige Debatte über das „Reichsnotopfer“. Und ihre Einwände lassen sich nicht etwa damit abtun, dass sie nicht zahlen wollen. Im Gegenteil – und das ist die Hauptsache dabei – die Einwände sind *sachlich berechtigt!* Die Einzelheiten, die z. B. gegen die Abstempelung vorgebracht wurden, wollen wir hier nicht wiederholen. Es sind platterdings Selbstverständlichkeiten, und jeder Sachverständige konnte sich nur darüber wundern, dass solche Dinge erst gesagt werden mussten. Wer irgend von den Dingen etwas versteht, wusste sofort, dass die Abstempelung erstens unmöglich ist, und dass sie zweitens die gewünschte Wirkung gar nicht hätte haben können. Auch mit diesem Plan war's also nichts. Was soll stattdessen geschehen?

Alle die Zeitungen, die Handelskammern, der Handelstag usw., welche den Plan so nachhaltig widerlegt haben, wurden nicht müde, jedes Mal am Schluss zu betonen, dass sie selbstverständlich bereit wären, dem Reich aus seinen Finanzsorgen herauszuhelfen; nur auf *diese* Weise gehe es nicht, andere Wege müssten gefunden werden. Aber welche? Wir warten immer noch auf den weisen Solon, der sie uns zeigt.

Wir werden vergebens warten. Denn das Kunststück, das hier vollbracht werden soll, lautet doch: dem Reich Milliarden zu geben, ohne sie den Privatleuten wegzunehmen! Und das geht eben nicht. Die ganze Weisheit der Finanzpolitik im kapitalistischen Gemeinwesen

beschränkt sich darauf, neue Steuern zu finden oder zu erfinden. Aber jedes Mal ist die Steuer entweder zu klein, sodass sie nicht ausreicht, oder wenn sie groß genug ist, nimmt sie den Kapitalisten das Betriebskapital weg. Das ist ja doch der wichtigste und - vom kapitalistischen Standpunkt aus - der berechtigtste Einwand gegen jede einigermaßen durchgreifende Steuer: auf der einen Seite will man, dass der [248] Privatunternehmer das Wirtschaftsleben wieder hoch bringt, auf der andern Seite nimmt man ihm die Mittel dazu weg. Das ist der innere Grund, warum die deutsche Republik in den 10 Monaten ihres Bestehens noch zu keiner vernünftigen Finanzpolitik gekommen ist, sondern in Akten der Verzweiflung hin und her taumelt.

Solch ein Verzweiflungsakt ist auch die kürzlich beschlossene *Lotterie-Anleihe*. Dass man zu einem solchen Mittel greifen zu müssen, zeigt, wie tief wir gesunken sind, und lässt ahnen, dass wir knapp vor dem Zusammenbruch stehen.

Das Wesen einer solchen Anleihe besteht darin, dass die Gläubiger nur sehr geringe Zinsen kriegen - nur 2% sind in Aussicht genommen, während die Staatsgläubiger sonst 5 bis 6 % kriegen - dafür aber soll ihnen in verhältnismäßig kurzer Zeit, nämlich in 30 Jahren, das Kapital mit 10% Aufschlag zurückgezahlt werden, und außerdem soll jedes Jahr eine Anzahl besonders hoher Zinsbeträge unter sie verlost werden. Die Gewinn gier in ihrer niedrigsten Form, die Spielleidenschaft soll also angerufen werden. Der Strohalm, an den sich der Ertrinkende klammert.

Und sofort beginnt wieder die Kritik in der kapitalistischen Presse. Eine Berliner Handelszeitung berechnet z. B., dass die Anleihe, wenn sie auch nur einigermaßen dem Reich etwas nützen soll, 15 Milliarden Mark erbringen müsste. Sie zweifelt aber mit Recht daran, dass so viel flüssige Mittel gegenwärtig überhaupt in Deutschland vorhanden seien.

Auch das wird also ein Schlag ins Wasser sein. Und dann wird man zum allerletzten Mittel greifen, zur *Zwangsanleihe*. Aber natürlich kann auch sie keine Mittel zaubern, die nicht vorhanden sind. Und dann wird die kapitalistische Finanzkunst mit ihrem Latein völlig zu Ende sein.

So sehen wir, wie wir Schritt vor Schritt in den Abgrund hineingesteuert werden. Der Beweis ist erbracht, dass die kapitalistische Methode uns nicht helfen *kann*. Es ist höchste Zeit, dass die kommunistische Methode an ihre Stelle tritt.

Scheidemann oder Lenin.

Mit unverkennbarer Schadenfreude berichtete die bürgerliche Presse Deutschlands Anfang dieses Monats, dass die *Berner Tagwacht* die Schweizer Genossen auffordert, *gegen* den vorgeschlagenen Anschluss an die in *Moskau* gegründete dritte Internationale zu stimmen. Bekanntlich hat die [249] Schweizer Sozialdemokratie auf ihrem letzten Parteitag beschlossen, diese Frage durch eine Urabstimmung aller Mitglieder zu entscheiden, deren Ergebnis bereits am 21. September einem neuen Parteitag unterbreitet werden soll. Die kurzen Telegramme, welche die deutsche Presse über das Verhalten der Berner Tagwacht veröffentlichte, waren so gehalten, dass sie den Anschein erweckten, als sei dieses während des ganzen Krieges zuverlässig linksradikale Blatt nun auch zu den Opportunisten und Scheidemännern abgeschwenkt, wolle die Kommunisten im Stich lassen und lieber mit den Ebert, Renaudel und Konsorten die Früchte einer der Bourgeoisie angenehmen Politik genießen.

Davon ist jedoch keine Rede. Wer den betreffenden Artikel in der Berner Tagwacht selber liest (Nr. 199 vom 1. Sept.), der findet darin eine sehr deutliche Absage an den in Luzern galvanisierten Leichnam der zweiten Internationale. Und für ihren Rat, auch der Moskauer Internationale vorerst nicht beizutreten, gibt die Berner Tagwacht einen Grund an, der weitab

von allem Opportunismus liegt und jedenfalls ernster Erwägung wert ist. Die Moskauer Konferenz hat ein Programm geschaffen, das in den Worten gipfelt:

„Die revolutionäre Epoche macht von Seiten des Proletariats die Anwendung solcher Kampfmittel nötig, die seine gesamte Energie in den Methoden der Massenaktionen und ihren logischen Auswirkungen, *dem direkten Zusammenstoß, dem offenen Kampf mit der bürgerlichen Staatsmaschinerie* konzentrieren. Diesem Ziele müssen alle anderen Kampfmittel, z. B. die revolutionäre Ausnützung des Parlamentarismus untergeordnet werden.“

Wer diese Sätze unterschreibt, meint die Berner Tagwacht, der übernimmt damit Verpflichtungen, die er dann auch halten muss. Das aber kann die Schweizer Sozialdemokratie nicht. Sie kann nicht den parlamentarischen Kampf aufgeben und stattdessen auf direkte Zusammenstöße mit der Staatsmacht hinarbeiten. Das wäre gegenwärtig für die Schweiz nicht die richtige Methode. Was man aber nicht halten kann, das soll man auch nicht versprechen. Denn das sei gerade der schwerste Fehler der zweiten Internationale gewesen, dass sie sich an Kraftphrasen berauscht und dadurch über ihre wirkliche Macht getäuscht habe.

Himmelweit entfernt ist das von einem Anschluss an die Opportunisten. Es ist sogar ein vernichtendes Urteil über das Schaugepränge, das die Opportunisten auf den internationalen Kongressen getrieben haben. Dennoch halten wir den Rat der Berner Tagwacht für einen Fehler.

Einmal fordert ja der Moskauer Beschluss gar nicht die *Aufgabe* der parlamentarischen Betätigung, sondern nur ihre [250] *Unterordnung* unter das revolutionäre Ziel. Und das kann die Schweizer Partei, ja sie *muss* es tun, auch ohne den Moskauer Beschluss, wenn sie nicht denselben Zusammenbruch erleben will, wie die deutsche und französische Partei am 4. August 1914. Die Schweiz hat bis jetzt ihre gegen den Kapitalismus gerichtete Arbeiterrevolution noch nicht gehabt, sie steht noch *vor* ihrem 9. November. Es wäre also ganz falsch, wenn die Schweizer Genossen auf die Benutzung der Wahlen und der Parlamentstribüne verzichten wollten⁴⁹. Aber dass sie sie nur in revolutionärem Sinne ausnutzen dürfen, dass sie also nicht etwa die Arbeiter in den Glauben versetzen dürfen, als könnte ihnen durch das Parlament und etwas soziale Flickarbeit am kapitalistischen Wirtschaftskörper geholfen werden, das dürfte sich wohl für die Berner Tagwacht von selbst verstehen. Also können wir nicht zugeben, dass der zitierte Teil des Moskauer Beschlusses etwas verlangt, was die Schweizer Partei nicht leisten könnte. Er verlangt die „revolutionäre Ausnützung des Parlamentarismus“ zu dem Zweck, die gesamte Energie des Proletariats auf Massenaktionen zu konzentrieren. Das ist nichts anderes, als was auch schon vor der Revolution und sogar vor dem Kriege die revolutionären Teile der Sozialdemokratie stets verlangt haben. Ja man kann sogar – und wir werden das in Deutschland sicher demnächst erleben – den Moskauer Beschluss so auslegen, dass er nicht einmal in den Ländern, die schon mitten in der Revolution stehen, die parlamentarische Betätigung verbietet.

Aber streiten wir uns nicht um die Auslegung von Worten und Sätzen: Es ist schon möglich, sogar wahrscheinlich, dass die wenigen Vertreter, die in Moskau zusammenkommen konnten, nicht in jedem Punkt das Richtige getroffen haben. Aber was tut das? Niemand bestreitet doch den Schweizern das Recht, alsbald ihre Bedenken geltend zu machen und auf

⁴⁹ Vergleiche den Aufsatz „Beteiligung am Parlament?“ in vorliegender Nummer.

Abänderung solcher Beschlüsse zu drängen. Sie brauchen also keineswegs – wie es die zweite Internationale tat – mit Kraftphrasen um sich zu werfen, an die sie selbst nicht glauben.

Dagegen würde die Ablehnung des Beitritts nachteilig wirken. Was in Wirklichkeit durch die Schweizer Urabstimmung entschieden wird, ist die Frage: Scheidemann oder Lenin. So wird es allgemein in der Öffentlichkeit aufgefasst, und so ist's von den Opportunisten in der Schweiz selbst auch gemeint. Diese haben in der ersten Septemberwoche ein Flugblatt ver-[251] breitet, worin sie die Ablehnung u. a. mit folgendem Grunde anraten:

„Die Moskauer Internationale wird auch kein Gegengewicht bilden gegen den imperialistischen Völkerbund. Einen wirksamen Kampf gegen den letzteren wird nur eine Internationale führen können, welche auch die Parteien derjenigen Staaten umfasst, die dem Völkerbunde beigetreten sind. Aber die Parteien von Frankreich, Deutschland, Österreich, England, Holland Belgien, Dänemark haben sich der Moskauer Internationale nicht angeschlossen und werden es auch nicht tun. Die neue Internationale darf keine Sekte sein und keine eigenen Kapellen bauen.“

Hier werden also als Vertreter des deutschen Sozialismus einfach die Scheidemannier und die Haases gerechnet. Mit denen und mit ihren Gesinnungsgenossen in England, Frankreich usw. wollen die Schweizer Opportunisten sich zusammenschließen, und den Weg dazu soll ihnen die Ablehnung des Anschlusses an Moskau ebnen. Das ist der wirkliche Sinn der Schweizer Ablehnung, darüber soll man sich nicht täuschen.

Teuerung und Arbeitslöhne.⁵⁰ (Schluss.)

III.

Dass bei steigenden Löhnen auch die Preise der Fabrikate steigen müssen, für deren Herstellung die Löhne gezahlt werden, erscheint auf den ersten Blick ganz natürlich, ja geradezu selbstverständlich. Denn man weiß ja, auf welche Weise der Preis einer Ware zu Stande kommt. Der Fabrikant rechnet zusammen, was ihn die Herstellung des einzelnen Stückes kostet, (einschließlich eines entsprechenden Anteils der sogenannten Generalunkosten, für Miete, Beleuchtung, Gehälter der Angestellten etc.) und darauf schlägt er den in seiner Branche üblichen Profit, je nachdem das nun 20 oder 30 oder 50 % der Herstellungskosten sind. Was dann herauskommt, ist der Preis, zu dem der Fabrikant die Ware aus erster Hand verkauft. Von ihm übernimmt sie ein Händler, in der Regel zunächst ein Großkaufmann, der sie an Kleinhändler weitergibt, und erst durch deren Vermittlung kommt sie ans Publikum, wobei jeder der Mittler noch wieder den Preis um den für ihn üblichen Gewinn erhöht. Unter den Fabrikationskosten nun nehmen die Arbeitslöhne einen erheblichen Raum ein. Wie sollte also ihr Steigen nicht sofort den Preis der Ware beeinflussen! Man sollte meinen, dass ein Zweifel daran überhaupt gar nicht möglich sei.

Merkwürdigerweise waren es jedoch gerade die hervorragendsten Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft, [252] welche an diesem scheinbar so einfachen und einleuchtenden Verlauf der Dinge zu zweifeln begannen. Lange bevor es Sozialisten gab. Es genügt, die beiden berühmten Engländer *Adam Smith* (1723-1790) und *David Ricardo* (1772-1823) zu nennen. Es ging ihnen dabei ähnlich, wie jenen Naturforschern, welche aus der Beobachtung der Dinge Anlass nahmen, entgegen allem Augenschein, am Stillstand der Erde zu zweifeln. Sie nahmen nach und nach gar zu viel gewahr, was bei einer so einfachen Entstehung des Warenpreises unerklärlich blieb.

⁵⁰ Der Anfang dieses Aufsatzes steht im Juli-Heft, Nr. 9

Zum Beispiel: Der Fabrikant schlägt auf seine Unkosten den in seiner Branche „üblichen“ Gewinn. Aber wie hoch ist denn der? Das weiß jeder Fabrikant; es zu wissen, gehört zu seinem Handwerkszeug. Gut. Aber weshalb ist nun in der einen Branche gerade dieser, in der anderen gerade jener Prozentsatz „üblich“, hier 20% und dort 35? Darüber zerbricht sich der Praktiker nicht den Kopf, hat auch keine Zeit dazu. Er weiß, alle seine Fachgenossen nehmen so viel, er weiß auch aus der Praxis, dass er so viel haben muss, um zu bestehen, also nimmt er auch so viel. Indessen ist ja der tiefere Grund leicht einzusehen. Wenn in irgendeiner Branche die Profite viel höher wären als sonst, würden alsbald neue Kapitalien in die Branche einströmen und trotz etwas billigeren Angebots immer noch bessere Geschäfte machen als anderwärts; nachströmendes Kapital senkt den Preis immer weiter und binnen kurzem wäre dann der Profit auf die gleiche Höhe wie in den anderen Branchen reduziert: bei außerordentlich niedrigem Profit aber würde der umgekehrte Vorgang alsbald die umgekehrte Wirkung zeitigen. Die Konkurrenz der Kapitalien untereinander gleicht also den Profit in allen Branchen auf einen allgemeinen Durchschnitt aus, der zwar nicht mathematisch genau, aber doch annähernd in allen Branchen dem Kapital denselben Profitsatz sichert. Und die oft riesigen Unterschiede der Profitrate in verschiedenen Branchen erklären sich daher, dass das Bruttoprofit sind. Nach Abzug all der Unkosten, die noch darin stecken, bleibt netto für den einen ungefähr ebenso viel übrig wie für den andern.

Ist nun damit diese Schwierigkeit gelöst? Ganz und gar noch nicht. Wir wollen wissen: wodurch entsteht der Preis? Woher kommt es, dass z. B. ein eichener Speiseschrank (vor dem Kriege) 260 M gekostet hat, nicht mehr noch weniger? Ein Bestandteil dieses Preises ist der Gewinn des Möbelfabrikanten, der – wir wollen es annehmen – 30 % = 60 M beträgt. Wir wissen jetzt, es bleiben ihm von den 60 M vielleicht in Wirklichkeit nur 20 M übrig, und sein Bruttogewinn muss [253] 30% betragen, damit ihn die 10 % netto bleiben, welche im Durchschnitt jeder Kapitalist von seinem Kapital hat. Aber wir wissen noch nicht, warum im Durchschnitt gerade 10% auf jeden Kapitalisten kommen, für jeden Kapitalisten vorhanden sind.

Man begreift die durchschlagende Wichtigkeit dieses Punktes. Behauptet wird: wenn die Arbeitslöhne steigen, müssen auch die Warenpreise steigen. Um das nachzuprüfen, wollen wir wissen, wie denn die Preise überhaupt zu Stande kommen. Es liegt auf der Hand, dass dabei der Profit eine höchst wichtige Rolle spielt. Betrüge der Durchschnittsprofit allgemein 30% statt 10, so wären sämtliche Preise bedeutend höher. Und schon stellt sich heraus, dass uns die bisher übliche Erklärungsweise des Preises nichts darüber sagt, wonach sich die Höhe des Durchschnittsprofits richtet.

Und dabei stehen wir erst am Anfang der Schwierigkeiten. Das war der Profit, der Aufschlag auf die Produktionskosten. Aber wie steht's mit den Produktionskosten selbst? Sind sie wenigstens eine feststehende Größe, deren Ursprung sich leicht erklärt?

Fast möchte es so scheinen. Was ein Fabrikant für Herstellung einer bestimmten Ware ausgegeben hat, das weiß er doch ganz genau. Er bezahlte die Rohstoffe, er unterhielt Maschinen und Werkzeuge, er verausgabte die allgemeinen Generalunkosten und zahlte den Arbeitslohn. Die Summe kann er jeden Augenblick errechnen.

Aber besehen wir uns jeden dieser Posten genauer. Man begreift, dass jeder einzelne von ihnen für unsere Frage dieselbe entscheidende Wichtigkeit hat, wie die Höhe des Profits. Jeder von ihnen übt auf die Höhe des Preises denselben Einfluss aus.

In unserem obigen Beispiel hatten wir die Produktionskosten des Speiseschranks auf 200 M veranschlagt. Nehmen wir an, die Hälfte davon, also 100 M, wäre der Preis des Rohstoffes gewesen. Das ist Holz, das schon in mannigfacher Weise vorher bearbeitet ist. Woher hat der Fabrikant das Holz bezogen? Er hat es von einem andern kapitalistischen Unternehmer

gekauft, sagen wir von einem Sägemüller. Und warum kostete es gerade 100 Mark? Wir sehen, dass sich hier die ganze ursprüngliche Frage von neuem auftut, gerade als ob wir überhaupt noch nichts erkundet hätten. Auch der Sägemüller hat seine Selbstkosten zusammengerechnet, nämlich was er ausgegeben hat für Rohstoffe, Werkzeuge, Generalunkosten und Arbeitslohn, und hat darauf den in seiner Branche üblichen Profit geschlagen. Warum ist nun bei ihm der Preis [254] der Rohstoffe gerade so hoch und nicht anders? Wir sehen, das ist genau dasselbe Problem, vor dem wir am Anfang standen. Um zu erklären, warum der Schrank 260 M kostet, müssten wir schon vorher erklärt haben, warum das Holz 100 M kostete. Mit anderen Worten, die Höhe des Preises ist auf diese Weise nicht erklärt und nicht erklärbar. Wenn ich sage: Der Schrank kostet 260 M, weil das Holz 100 M gekostet hat, so habe ich die Frage nicht beantwortet, sondern nur auf eine andere Ware verschoben.

Es ist wohl nicht nötig, erst noch zu zeigen, dass die Sache bei den Werkzeugen und dem größten Teil der Generalunkosten genau ebenso liegt. Auch ihr Preis besteht zum Teil aus den Preisen anderer Waren.

Aber doch nur zum Teil. Nämlich so weit wie die Rohstoffe und etwa aus ihnen gefertigte Fabrikate, also z. B. die Werkzeuge in Frage kommen, die sich aber immer wieder aus Rohstoffen herleiten. Der andere Teil der Herstellungskosten besteht aus Arbeitslohn. Und wenn man immer weiter zurückgeht, so kommt man an Stoffe, die noch gar nicht vorgearbeitet, sondern unmittelbar von der Natur geliefert sind. Dann kosten die Stoffe gar nichts mehr und nur noch der Arbeitslohn kostet. Z. B. das Holz des Baumes im Urwald, die Kohle, das Erz, das noch in der Erde ruht, kostet an sich gar nichts, solange noch keine Arbeit darauf verwendet wurde. Nur die Arbeitskraft kostet, die daran gestellt werden muss, um das Material zunächst einmal von seinem Platze wegzuholen. Demnach wäre der Arbeitslohn schließlich der *einzig*e Urgrund des Preises der Waren, und alle die Summen, die für Gegenstände irgendwelcher Art bezahlt werden, lösten sich letzten Endes in Arbeitslohn auf, sodass dann freilich auch die Höhe des Preises, wenn man den Dingen ganz auf den Grund geht, *ausschließlich* durch die Höhe des Arbeitslohnes bestimmt wäre.

Auch diese Idee ist – im Lauf der rund 200 Jahre, seit die Menschen über diese Dinge intensiv nachdenken – aufgetaucht. Aber wonach richtet sich denn der Arbeitslohn selbst?

Mancher glaubt, alles erledigt zu haben durch den Satz: die Höhe des Arbeitslohnes bestimmt sich durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Darauf ist zu erwidern, erstens, dass dies von allen anderen Preisen ebenso gesagt werden kann; man brauchte dann gar nicht weiter zu suchen, sondern könnte gleich von vornherein sagen, der Preis des Schrankes richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Zweitens aber ist damit absolut nichts erklärt. Man braucht nur zu fragen: wenn [255] aber Angebot und Nachfrage sich decken, wie hoch ist dann der Arbeitslohn? Wenn Angebot und Nachfrage irgendeinen Einfluss auf den Preis einer Ware (also auch der Ware Arbeitskraft) ausüben, so doch nur dadurch, dass sie voneinander abweichen. Bieten sich mehr Arbeitskräfte an, als verlangt werden, dann sinkt der Lohn; werden mehr verlangt, als sich anbieten, dann steigt er. Wie aber, wenn gerade so viel da sind, wie gebraucht werden? Dann muss der Lohn doch auch irgendeine Höhe haben, die sich nun nicht mehr aus Angebot und Nachfrage erklärt. Um zu sinken oder zu steigen, muss doch schon ein Lohn in irgendeiner Höhe existieren. Angebot und Nachfrage erklären höchstens die Abweichungen vom normalen Preis einer Ware, aber nicht den normalen Preis selbst.

Dies liegt so klar zu Tage, dass selbst die enragiertesten Vertreter des „Gesetzes“ von Angebot und Nachfrage sich schon immer veranlasst gesehen haben, mindestens daneben noch einen Grund für die Höhe des Preises anzunehmen, gewissermaßen einen „inneren Wert“ der Ware, um den herum der Preis je nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage wechselt. Worin

könnte bei der Arbeitskraft solch „innerer Wert“ bestehen? Nun, offenbar muss der Lohn wenigstens so viel betragen, dass der Arbeiter davon leben kann. Er muss sich also seine Unterhaltungsmittel dafür kaufen können. Demnach wäre der Arbeitslohn bestimmt durch den Preis all der Waren, die der Arbeiter für seinen Unterhalt braucht, und damit sind wir wieder beim Anfangspunkt angelangt! Wir haben uns richtig im Kreise gedreht. Wir fragen, wonach sich der Preis der Waren richtet, und wir bekommen zur Antwort: nach dem Preis der Waren! Der Speiseschrank hat diesen Preis, weil das Holz, der Hammer, die Hobelbank, der Leim, das Brot, die Stiefel und Anzüge der Arbeiter jene Preise haben. Und wollen wir den Preisen all dieser Dinge auf den Grund gehen, so werden wir genau ebenso genarrt. Immer treffen wir auf neue Waren, deren Preise der Grund sein sollen für die Preise der anderen Waren.

So kommen wir nicht zum Ziele. Nur die platteste Vulgärökonomie⁵¹ hält deshalb noch an den alten Erklärungsversuchen fest. Alle wissenschaftlichen Vertreter der Nationalökonomie, vor allem die schon genannten Klassiker, sahen sich schon [256] lange veranlasst, tiefer zu forschen. Sie haben dazu zwei Wege eingeschlagen, einmal den der logischen Überlegung, sodann den der historischen Forschung. Nachdem feststand, dass Angebot und Nachfrage – wie überhaupt die persönliche Abschätzung des Wertes einer Ware durch Käufer und Verkäufer – schon die Existenz eines Preises in irgendeiner Höhe voraussetzen, überlegten sie, was es wohl sein könne, das die Menschen veranlasst, für eine Ware gerade diesen oder jenen Preis zu verlangen. Letzten Endes bedeutet der Preis einer Ware die Menge anderer Waren, die man dafür eintauschen kann. Denn das Geld vermittelt ja nur den Einkauf anderer Waren. So lenkten die Forscher ihren Blick zurück in die Vergangenheit, in jene Zeiten, wo es noch gar kein Geld gab, und noch weiter bis in Zeiten, wo der Austausch von Waren überhaupt erst seinen Anfang nahm. Was konnte damals für die Menschen den Ausschlag geben, wenn es sich darum handelte, wieviel andere Waren sie für die ihrige haben wollten? Also z. B. für ein Schwert gerade 3 Tierfelle und nicht 4 oder 2? Offenbar die Menge Arbeit, die ihnen die Herstellung des Schwertes gekostet hatte.⁵² Wer ein Schwert zu viel hatte und es gegen Felle vertauschen konnte, verlangte dafür ebenso viel Felle, wie er mit dem gleichen Aufwand von Arbeit sich selbst an Stelle des Schwertes hätte verschaffen können. Dabei sind anfangs sicherlich viele Fehler vorgekommen, auch dürfte der Zufall eine große Rolle gespielt haben. Aber mit der Zeit, als der Warenaustausch sich immer mehr einbürgerte, setzte sich das Tauschverhältnis der verschiedenen Waren gewohnheitsmäßig fest, wobei dann freilich nicht mehr die persönliche Arbeit des Einzelnen den Ausschlag gab – denn der konnte ausnahmsweise geschickt oder ungeschickt, tüchtig oder untüchtig sein – sondern die allgemein übliche Menge Arbeit, die „gesellschaftlich notwendige“ Arbeit.

Nachdem dies einmal für die Vergangenheit erkannt war, verglich man die Gegenwart. Und es stellte sich heraus, dass jene Regel *auch für die Gegenwart* gilt. Natürlich in veränderter Form, unter Anpassung an die verschlungenen komplizierten Wirtschaftsverhältnisse der

⁵¹ „Sein Tiefsinn besteht nur darin, die Staubwolken der Oberfläche zu sehen und dies Staubige anmaßlich als etwas Geheimvolles und Bedeutendes auszusprechen.“ So kennzeichnet Marx (Kapital Bd. III, 1. S. 234) das Wesen des Vulgärökonomien.

⁵² Um genau zu sein, muss allerdings gesagt werden, dass jene Forscher das nicht durch historische Feststellungen erkannt haben – so weit war die Geschichtswissenschaft zu ihrer Zeit noch nicht vorgeschritten – sondern durch rein logische Schlussfolgerungen. Jedoch hat später historische und ethnographische Forschung erwiesen, dass sie mit ihren Schlüssen Recht gehabt.

Gegenwart.⁵³ Der wichtigste Unterschied gegen jene fernen Zeiten der Vergangenheit [257] besteht darin, dass heute in der Regel nicht mehr der Eigentümer und Verkäufer der Ware die Arbeit selbst leistet. Aber auch heute noch ist das, was den Preis der Waren im Innersten bestimmt, die gesellschaftlich notwendige Arbeitsmenge, die ihre Herstellung erfordert.

Aber kommt das nicht auf eins heraus? Ob ich sage, die zur Herstellung einer Ware erforderliche Arbeit bestimmt ihren Preis, oder der dafür gezahlte Arbeitslohn, ist das nicht dasselbe?

Nein, das ist es nicht. Und dies herausgefunden zu haben, darin besteht das eigentliche und wesentlichste Verdienst von *Karl Marx*.

Es besteht ein Unterschied zwischen dem *Lohn*, den der Arbeiter bekommt, und der Menge *Arbeit*, die er leistet. Der Lohn ist der Preis seiner Arbeitskraft; normal, d.h., wenn er nicht durch besondere Verhältnisse, wie Angebot und Nachfrage, unter oder über deren „inneren Wert“ gedrückt wird, muss er so viel betragen, wie die Herstellung der Arbeitskraft gekostet hat (d.h. nicht an Geld, sondern an Arbeit gekostet hat.) Das ist eine gewisse Menge Lebensmittel bzw. die Arbeit, die deren Herstellung erforderte, die Arbeit, die zur Erlernung seines Gewerbes nötig war usw. Also alles in allem ein bestimmtes Quantum Arbeit. Diese Menge Arbeit ist aber stets kleiner als jenes andere Quantum Arbeit, das der Arbeiter leisten kann. Um die Arbeitskraft für einen ganzen Tag zu schaffen, ist niemals ein ganzer Tag Arbeit erforderlich. Alle die Arbeit zur Produktion der Lebensmittel, die der Arbeiter verzehren muss, um einen Tag lang arbeitsfähig zu sein, alle die Arbeit, ihn aufzuziehen und in die Lehre zu nehmen usw., über sein ganzes Leben verteilt, ist nicht so groß, dass sie einen ganzen Arbeitstag füllt. Sie setzt ihn aber in Stand, einen ganzen Tag zu arbeiten. Wenn der Arbeiter – um irgendeine Zahl zu nennen – 8 Stunden am Tage arbeitet, so erfordert die Herstellung und Erhaltung seiner Arbeitskraft für diesen Tag vielleicht nur 5 oder 6 Stunden. Er hat also seinen normalen Lohn erhalten, wenn er den Gegenwert von 5 oder 6 Stunden kriegt, und trotzdem steht der Kapitalistenklasse noch der in 3 oder 2 Stunden geschaffene Wert – der „Mehrwert“ – zur Verteilung unter sich zur Verfügung. [258]

Das ist die berühmte *Mehrwertlehre* von Karl Marx, und sie erst gibt den Schlüssel zur Lösung all der Schwierigkeiten, die uns am Anfang begegneten. Der „innere Wert“ einer jeden Ware, das sind nicht die Summen, die der Fabrikant für ihre Herstellung bezahlt hat, sondern es ist die Menge Arbeit, die sie erforderte. Darin steckt ein gewisses Quantum Wert, das er nicht bezahlt hat, auch dann nicht, wenn der Lohn seine normale Höhe hatte und dem Arbeiter den vollen Gegenwert seiner Arbeitskraft bot. Der so entstandene Mehrwert – nämlich, je nach dem erreichten Entwicklungsgrad der Wirtschaft, das Produkt der 2 oder 3 oder 5 oder 6 Stunden, das jedem Fabrikanten nach Zahlung des Lohnes von jedem einzelnen Arbeiter noch verbleibt – das ist der Wert, der durch die Konkurrenz auf alle verschiedenen Branchen und auf alle die einzelnen Kapitalisten annähernd gleichmäßig verteilt wird.

Und nun sieht man deutlich, wie die Sache sich abspielt. Die im ganzen Umfang der Gesellschaft geleistete Arbeit ergibt eine bestimmte Menge Wert. Die steht zur Verteilung, nicht mehr und nicht weniger. Ein Teil davon gibt nur wieder, was vorher schon vorhanden war, an Wert der Rohstoffe, der Werkzeuge, der Materialien insgesamt. Ein anderer Teil fließt

⁵³ Die Einzelheiten würden uns hier zu weit führen. Man findet sie u. a. in „Grundbegriffe der Wirtschaftslehre“ von Julian Borchardt, Leipziger Buchdruckerei A. G., 1911; sodann im „Kapital“ von Karl Marx. Die Werke von Ricardo und Adam Smith zu lesen, ist für den Anfänger nicht ratsam, weil ihre Resultate längst überholt und weitergeführt sind.

den Arbeitern zu als Lohn. Und ein dritter Teil, der Mehrwert, verteilt sich nach den Wirkungen der Konkurrenz als Durchschnittsprofit unter die Kapitalisten. Danach bestimmt sich der Preis jeder einzelnen Ware: was ihre Herstellung an Materialien gekostet hat, was für sie an Arbeitslohn gezahlt wurde, und dazu der Durchschnittsprofit, wie er sich ergibt aus dem Verhältnis des vorhandenen Mehrwerts und der Zahl der Nutznießer, die sich darin teilen (selbstverständlich nach Maßgabe der Größe ihres Kapitals.) Es ist also keineswegs der Willkür der Kapitalisten überlassen, wieviel Prozent jeder einzelne auf seine Selbstkosten draufschlagen will; sie können nicht den Profit durch willkürliche Erhöhung des Preises steigern. Sondern eine bestimmte Summe ist vorhanden, in die müssen sie sich teilen. Was der eine etwa mehr bekommt, das fehlt den anderen – sofern es nicht am Arbeitslohn gekürzt wird. Und damit kommen wir auf den letzten und wichtigsten Punkt unserer Auseinandersetzung.

IV.

Denn größer noch als ihre nationalökonomische ist die soziale Bedeutung der Mehrwerttheorie von Karl Marx. Sie löst nicht nur alle die Schwierigkeiten, denen wir im Anfang begegneten, sie gibt nicht nur Antwort auf all die Fragen, [259] denen gegenüber die bürgerliche Nationalökonomie stumm bleibt, sondern sie lehrt uns den wirtschaftlichen Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft verstehen und daraus Schlüsse ziehen für unser Verhalten in der Gegenwart und für unser Streben für die Zukunft.

Stellen wir noch einmal den Kern der einander widerstreitenden Auffassungen nebeneinander.

Die *vulgäre* Auffassung besagt: aus den Kosten, die der Fabrikant bei Produktion einer Ware verausgabt – als da sind Kosten für Rohstoffe, für Hilfsstoffe, für Maschinen und Werkzeuge, für Nebendinge aller Art wie Miete etc., und für Arbeitslohn – aus all diesen Kosten, hinzugerechnet den Kapitalprofit *setzt sich der Preis der Waren zusammen*: Die Vorstellung ist also die, dass es mehr oder minder in das Belieben der Beteiligten gestellt ist, die Einzelposten der Summe so oder so zu berechnen, insbesondere den Arbeitslohn und den Kapitalprofit. Und je höher jeder einzelne dieser Posten, umso höher wird der aus ihnen entstehende Warenpreis.

Die *wissenschaftliche* Auffassung dagegen besagt: es ist nach Fertigstellung der Waren eine bestimmte Summe Wert vorhanden, die sich *in jene einzelnen Bestandteile* (Materialkosten, Arbeitslohn und Kapitalprofit) *zerlegt*. Der ursächliche Zusammenhang ist gerade umgekehrt; nicht von der Höhe der Produktionskosten plus Kapitalprofit hängt der schließliche Warenpreis ab, sondern von der Höhe der nach Beendigung der Produktion vorhandenen Wertsumme hängt es ab, wieviel für jeden jener drei Bestandteile vorhanden ist.

Das letztere kann man noch etwas weiter präzisieren. Die Materialkosten, also diejenige Wertmenge, die vor Beginn der Produktion in den Rohstoffen, Werkzeugen etc. (den Produktionsmitteln) steckt, hat ja stets eine gegebene Größe. Sie muss auf alle Fälle von dem Wert des Produkts zunächst abgezogen werden, denn es müssen immer wieder neue Rohstoffe, Werkzeuge etc. beschafft werden, um die Produktion fortzusetzen. Zur freien Verfügung steht also von dem Wert des Produkts nur derjenige Betrag, der die Materialkosten übersteigt. In diesen Überschuss müssen sich Kapitalisten und Arbeiter teilen, denn mehr ist nicht da. Die Dinge stehen also nicht so, dass man durch Erhöhung des Lohnes oder des Profits oder aller beider beliebig den Preis steigern und Werte aus dem Nichts zaubern

könnte.⁵⁴ Sondern gerade umgekehrt; da die Materialkosten ein [260] fester Betrag sind, der vorab ersetzt werden muss, richten sich Lohn und Kapitalprofit nach der Menge des vorhandenen Wertes.

Diese wissenschaftliche Auffassung zeigt klar und deutlich den *Gegensatz der Interessen zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern*. Je größer der Profit, desto kleiner der Arbeitslohn, und umgekehrt. Das ist nun einmal so, dagegen ist kein Kraut gewachsen. Und dieser Gegensatz ist unüberbrückbar. Einen Augenblick möchte es scheinen, als sei auf einer Mittellinie ein harmonisches Zusammenleben denkbar. Wenn die Arbeiter einen Lohn kriegen, der ihnen ein behagliches Dasein ermöglicht, so mag ihretwegen der Profit so hoch sein, wie er will. Und wenn durch den allgemeinen Fortschritt der allgemeine Wohlstand steigt, so mögen beide Teile immer größeren Anteil daran haben.

Leider trägt auch dieser Schein. Es ist im Rahmen dieser Abhandlung nicht möglich, das bis ins letzte aufzuzeigen. Aber die Geschichte der 4 Jahrhunderte seit Beginn der kapitalistischen Produktion widerlegt jene Hoffnung. Sie zeigt einen unablässigen, erbitterten Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Der aber beruht wahrlich nicht auf einer besonderen Bösartigkeit weder der Kapitalisten noch der Arbeiter, sondern er beruht darauf, dass ihre Interessen in der Tat schlechterdings unversöhnlich sind. Versuchen wir, diesen Zusammenhang noch mit wenigen Worten anzudeuten.

Wenn Wert nichts anderes ist als Arbeit, so kann er nur durch *lebendige* Arbeit entstehen. Die Rohstoffe, die Maschinen etc. übertragen, wenn sie zweckmäßig verbraucht werden, ihren vorhandenen Wert auf das Produkt. (Oft geht sogar noch etwas verloren.) Aber sie können kein Atom neuen Wertes erzeugen. Aller Wert, der zuletzt über den Wert der Produktionsmittel hinaus vorhanden ist – also eben gerade diejenige Summe, in welche Kapitalisten und Arbeiter sich teilen müssen ist durch die Arbeiter während der Produktion neu geschaffen.

Nun aber besteht der wirtschaftliche Fortschritt gerade darin, dass immer weniger Arbeiter nötig sind, um immer größere Massen von Produktionsmitteln zu verarbeiten. Mit Hilfe der modernen Maschinen und Instrumente kann der Arbeiter heutzutage ungeheure Massen von Rohstoffen in Produkt verwandeln, sehr viel mehr als vor 100 Jahren und früher. Zugleich sind Umfang und Wert der heutigen Maschinen und Apparate unvergleichlich viel größer als der der primitiveren Werkzeuge vor 100 und mehr Jahren. Und das wächst noch jeden Tag und – was noch besonders wichtig ist – es wächst [261] gerade deshalb, weil die Mehrwertmassen, die dem Kapital zufließen, immer neue und produktivere Anlage suchen. Masse und Wert der verarbeiteten Produktionsmittel werden also immer größer, Masse und Wert der daran beschäftigten Arbeitskräfte werden – im Verhältnis dazu – immer kleiner.

Was folgt daraus? Da die Produktionsmittel nur ihren bereits vorhandenen Wert konservieren, so müssen die Kapitalisten immer riesigere Summen von vornherein in das Geschäft stecken, die sich durch die Produktion nicht vergrößern. Nun wächst zwar auch die Zahl der Arbeiter, die daran beschäftigt werden, aber lange nicht in demselben Maßstabe. Im Gegenteil, im Verhältnis zum Wert der Produktionsmittel wird der Wert der lebendigen Arbeitskraft immer kleiner. Infolgedessen auch die Menge neuen Wertes, die sie erzeugt. Wohlverstanden: *an und für sich* wachsen auch diese Wertmassen; aber im *Verhältnis zum angewandten Kapital* nehmen sie ab.

⁵⁴ Denn auch die Vorstellung, dass sie dann den Konsumenten aus der Tasche geholt werden, ist hinfällig. Sie setzt voraus, dass solche Werte sich in den Taschen der Konsumenten befinden. Auch dort aber können keine anderen Werte sein, als die durch die Produktion geschaffen wurden.

Das wird den Kapitalisten ganz deutlich merkbar, indem ihre Profitrate sinkt. Der Prozentsatz, den der Profit vom angewandten Kapital ausmacht, wird immer kleiner. Bei Strafe des Untergangs sind sie deshalb gezwungen, dem entgegenzuwirken. Dazu gibt es verschiedene Methoden. Aber sie alle laufen naturgemäß darauf hinaus, den Anteil des Kapitals an dem neu geschaffenen Wert zu vergrößern und folglich den Anteil der Arbeit zu verkleinern. Daher, aus dieser rein sachlichen Ursache, unabhängig von persönlichen bösen oder guten Eigenschaften – der unablässige und unversöhnliche Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit.

Das ist der innere Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft, wie Karl Marx ihn uns sehen gelehrt hat. Aus ihm erklären sich alle sozialen Lebenserscheinungen der Gegenwart. *Und auf dieser Kenntnis und Erkenntnis beruht der Sozialismus.* Denn sie zeigt uns, dass das Ziel unseres Strebens, um die Schäden der Zeit zu heilen und die Arbeiterklasse von Not und Elend zu befreien, die Menschheit vor Hunger, Krieg und Untergang zu retten, sich nicht darauf beschränken darf, die Lage der Arbeiter zu bessern, sondern dass es sein muss *die Beseitigung des Kapitalverhältnisses selbst* und die Neuordnung der Produktion wie der gesamten Wirtschaft auf einer Basis, welche die Erzeugung von Profit und Mehrwert überhaupt unmöglich macht. Das ist eben die kommunistische Basis.

Im Lichte dieser Darlegungen erkennt man nun klar und deutlich, dass nichts falscher ist als die Behauptung, durch Steigerung des Arbeitslohnes müssten unbedingt die Warenpreise [262] teurer werden. Steigerung des Arbeitslohnes bedeutet an sich weiter nichts, als dass der Anteil der Arbeiter an dem durch sie selbst neu geschaffenen Werte größer wird. Die Menge dieses Wertes wird dadurch nicht vergrößert und folglich liegt auch kein Anlass vor, die Preise zu erhöhen. *Nur der Anteil des Kapitals, der Profit, muss kleiner werden.* Dass das Kapital das nicht möchte und stattdessen, wenn es die Lohnerhöhung durchaus nicht verhindern kann, den Ausfall durch Preissteigerung auf die Konsumenten abzuwälzen sucht, das ist ja sehr verständlich. Ganz etwas anderes aber ist es, wenn Parteien, die sich „sozialdemokratisch“ nennen, dieses arbeiterfeindliche Streben der Kapitalisten unterstützen, indem auch sie es als einen „natürlichen“ und „selbstverständlichen“ Vorgang bezeichnen, dass durch Lohnerhöhung die Preise steigen müssen, und indem sie die Arbeiter deswegen mahnen, von Lohnforderungen abzustehen. Das aber tun in Deutschland seit der Revolution, wie wir andauernd nachgewiesen haben, beide sozialdemokratischen Parteien, die Unabhängigen nicht minder als die Regierungssozialisten. Und berufen sich dabei auf Marx und auf das Erfurter Programm! Unklarheit über Zweck und Mittel des Klassenkampfes helfen sie verbreiten, während das Erfurter Programm als die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei bezeichnet: den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu einem *bewussten* und einheitlichen zu gestalten.

Der Geldsack.

Von Ad. Schults.

Ob ihr einen König habt
Heuer zum Regenten,
Oder ob ihr seid begabt
Mit 'nem Präsidenten;
Habt ihr Konstitution
Oder habt ihr keine:
Einer sitzt auf dem Thron
Und hernieder voller Hohn

Blickt er, dieser Eine –
Der Geldsack, der Geldsack
Kön'ge wurden oft gestürzt,
Abgeknickt wie Reiser,
Und das Leben gar gekürzt
Manchem mächt'gen Kaiser: [263]
Keine Revolution
Jemals aber, keine
Stürzte diesen noch vom Thron;
Höher als ein Göttersohn
Dünkt sich dieser Eine –
Der Geldsack, der Geldsack!
Doch es kommt, es kommt die Zeit,
Wo auch er muss fallen,
Ja, die Stund' ist nicht mehr weit –
Seht euch vor, Vasallen!
Eine Revolution
Werden wird's, wie keine,
Wenn entsagen muss der Kron
Wenn herunter muss vom Thron
Endlich dieser Eine –
Der Geldsack, der Geldsack!

Mitteilung an unsere Leser.

Mit der vorliegenden Nummer schließt der 4. Jahrgang der Lichtstrahlen. Er umfasst nur 11 Hefte, weil unser Blatt erst nach der Revolution, also im November 1918, wieder erscheinen konnte.

Mit Beginn des nächsten Jahrgangs werden die Lichtstrahlen eine *wesentliche Erweiterung* erfahren, sie werden nämlich von Oktober an *zweimal monatlich* erscheinen, und zwar pünktlich am 5. und 20. jedes Monats.

Leider zwingen uns die so furchtbar verteuerten Preise aller Bedarfsartikel, insbesondere des Papiers, auch unsererseits den Preis zu erhöhen. Doch halten wir uns in den mäßigsten Grenzen. Vom nächsten Heft an werden die Lichtstrahlen *70 Pfennig pro Nummer* kosten. Man kann sie jedoch auch *bei der Post* abonnieren zum Preise von *3,90 Mark* für das Vierteljahr. (Verzeichnet im 14. Nachtrag zur Postzeitungsliste.)

Redaktion und Verlag.

Register zum 4. Jahrgang,

November 1918 – September 1919.

(Die römischen Zahlen bedeuten die Heftnummern, die deutschen geben die Seiten an)

A. Nach dem Inhalt geordnet.

Altpreußische Regierungsmethoden.	VI	121
Arbeitslöhne, Teuerung und—	IX	197 XI 25
Armen, Lied der —. Von Carl Happ. Gedicht.	II	48
Aufgaben, Die — der Revolution. Von Herold.	I	13
Aussichten der Weltrevolution. Von Ernst Sucher.	II	34
Answärtige Politik.	IX	195
Balkanrieg, Die Wahrheit über den — Von E. Barbar Sofia	IV	89 V 10
Bedeutung, Die — des Sozialismus. Von Max Adler	I	22
Bolschewiki, Die Wehrmacht der —. Von Hans Berliner	IV	76
Bolschewismus in England. Von Ernst Sucher	VI	135
Bolschewistenbanden.	I	5
Bolschewistische, Der — Staat.	X	221
Dänischen, Aus der — Sozialdemokratie. Von Friederik Esbjerg, Kopenhagen	III	65
Diktatur, Die — des Proletariats	V	100
Dokument, Ein —. Notiz.	IV	96
England, Bolschewismus in —. Von Ernst Sucher	VI	135
Englisch-deutsche Wirtschaftsverflechtung. Von Merkator	VII	151
Friedensarbeit, Die Ueberleitung zur —. Von Hans Berliner	III	61
Geld, Was uns Marx über das — lehrt.	VIII	172
Geldsack, Der —. Von Ad. Schults	XI	265
Heiliges Müssen. Von Walter Leßmann. Gedicht.	V	120
Idee, Die revolutionäre —. Von Herold	VI	130
Internationale, Wiederaufbau der —. Von Karl Radek	I	6
Kaisers, Um des — Kopf.	II	25
Kapitalismus, der Uebergang vom — zum Kommunismus. Von Lenin:	VII	158
Kommunismus, Der —. Von Werner Möller. Gedicht.	I	23
Kommunismus, Die Reise zum —.	X	226
Kommunismus, Entweder — oder indirekte Steuern. Von Herold.	II	41
Kommunismus in der Landwirtschaft. Von E. L.	I	10
Kommunistische, Das — Ideal. Von Herold.	III	65
Kriegsentschädigung, Die — ein Phanton.	VII	145

Kriegsentschädigung, Wenn nicht — was dann?	VIII 169
Kriegserinnerungen, Aus meinen —. Von Bruno Liese	IV 95 VI 159 VIII 186 IX 207 X 254
Landwirtschaft, Kommunismus in der —. Von E. L.	I 10
Landwirtschaft, Neuordnung der —. Von E. L.	III 56
Landwirtschaftliche, Wie erhöhen wir die — Produktion? Von E. L.	II 39
Landwirtschaft, Taten sind nötig! Ein Wink für die —. Von E. L.	VI 129
Lenin, Scheidemann oder —?	XI 249
Lichtstrahlen, Die Wiedergeburt der —.	I 1
Lohnforderungen, Phantastische —.	III 52
Mary, Was uns — über das Geld lehrt.	VIII 172
Mitteilung an unsere Leser	V 120 X 240 XI 264
Nationalversammlung, Der Streit um die —.	III 49
Not, Wie ist die — zu lindern? Von Hans Berliner	II 29
Papieren, Aus alten —.	II 46 V 119 VIII 192 X 259 240
Parlament, Beteiligung am —?	XI 241
Phantom, Die Kriegsentschädigung ein —.	VII 145
Produktion, Wie erhöhen wir die landwirtschaftliche —? Von E. L.	II 39
Proletarier, Chor der —. Von Carl Happ. Gedicht.	III 72
Rechts, Die Mutter des —. Von Heinrich Jarwig	IX 205
Reichsnotopfer, Das —. Von Hans Berliner	X 217
Reise, Die — zum Kommunismus.	X 226
Revolution, Die Aufgaben der —. Von Herold.	I 15
Revolutionäre, Das — Prinzip des 19. Jahrhunderts. Von Heinrich Jarwig	VII 165
Revolutionäre, Die — Idee. Von Herold	VI 150
Scheidemann oder Lenin.	XI 249
Schiffers, Herrn — Schiffbruch.	VI 125
Schuld, Die — am Weltkrieg. Von Ernst Sucher.	V 115
Sozialdemokratie, Was die — will. Von E. L.	IV 81
Sozialismus, die Bedeutung des —. Von Max Adler	I 22
Sozialismus, und das ist —.	V 97
Steuermethoden, Revolutionäre —. Von Ernst Sucher	IV 85
Steuern, Entweder Kommunismus oder indirekte —. Von Herold.	II 41
Taten sind nötig! Ein Wink für die Landwirtschaft. Von E. L.	VI 129
Teuerung und Arbeitslöhne.	IX 197 XI 252
Tribunen, Die —. Von Werner Möller. Gedicht.	II 47
Türkei, Das Proletariat der —. Von Wedad Nedim	X 251
Türkei, Sozialistisches aus der —. Von Wedad Nedim	VIII 184

Uebergang, Der — vom Kapitalismus zum Kommunismus. Von Lenin.	VII 158
Ueberleitung, Die — zur Friedensarbeit. Von Hans Berliner.	III 61
Verzweiflung, Politik der —. Von Ernst Sucher.	XI 245
Wehrmacht, Die — der Bolschewiki. Von Hans Berliner	IV 76
Weltkrieg, Die Schuld am —. Von Ernst Sucher	V 115
Weltrevolution, Aussichten der —. Von Ernst Sucher.	II 34
Weltrevolution, Ziele der —. Von Dr. Ernst.	VII 156
Wiederaufbau der Internationale. Von Karl Radek	I 6
Wiedergeburt, Die — der Lichtstrahlen.	I 1
Wirtschaftsverflechtung, Englisch-Deutsche —. Von Merkator.	VII 151
Woran es lag	IV 75

B. Nach den Verfassern geordnet.

Adler Max. Die Bedeutung des Sozialismus	I 22
Barbar, L. Die Wahrheit über den Balkankrieg	IV 89 V 108
Berliner, Hans. Wie ist die Not zu lindern?	II 29
Die Ueberleitung zur Friedensarbeit.	III 61
Die Wehrmacht der Bolschewiki	IV 76
Das Reichsnotopfer	X 217
Büchner, Georg. Friede den Hütten. Krieg den Palästen	X 239
Engels, Friedrich. Aus alten Papieren.	V 119
Ernst, Dr. Ziele der Weltrevolution.	VII 156
Esbjerg, Frederik. Aus der dänischen Sozialdemokratie	III 63
Farwig, Heinrich. Das revolutionäre Prinzip des 19. Jahrhunderts.	VII 163
Die Mutter des Rechts	IX 205
Happ, Karl. Lied der Armen. Gedicht.	II 48
Chor der Proletarier. Gedicht.	III 72
Heine, Heinrich. Aus alten Papieren.	V 119 X 240
Herold. Die Aufgaben der Revolution.	I 15
Entweder Kommunismus oder indirekte Steuern	I 41
Das kommunistische Ideal.	III 65
Die revolutionäre Idee	VI 130
Humanité. Aus alten Papieren.	II 46
Immermann. Aus alten Papieren.	VIII 192
L., E. Kommunismus in der Landwirtschaft.	I 10
Wie erhöhen wir die landwirtschaftliche Produktion?	II 39
Neuordnung der Landwirtschaft.	III 56
Was die Sozialdemokratie will.	IV 81
Taten sind nötig! Ein Wort für die Landwirt- schaft.	VI 129

Lenin. Der Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.	VII 158
Leßmann, Walter. Heiliges Müßen. Gedicht.	V 120
Liese, Bruno. Aus meinen Kriegserinnerungen.	IV 93 VI 139 VIII 186 IX 207 X 234
Marr, Karl. Aus alten Papieren.	II 47, V 119
Merkator. Englisch-deutsche Wirtschaftsverpflechtung.	VII 151
Möller, Werner. Der Kommunismus. Gedicht.	I 23
Die Tribunen. Gedicht.	II 47
Nedin Wedad. Sozialistisches aus der Türkei.	VIII 184
Das Proletariat der Türkei.	X 231
Redaktion. Die Wiedergeburt der Lichtstrahlen	I 1
Bolschewistenbanden.	I 3
Um des Kaisers Kopf.	II 25
Der Streit um die Nationalversammlung	III 49
Phantastische Lohnforderungen.	III 52
Woran es lag.	IV 75
Und das ist Sozialismus	V 97
Die Diktatur des Proletariats.	V 100
Altpreußische Regierungsmethoden.	VI 121
Herrn Schiffers Schiffbruch.	VI 125
Die Kriegseschädigung ein Phantom.	VII 145
Wenn nicht Kriegseschädigung, was dann?	VIII 169
Was uns Marr über das Geld lehrt.	VIII 172
Auswärtige Politik.	IX 193
Teuerung und Arbeitslöhne	IX 197 XI 252
Der bolschewistische Staat.	X 221
Die Reise zum Kommunismus.	X 226
Beteiligung am Parlament?	XI 241
Scheidemann oder Lenin.	XI 249
Kadef, Karl. Wiederaufbau der Internationale.	I 6
Schults, Ad. Der Geldsack. Gedicht.	XI 263
Sücher, Ernst. Aussichten der Weltrevolution.	II 34
Revolutionäre Steuermethoden.	IV 85
Die Schuld am Weltkrieg.	V 113
Bolschewismus in England	VI 135
Politik der Verzweiflung.	XI 245

Lenin. Der Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.	VII 158
Leßmann, Walter. Heiliges Müßigen. Gedicht.	V 120
Liese, Bruno. Aus meinen Kriegserinnerungen.	IV 93 VI 139 VIII 186 IX 207 X 234
Marr, Karl. Aus alten Papieren.	II 47, V 119
Merkator. Englisch-deutsche Wirtschaftsverflechtung.	VII 151
Möller, Werner. Der Kommunismus. Gedicht.	I 23
Die Tribunen. Gedicht.	II 47
Nedin Wedad. Sozialistisches aus der Türkei.	VIII 184
Das Proletariat der Türkei.	X 231
Redaktion. Die Wiedergeburt der Lichtstrahlen	I 1
Bolschewistenbanden.	I 3
Um des Kaisers Kopf.	II 25
Der Streit um die Nationalversammlung	III 49
Phantastische Lohnforderungen.	III 52
Woran es lag.	IV 75
Und das ist Sozialismus	V 97
Die Diktatur des Proletariats.	V 100
Altpreußische Regierungsmethoden.	VI 121
Herrn Schiffers Schiffbruch.	VI 125
Die Kriegseschädigung ein Phantom.	VII 145
Wenn nicht Kriegseschädigung, was dann?	VIII 169
Was uns Marr über das Geld lehrt.	VIII 172
Auswärtige Politik.	IX 193
Teuerung und Arbeitslöhne	IX 197 XI 252
Der bolschewistische Staat.	X 221
Die Reise zum Kommunismus.	X 226
Beteiligung am Parlament?	XI 241
Scheidemann oder Lenin.	XI 249
Kadef, Karl. Wiederaufbau der Internationale.	I 6
Schults, Ad. Der Geldsack. Gedicht.	XI 263
Sücher, Ernst. Aussichten der Weltrevolution.	II 34
Revolutionäre Steuermethoden.	IV 85
Die Schuld am Weltkrieg.	V 113
Bolschewismus in England	VI 135
Politik der Verzweiflung.	XI 245